

Neue
Kleine Bibliothek 188

Horst Kahrs (Hg.)

Piratenzauber

Über eine Gesellschaft,
die Freibeuter hervorbringt

PapyRossa Verlag



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

Die Veröffentlichung dieser Publikation erfolgte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

© 2013 by PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln
Luxemburger Str. 202, 50937 Köln
Tel.: +49 (0) 221 – 44 85 45
Fax: +49 (0) 221 – 44 43 05
E-Mail: mail@papyrossa.de
Internet: www.papyrossa.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Joachim Kubowitz, luxsiebenzwoplus
Druck: Interpress

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-89438-508-8

Inhalt

Potential und Projekt	7
CONNY HILDEBRANDT / HORST KAHRS / NELLI TÜGEL Piratenflaute	10
Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?	
WOLFGANG STORZ Piraten und Massenmedien	33
Wer beherrscht das Spiel?	
GEORG FÜLBERTH Piraten im historischen Kontinuum	48
HORST KAHRS Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?	60
KONSTANZE KRIESE Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus	74
Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter	
MARTIN BECKMANN Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit	92
TOBIAS SCHULZE Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource	100
MICHAEL PAETAU Freiheit und Wissensordnung	113
JÜRGEN SCHEELE Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons	131

MICHAEL WEBER	
Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz modernerer Kommunikationsmethoden	146
DETLEF KANNAPIN	
Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen	161
MICHAEL PAETAU	
Kybernetik und flüssige Demokratie	173
Was bleibt?	188
Autorinnen und Autoren	195

Potential und Projekt

Thema dieses Buchs ist nicht die Piratenpartei, obwohl sie in jedem Beitrag gegenwärtig ist. Für uns interessanter ist der Zauber, der ihren Aufstieg begleitet (hat?), also ihr Potential und ihr Projekt, das sich darauf bezieht.

Beide sind älteren Datums.

Demokratie, Transparenz, individuelle Freiheit und universelle Teilhabe: so lassen sich die proklamierten Ziele aller Emanzipationsbewegungen seit den bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts beschreiben. Sie wurden – trotz einiger Fortschritte und Annäherungen – bis heute letztlich nicht verwirklicht, aber unter immer wieder veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Nimmt man die Selbsterklärungen der Piratenpartei ernst – und das sollte man tun –, dann erweckt sie den Anschein, als versuche sie diesen Weg fortzusetzen, jetzt aber unter Nutzung eines Potentials, das die Dritte Industrielle Revolution – die digitale Durchdringung der Gesellschaft – liefert. Das Versprechen, das in den programmatischen Äußerungen dieser Partei zum Ausdruck kommt, setzt zugleich ein älteres Paradigma fort: wissenschaftlich-technischer Fortschritt als notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für die Verwirklichung emanzipatorischer Ziele und von Wohlfahrt. Zugleich entstehen neue Gefahren, die diese Werte bedrohen.

Im Fall der Dritten Industriellen Revolution und ihrer Interpretation durch die Piraten bedeutet dies im Einzelnen:

Das Internet ist eine Allmende (commons), die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder an Information, an Wissen und an der Gestaltung

ihres Zusammenlebens erlaubt. Bedroht wird diese Perspektive durch ein ebenfalls erweitertes Potential von Kontrolle und Fremdbestimmung, die von Staaten und Unternehmen ausgeübt wird, sowie durch den Versuch der Privatisierung der technisch ermöglichten Freiräume. Das Netz ist ein umkämpftes Gebiet. Seine Entdeckung durch sich als emanzipatorisch verstehende Politik hat darüber hinaus zur Wiederaufnahme anderer Versprechen geführt: Schaffung und Nutzung von commons auch jenseits der Informationstechnologie, und sei es das Bedingungslose Grundeinkommen, der fahrscheinlose Öffentliche Nahverkehr oder eine Energiegrundversorgung.

Ebenfalls über den Bereich der Kommunikation hinaus reicht die digitale Umwälzung der Arbeitswelt mit Erosion traditioneller Beschäftigungsverhältnisse, Entwertung bislang relevanter Fertigkeiten, Entstehung vorher unbekannter Qualifikationsanforderungen und mit den Freiheitsräumen von quantitativ erweiterter (Schein-)Selbständigkeit – zugleich aber auch hier die neue Qualität von Kontrollierbarkeit des Individuums und das Anwachsen von Prekarität.

Dies sind die Bedingungen, unter denen in vielen Ländern die Piratenparteien entstanden sind und unter denen diese selbst – oder im Fall ihres Scheiterns – andere Organisationen, die ihren Impuls aufnehmen könnten, stehen.

In ihrer noch sehr kurzen Geschichte sind schon Fallen sichtbar geworden, in die sie geraten könnten.

Bewegungen, die Freiheit, Demokratie und Teilhabe einforderten, sind in der Vergangenheit immer wieder im Mainstream einer bürgerlichen Gesellschaft aufgegangen, in der sie letztlich wesentliche Teile ihrer Ziele aufgaben. Jede von ihnen, die danach neu antritt, stößt auf die erfahrungsgesättigte Skepsis derer, die ihr vorhersagen zu können meinen, wie ihr Versuch auch diesmal enden werde: in irgendeinem Juste-Milieu.

Eine Kritik, die den Versuch, gesellschaftliche Probleme auch mit Hilfe technischer Möglichkeiten zu lösen, als lediglich instrumentelle Vernunft unter Ideologieverdacht stellt, wird die bereits vor vielen Jahrzehnten von Charles Percy Snow konstatierte Sprachlosigkeit zwischen den Zwei Kulturen – der natur- und technikwissenschaftlichen

einerseits, der geistes- und sozialwissenschaftlichen andererseits – überwinden müssen, soll sie nicht steril bleiben.

Piratenpartei, Gewerkschaften und große Teile auch der kritischen Ingenieursintelligenz pflegen zurzeit ein allenfalls aseptisches Verhältnis zueinander. Konzentration auf eine Stammklientel, Versuche von Vereinnahmungen, Bündnisse – welche dieser traditionellen Verhaltensweisen sind angemessen? Wodurch können sie ersetzt werden?

Die Piratenpartei Deutschland ist in ihrer Aufstiegsphase sofort Objekt der traditionellen Medien geworden. Wird sie ihnen gegenüber Autonomie auf der Basis eigener, netzbasierter Kommunikation und Teil-Öffentlichkeit bewahren können, ohne auf traditionelle mediale Öffentlichkeitswirkung verzichten zu müssen?

Wie das Beispiel der Grünen zeigt, kann die Anpassung einer Partei an einen Politikbetrieb, gegen den sie einmal angetreten war, durchaus mit dauerhafter parlamentarische Präsenz belohnt werden. Ihr Ausgangsprojekt wird dann – wie in der Vergangenheit immer wieder einmal – subjektlos werden. Das wäre schade.

Die Aufsätze dieses Bandes – dessen Autorinnen und Autoren verschiedenen Parteien angehören und die sich in ihren Beiträgen teilweise aufeinander beziehen – artikulieren Hoffnungen und Warnungen. Sie erscheinen im Vorfeld einer Wahlbewegung und gehen davon aus, dass der doppelte Gegenstand ihrer Beobachtung – das durch die Digitale Revolution bereitgestellte Potential und das politische Projekt, welches daran anknüpft – auch danach noch aktuell bleiben wird, in welcher parteipolitischen Ausformung auch immer.

Die Autorinnen und Autoren

CONNY HILDEBRANDT/HORST KAHRS/NELLI TÜGEL

Piratenflaute

Auf dem Weg zu einer Partei unter vielen anderen?

Der Ausgang der Wahl zum niedersächsischen Landtag am 20. Januar 2013 markiert einen krisenhaften Wendepunkt in der kurzen Geschichte der Piratenpartei Deutschlands. Der kometenhafte Aufstieg zur neuen Hoffnung am bundesdeutschen Parteienhimmel endete mit einer unsanften Landung: Mit 2,1% der gültigen Zweitstimmen wurde der Einzug ins Parlament deutlich verfehlt. Die absolute Zahl der Zweitstimmen lag mit 75.500 um rund 12.000 unter derjenigen der Bundestagswahl 2009. Der Zustrom von Stimmen aus dem gesamten Parteienspektrum (vgl. Kahrs 2012) setzte sich nicht fort. Nach den vier erfolgreichen Landtagswahlen zwischen Herbst 2011 und Frühjahr 2012 kam die Partei in Niedersachsen nicht über das schmale Stammpotential von bis zu 2% der Stimmen hinaus, welches sie bei Landtags- und Bundestagswahlen bis September 2011 erreicht hatte.

Blickt man hinter das nackte Endergebnis, so zeigt sich, dass Voraussetzungen für zukünftige wahlpolitische Erfolge weiterhin vorhanden sind: Bei den Erstwählerinnen und Erstwählern erreichte die Piratenpartei mit einem Stimmenanteil von 7% mehr als die FDP oder Die Linke. Bei den Wählern im Alter unter 30 Jahren lag der Stimmenanteil bei knapp 10%, bei denjenigen im Alter zwischen 30 und 45 Jahren ebenfalls noch über 5%. Bei den Wählerinnen der jeweiligen Altersgruppen war der Stimmenanteil der Piratenpartei in Niedersachsen indes nur gut halb so hoch, so dass es in der Altersgruppe der

30- bis 44-Jährigen insgesamt nur zu knapp 4% reichte.¹ Diese Werte sind zwar deutlich niedriger als bei vier erfolgreichen Landtagswahlen zuvor. Sie sind jedoch so hoch, dass jüngere Wahlberechtigte die Partei weiterhin als Alternative, die wählbar ist, weil »sie es schaffen kann«, auf dem Zettel behalten werden. Die unter 45-jährigen Wahlberechtigten stellen nur wenig mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten, daher reichen überdurchschnittliche Stimmenanteile in diesen Altersgruppen allein für einen Wahlerfolg nicht aus, sind aber die Grundlage. Weiterhin bleibt die Piratenpartei mit vier Landtagsfraktionen in der parlamentarischen Politik gegenwärtig, so dass sie von den anderen Parteien bei kommenden Wahlen als Spieler auf dem politischen Feld ernst zu nehmen sein wird.

Nach der Niedersachsenwahl stellt sich nun die Frage, ob es sich bei der Piratenpartei noch um einen »Spielverderber« handelt, der dominante Regeln unterläuft, oder schon um einen berechenbaren Mitspieler. Dieser Beitrag widmet sich dieser Frage mit einem Blick auf politikwissenschaftliche Analysen und Prognosen, mit einem Gang durch die programmatische Ausweitung der Partei und mit einer Betrachtung der beginnenden Selbstveränderung unter äußerem Druck.

I.

Das politikwissenschaftliche Interesse an der Piratenpartei nahm nach dem Achtungserfolg bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag im Jahre 2009 kräftig zu. Dabei schälten sich drei Deutungen heraus: Die Piratenpartei gilt als neue Protestpartei, durch deren Wahl die Unzufriedenheit mit allen anderen Parteien vorübergehend bzw. einmalig ausgedrückt werden kann. Sie wird zweitens unter dem Aspekt ihres Aufstiegs in einem sich aufräusenden Parteiensystem betrachtet, die sich mit jedem Schritt weitere Handlungsmöglichkeiten erschließt. Drittens wird die Partei als Ausdruck eines eigenen kulturellen Milieus, oft in Analogie zu den Grünen, untersucht.

1 Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen (www.zdf.de) und Infratest dimap (www.tagesschau.de), vgl. Kahrs 2013

Eckhard Jesse kommt zu dem Schluss, die Piraten seien in erster Linie eine Partei, die Proteststimmen sammeln und von der Politikverdrossenheit vieler profitieren könne. Er lehnt jedoch die Interpretation als Cleavages-Repräsentationspartei² ab, da seiner Meinung nach keine neue – durch die Piraten politisch ausgedrückte – gesellschaftliche Konfliktlinie existiert, beziehungsweise dieses Cleavage durch andere Parteien ausreichend bedient würde (Jesse 2011: 189). Die Piratenpartei müsse letztlich scheitern, da sie lediglich von einer kritischen Haltung gegenüber den etablierten Parteien profitieren könne, was jedoch keinen dauerhaften Erfolg ermögliche. Jesse beschreibt das Offensichtliche: die Abnahme der Parteibindung bei jüngeren Wählern und Wählerinnen, den Wandel der Volksparteien. Nach gesellschaftlichen Umbrüchen, die schnellem Aufstieg (und Fall) zugrunde liegen oder begleiten, fragt er nicht. Zu prüfen wäre, inwieweit diese Vernachlässigung ebenso interessengeleitet ist wie seine These vom »Ausfransen der Parteienlandschaft« – mit der von rechten Kreisen verfolgten Absicht, auf eine Umgestaltung des parlamentarischen Systems hinzuwirken. Seine Prognose lautete im Frühjahr 2011: »Von einem Einzug in einen Landtag, geschweige denn in den Bundestag, ist die Partei augenscheinlich weit entfernt. (...) Weder die programmatischen noch die strategischen noch die organisatorischen Komponenten sprechen für ein Anwachsen der Partei.« (Jesse 2011: 190-191)

Sebastian Krätzig formulierte nach den Wahlen 2009 eine weitergehende These, die politische Blockaden in den Blick nahm: »Wenn aber schon eine solche sozial nicht benachteiligte Gruppe (die Gründergeneration der Piraten – Anm. d. Aut.) von den etablierten Par-

2 Mit der Cleavage-Theorie (cleavage: engl. »Kluft«, »Spaltung«) werden Wahlergebnisse anhand langfristiger, tieferer gesellschaftlicher Konfliktlinien gedeutet. Mit Hilfe der Cleavage-Theorie (cleavage: engl. »Kluft«, »Spaltung«) werden die einzelnen Parteien innerhalb eines nationalen Parteiensystems entlang langfristiger, tieferer gesellschaftlicher Konfliktlinien verortet. Als klassische cleavages gelten der Konflikt Kapital – Arbeit (Industrialisierung), Kirche – Staat (Säkularisierung), Stadt – Land (industrielle Akkumulation) und Zentrum – Peripherie (Nationalstaatsbildung).

teien nicht mehr repräsentiert wird, ihre Interessen also nicht wahrgenommen werden, weil sich die etablierten Parteien verschlossen haben und die Bürger zunehmend nur noch durch personalisierte Medienkampagnen für den Wahltag mobilisieren wollen, wie sollen dann erst sozial benachteiligte Gruppen ihre Interessen formulieren können«. (Krätzig 2010: 97) Krätzig analysierte die Piraten als »kleine Emanzipationsbewegung (...), da sich eine bisher nicht repräsentierte Minderheit auf diese Weise Zugang zum politischen Feld erarbeiten möchte«, wobei es sich »nicht um eine auch sozial benachteiligte Gruppe« handele. Aus dieser Beschreibung der Gründergeneration folgerte er seinerzeit, dass es sich bei der Partei nicht um eine Eintagsfliege handeln würde.

Ähnlich analysierte Fabian Blumberg in einem Papier der Konrad-Adenauer-Stiftung im Februar 2010. Etablierungschancen der Piraten sieht er vor dem Hintergrund, dass ihre Thematik als relevant anerkannt, durch die etablierten Parteien unterrepräsentiert und ein Wählermilieu identifizierbar sei (Blumberg 2010). Blumberg beschrieb früh Entwicklungslinien, die sich dann im Berliner Wahlergebnis ausdrückten. Spätere Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung verfolgten diese Linie nicht unbedingt weiter, sondern ordneten die Wahlerfolge der Piratenpartei als Erfolge einer Protestpartei ein (Stoye 2012, Eisel 2012).

Udo Zolleis, Simon Prokopf und Fabian Strauch erkennen 2010 in einer Studie für die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung ebenfalls tiefere gesellschaftliche Ursachen für die Entstehung der Piratenpartei und schlussfolgern daraus, dass sie – als Ausdruck gesellschaftlicher Phänomene, die sie hervorgebracht haben – keine Eintagsfliege sein kann, auch wenn die Partei selbst wieder verschwinden sollte: »Das ›Problem‹ bei den allermeisten Parteineugründungen und so auch bei der Piratenpartei ist für das Parteiensystem nicht die Partei selbst, sondern die strukturellen und politischen Tiefenursachen, die erst zu diesen Gründungen geführt haben. Mag eine Partei durch personelle Fehler, organisatorische Mängel oder auch politische Missgeschicke ihre Konsolidierung nicht bewältigen und in die politische Bedeutungslosigkeit zurückfallen, die Gründe für ihr Entstehen wären damit

nicht beseitigt. Somit ist die Piratenpartei keine politische Eintagsfliege – unabhängig von ihrem organisatorischen Fortbestehen.« (Zolleis/Prokopf/Strauch 2010: 31)

Carsten Koschmieder betont in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung (Koschmieder 2012) den Anti-Parteien-Charakter der Piratenpartei. Dabei spiele aber nicht nur Frustration über die anderen Parteien eine Rolle, sondern der Aufstieg werde begünstigt durch positiv formulierte Erwartungen an eine andere, ganz neue Form von Beteiligung und Transparenz, durch Themen wie *share* und *commons*.

Oskar Niedermayer verortet die Piratenpartei als linkslibertäre Partei und nähert sich ihren Aussichten mit seinem Modell der sechsstufigen Etablierung einer Partei (Niedermayer 2010). Während er mithilfe dieses Modells zunächst zu dem Schluss kommt, dass aufgrund verschiedener Hemmnisse das Erreichen der 3. Karrierestufe, der parlamentarischen Repräsentation, für die Piratenpartei unwahrscheinlich sei, verzichtet er später auf eine Prognose hinsichtlich des Erreichens der weiteren Karrierestufen (Niedermayer 2012). Niedermayer sieht in den Piraten mittlerweile mehr als das vorübergehende Erscheinen einer neuen Protestpartei. Sein Karrieremodell ordnet die Piratenpartei indes in einen vorgegebenen Normalisierungs- und Anpassungsprozess von Parteien ein, der ein Gründungsanliegen der Piratenpartei, die Infragestellung dieser Regeln des Parteienwettbewerbs, ausschließt, so dass sich ihm die Frage, ob das Erreichen der nächst höheren Etablierungsstufe nicht zu einer Beschädigung des Partei-Images und damit der weiteren Erfolgsaussichten führt, nicht stellen kann. Woher es rührt, dass vor allem junge Menschen sich von den traditionellen Volksparteien nicht mehr repräsentiert fühlen, was überhaupt Repräsentation und Partizipation in Zeiten des Internets bedeutet und warum für die Gründergeneration der Piraten offenbar auch Grüne und Linke zu den »Etablierten« gehören, dies sind Fragen, die durch den von Niedermayer gewählten Ansatz nicht gestellt werden können.

Christoph Bieber (Bieber 2012) setzt an dieser Lücke an und steuert der Diskussion um die Etablierungschancen der Partei, Bezug nehmend auf ihr Selbstverständnis als Partei, die die politischen Spielregeln ändern wolle, die Perspektive bei, dass die »Zukunftsorientierung

der Piraten« ihr eigenes Verschwinden mit einschlieÙe. Er sieht sie als Partei der Gegenwart, aber nicht zwangsläufig der Zukunft.

Auch Alexander Hensel und Stephan Klecha (Hensel/Klecha 2012) sehen in der Piratenpartei mehr als eine Protestpartei. Bei allen offensichtlichen Problemen der Partei in ihrer aktuellen Entwicklungsphase seien es doch grundlegende gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die sich in Gründung und Aufstieg der Partei manifestierten.

Die politikwissenschaftliche Literatur ist sich mehrheitlich einig, dass die Entstehung der Piratenpartei Ausdruck neuer gesellschaftlicher Konfliktdimensionen war, die unter anderem ein sozio-kulturelles Milieu hervorgebracht haben, aus dem sich die Gründergeneration der Piraten speiste, ihr Aufstieg durch Parteienverdrossenheit und Unzufriedenheit mit der Verfasstheit des demokratischen Systems und der abnehmenden Bindung an die Volksparteien begünstigt wurde und ihre Perspektiven offen sind, je nachdem wie sie selber bestimmte Aufgaben meistern oder auch nicht. Die Betonung des Protestcharakters der Piratenpartei ist unterschiedlich stark. Auffallend ist, dass die Formulierungen hinsichtlich der Perspektiven der Piraten nach dem September 2011 deutlich vorsichtiger geworden sind, da der Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus offensichtlich selbst für die meisten professionellen Beobachter überraschend war.

II.

Zu den in der Politikwissenschaft überwiegend geteilten Auffassungen zählt, dass ohne Erweiterung des inhaltlichen Themenspektrums der Piratenpartei, ohne eine weitgehende Professionalisierung der Parteiarbeit und ohne Personalisierung der Anliegen zukünftige Erfolge undenkbar seien. Geteilt wird diese Sicht vom politischen Journalismus. Eine Partei, die allein die technologischen Potentiale der digitalen Revolution zu ihrem Thema mache, könne nicht überlebensfähig sein, wenn sie zu den vielen anderen Fragen, die über die Medien kommuniziert werden, »kein Programm« habe. Belegen sollen dies Umfragen wie diejenige am Wahltag in Niedersachsen, als 83% der Befragten die Auffassung teilten, dass die Piratenpartei zu »wichtigen Themen« keine Position habe (Kahrs 2013). Unterstellt wird, dass damit eine

negative Bewertung der Partei verbunden sei und dass es keinen wahlpolitischen Raum gebe für eine Partei mit dem »Image als Partei der Fragenden, der noch nicht für jedes Thema eine Antwort Habenden« (Neumann 2012: 131).

Tatsächlich scheint die journalistische Kenntnis programmatischer Positionen der Piratenpartei stark von diesem Image geprägt zu sein. In den vergangenen Jahren entwickelte sich auf Länder- wie auf Bundesebene eine bemerkenswerte programmatische Arbeit, die keinen Vergleich mit konkurrierenden Parteien scheuen muss. Bei einer parteiinternen Befragung sprachen sich 2011 zwei Drittel der Teilnehmenden für ein Vollprogramm aus, zwei Fünftel bekundeten eigene Beteiligung an der programmatischen Arbeit (Neumann 2012: ebd.).

Bereits im Landeswahlprogramm der Piraten in Bayern von 2008 finden sich jene Eckpunkte, die sich später in allen Landes- oder Bundesprogrammen der Partei wiederfinden: informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre als Grundpfeiler einer zukünftigen demokratischen, sozial gerechten, freiheitlich selbstbestimmten, globalen Informationsgesellschaft. Diese wollen die Piraten als »Teil einer weltweiten Bewegung zum Vorteil aller mitgestalten« (Piraten Bayern, 2008). Deshalb fußen die Programme der Piraten auf den Prinzipien der »Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem Individuum in einer sozialen ethischen Gesellschaft sowie dem Schutz des zur Entfaltung des Menschen immer erforderlichen privaten und unantastbaren Lebensraum, sowohl in geistiger als auch in materieller Hinsicht« (Piraten Hessen, 2009).

Die Piraten sehen sich »als Stimme der Bürgerrechtsbewegung des Informationszeitalters« (Piraten Brandenburg 2011). Jeder Mensch solle sich unabhängig von seiner Herkunft, Geschlecht, sexuellen Identität, Religion, seinem sozialen Hintergrund und persönlichen Lebenssituation *frei entfalten* können. »Die Freiheit des Einzelnen ist das höchste Gut einer Demokratie« (Piraten Brandenburg 2011). Geringstmögliche Herrschaft durch Menschen über Menschen und die Entwicklung jedes Einzelnen sollen Bedingungen für die Entwicklung aller sein (Piraten Niedersachsen 2013). Es geht deshalb um die Kritik und Veränderung jener politischen und staatlichen Institutionen und

Verfahren, die »Freiheit« in irgendeiner Weise einschränken, an Bedingungen knüpfen, sie verweigern oder blockieren.

Freiheit wird programmatisch übersetzt in *freie Zugänge*, die sich zunächst aus den neuen Freiheiten des Internets und der digitalen Technologien ableiten. Dazu gehört das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und jeder Form von Überwachung, der Erhebung biometrischer Daten und die Nutzung elektronischer Ausweisdokumente. Informationsfreiheit wird verbunden mit dem Recht auf Transparenz politischer und staatlicher Entscheidungen und der Forderung nach neuen bzw. vereinfachten Möglichkeiten politischer Mitbestimmung. Gesellschaftliche Güter sollen der Gesellschaft umfassend, bezahlbar oder sogar kostenlos zur Verfügung stehen – Open Acces soll freie Zugänglichkeit, Informationsfreiheit und Transparenz in der öffentlichen Verwaltung ebenso absichern wie die freie Zugänglichkeit zum wissenschaftlichen und kulturellem Erbe der Menschheit.

Seit dem Bundestagswahlprogramm 2009 erweitern und vertiefen bzw. präzisieren die Piraten ihre Sichten um weitere frei zu gestaltende »Zugänge«. So wurde das bisherige Grundsatzprogramm um das Kapitel »Bildung« erweitert. 2010 kamen die Kapitel »Mehr Demokratie wagen« und »Für eine freie und demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur« hinzu, 2011 das Kapitel zur »Vielfalt der Gesellschaft« und 2012 die Beschlüsse zu Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, Europa, Außenpolitik, Rente, Gesundheit, Jugendschutz, Landwirtschaft, Normen und Staatstrojaner. Diese Entwicklung spiegelt sich – wenn auch unterschiedlich – in den einzelnen Landes- bzw. Wahlprogrammen der Bundesländer, so dass »freie Zugänge« sich nunmehr auf Wasser, Luft, Strom, öffentliche Plätze, Schulen, Universitäten sowie Internet beziehen (Piraten Niedersachsen 2012) und so die soziale und politische Teilhabe und ebenso Mitbestimmung und zunehmend auch erste konkrete stadt- und landespolitische Fragen zum Inhalt haben. Dazu müssen sich – wie im Landesprogramm von Rheinland-Pfalz gefordert – Land und Kommunen dafür einsetzen, dass die Grundversorgung von Trinkwasser, Wasser- und Abwasser, Klärwerke, Stromnetze, Gasnetze, Straßen sowie Straßenbauwerke in

öffentlicher Hand bleiben. Die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, die für die Grundversorgung der Bevölkerung notwendig sind (z. B. ÖPNV, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Krankenhäuser), sei zu stoppen und der Verkauf solcher Einrichtungen an Investoren zu verbieten (Piraten Rheinland-Pfalz 2012). Die Verteidigung, der Erhalt oder Ausbau von Zugängen ist also *die* zentrale Kategorie der Piraten – anzuwenden auf alle Bereiche des Lebens und die Gestaltung von Gesellschaft, auch zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte. Hierzu zählen die Piraten freie Zugänge zu materiellen und immateriellen Gütern wie Bildung, Wohnraum, Mobilität (fahr-scheinloser ÖPNV), Wissen und Kultur und das bereits erwähnte Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Einschränkung von Organisations- und Versammlungsfreiheit sowie von neuen Protestformen wird abgelehnt, die Berliner Piraten fordern darüber hinaus die Abschaffung der Residenzpflicht.

Für die unmittelbar politische Ebene bedeutet dies konkret z. B. die Veränderungen des Wahlrechts auch für Migranten (Piraten Berlin 2011), die Herabsetzung des Wahlalters (Piraten Sachsen-Anhalt 2011). Die Herabsetzung von Hürden für Volksbegehren, »Demokratie wagen« und die Forderung nach erweiterten Möglichkeiten direkter Demokratie wird in allen Programmen der Piraten gefordert und verbunden mit dem Selbstverständnis der Mitmachpartei: jeder kann sich – so ihr Anspruch – jederzeit direkt beteiligen.

Die Forderung nach freiem Zugang zu Informationen über staatliches wie politisches Handeln wird verknüpft mit der nach Transparenz und Offenlegung von Verwaltungsprozessen (Brandenburg 2012). »Gläserner Staat« statt »Gläserner Bürger« heißt es im Saarländer Wahlprogramm von 2012. Dazu gehört die Offenlegung von Nebeneinkünften der Abgeordneten, die Schaffung von Vergaberegistern zur Korruptionsbekämpfung, die Einsicht und Begrenzung öffentlich erhobener persönlicher Daten, die Offenlegung öffentlich-rechtlicher Verträge und die Schaffung neuer Instrumente zur Kontrolle staatlichen Handelns, inklusive der Kennzeichnungspflicht für Polizei-Beamte und eine Beschwerdestelle für Polizeiübergriffe (Piraten Berlin, 2011). Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Wirtschaft – insbesonde-

re bei Leasingverträgen mit Kommunen oder Städten – müsse ihre Verträge offenlegen: »Der Schutz des Geschäftsgeheimnis eines Privatunternehmens darf nicht über der staatlicher Pflicht zum nachvollziehbaren Handeln stehen.« (Piraten Niedersachsen, 2012).

Eine der zentralen Forderungen zur Sicherung sozialer und politischer Teilhabe ist der konsequent freie und kostenlose Zugang zur Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Erwachsenenbildung. Gefordert werden Ganztagschulen als Lebensräume mit außerschulischen Angeboten, die Lern- und Lehrmittelfreiheit, kostenloses Mittagessen und Obstfrühstück (Piraten Berlin, 2011). Zur individuellen Förderung werden flexibilisierte Bildungsprogramme (Bildungsmodule bzw. Kurssysteme) vorgeschlagen und die Möglichkeit zu fließenden Schullaufbahnen (Piraten NRW, 2012), auch durch die Auflösung starrer Klassenstrukturen. Sichergestellt werden müsse dies durch ausreichend und qualifizierte Lehrer, d.h. maximal 20 Schüler je Lehrer (Piraten Sachsen-Anhalt, 2011). Die niedersächsischen Piraten lehnen ausdrücklich die Finanzierung von Schulmaterial durch Wirtschaftsunternehmen ebenso ab wie Beratungsangebote der Bundeswehr (Piraten Niedersachsen, 2013).

Soziale Teilhabe wird in den Landesprogrammen unterschiedlich gewichtet. Im Programm der Piraten von Berlin und Rheinland-Pfalz wird ein »bedingungsloses« Grundeinkommen gefordert, in Bremen ein »existenzsicherndes« und bis dahin bundesweite gesetzliche Mindestlöhne. Im Hamburger Programm steht die Forderung nach Abschaffung von Ein-Euro-Jobs unter »Sonstige Themen«, die Saarländer Piraten fordern die Begrenzung der Leiharbeit auf 24 Monate und die Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes. Die Abschaffung der Zeitarbeit im öffentlichen Dienst fordern die Piraten in Baden-Württemberg und Niedersachsen 2013. Soziale Teilhabe verbinden die Piraten mit freien, d. h. bezahlbaren oder kostenfreien Zugänge zu Gemeinschaftsgütern wie Verkehr, Energie und Wasser und hierzu die Infrastrukturen in öffentlicher Hand. Konkret gefordert wird ein bezahlbarer oder sogar ein fahrscheinloser, unentgeltlicher ÖPNV (Piraten Berlin, 2011). Regionale Schienenwege oder Bürgerbusse (Piraten, Baden-Württemberg, 2011) sollen ausgebaut werden.

Zum Thema Atomausstieg gibt es zwischen den Landesverbänden Differenzen: die Berliner fordern die »unverzügliche Stilllegung« aller Atomkraftwerke zumindest die Stilllegung von einem AKW pro Jahr (Piraten Berlin, 2011), die Baden-Württemberger wollen wie die meisten Landesverbände den Ausstieg aus dem Ausstieg verhindern. Die Bremer fordern die Stilllegung des AKW Unterweser (Piraten Bremen).

Unmittelbare Bezüge auf die gegenwärtigen ökonomischen und ökologischen Krisen gibt es bisher nur wenige. Die Baden-Württemberger verweisen darauf, dass ihr Bundesland bisher von wirtschaftlichen Verwerfungen innerhalb Europas verschont blieb, dass aber in Krisenzeiten die Landesbanken die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen müssten (Piraten Baden-Württemberg, 2011). Die Saarländer Piraten fordern die Einführung der Finanztransaktionssteuer und befürworten als einzige die sogenannte Schuldenbremse.

Ungeachtet des EU-Vertrags von Lissabon, demzufolge »die Mitgliedstaaten [sich] verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern«, und der Realität sozialstaatlicher Deregulierung, verschärft durch eine Politik radikaler Sozialkürzungen von EU-Kommission, EZB und IWF mit sozial verheerenden Folgen bisher in den Ländern der Eurozone, formulieren die Piraten in Schleswig-Holstein ihr unkritisch positives Bekenntnis zu Europa: »Wir verstehen Europa als ein friedensförderndes Projekt, das den Versuchen der Re-Nationalisierung einzelner Staaten widerstehen muss.« (Piraten Schleswig-Holstein, 2012). Europa sollte – so die Piraten in Sachsen – ein Europa der Regionen werden. Dies fassen die Piraten in Niedersachsen so: europapolitische Entscheidungsprozesse bedürfen der Zustimmungspflicht einer qualitativen Mehrheit des niedersächsischen Parlaments. Zugleich formulieren sie konkrete europapolitische Forderungen wie z. B. die Schaffung von Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmer vor dem Hintergrund des europäischen Arbeitnehmerentgesetzes. Gefordert wird die Revision des Euratom-Vertrages an dessen Stelle die Europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien (ERENE) treten solle. Die Piraten in Rheinland Pfalz fordern eine europäische Grundrechteagentur – auch zur Überwachung na-

tionalstaatlicher Überwacher. Grundsätzlich sollte Europa Zuflucht gewähren vor politischer Verfolgung und den Folgen von Krieg und Bürgerkrieg (Piraten 2013). Außerdem müsse die Vereinbarkeit von Grundgesetz in Deutschland und EU-Grundrechtecharta sichergestellt werden (ebenda Piraten 2013).

Einen sozial-ökologischen Umbau fordern die Piraten nicht, allerdings eine nachhaltige und ökologische Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik und die strategische Neuorientierung auf Kreislaufwirtschaft statt Exportorientierung. Die Piraten in Niedersachsen fordern einen neuen Wachstums- und Wohlstandsbegriff (Piraten Niedersachsen, 2012). Die sächsischen Piraten kreieren hierfür den Begriff des »Bruttonationalglück«: »Wirtschaftswachstum ist nicht essbar, es führt nicht automatisch zu einer glücklicheren Bevölkerung und kann als einzelne Kennzahl nicht die Komplexität wirtschaftlichen und menschlichen Lebens abbilden.« (Piraten Sachsen, Wirtschaftsprogramm). Priorität jeden wirtschaftlichen Handelns sollte deshalb die Versorgung der Bevölkerung und die Schaffung individueller Freiräume haben. Die sächsischen Piraten wollen eine Experimentierklausel für neue Wege menschlichen Zusammenlebens und Wirtschaftens (Sandboxprinzip). Auch die Energiewirtschaft müsse nachhaltig, regenerativ und deshalb dezentral nach den Prinzipien fairen Wettbewerbs und möglichst genossenschaftlich organisiert werden. Sie müsse deshalb unter staatlicher Aufsicht stehen und transparent agieren und über Landesprogramme die energiewirtschaftliche und klimawandelbezogene Stärkung der Kommunen absichern. Dazu fordern die Piraten in Bremen, Hamburg, NRW, Schleswig-Holstein und Thüringen die Neutralität der Energienetze bzw. deren Rekommunalisierung. Abgelehnt wird das Fracking wie auch die CO₂-Speicherung im Boden, in der Nord- und Ostsee (u. a. Niedersachsen). In der Landwirtschaft wird Gen-Manipulation ebenso abgelehnt wie Patente auf Lebewesen (u. a. Piraten Baden-Württemberg). Die Niedersachsen fordern für ihr Land eine gentechnikfreie Zone.

Mitunter erweisen sich die Landeswahlprogramme auch als Experimentierfeld für außergewöhnliche Forderungen, wie die nach privaten und gewerblichen Finanzierungsmodellen (neben staatlichen) für

Hochschulen (Hessen, 2009), die nach einem »Schulden-Reset« zur Eindämmung der staatlichen Schulden (Sachsen-Anhalt 2011) oder die nach Regio-Geld (Sachsen 2011).

Der Blick auf die programmatische Arbeit der Piratenpartei zeigt, dass genügend Anlässe zur programmatischen Auseinandersetzung jenseits der Klassiker »Urheberrecht«, »geistiges Eigentum« und »Transparenz« vorhanden wären. Die programmatische Arbeit der Partei gleicht einem doppelten Drahtseilakt, der innerparteilich entsprechend umstritten ist. Dem Bedürfnis eines Teils der Mitgliedschaft nach einer möglichst weitreichenden programmatischen Aussagefähigkeit steht die Auffassung gegenüber, dass jede programmatische Ausweitung den eigentlichen programmatischen Kern verwässern würde. Die programmatische Arbeit, als offener partizipatorischer Prozess gestaltet, bindet enorme Ressourcen, gleichzeitig bietet sie die beste Gewähr, dass die Repräsentanten der Partei nicht eigenmächtig das programmatische Bild der Partei prägen. »Nur beschlossene Positionen sollten auch öffentlich vertreten werden, Leerstellen sollten ehrlich benannt und Dazulernen angekündigt werden. Aber genau dieses Selbstverständnis widerspricht der Logik mediatisierter Politikformulierung. Der Druck auf die Partei wuchs gleichermaßen wie die Unzufriedenheit über die sichtbare Diskrepanz von Selbstverständnis und Zuschreibung als Single-Issue-Partei der Informationsgesellschaft, die sonst nichts zu sagen habe.« (Neumann, 2012, S. 131) Dem Vorwurf, eine Partei ohne programmatische Antworten auf die vermeintlich wirklich wichtigen Fragen zu sein, mit entsprechender programmatischer Arbeit zu begegnen, heißt auch immer, sich der politischen Agenda der dominierenden Parteien zu unterwerfen, auf die Durchsetzung einer eigenen Agenda zu verzichten und Originalität zu verlieren.

III.

Es gibt keinen stichhaltigen Grund für die Annahme, dass die Vollständigkeit eines Programms tatsächlich über Erfolg oder Misserfolg bei Wahlen entscheidet. Kaum mehr als ein Prozent der Wahlberechtigten nimmt Wahlprogramme in Gänze zur Kenntnis. Es sind die be-

sonderen, unterscheidbaren Anliegen verbunden mit der Fähigkeit einer Partei, diese gegenüber etablierten Parteien programmatisch herauszustellen, die eine thematisch geprägte Wahlentscheidung begründen.

Die Wahlschlappe in Niedersachsen kündigte sich in der Bewertung der Piratenpartei in den »Sonntagsfragen« lange an. Im Gefolge der Wahlerfolge im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen sahen verschiedene Umfrageinstitute die Partei auch in Niedersachsen mit bis zu über acht Prozent im Landtag. Seit September 2012 lagen die Gewichtungungen mit überwiegend drei Prozent für die Landtagswahl dann deutlich unter der Sperrklausel. Der Verlauf auf Landesebene folgte den »Sonntagsfragen« für den Bundestag: Nach dem überraschenden Erfolg bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin im September 2011 prognostizierten alle großen Umfrageinstitute einen Einzug in den Bundestag mit zeitweilig sogar zweistelligen Prozentzahlen. Ein Jahr später, im Oktober und November 2012 sah kein Umfrageinstitut bei der »Sonntagsfrage« die Piratenpartei noch im Bundestag vertreten.³ Die Aufmerksamkeits- und Zustimmungskurve für die Piratenpartei verlief wie manch andere mediale Erregungskurve in den vergangenen Jahren, etwa diejenige des zwischenzeitlichen Ausrufens der Grünen zur »neuen Volkspartei« mit Zustimmungswerten von über zwanzig Prozent ab Frühjahr 2011. Der schnelle Aufstieg der Piratenpartei erscheint als ein medial vermitteltes und geformtes Ereignis, welches der politischen Ökonomie des Journalismus in Deutschland folgt (vgl. den Beitrag von Wolfgang Storz in diesem Band). In der medialen Öffentlichkeit ist das Interesse auf die Frage zusammengeschnürt, ob die Partei überhaupt noch eine Zukunft hat. Den vier Landtagsfraktionen gelingt es nicht, den Nachrichtenwert der Partei hochzuhalten.⁴

3 Alle Ergebnisse zu den Sonntagsfragen nach: www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm. Abgerufen am 3.2.2013.

4 Eine Ausnahme könnte die Berliner Abgeordnetenhaus-Fraktion werden, die mit dem Vorsitz im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Flughafenbau in Berlin-Schönefeld eine Eintrittskarte zur bundesweiten medialen Beachtung hat.

Die Piratenpartei steht spätestens seit der Niedersachsen-Wahl vor der Frage, was an ihren Erfolgen sich eigenem Zutun, eigener politischer Substanz, Stärke und Anziehungskraft verdankt und was einem günstigen politischen Gelegenheitsfenster, der Schwarmintelligenz der bundesdeutschen Medien und der politischen Beweglichkeit vor allem bei jüngeren Wählerinnen und Wählern geschuldet, also nicht hausgemacht ist.

Mit den Wahlerfolgen schnellten die Mitgliederzahlen empor. 2009 stiegen sie im Zuge der Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag sprunghaft von unter 2.000 auf über 12.000 Mitglieder an. Nach dem Berliner Wahlerfolg verdreifachten sie sich im Laufe des Jahres 2012 fast auf 34.000 Mitglieder Ende 2012. Die steigenden Mitgliederzahlen hatte die Piratenpartei vor allem im Zeitraum von September 2011 bis Sommer 2012 zu bewältigen. In der zweiten Jahreshälfte 2012 stagnierten sie auf diesem – hohen – Niveau. Anfang 2013 sank die Mitgliederzahl leicht infolge von Austritten. In der zweiten Januarhälfte wurden dem Vorstand 33.460 Mitglieder berichtet, davon zahlten knapp die Hälfte Beiträge und waren somit stimmberechtigt.⁵ Diese Mitgliederschübe innerorganisatorisch zu bewältigen, die neuen Mitglieder in die Diskussions- und Willensbildungsprozesse technisch, sozial und politisch zu integrieren, gleichzeitig aber mit den gestiegenen Erwartungshaltungen auch gegenüber ihren öffentlich wahrnehmbaren Repräsentanten und den Ambitionen der neuen Mitglieder umzugehen, erforderte und erfordert enorme innerparteiliche Kraftanstrengungen. Das organisatorische Selbstverständnis der Gründergeneration etwa hinsichtlich Partizipation, Delegation oder auch ehrenamtlicher Tätigkeit stößt an zeitliche und psychische Belastbarkeitsgrenzen, die mitunter in vergifteter Kommunikation und Rückzügen münden und medial nun nur noch berichtenswert sind unter Überschriften wie »Personalquerelen«, »Machtspiele«, »Selbstdemontage«.

5 Vgl. zur Mitgliederentwicklung: wiki.piratenpartei.de/Mitglieder, zu den Mitschriften der Vorstandssitzungen: vorstand.piratenpartei.de/2013/01. Abgerufen am 3.2.2013.

Parteiintern wird ein Kommunikationsproblem durchaus konstatiert. Der Berliner Wahlerfolg habe nicht nur »eine Nachfrage nach einer neuen politischen Kraft« ausgedrückt, die die Berliner Piraten »mit innovativen Inhalten und einem neuartigen Politikstil bedienen« konnten, sondern auch das Tor zum »Medienmainstream« aufgestoßen. Über die Piratenpartei sei berichtet worden, »als säßen wir schon im Bundestag«. Der Berliner Erfolg habe weitere nach sich gezogen, die sich »wohl kaum« damit erklären ließen, dass die Piraten »so kompetente Landespolitik vorzuweisen hatten«. Die Partei habe im Erfolg verabsäumt, einen »Masterplan im Umgang mit den Massenmedien« zu entwickeln und sich stattdessen mit einem »eher positiv freundlichen Umgang mit dem Mainstream« dessen Gesetzmäßigkeiten überlassen.⁶ Die Lösung wird in der Professionalisierung der Kommunikation gesehen, ab dem Herbst 2012 begann die Parteiführung mit dem Aufbau eines entsprechenden Kompetenzteams.

Nicht zu übersehen sind kommunikative Ermüdungsprozesse. Verlautbarungen unterscheiden sich in Stil und Inhalt oft kaum noch von denen anderer Parteien. So erklärte nach der Niedersachsen-Wahl Spitzenkandidat Meinhart Ramaswamy routiniert: »Wir nehmen dieses Ergebnis als Zeichen, dass wir unsere Inhalte nicht genug vermitteln konnten. Daran werden wir arbeiten, unser Motto wird lauten: ›Jetzt erst recht!‹«. Auch der Landesvorsitzende Andreas Neugebauer bewies Kompetenz in professionellem Politikersprech: »Es ist keine Schande, wenn es beim ersten Mal nicht klappt. Wir werden jetzt kurz Atem schöpfen und uns dann mit aller Kraft in die Vorbereitungen für die Bundestagswahl im Herbst 2013 stürzen. Wir bedanken uns bei allen Wählern für das uns entgegengebrachte Vertrauen und werden außerparlamentarisch den Wunsch nach einem Politikwechsel voranbringen.«⁷ Zwischen dem medialen Auftritt im Winter 2013 und dem

6 Roman Ladig (Piratenpartei Sachsen-Anhalt), Was die Niedersachsen-Wahl für die Zukunft der Piratenpartei bedeutet. Oder: Piraten und Massenmedien – geht das?, 23.01.2013, <http://carta.info/53391/Was-die-Niedersachsen-Wahl-fuer-die-Zukunft-der-Piratenpartei-bedeutet/>

7 www.piraten-nds.de/2013/01/20/piraten-haben-den-einzug-verfehlt-aber-geben-nicht-auf/

provokativ-sympathischen Dilettantismus des Wahlkampfes in Berlin im Spätsommer 2011 besteht ein Unterschied, der mit dem Begriff der politischen Entzauberung nur unzureichend beschrieben ist.

Bereits die Reaktionen auf die sinkenden Umfragewerte zeigten, dass der weitere Weg der Piratenpartei wohl in Richtung Angleichung an die dominanten Mechanismen des politischen Systems gehen würde. Es müsse möglich sein, dass Vertreter der Partei in Diskussionen und Talkshows eigenständig Position bezögen auch ohne vorherige Findungsprozesse in der Partei. Nach der Niedersachsen-Wahl verstärkte der Parteivorsitzende Bernd Schlömer diese Tendenz: »Die Menschen wissen einfach nicht, wofür die Piratenpartei steht. Und sie verbinden mit der Piratenpartei auch keine Menschen. Deswegen habe ich auch gesagt, dass wir nicht weiter allein darauf setzen können, Themen zu transportieren. Wir müssen Köpfe, Menschen zeigen, Sympathieträger, die unsere Themen einfach und leicht transportieren.«⁸ Damit zieht Schlömer einen demonstrativen, innerparteilich höchst umstrittenen Schlusstrich unter die Methode »Themen statt Köpfe«.

Gleichzeitig spricht sich Schlömer für ein strategisches »Sowohl-als-auch« zwischen einem umfassenden Programm und der Betonung der Kernthemen aus. »Politische Parteien werden auch gewählt, weil man glaubt, die Partei tickt so wie ich auch. Parteien werden nicht nur gewählt, weil sie zu jedem Sachthema vorgeben, eine konkrete Lösung zu haben. Nichtsdestotrotz müssen wir beides sinnvoll kombinieren. Wir müssen eine Partei sein, die Beteiligung und damit direkte Demokratie im Internetzeitalter auf die Agenda setzt und sich dafür einsetzt, Wissen frei zur Verfügung zu stellen. Damit verkörpern wir das Lebensgefühl und die Lebensart der jüngeren Generation. (...) Die Partei versucht, Lösungen für ein Leben in modernen Gesellschaften anzubieten, die von Freiheit, Individualität und Selbstbestimmtheit geprägt sind. Dieser Liberalismus neuerer Art ist gekoppelt mit einer grundsätzlichen Staatsskepsis, aber auch mit der Forderung, dass wir

8 Sueddeutsche Zeitung, 1.2.2013 – www.sueddeutsche.de/politik/2.220/piratenchef-schloemer-wir-muessen-koepfe-zeigen-1.1589369

wesentlich stärker als bislang auch für gemeinwohlorientiertes Handeln eintreten müssen. Ich bezeichne das als Sozialliberalismus.«⁹ Schlömer wendet sich damit gegen diejenigen, die von der Partei zu jeder Frage der Alltagspolitik eine Antwort erwarten. Gleichzeitig will er es nicht mehr der politischen Phantasie der Wählerinnen und Wähler überlassen, wie sie die Partei als Projektionsfläche nutzen, sondern reklamiert für sie im Parteienspektrum den freien Platz des Sozialliberalismus. Drittens überhöht er die Konzentration auf die Gründungsthemen zum Generationenprojekt, zu »Lebensgefühl« und »Lebensart« einer ganzen Generation, die die Piraten repräsentieren würden. Damit hat er den innerparteilichen Richtungsstreit in Auswertung der niedersächsischen Wahl Niederlage und dem drohenden Scheitern bei der Bundestagswahl verschärft. Im Februar 2013 wurde erwogen, per Mitgliederbefragung über vorzeitige Vorstandswahlen zu entscheiden.

Die Attraktivität der Piratenpartei lebte bisher von ihrer demonstrativen Differenz zu politischem Stil und Inhalt, Sprache und Habitus, Jargon und Rhetorik aller parlamentarisch etablierten Parteien. Sie traten auf als Spielverderber, als der »ungewöhnliche Spieler«, der »dadurch, dass er bei dem Spiel mitspielt, ohne es ernst zu nehmen, die Grundlage des Spiels bedroht, nämlich den Glauben und die Glaubwürdigkeit der gewöhnlichen Spieler« (Bourdieu 2013: 56f). Die Piraten verweigerten sich – so die öffentliche Wahrnehmung – den Regeln des Beitritts zum politischen Betrieb: dem vermeintlichen Expertentum der Politiker, ihrer wohltrainierten Fähigkeit, auf alle Fragen eine Antwort formulieren zu können. Sie traten stattdessen dafür ein, mit Hilfe moderner Technologien das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten redemokratisieren zu können und zu wollen. Sie nahmen dafür eine gehörige Portion Apolitismus in Kauf, in dem sie die Sphäre der Politik als Sphäre widerstreitender Interessen negierten und als Sphäre bestmöglicher Sachentscheidungen der Vielen neu zu konstituieren trachteten. Vor allem aber

9 Sueddeutsche Zeitung, 1.2.2013 – www.sueddeutsche.de/politik/2.220/piratenchef-schloemer-wir-muessen-koepfe-zeigen-1.1589369

nahmen sie sich selbst zurück, traten nicht als politische Priester oder Funktionäre auf. Ihre Vertreter inszenierten sich selbst als Delegierte und Mandatsträger, die den Willen ihrer Mitglieder bzw. der am jeweiligen Entscheidungsprozess sich Beteiligten vertreten, zu ihren Gunsten handeln, aber die sich ausdrücklich nicht als sich selbst ermächtigende Wortführer und Stellvertreter an ihre Stelle setzen und ihren Willen formen. Mit einem gewissen Wohlwollen ließe sich formulieren, der mediale Durchbruch im Berliner Wahlkampf verdankte sich ihrer technologisch gestützten Modernisierung des Versprechens vom imperativen Mandat und der damit verbundenen Neuverteilung der politischen Produktionsmittel:

»Weil die Produktionsinstrumente der im eigentlichen Sinne politischen, das heißt expliziten und explizit differentiellen Repräsentation der sozialen Welt ungleich verteilt sind, gewinnt des politische Leben die Form eines Austausches zwischen professionellen Produzenten und bloßen Laien und lässt sich in der Logik von Angebot und Nachfrage beschreiben. Das politische (Produktions-)Feld ist der Ort, an dem von den dort befindlichen, miteinander konkurrierenden Akteuren politische Produkte hergestellt werden (Probleme, Programme, Analysen, Kommentare, Konzepte, Ereignisse), unter denen die auf den Status von ›Konsumenten‹ reduzierten gewöhnlichen Bürger wählen sollen, wobei das Risiko des Missverständnisses umso größer wird, je weiter sie vom Produktionsort entfernt sind.« (Bourdieu 2013: 45)

Die unter dem Namen »Parteienverdrossenheit« vielfach beschriebene richtungslose Unzufriedenheit mit dem politischen Produktionsprozess spiegelt sich in der medialen Karriere des Worts vom »neuen Betriebssystem der Demokratie«. Ein Teil dieser bloßen Konsumenten konnte sich vorstellen, wieder zum (Mit-)Produzenten von Politik zu werden, eine gewisse Affinität zu digitaler Technik, ansehnliche Zeitressourcen und partizipatorische kulturelle Fähigkeiten vorausgesetzt. Die technologisch gestützte Erneuerung demokratischer Verfahren erschien mit einem neuen »Betriebssystem« im doppelten Sinne möglich: als kollektive sachkundige Selbstaufklärung und Selbstermächtigung gegenüber dem abgeschotteten Expertentum des real existierenden Politikbetriebes, als »Weisheit der Vielen«; und als

Schutzwall gegen Enttäuschung und Verrat, denn wo permanente Beteiligung und Delegation dominieren, braucht es den Vertrauensvorschuss in die gewählte Person nicht mehr, und dann kann Vertrauen auch nicht enttäuscht werden.

Nicht zufällig handelt es sich bei den Protagonisten der »Wiki-Republik« (Plaum 2012) vorwiegend um Angehörige der jüngeren Generation. Die *digital natives* stellen die Frage nach ihrem Einfluss und Platz in den gesellschaftlichen Institutionen in einer alternden Mehrheitsgesellschaft, gerade weil sie als die kreativen Ingenieure des digitalen Kapitalismus hofiert werden. Ob die Piratenpartei zu ihrer politischen Kraft werden und dazu die entsprechende eigene, unterscheidbare politische Vorstellung von der sozialen Welt entwickeln kann, die eine anhaltende Mobilisierung und wachsende Zustimmung ermöglichen, hängt davon ab, wie lange sie noch bereit und fähig ist, die dominanten Regeln und Themen, die herrschende Sicht auf Demokratie, Politik und ihre Themen subversiv zu unterlaufen. Die innerparteiliche Verarbeitung von Umfragetief und Wahlschlappe, die unübersehbar wachsenden Tendenzen zur Professionalisierung und Personalisierung deuten allerdings auf die Bereitschaft zu einem raschen Anpassungsprozess an die Mechanismen des medialisierten Politikbetriebes hin. Damit würde sich die Partei ihres gesellschaftspolitischen Potentials berauben. Als Partei unter vielen anderen wäre sie dann nicht mehr als der Versuch von aufstrebenden Nachwuchspolitikern und -politikerinnen, die sich in anderen Parteien blockiert sahen, durch Betrieb einer eigenen Partei ins politische Geschäft einzusteigen. Der Schlömer'sche Rekurs auf die »jüngere Generation« entspricht diesem Ansinnen: der thematische Kern der Piratenpartei wird transformiert in eine inhaltslose Alternative von Jung und Alt, die klassische Form des Konflikts zwischen Platzhaltern und Anwärtern. Die Emanzipation vom traditionellen Politikverständnis und seinen Ritualen wäre dann nur eine vorgetäuschte.

Tatsächlich ist aber davon auszugehen, dass die – auch emanzipatorischen und demokratischen – Potentiale der Digitalisierung von Information und Kommunikation noch längst nicht entfaltet und ausgeschöpft sind. Wo die anderen Parteien nach Machterhalt strebten,

suchten die Piraten nach Lösungen – diese Perspektive der *liquid democracy* bleibt virulent wie die Themen Demokratie, Transparenz und Partizipation. Die »digitale Frage« birgt ähnlich wie die »ökologische Frage« die Möglichkeit zur Herausbildung einer langfristigen politischen Konfliktlinie im Sinne eines neuen »cleavages« – auch wenn diese Piratengeneration vorschnell die Segel streichen sollte.

Literatur

- Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hrsg.): Unter Piraten – Erkundungen einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012.
- Bieber, Christoph: Die Unwahrscheinlichkeit der Piratenpartei. Eine (ermunternde) Einleitung, in: Bieber, Christoph/Leggewie, Claus (Hrsg.): Unter Piraten – Erkundungen einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S.9-22.
- Blumberg, Fabian: Partei der ›digital natives‹? – eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei, Konrad Adenauer Stiftung, Parteienmonitor, Berlin 02/2010.
- Bourdieu, Pierre: Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Frankfurt/M. 2013
- Eisel, Stephan: Wer warum die Piratenpartei wählt – Analyse der Landtagswahlen 2011/12 in Berlin, dem Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen«, Konrad Adenauer Stiftung Online Dokumentation, 15. Mai 2012.
- Eisel, Stephan: Saarlandwahl – Piraten festigen ihren Status als Protestpartei, Konrad Adenauer Stiftung online, 26. März 2012.
- Jesse, Eckhard: Das Abschneiden der kleinen Parteien bei der Bundestagswahl 2009 und ihre Perspektiven, In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden 2011, S. 179-198.
- Jesse, Eckhard: Die Ungewissheit wächst – Landtagswahlen 2012, In: Das Parlament, 25-26 2012.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Walter, Franz: Meuterei auf Deutschland – Ziele und Chancen der Piratenpartei, Berlin 2012.
- Hensel, Alexander : Das Milieu der Piraten. Erben der Internetkultur, In: Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S.41-51.
- Hensel, Alexander : Der verlockende Reiz des Neuen. Die Piratenpartei als nicht-etablierte Partei, In: INDES, Jg.1 (2012) H. 1, S. 105-112.

- Hensel, Alexander: Der Druck auf die etablierten Parteien wächst, In: Cicero Online, 06.12.2011.
- Hensel, Alexander: Piraten im Parlament, In: Cicero Online, 19.09.2011.
- Hensel, Alexander: Warum die Piraten in Berlin so gut ankommen, In: Spiegel Online, 14.09.2011.
- Kahrs, Horst: »You call it piracy. We call it freedom«. Die Piratenpartei und ihre Wähler – Liquid Patchwork; in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und politische Praxis; Heft 3/2012, S. 146-151
- Kahrs, Horst: Die Wahl zum 17. Niedersächsischen Landtag. Wahlbericht und erste Analyse, Berlin 20/21.1.2013; www.rosalux.de/publication/39048/die-wahl-zum-17-niedersaechsischen-landtag-am-20-januar-2013.html
- Koschmieder, Carsten: Piraten und Possenreißer statt Politiker und Populisten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, September 2012.
- Krätzig, Sebastian: Die Piratenpartei als ein Puzzlestück in der neuen Konfiguration der Mehrparteienrepublik, In: Forschungsjournal NSB, Jg. 23/4/2010, S.91-97.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Piratenpartei, Wiesbaden 2012.
- Niedermayer, Oskar: Erfolgsbedingungen neuer Parteien im Parteiensystem am Beispiel der Piratenpartei Deutschland, In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 41, 2010, S. 838-854.
- Stoye, Sabine: Politik aus Notwehr – die Piratenpartei im Aufwind, Konrad Adenauer Stiftung Parteienmonitor aktuell, 4. April 2012.
- Zolleis, Udo/Prokopf, Simon/Strauch, Fabian: Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft, Hanns-Seidel-Stiftung, Aktuelle Analysen 55, 2010.

Fundstellen der zitierten Programme der Piratenpartei Deutschlands:

- Die Piraten Baden-Württemberg (2011). Landeswahlprogramm. https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/4/4d/Wahlprogramm_2011_BW_Web_Einzeln.pdf
- Die Piraten Bayern. (2008). http://wiki.piratenpartei.de/Bayern/Landtagswahl_2008/Wahlprogramm
- Die Piraten Berlin. (2011). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Wahlprogramm-Berlin-2011.pdf
- Die Piraten Brandenburg. (2012). Grundsatzprogramm des Landesverbandes Brandenburg der Piratenpartei Deutschland (»Landesprogramm«). www.piratenbrandenburg.de/politik/landesprogramm

Die Piraten Bremen. (2011). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Wahlprogramm_Bremen_2011.pdf

Die Piraten Hamburg. (2011). <http://wiki.piratenpartei.de/HH:Wahlprogramm>

Die Piraten Hessen. (2008). Wahlprogramm. http://wiki.piratenpartei.de/Landtagswahl_Hessen_2008/Wahlprogramm

Die Piraten Mecklenburg-Vorpommern.

Die Piraten Niedersachsen. Landeswahlprogramm 2013. <http://piraten-nds.de/wp-content/uploads/2012/11/piratenpartei-nds-programm.pdf>

Die Piraten Nordrhein-Westfalen. (2010). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/NRW_Programm_2010_A5.pdf

Die Piraten Saarland. (2012). Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/04/Landtagswahlprogramm-Piratenpartei-Saarland-2012.pdf

Die Piraten Sachsen. Grundsatzprogramm, inklusive Wirtschaftsprogramm <http://wiki.piratenpartei.de/SN:Dokumente/Grundsatzprogramm> abgerufen vom 25.1.2013

Die Piraten Sachsen-Anhalt. (2012) Landeswahlprogramm. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/LSA_Wahlprogramm_Entwurf.pdf

Die Piraten Schleswig-Holstein. (2012). <https://www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2012/02/Landtagswahl-Schleswig-Holstein-2012-Wahlprogramm.pdf>

Die Piraten Thüringen. (2010). Leitlinien <http://wiki.piraten-thueringen.de/TH:Leitlinien>

WOLFGANG STORZ

Piraten und Massenmedien

Wer beherrscht das Spiel?

Wenn engagierte technik-affine, meist jüngere Menschen sich zu Piraten zusammenschließen, als scherten sie sich um keine Regel und brä-chen zu Abenteuern auf, dann ist das für die massenmediale Öffent-lichkeit, die täglich, stündlich, minütlich frisches ›Material‹ braucht, ein ›gefundenes Fressen‹: neue Gesichter, junge Politiker, ungewohnte Inhalte, eindrucksvolle Front-Frauen, andere Lebensläufe und Men-talitäten, demoskopische Achterbahnen, verblüffte Routine-Politiker mit offenen Mündern – und ein offenes Ende. Die Piraten konnten in kurzer Zeit mit einem Minimum an Aufwand ein Maximum an Un-ruhe und Schrecken im Polit-Betrieb verbreiten und dem Publikum gute Unterhaltung bieten.

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Piraten und ihr bisheriger Werdegang – von ganz unten nach ganz oben und (vorläufig) wieder zurück – vor allem das Produkt des poli-tisch-massenmedialen Komplexes und ihres teils geschickten, teils ungeschickten, manchmal selbstzerstörerischen kommunikativen Ver-haltens sind; eine finanziell, personell, organisatorisch und program-matisch gefestigte Partei existiert ja bis heute nicht. Parteien, Politiker und deren Umfeld handeln täglich – formell beispielsweise auf Presse-konferenzen, vor allem aber informell im direkten Gespräch, auf Rei-sen, während vertraulicher Hintergrund-Gespräche – mit Journalisten, als den Vertretern der Massenmedien: aktuelle Informationen gegen

Publizität und Aufmerksamkeit. Über Jahrzehnte haben sich zwischen diesen beiden Systemen (ständig graduell verändernde) eigene Routinen, Standards, viele ungeschriebene Gesetze herausgebildet – was geht und was nicht, was angesagt ist und was nicht, wer aufsteigt und wer abstürzt. In diesen vielen Jahren wurde es für die demokratische Politik – mit ihren für die ›schnellen Medien‹ umständlich langen, langwierigen, inhaltlich schwierigen und damit tendenziell langweiligen Entscheidungsprozessen – permanent schwerer, sich gegen andere Themen durchzusetzen. So ist es schon lange nicht mehr selbstverständlich, dass ›die Politik‹ auf Seite 1 kommt, zur Spitzenmeldung wird. Mehr denn je muss sie sich unterhaltend präsentieren, notfalls wird sie gar zur Unterhaltung umformatiert, um im massenmedialen Betrieb konkurrenzfähig zu sein. Eine Konkurrenzfähigkeit, die täglich gemessen wird von der Demoskopie: Was kommt an? Was fällt durch? Der Umschlag beschleunigt sich, vor allem wegen des Internets. Neue Köpfe, neue Konflikte, neue Krisen – ohne dieses Trio hat die herkömmliche Politik gleich gar keine Chancen mehr, im massenmedialen System, dessen digitaler Teil immer bedeutender wird, Aufmerksamkeit zu ernten und zu reüssieren. So liegt auf der Hand: Da wo frische Inhalte ein so begehrter, da rarer Rohstoff sind, werden Piraten mit offenen Armen empfangen.

Von den neuen Bedingungen, Partei zu werden

Die Piraten könnten ein Beleg dafür sein, dass der Übergang von informellen Zusammenschlüssen und Netzwerken zur Partei schneller als zuvor zu bewerkstelligen ist und die Massenmedien als Geburtshelfer dabei eine prägende Rolle spielen.

1. Aus vielerlei Gründen ist die feste weltanschauliche und programmatische Bindung der Bürger an Verbände, Organisationen und Parteien in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. Der Anteil der Wahlberechtigten, die bis kurz vor Stimmabgabe überlegen, ob sie wählen, wenn ja, wen, ist beträchtlich gestiegen; bei bis zu einem Drittel liege, so Untersuchungen, dieser Anteil. Eine der Fol-

gen: Dort wo die Zahl vagabundierender Wähler steigt, können neue Parteien-Akteure leichter als zuvor »einsteigen«; der Verdruss über die bisherigen ist der schnelle Erfolg der neuen. Eine weitere Folge: Mit zunehmender Fragilität steigt zwangsläufig der Einfluss von aktueller politischer Kommunikation auf Verfasstheit der Parteien und deren Wahlergebnisse – so können die politischen Akteure in den letzten zwei Wochen vor einem Wahlgang viel falsch und viel richtig machen, mit jeweils beträchtlicher Wirkung. Und damit steigt auch der Einfluss der Massenmedien. Denn an einem hat sich bis heute wenig geändert: Die klassischen Massenmedien, einschließlich ihrer Internetangebote, sind unverändert die entscheidenden, da halbwegs immer noch glaubwürdigen Transporteure für die Kommunikationsarbeit der politischen Akteure; das mag sich aufgrund der Möglichkeiten des Internets nach und nach ändern, kann doch Politik so ihre Klientel- und Wählergruppen auch direkt erreichen, aber das wird noch einige Jahre dauern.

2. Verdruss und Enttäuschung vieler Wahlbürger über Politiker und Parteien hat seit einigen Jahren eine neue Qualität erreicht. Sie erfasst inzwischen beide Formationen, die jeweils regierenden wie die jeweils opponierenden. So hat heute der Ärger über die Arbeit der jetzt Regierenden die schlechten Erinnerungen an die Erbschaften der einst Regierenden (Große Koalition, rot-grüne Koalition) noch nicht wirklich vertreiben können. So ist aus Sicht der steigenden Zahl von Wählern, die das zügige Vergessen nicht beherrschen, die Auswahl an Glaubwürdigen dürftig geworden; zumal heutige Oppositionsparteien nicht selten mit dem früheren Regierungs-Personal an der Spitze zur nächsten Wahl antreten. Vor diesem Hintergrund leuchtet ein, dass wenigstens Teile des Wahlvolkes zumindest ernsthaft überlegen – aus reiner Notwehr – auf neue Akteure zu setzen denn auf die Opposition.

3. Fragilität und verbreiteter Verdruss über Politiker und Parteien paaren sich mit dem inzwischen weit verbreiteten Eindruck, wer Politik mache, müsse nicht viel können. Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach fasst Einstellungen der Bevölkerung in einer Analyse für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« so zusammen: Auf

die Frage, ob jemand »große Fähigkeiten« haben müsse, um Bundestagsabgeordneter zu werden, antworteten 1972 mehr als 60 Prozent mit Ja, heute noch 25 Prozent. Eine andere Frage galt den Gruppen, welchen die Befragten in mehreren Bereichen eine hohe Fachkenntnis zubilligen. Die Gruppe der Richter wurde von 47 Prozent genannt, Mitglieder der Bundesregierung von 31, Bundestagsabgeordnete von 21 und Partei-Vorstandsmitglieder von gerade noch acht Prozent. Und 48 Prozent der repräsentativ Befragten sagten: Wenn ich mir die Politik so anschau, denke ich oft, das könnte ich besser als die Politiker. Unter den Anhängern der Piratenpartei sagen dies sogar 61 Prozent. Eine der Folgen dieser verbreiteten Einstellung: Eine neue Partei-Formation hatte früher in Medien und Öffentlichkeit mit den tiefsitzenden Vorbehalten zu kämpfen: Die können das nicht, die haben keine Kompetenzen, keine Erfahrung. Vorbehalte, die heute nicht mehr vorhanden sind.

Ein Einschub: Dass solche Einstellungen, Politik sei so banal, dass jedermanns Kompetenzen ihr genügen, vorherrschen, dazu haben die Massenmedien wesentlich beigetragen. Politische Prozesse sind – komplexe Inhalte, Europäisierung, Internationalisierung, föderaler Aufbau – eher komplizierter und schwieriger geworden. Den Mainstream der Massenmedien schert das nicht, sie predigen und formen fahrlässig und unverdrossen das Bild der profanen Politik: Greift die Kanzlerin endlich durch? Hat sie François Hollande im Griff oder er sie? Und Peer Steinbrück endlich seine Partei? Wie lange streiten die denn noch? Warum entscheiden die immer noch nicht? Viele Medien vermitteln ein Bild von Politik, das aus vordemokratischen Zeiten stammt. Die Sehnsucht nach dem Herrscher, der möglichst schnell das letzte Wort spricht und auf den Tisch schlägt: Basta. Die Sehnsucht nach dem alleinentscheidenden Machtzentrum. Meist gekleidet in das Bild vom Duell: Steinbrück gegen Merkel, Deutschland gegen Griechenland, Politik in High-Noon-Stimmung. Da gibt es nur Niederlage oder Sieg, schwarz oder weiß. Eine Berichterstattung, die nichts von den vielen Grautönen, den Komplexitäten, den mühseligen Aushandlungsprozessen in einer föderalen Demokratie zeigt, dafür aber Debatten und Konflikte als fruchtlose Streitereien denunziert.

Ein tiefsitzendes und weitverbreitetes Bild von Politik, das den Piraten zum Einstieg half, das ihnen jedoch jetzt schwer auf die Füße fällt.

4. Meinungsumfragen sind seit Jahren für Unternehmen, Politik, Verbände, inzwischen auch für Massenmedien ein gewohntes, ständig und routiniert eingesetztes Instrument, um Stimmungen und Einstellungen einzufangen. Politiker, Parteien, Regierungen, Themen, Konflikte und Krisen werden ständig bewertet, um einerseits sich des eigenen Status zu vergewissern und andererseits selbst aktuelle Neuigkeiten für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu haben. Meinungsumfragen gehören also inzwischen selbstverständlich als aufmerksamkeitsstarkes informatives Element zum Kommunikations-Alltag. Ein verquicktes riskantes Spiel mit vielen Wechselwirkungen und letztlich unberechenbaren Einflussfaktoren: Die (ver-)öfentlichten Auseinandersetzungen beispielsweise um die Piraten-Partei, also deren Medien-Präsenz, beeinflussen die Meinung der Befragten, die Ergebnisse der Meinungs-Erhebung beeinflussen wiederum die Berichterstattung der Massenmedien und zugleich den öffentlichen Mainstream, die aktuelle Umfrage beeinflusst die folgende – so kommen die Piraten in einer Endlosspirale innerhalb von wenigen Monaten von zwei auf weit über zehn Prozent, aber genauso schnell wieder auf drei. Die Demoskopie als ein Instrument, das – insbesondere vor dem skizzierten Hintergrund: vagabundierende Wählergruppen, Parteien-Verdruss, Mär vom leicht beherrschbaren politischen Handwerk – bestens geeignet ist, um aus einem politischen Newcomer, der organisatorisch, finanziell und programmatisch noch längst nicht gefestigt ist, schnell mal einen Elefanten und genauso schnell erneut eine Fliege zu machen.

Aber erst einmal öffnen sich auf diese Weise – vergleichbar mit Casting-Shows – die Zugänge zu bedeutenden nationalen Bühnen: Wer in Umfragen bei fünf, zehn oder noch höheren Prozenten liegt, der kann sich vor Aufmerksamkeit und Einladungen zu Fernsehtalk-Runden vor Millionen-Publikum nicht retten. Diese Umfragen und Einladungen signalisieren wiederum der allgemeinen Öffentlichkeit: Aha, diese ›Neuen‹ gehören erst einmal dazu, sind relevant, sind es

wert, eine Rolle zu spielen, sind anders, aber nicht umstürzlerisch anders, weichen nicht grundsätzlich von herrschenden Normen und Sitten ab, sonst würden sie nicht eingeladen; öffentlich-rechtlich zertifiziertes ›Anderssein‹. Die Folge: Wer über die Neuen in seinem Umfeld redet oder gar für sie wirbt, muss ein feindliches Meinungsklima nicht fürchten, im Gegenteil kann es schnell chic werden, Piraten zu wählen.

Sich ankündigende und im Entstehen begriffene politische Formationen, egal in welchem embryonalen Organisationszustand, werden von interessierter Seite gerne präsentiert und auf die Aufmerksamkeits-Waage der Demoskopie gelegt. Dann weisen die Zeichen nach oben oder eben nicht. Den Piraten wurde Aufmerksamkeit und Interesse früh in rauen Mengen geschenkt. Das eröffnet Chancen, politischen Mehrwert zu erwirtschaften – oder sich vor laufenden Kameras das Grab zu schaufeln.

Die massenmediale Sucht nach ›frischem Stoff‹

Noch in den achtziger Jahren musste eine neue Partei, die Grünen, hart um solche Zugänge kämpfen. Die Grünen mussten sich gegen die Massenmedien und deren – stellvertretend für Gesellschaft und amtierende politische Elite – vorgetragenes Misstrauen erst einmal behaupten: zu radikal, zu unberechenbar, ohne Erfahrung und Kompetenz, was wollen die denn Heute werden die Neuankömmlinge geradezu eingesogen: Wer hat das nächste Interview mit Weisband, Ponader, Schlömer ..., in welcher Talkshow sitzen...? Denn seither haben sich die Verhältnisse und mit ihnen die Massenmedien grundlegend geändert: Privatisierung und Vervielfältigung der elektronischen Medien, Fragmentierung der Öffentlichkeit, enormer Bedeutungsgewinn für Internetangebote, Boulevarisierung, Entideologisierung, um nur einige der zentralen Faktoren der Transformation der Massenmedien zu nennen. So befördern sie heute gerne neue politische Formationen, neue politische Karrieren, um sie nach Bedarf anschließend zu zerstören, sie erneut oder andere aufzubauen; die von ihnen und

anderen in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen spielen dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Der Grund: Die Massenmedien benötigen im hart gewordenen Kampf um Aufmerksamkeit, Quote und Auflage ständig ›frischen Stoff‹ – am besten von Norm und Routine abweichende Menschen und Ereignisse, Neuigkeiten jeglicher Art, Intrigen, Niederlagen, Siege, Konflikte, Prominenz. Das Erlebnis, das Ereignis, das kurzfristig Situative siegt heute fast immer und fast überall über die Analyse von Strukturen, die ja auch an den Tag bringen könnte, dass nicht alles so neu ist wie es inszeniert scheint. Das gilt inzwischen nicht nur für die Bereiche der Unterhaltung, des Boulevards, des Sports und der Kultur, dies gilt inzwischen auch für den Bereich der Politik. Den Medien ist vor allem eines wichtig: Ob es den Piraten gut oder schlecht geht – egal, nur darf das Karussell nicht still stehen. Da handeln Medien wie Händler an der Börse mit ihren Leerverkäufen, Bewegung ist alles. Michael Lohmann schrieb deshalb zu Recht im November 2012 bei »Telepolis«: »Ob die Medien die Piraten als Rebellen feierten oder gegenwärtig als Dilettanten verdammen – immer ging es ihnen vorrangig darum, die junge Partei als spannende Story zu verkaufen.«

So berechenbar die Massenmedien letztlich in ihrer Unberechenbarkeit der Themensetzung auch sind, einige Konstanten gibt es schon: Den Piraten ging es gut, solange sie nicht nur als neu, sondern auch noch als anders als der herkömmliche Polit-Betrieb galten, quasi der parteiförmig gegossene Verdruss an den ›Anderen‹, als sie konstant ein, zwei geeignete Führungsfiguren – darunter eine junge medienkompetente Bundesgeschäftsführerin – präsentieren konnten und vor allem via demoskopischer Messungen und überraschender Erfolge bei Landtagswahlen zu einem unumgehbaren Macht- und Störfaktor zu werden schienen. Wer den politischen Wettbewerb zu verschärfen vermag, der hat gute Karten. Den Konstellations- und Koalitions-Poker noch unberechenbarer als bisher schon zu machen, das ist der Treibstoff, um massenmedial ›abzuheben‹. Mit den ersten Wahlniederlagen, dem demoskopischen Niedergang und den damit zwangsläufig verbundenen internen Streitereien schließt sich an diese positive Themen-Karriere nahtlos eine negative an – existenz-

bedrohlich wäre aber erst die sich anschließende massenmediale Bedeutungslosigkeit. Das beste ›Gegengift‹: eine Gruppe von Politikern, die mit viel inhaltlicher Kompetenz, Nervenstärke und Hartnäckigkeit diese ›Durststrecke‹ durchhält und der das Spiel bewusst ist, dem die Medien sie aussetzen: eine Achterbahn zwischen Himmel und Fegefeuer.

Für die massenmediale Wahrnehmung der Piraten ist ein weiterer Faktor nicht zu unterschätzen: Sie sind ein dankbares, da leicht zugängliches Recherche-Objekt. Bis jetzt kennen sie – im Vergleich zu den Konkurrenten – so gut wie keine Hinterzimmer, keine geglätteten Stellungnahmen der Parteispitze, keine nach außen abgeschottete Meinungsbildung. Getreu ihrer programmatischen Maximen von Öffentlichkeit, Hierarchie-Freiheit und Transparenz trennt ihre digitale Kommunikation wenig zwischen Partei- und Nicht-Partei-Mitglied, es gibt weder formale noch faktische Organisationsregeln und -grenzen. Bei den politischen Konkurrenten müssen sich Journalisten oft über längere Zeiträume die Zugänge zu vertraulichen Informationen und inner circles buchstäblich erarbeiten. Die Piraten liefern (noch) alles frei Haus. Das macht die Partei sympathisch, garantiert eine intensive Berichterstattung, macht sie aber auch sehr verletzlich für eine unberechenbare und von ihr selbst nicht zu kontrollierende Berichterstattung. Da wo alles auf dem Tisch liegt, kann jeder zugreifen: Rücktritte, Streit im Vorstand mit anschließender Versöhnung, Mobbing-Vorwürfe, Ärger mit einem störrischen Geschäftsführer, viel Getwittere in der delikaten Grauzone zwischen Privatem, Persönlichem und Politischem ... der frische Stoff scheint nicht rar, sondern unerschöpflich zu sein. Der hohe Anteil an unpersönlicher indirekter digitaler Kommunikation spielt dabei vermutlich eine nennenswerte Rolle. Wenn wir unterstellen, dass belastbare Beziehungen – gerade für junge Parteien unentbehrlich – nur aufgebaut werden können, wenn Zuwendung, Wohlwollen, Gesprächs- und Einigungsbereitschaft vorhanden sind, und wenn wir unterstellen, dass indirekte digitale Kommunikation mehr als direkte anfällig für Manipulationen, Verfälschungen, Missverständnisse und Distanzen ist, dann haben die Piraten an dieser Stelle ein noch zu lösendes grundsätzliches Kommunikationsproblem.

Trotzdem: In dem eben beschriebenen Nachteil steckt im Prinzip auch ein Schatz, vorausgesetzt die Piraten vermögen ihn zu heben: Die Piraten sind die erste Partei, die bei ihrer Kommunikation nicht mehr zwischen Innen und Außen unterscheidet und diese komplett öffentlich und damit für jede und jeden zugänglich macht. Damit wird zwangsläufig der bisher privilegierte Status der Massenmedien aufgehoben. Bisher waren Journalisten – allgemeiner gesagt: die massenmedialen Arbeitnehmer – Gate-Keeper, Schleusenwärter: Sie hielten im Auftrag ihres Mediums Kontakt zu den wichtigen Vertretern einer Partei, recherchierten, gingen auf Pressekonferenzen, wurden zu Hintergrund-Gesprächen eingeladen und berichteten dann – nach einem festgelegten handwerklichen inhaltlichen redaktionellen Entscheidungsprozess – über diese Partei: Das Publikum konnte nur das zur Kenntnis nehmen, was die jeweilige Redaktion für recherchier- und anschließend für veröffentlichungswürdig hielt. Dieser Status hat sich bei den Piraten als erster Partei in Gänze in Rauch aufgelöst: Wo alles Wichtige in der allgemein zugänglichen digitalen Öffentlichkeit verhandelt wird, da sind Publikum und massenmedialer Journalismus im Prinzip gleichgestellt. Jeder und Jede kann für sich und andere recherchieren, was bei den Piraten los ist, und dieses nach eigenem Gutdünken weiterverbreiten; bei den anderen Parteien ist dies gar nicht oder nur mit einem ungleich höheren Aufwand möglich. Das heißt letztlich: So unberechenbar die Massenmedien aus Sicht der Partei sind, so unberechenbar ist die Partei aus Sicht der Massenmedien. Die entscheidende Frage ist jedoch auf Dauer: Wer prägt das Bild der Partei in den für sie wahlentscheidenden Zielgruppen – vor allem die Massenmedien oder die Partei mit ihren Kommunikationsmitteln selbst?

Es kommt in diesem Zusammenhang aus Sicht der Partei ein weiteres hoch-bedeutsames Moment hinzu: Die Piraten verfügen – das Internet ist ihr Thema und Handwerkszeug zugleich – über besondere technische und inhaltliche Fähigkeiten, das Internet für die eigene Arbeit einzusetzen. Keine andere Partei, keine anderen Organisationen und (vielleicht) wenige Massenmedien verfügen über ihre Virtuosität, Kreativität und ihren Kenntnisreichtum im Umgang

mit dieser Technik. Damit verfügen die Piraten mehr als alle anderen politischen Akteure bereits heute in der Breite über wirksame Möglichkeiten, die eigenen Mitglieder, ihre potenziellen Wähler und die allgemeine interessierte Öffentlichkeit autonom und direkt, also unabhängig von den klassischen Massenmedien oder gar unter deren bewusster Umgehung, mit eigenen Inhalten, Deutungen und Botschaften zu versorgen. Das könnte auf Dauer eine Chance sein: Die Piraten werden vermutlich die erste Partei sein können, die ihre Öffentlichkeitsarbeit nach eigenen Logiken gestalten kann, die sich nicht länger an denen des massenmedialen Systems ausrichten muss und trotzdem die Chance hat, in der allgemeinen Öffentlichkeit sich mit eigenen Deutungen und Botschaften zu behaupten, notfalls auch gegen Widerstand oder Ignoranz des Mainstreams der Massenmedien.

Nun wird gesagt: Diese neue Partei ist entstanden wie jede andere. Sie greift mit ihrem Großthema Internet – eine Technik, die Arbeitswelt, Freizeit und Leben der Menschen gleichermaßen durchdringt und entscheidend prägen wird – Probleme, Chancen und Fragen auf, die in der Luft oder der Gesellschaft bereits im Magen liegen. Sie greift Themen und Konflikte auf, um die sich als Vorläufer bereits andere Verbände und Gruppen gekümmert und damit den gesellschaftlichen Boden für diese neue Partei bereitet haben. Sicher: Es gab über Jahre gesellschaftliche Debatten und Aktivitäten rund um die Themen, die für die Piraten im Mittelpunkt stehen. Es gibt gesellschaftliche Gruppen – nicht nur den Computer Chaos Club –, die als gesellschaftliche Vorfeld-Organisationen der Piraten angesehen werden können. Jedoch hatten und haben diese nie und nimmer den jahrelangen Vorlauf, die Erfahrungen und Kompetenzen und vor allem die gesellschaftliche Breitenwirkung gewonnen, wie es beispielsweise die Umwelt-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegungen im Vorfeld der Gründung der Grünen erreichten.

Vor dem Hintergrund dieser Skizzen kann begründet behauptet werden, dass die Piraten die erste Partei sind, die als Produkt dieser Mediengesellschaft charakterisiert werden kann; nicht nur, weil sie das herausragendste Kommunikations- und Gestaltungs-Instrument

der modernen Gesellschaft als Gründungsanlass, wichtigstes Anliegen und Handwerkszeug gleichermaßen auswählte. Die Piraten, noch im fragilen Werden, kneten und formen sich selbst, jedoch sind sie auch Knetmasse in den Händen der interessierten Öffentlichkeit und damit vor allem in den Händen derer professioneller Akteure, der Massenmedien. Die Piraten haben insofern einen doppelten Charakter: Sie sind Akteure, weil sie das Potential haben, eine neue und noch lange nicht alltägliche politische Kommunikation (mit-) zu entwickeln und eventuell sogar zu prägen. Insofern sind sie nicht nur konzeptioneller, sondern auch technischer Treiber. Sie agieren jedoch auch mehr als andere Parteien von vornherein in und mit den traditionellen Massenmedien, gehören deshalb mehr als andere auch zu deren Verfügungs- und Knetmasse.

Sympathisch-radikale Technik-Piraten

Was tragen nun die Piraten selbst zu ihrer bisherigen kommunikativen Karriere bei? Warum werden sie gemocht, nirgends ausgegrenzt, ob sie unten liegen und Mitleid auslösen oder bewundert obenauf sind? Sie sind anders, aber nicht radikal anders. Sie tragen zwar einen abenteuerlichen Namen, sind aber alles andere als politisch gefährlich. Ihr Name verspricht Regelbruch, aber sie brechen das Versprechen. Und sie versprechen, die große Erzählung des Internet nicht nur zu wahren, sondern Wirklichkeit werden zu lassen: das Netz, in dem sich jeder und jede frei bewegen, äußern und inszenieren kann, in dem Autonomie, Freiheit, Demokratie und Transparenz groß, Zensur und Geschäft klein geschrieben ist. Den bösen Zensur-Staaten und den Wirtschafts-Gewaltigen Google, Amazon, Apple und Facebook zum Trotz – mit den Piraten kann man losgelöst vom freien Netz träumen. Großes Kino für eine ständig von Langeweile gefährdeten Medien-Gesellschaft.

1. Die Piraten sind technikaffin und passen damit maßgeschneidert in diese Zeiten. Sie haben sich ein allseits geschätztes, innovatives, in Freizeit und Arbeit bereits alltagsvertrautes Kommunikations- und

Arbeitsinstrument zu ihrem entscheidenden Partei-Thema gewählt: das Internet, das noch einige Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweisen mehr auf den Kopf stellen wird. Die Piraten sind eine Partei, deren Elite und Mitglieder bereits im und mit dem Netz leben und arbeiten. Sie sind bereits dort, wohin alle anderen noch müssen. Und diese ›alle anderen‹ wissen das. Damit hat der Kern dieser Partei und ihre engere Klientel einen doppelten Kompetenzausweis: Es handelt sich um eine politische Elite und zugleich um eine technische. Die Piraten sind mehr als ›nur‹ technik-affin: Sie sind Technik-Treiber, erproben und testen mit Energie und Fertigkeiten Software-Programme, um sie für Prozesse der innerparteilichen und gesellschaftlichen Demokratie, der Partizipation nützlich zu machen. Sie entwickeln sie weiter, schaffen Neues und leben eine der möglichen künftigen Kommunikations-Welten vor: Twitter als öffentlich sichtbares Echtzeit-Format, Präsenz auf Facebook, das digitale Gedächtnis Piraten-Wiki, Wiki-Arguments, liquid feedback als ständige Debatte aller mit allen, das Prinzip liquid democracy mit der Möglichkeit der Stimmendelegation, die mit zahlreichen Computerprogrammen unterstützte Organisation von Parteileben, die interne Meinungsbildung via digitale Umfragen – zusammen handelt es sich um eine ungewöhnlich ausdifferenzierte kommunikative Vielfalt, deren halbwegs reibungsloses Management allein bereits eine energetische und technische Leistung für sich ist. Ein Kommunikationssystem, über das gesagt wird, es erfordere von denen, die sich in ihm bewegen, eine permanente bewegliche Aufmerksamkeit, es drohe, Politik und politische Kommunikation einer noch höheren Beschleunigung als jetzt schon auszusetzen; immerhin ist es auf Piraten-Parteitagen nicht unüblich, Redezeiten auf 90 Sekunden zu begrenzen.

Viele Jahre wurde vom Marsch in die Wissens- und Dienstleistungs-Gesellschaft gesprochen. Die Industrie und deren Techniken galten entweder als Elemente einer bereits untergegangenen Welt oder als Produzenten von Problemen: In den Köpfen rauchten noch die Schlote der umweltzerstörerischen Ruhrpott-Industrie. Seit einigen Jahren wandelt sich das öffentliche Bild; die Erfahrungen mit der Finanzmarkt-Krise und deren gefährlichen virtuellen nutzlosen Pro-

dukten spielten bei dieser Wende eine Rolle. Zwar wird die Industriegesellschaft im herkömmlichen Sinne untergehen, jedoch nicht die Industrie als Wirtschafts- und Wachstumsfaktor. Sie steht sogar vor einer Renaissance. In neuen industriellen Techniken werden nicht länger Problem-Produzenten (Umweltzerstörung, Arbeitsplatzvernichtung, Chemie-Katastrophen) gesehen wie dies viele Jahre der Fall war, sondern Problemlöser: beispielsweise ein effizienteres Gesundheitswesen, neue Energiesysteme, die grüne Industrie, der Umbau der Mobilität von mineralölbasierten Treibstoffen auf Elektromobilität. Und all diese neuen Techniken und Problemlösungen sind ohne die Netz-Technik nichts. So marschieren die Piraten als einzige aller Parteien zwangsläufig an der Spitze des technischen Fortschritts. Wer auf die Piraten schaut, der sieht also eine Partei, die dafür kämpft, das Internet zum Wohl von demokratischen Gesellschaften und ihren Individuen zu formen und anzuwenden. Wer auf die Piraten schaut, der kann aber auch ein technisches Zukunftslabor sehen. Und vor allem letzteres macht das große Wohlwollen aus, mit dem sie in dieser Medien-Gesellschaft aufgenommen worden sind.

2. Die Piraten sind auch deshalb in den Zentren der politischen Öffentlichkeit, beispielsweise den zahllosen Talk-Shows oder bürgerlichen Medien wie der »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, wohlgeboten, weil ihre Radikalität nicht erschreckt, sondern das energisch in den Mittelpunkt stellt, was bei den anderen Parteien und gesellschaftlichen Verbänden am Rande und am Sonntag wohlfeil mitläuft: mehr Demokratie, Freiheit, Transparenz, flache Hierarchien. Wer ist da schon dagegen? Niemand. Mit einem feinen Gespür, was beim Großwerden stören könnte, erwähnen die Piraten zwar ihre Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen und kostenlosem öffentlichen Nahverkehr, aber in den Mittelpunkt rücken, das mögen sie derlei dann doch nicht; denn das wäre abschreckend-radikal.

Sicher, wenn die Piraten gegen Zensur, für freie Zugänge und freie Software sich einsetzen, dann richtet sich dies auch gegen die wirtschaftlich Gewaltigen wie Google, Apple, Amazon, Facebook und wen auch immer. In der allgemeinen Öffentlichkeit ist von ihnen jedoch eher die Forderung nach gläsernen Staaten als nach

gläsernen Konzernen zu hören; auch das klingt geschmeidiger in diesen immer noch marktliberalen Zeiten als allzu heftige Konzern-Kritik.

3. Ihren entscheidenden Kommunikations-Coup hat die Partei jedoch bereits mit ihrer Gründung gesetzt: Piraten. Wer oder was will diesen Namen noch toppen? Mitten hineingesetzt in diese Gesellschaft, in der jeder und jede das Gefühl hegt, vor allem von Kleinbürgern und Spießern umgeben zu sein. Wer erinnert sich nicht an Störtebecker, an die romantischen Abenteuer-Geschichten, in denen Piraten die Schiffe der Pfeffersäcke kapern, plündern, den Großhändlern und Großfinanziers das Fell über die Ohren ziehen. Piraten plündern nie die Kleinen, sondern immer die Großen, die Mächtigen, die Korrupten. Wenn das kein Versprechen ist?

Während die anderen Parteien viele kleine Inhalte und keine große Erzählung haben, können die Piraten aus dem Stand erzählen und erzählen und erzählen, noch bevor sie wissen, was sie gemeinsam wollen. Rätselhaft, verborgen und unberechenbar wie die Welt der Piraten war, so sind bedeutende programmatische Äußerungen führender Parteivertreter. Die wirksamste, weil rätselhafteste von allen: Wir Piraten bieten ein neues politisches Betriebssystem, keine neue Politik, sagte einst die frühere Bundesgeschäftsführerin Marina Weisband. Keiner sagte: Schwachsinn. Alle rätseln seither: Bedeutet das, Basisdemokratie anstelle einer parlamentarischen Grundordnung, Aufhebung von privaten Eigentumsformen, neue Allmen-den? Ist es das Versprechen, das jetzige System zu überwinden ohne die altbekannten linken Wege zu gehen? Ist es ein Beratungsangebot an alle anderen Parteien: Wir installieren Euch das beste von uns entwickelte und erprobte Demokratie-Software-Programm aller Zeiten?

Solange das Programm vage bleibt, die herumschweifenden Ideen nicht geformt und institutionalisiert sind, solange wirkt die große rätselhaftige Erzählung von den Piraten und ihrem Betriebssystem. Solange werden die Piraten sehr gut in diese »mediale Erlebnisgesellschaft«, von Andreas Dörner vorzüglich analysiert, passen; ob als Netzwerk oder auch als Partei, das ist eine andere Frage.

Literatur

Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hg.) 2012: Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld.

Christoph Bieber/Markus Lewitzki 2013: Das Kommunikationsmanagement der Piraten, in: Oskar Niedermeyer (Hrsg.) 2013: Die Piratenpartei, S. 101-124, Wiesbaden

Andreas Dörner 2001: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main

Thomas Petersen 2012: Die Sehnsucht nach politischer Orientierung, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, Ausgabe 23. Mai 2012, S. 5

Roland Reuß 2012: Ende der Hypnose. Vom Netz und zum Buch, Frankfurt/Main

GEORG FÜLBERTH

Piraten im historischen Kontinuum

Die These

Die Piratenpartei ist Ergebnis

1. eines neuen Schubs des liberalen Potentials, das sich in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft seit deren Entstehung immer wieder erneuert hat,
2. der dritten Phase der Dritten Industriellen Revolution.

Erste Industrielle Revolution und klassischer Liberalismus

Am Beginn der Moderne steht die Entdeckung und Befreiung des Individuums, zunächst – in der Renaissance – noch hochgradig ideologisch als eine Art Geniekult, aber erst mit der Durchsetzung des kapitalistischen Marktes als System, als die Art und Weise, wie die Eigentümer von Produktionsmitteln ihre Interessen gegen die alte Gesellschaft – den Absolutismus mit seiner Wirtschaftspraxis: dem Merkantilismus – und gegen die neue Unterklasse der abhängig Arbeitenden wahrnahmen. Seit dem 18. Jahrhundert war die Freiheit die zentrale Losung dieses Prozesses. Die Epoche der Ersten Industriellen Revolution, als der (»Manchester«-)Kapitalismus der ungezügelten Konkurrenz zum dominanten Wirtschaftsstil wurde, war zugleich die Zeit des klassischen Liberalismus.

Zweite Industrielle Revolution und Sozialliberalismus

Sehr bald stellte sich diesem die Soziale Frage: die Ruinierung der Arbeitskraft drohte eine der Grundlagen des Kapitalismus zu untergraben. Dieses Problem wurde zunächst von der Arbeiterbewegung artikuliert. Der Druck, der von ihr ausging, ist innerhalb der herrschenden Klassen oft zuerst von Konservativen in deren eigenem Interesse aufgegriffen worden: In Großbritannien setzten sie gegen die Liberalen, mit denen sie konkurrierten, 1847 den Zehnstundentag durch, in Deutschland flankierte Bismarcks Sozialgesetzgebung seine Repression gegen die Sozialdemokratie, der auf diese Weise ihre Massenbasis streitig gemacht werden sollte. Die Liberalen griffen dieses Thema erst spät auf. In Deutschland stand die exportorientierte und importabhängige Chemie- und Elektroindustrie gegen das schutzzöllnerische Montankapital und den Großgrundbesitz. Um sich in der Auseinandersetzung mit diesen behaupten zu können, suchte eine Minderheit liberaler Parteipolitik das Bündnis mit der Arbeiterbewegung.¹ Dies gilt für die Nationalsoziale Vereinigung Friedrich Naumanns und die Fortschrittliche Volkspartei im deutschen Kaiserreich sowie für die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik. Der Arbeiterbewegung sollten sozialpolitische Zugeständnisse zwecks Stabilisierung des kapitalistischen Systems gemacht werden. Gewerkschaften und SPD fanden sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts mehrheitlich zu einer solchen Kooperation bereit, die als – insofern parteiübergreifender – Sozialliberalismus bezeichnet werden kann. Zwischen 1945 und Mitte der siebziger Jahre war er die dominante Politik in den industriell am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern. In der Bundesrepublik wurde er in seinem wirtschafts- und sozialpolitischen Kern von der Adenauer-CDU, der CSU, von der SPD (offiziell allerdings erst seit 1959, tatsächlich aber schon jahrzehntelang zuvor), der FDP 1969 – 1982 und von den Gewerkschaften getragen.

1 Vgl. Opitz, Reinhard: Liberalismuskritik und Zukunft des liberalen Motivs. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 1972. S. 13-43; 166-181; 294-314.

Die technologische Basis dieses neuen Kapitalismus-Typs war durch die Zweite Industrielle Revolution, die bereits Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts eingesetzt hatte, entstanden: Chemie-, Elektro- und Automobilindustrie schufen neue Produktions- und Konsummöglichkeiten.

Am Ende dieser Periode – seit ca. 1960 – erfolgte ein weiterer Einschnitt durch die Auswirkungen eines Prozesses, den Eric Hobsbawm als Teil einer »sozialen Revolution« innerhalb des Kapitalismus bezeichnet hat: den Aufstieg der Intelligenz zu einer Massenschicht.² Sie war nicht mehr identisch mit den wenigen Akademikern früherer Zeiten, sondern zählt jetzt nach Millionen mit weiter zunehmender Tendenz. Eine ihrer politischen Artikulationen war die Studierendenbewegung 1968. Diese wiederum war Moment einer »kulturellen Revolution«:³ Transformation der bisherigen Familienstrukturen und sexuellen Verhaltensweisen, größere Autonomie der Jugend, Demokratisierungsimpulse, Individualisierung, »Zusammenbruch der Traditionen und Werte«.⁴

Ursache und Folge des quantitativen Anschwellens der Intelligenz und ihres wachsenden gesellschaftlichen Einflusses waren eine enorme Steigerung der Produktivität, die eine Befreiung vieler Menschen von der Hand- und ihre Beschäftigung mit Kopfarbeit ermöglicht hatte.

Die politischen Loyalitäten dieser intellektuellen Massenschicht verteilten sich in der Bundesrepublik über das gesamte Parteienspektrum: Ärzte, Betriebswirte, Juristen eher CDU/CSU und FDP, Ingenieure und Naturwissenschaftler Union, Freie Demokraten und SPD im Verhältnis zu deren sonstiger Stärke. Der produktionsfernste Sektor der Intelligenz: Gesellschafts- und Geisteswissenschaftler(innen), griff die ökologische Frage auf: Plünderung natürlicher Ressourcen, Belastung von Boden, Luft und Wasser, die Risiken der Kernenergie wur-

2 Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. 3. Aufl. München 1998. S.372-380.

3 Ebenda. S.402-431.

4 Ebenda. S.428.

den als eine klassenübergreifende Bedrohung wahrgenommen⁵ und gefährden zugleich die stofflichen Grundlagen des kapitalistischen Gesellschaftssystems. Der Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums (1972) verwies auf eine denkbare Apokalypse: eine unbewohnbare Erde. Teile der Umweltbewegung tendierten zeitweise dazu, eine Abwendung dieser Gefahr nur durch Überwindung der kapitalistischen Ordnung für möglich zu halten, wurden aber bald vor allem durch eine eher liberale Orientierung der Grünen Partei marginalisiert.

Zu den Ursachen des hohen Wirtschaftswachstums 1947–1973 gehörte ein Rekonstruktions- und Aufholprozess nach den Einbrüchen der Weltwirtschaftskrise 1929ff. und der unmittelbaren Nachkriegsperiode (1945/46).⁶ Er gelangte Anfang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts an sein Ende. Die Verringerung des Wachstums veränderte die Rahmenbedingungen für die Verteilungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Anhaltende Vollbeschäftigung⁷ hatte zwischenzeitlich die Gewerkschaften gestärkt. Lohnsteigerungen waren unter der Voraussetzung mittlerweile hochgradiger Monopolisierung auf die Preise überwältigt worden. Die dadurch geförderte Beschleunigung der Inflation gefährdete die Geldvermögen, es entstand das bis dahin unbekannte Phänomen der Stagflation (Preisaufrtrieb + Wachstumsschwäche).

Dritte Industrielle Revolution und Neoliberalismus

Eine Chance für einen Befreiungsschlag zugunsten der Kapitaleigentümer bot die Dritte Industrielle Revolution: Durchdringung der Fertigungsprozesse mit Informationstechnologie, die eine Ersetzung zuletzt knapp gewordener Arbeitskraft durch numerisch gesteuerte Maschinen

5 Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/M. 1986.

6 Jánosy, Franz, unter Mitarbeit von Maria Holló: Das Ende der Wirtschaftswunder. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung. Frankfurt/M. 1966. S. 16/17.

7 Dies gilt für die Männer. Die Frauenbeschäftigung nahm zwar seit dem Zweiten Weltkrieg zu, ihre Quote blieb aber noch hinter der der Männer zurück.

ermöglichte. Sie hatte zwar schon in den fünfziger Jahren begonnen, machte sich aber erst Anfang der Siebziger in großer Breite bemerkbar. Zwar musste sie nicht per se zur Massenarbeitslosigkeit führen, wohl aber in Kombination mit einem Wechsel in der Wirtschaftspolitik, der durch Geldmengenbeschränkung die Staatsausgaben und die Nachfrage nach Arbeitskraft dämpfte (Monetarismus) und weitgehend deregulierte Märkte – hier vor allem: die Finanzmärkte – zur zentralen gesellschaftlichen Instanz erhob (Finanzmarktgetriebener Kapitalismus⁸).

Analog zur Kennzeichnung der vorangegangenen Periode kapitalistischer Entwicklung (Organisierter Kapitalismus/Embedded Liberalism) könnte man die darauf folgende Variante als Desorganisierten Kapitalismus oder Disembedded Liberalism auffassen. Gebräuchlicher zumindest in linkem Sprachgebrauch ist: Neoliberalismus.

Zentrale Akteure sind die großen Finanzunternehmen (Banken und Fonds), ihre Strategien sind:

1. Spekulation,
2. Druck auf die Lohnarbeit,
3. Abbau der ökonomischen und sozialen Funktionen der Öffentlichen Hände.⁹

Hatte die Soziale Frage zur Entstehung von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien sowie der Aufstieg der Intelligenz zur Massenschicht in Kombination mit der ökologischen Problematik zur Umweltbewegung und zur Grünen Partei geführt, setzte sich der Neoliberalismus innerhalb des schon bestehenden Parteiensystems durch. Allerdings wurde dieses dadurch intern transformiert. 1982 beendete die FDP ihre sozialliberale Episode; SPD und Grüne führten während der rot-grünen Koalition (1998–2005) umfangreiche Deregulierungen durch und öffneten das Land weit für den ökonomischen und auch politischen Einfluss der privaten Finanzunternehmen; die CDU

8 Hickel, Rudolf: Ein neuer Krisentyp. Export- und finanzmarktgetriebener Kapitalismus, Kapitalmacht und ordnungspolitische Umsteuerung. In: Pfeiffer, Hermannus (Hg.): Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke. Köln 2009. S. 31-43.

9 Huffschild, Jörg: Hinter der Bühne. Kapitalmarktgetriebener Kapitalismus und Krise. In: Pfeiffer, Hermannus (Hg.): Land in Sicht? a. a. O., S. 18-30.

demonierte auf ihrem Leipziger Parteitag 2003 symbolstark ihren Sozialpolitiker Norbert Blüm. In der Massenschicht der Intelligenz fand eine Umorientierung zu neoliberalen, teilweise auch konservativen Positionen statt.¹⁰ An den Hochschulen wurde die Betriebswirtschaftslehre das am meisten belegte Fach. Anti-hierarchische und libertäre Haltungen aus der Studierendenbewegung fanden Eingang in neue Unternehmenskonzepte, die bisherige Firmen-Strukturen sowie die korporatistische Kooperation von Großverbänden und Staat zwecks noch effizienterer Nutzung der Arbeitskraft auflösten.¹¹

In den neunziger Jahren trat die Dritte Industrielle Revolution in ihr drittes Stadium ein.

1. Das erste war die Anbahnungsphase seit den fünfziger Jahren gewesen,
2. das zweite die umfassende Anwendung der Computerisierung in der industriellen Fertigung seit Anfang der siebziger Jahre.
3. In den neunziger Jahren drang die Informationstechnologie in den Konsumbereich und die Massenkommunikation ein, entscheidend durch das Internet.¹² Wieder war dies mit einer Umschichtung innerhalb der Intelligenz verbunden: IT-Spezialisten und andere Netzaffine gewannen erhöhte gesellschaftliche Bedeutung. Eine Apokalypse wird in dem Bestseller »Angst« von Robert Harris¹³ sichtbar: Die Verselbständigung eines Algorithmus steuert einen Hedgefonds. Die Enttarnung eines Geheimdienst-Trojaners 2011 zeigte die Gefahr des totalen Überwachungsstaats. Zugleich öffnet sich die Chance neuer Freiheiten und erweiterten kulturellen Konsums: kostenlose Downloads, Liquid Democracy, Transparenz.

10 Für die USA siehe: Ehrenreich, Barbara: Die Angst vor dem Absturz. Das Dilemma der Mittelklasse. München 1992. Für Deutschland fehlt leider eine solche Untersuchung. Siehe aber: Herrmann, Ulrike: Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht. Frankfurt am Main 2010.

11 Boltanski, Luc / Chiapello, Ève: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz 2003.

12 Castells, Manuel: Das Informationszeitalter. Band 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Leverkusen 2001.

13 Harris, Robert: Angst. München 2011.

Embedded Neoliberalism?

Das Ende des so genannten Neoliberalismus ist immer wieder einmal ausgerufen worden, in Wirklichkeit aber noch längst nicht in Sicht. Allerdings ist denkbar, dass er langfristig in zwei Punkten modifiziert wird: durch Regulierung

1. der Finanzmärkte,
2. des Stoffhaushalts (aktuell: »Energiewende«).

Der Druck auf die Lohnarbeit und die Demontage des Sozialstaats wird dadurch nicht aufgehoben, insofern bleibt es beim Neoliberalismus mit den beiden hier genannten Einschränkungen. Mit der Begrenzung der Spekulation könnte der Kapitalismus nicht mehr wie im bisherigen Ausmaß als finanzmarktgetrieben verstanden werden. Vielleicht empfiehlt sich für seine neue Beschaffenheit die Bezeichnung »Embedded Neoliberalism«.

Reaktionen in der Intelligenz und die Piratenpartei

In dieser Konstellation entstanden nicht nur in Deutschland, sondern international die Piratenparteien.

Bereits jetzt schon können hier zwei Trägergruppen unterschieden werden. Zu den stark naturwissenschaftlich und technisch geprägten Aktiven kommt eine Massenbasis, die weniger durch die eigenständige Weiterentwicklung als durch die eher rezeptive Nutzung der Netz-Möglichkeiten geprägt und Teil einer Jugendkultur ist. Zu den frühen Erfahrungen der so genannten Digital Natives gehört das Angebot des Aufenthaltes in einem Bereich vielfacher Virtualität, die teilweise noch der Verbreitung des Netzes vorausging. Als Tom Wolfe 1987 seinen Roman »The Bonfire of the Vanities«¹⁴ veröffentlichte, begleitete er ihn mit einem Essay, in dem er sich über phantastische Literatur mokierte und ihr die realistische gegenüberstellte. Sein Buch wurde ein Welterfolg, aber die Welle von Fantasy konnte es nicht brechen. Das Recycling von Tolkiens Werk »Der Herr der Ringe« – passend

14 Dt.: Wolfe, Tom: Fegefeuer der Eitelkeiten. München 1988.

zum Sieg des Westens im Kalten Krieg, in dem der Osten als das Reich der Orks imaginiert werden konnte, insofern noch ein Nachgefecht – machte dieses Werk bei ganz jungen Menschen populär, die in Verkleidung zu den lokalen Kino-Premieren erschienen und sich zu Rollenspielen (z. B. »Das Schwarze Auge«) trafen. Danach kamen die Harry-Potter-Romane von Joanne K. Rowling und Nachahmungen in den einzelnen Nationalliteraturen, in Deutschland z. B. von Ralf Isau. Zugleich gab es das breite Angebot von Computerspielen. Auf diese Weise wurde eine ganze Generation kulturell sozialisiert, die vergangenen beruflichen Sicherheiten nicht nachtrauerte, da sie diese gar nicht mehr kannte, und sich auf neue Angebote einstellte. Dies als Eskapismus zu bezeichnen, wäre zu kurz gegriffen: die virtuelle Welt erscheint nicht als Flucht aus der Realität, sondern selbst als eine Wirklichkeit. In der Symbolsprache der Piraten mit ihren »Nicks« (die nicht nur der Anonymität dienen, sondern zu spielerischem Umgang gehören), »Trollen« und in den optischen Zeichen, mit denen Mitglieder ihre Individualität betonen, prägt sich eine neue Kulturrevolution mit durchaus optimistischem Charakter aus. Waren die Entstehung der Sozialen Frage und die Wahrnehmung des Umweltproblems mit Katastrophenfurcht verbunden (in der Anfangsphase der Grünen auch noch mit der Angst vor einem Atomkrieg), blieb – trotz Robert Harris – die Vorstellung von der Zukunft des Internet vor allem positiv besetzt: als Aussicht auf ein Reich der Möglichkeiten.

Dies sind langfristig wirkende sozialstrukturelle und soziokulturelle Verwerfungen, die Veränderungen des Parteiensystems nach sich ziehen. Hinzu kommt eine vielleicht nur periodisch auftretende und krisenbedingte Diskreditierung traditioneller politischer Kräfte, denen nicht mehr zugetraut wird, Probleme mit ihren bisherigen Mitteln zu bewältigen. So entsteht immer wieder einmal das Phänomen des »Wutbürgers«, das neuen Gruppen zunächst eine Art Gründungsgewinn verschafft. Die Grünen in der Bundesrepublik nach dem Ende der sozialliberalen Koalition 1982/83, NPD 1966 – 1968 und »Republikaner« 1989 in der Bundesrepublik, die Zwischenerfolge der deutschen Linkspartei 2005–2009, permanent der Front National in Frankreich, Beppe Grillo in Italien und die Piraten in Deutschland heu-

te gehören hierher, wobei in den meisten der aufgeführten Fälle zwischen der grundsätzlichen Orientierung dieser Formationen und dem momentanen Reflex ihres Anhangs zu unterscheiden ist (Ausnahme wohl: Grillo). Hinzu kommt offenbar auch hier noch ein dauerhafterer Trend: die Abnahme der Problemlösungskapazität des »Politischen« und des Staates unter der Bedingung neuer Übermacht des Kapitals (heute: der [Finanz-]»Märkte«), die die Wähler(innen) bestehenden Parteien entfremdet und sie entweder zur Stimmenthaltung oder zu zeitweisigem Interesse an noch unbekanntem Angeboten veranlasst.

Transformationsmöglichkeiten im Umfeld der Piraten-Thematik

Im Übergang vom Disembedded Liberalism zum Embedded Neoliberalism ergeben sich Transformationsnotwendigkeiten. Offen ist noch,

- a) ob ihnen tatsächlich Rechnung getragen wird und – falls ja –
- b) in wessen Interesse.

Gegenwärtig werden sieben Problembereiche sichtbar:

1. Regulierung des Stoffhaushalts moderner Gesellschaften (populär: das Umweltproblem),
2. Neuorganisation des Finanzsektors,
3. Neue Kriegsszenarien durch elektronische Kriegstechnik,
4. Erhöhte Kontrollier- und Manipulierbarkeit der Individuen mit Hilfe von Digitaltechnik.
5. Die Chance von mehr Transparenz und Demokratie durch die Nutzung neuer Technologien,
6. Verallgemeinerung von Information und kulturellem Zugang durch die Schaffung technologisch entgrenzter Öffentlicher Güter,
7. Soziale Sicherheit.

Antworten und Antwort-Defizite der Piratenpartei

In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Piratenpartei Deutschland tatsächlich schon auf vier Gebieten die politische Agenda stark beeinflusst:

1. durch den Kampf gegen staatliche Überwachung der Individuen,
2. in der Frage des geistigen Eigentums,
3. durch die Angebote digital gestützter Transparenz und Demokratisierung,
4. durch ihre Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen.

Folgende Defizite fallen auf:

1. Das gegenwärtige Parteiprogramm enthält einen Umweltteil, aber dieser ist gemeinplätzig. Bei den Grünen findet man das alles genauer. Dennoch ist ein spezifischer Beitrag der Piratenpartei vorstellbar. Wer den Energieverbrauch des Internet auf der einen Seite kalkuliert, muss auch netzspezifische Potentiale der Einsparung auf der anderen gegenrechnen. Es ist nicht einzusehen, weshalb die technik-kompetenten Piraten sich an Versuchen, Methoden der Ressourcen- und Senkenschonung zu entwickeln, nicht beteiligen sollten. Vielleicht liegt hier sogar ein ihnen entsprechendes Entwicklungspotential innerhalb eines Ecological Embedment.
2. Die Frage etwaiger notwendiger Regulierungen wird von den Piraten bisher nur unter dem Aspekt der Abwehr staatlicher Eingriffe beantwortet. Von ihrer radikalliberalen und radikaldemokratischen Position her lässt sich eine neoliberale Entfesselung der Märkte stringenter begründen als deren Einhegung.
3. Die Piraten haben von ihrem individualistischen Ansatz her bislang kein Verhältnis zu den Problemen der Menschen in lohnabhängiger Arbeit, insbesondere lohnabhängiger Handarbeit und deren gewerkschaftlicher Interessenvertretung entwickelt. Überraschend ist allerdings zunächst der vom Institut für Demokratieforschung in Göttingen festgestellte hohe Anteil von gewerkschaftlich organisierten Arbeiter(inne)n zwar nicht unter den Aktiven und Mandatsträgern der Piratenpartei, wohl aber unter ihren Wählern. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, dass andere Untersuchungen eine starke Vertretung rechtspopulistischer Ansichten in derselben Menschengruppe ergaben.¹⁵ Es handelt sich

15 www.youtube.com/watch?v=mzJwBiLIItM [Zugriff: 2.8.2012]

um zwei verschiedene Ausprägungen der gleichen Ursache: ein Teil der Arbeiterklasse sieht sich durch das traditionelle politische System nicht mehr angemessen vertreten, behält zwar gewerkschaftliche Bindungen (in abnehmendem Maße) bei, ohne sich aber von dort (oder von den bisherigen Parteien) noch etwas zu versprechen. Innerhalb eines Embedded Neoliberalism werden die Piraten deren Interessen wohl nicht vertreten können.

Das bedingungslose Grundeinkommen – was man sonst auch davon halten mag – trennt soziale Sicherung von Erwerbsarbeit. Es ist mit neoliberaler Politik vereinbar. Tatsächlich ist es von einem der Väter des Neoliberalismus, Milton Friedman, erfunden worden, als »negative Einkommensteuer«.

4. Noch gibt es kaum Aussagen zur Außenpolitik. Vielleicht sind dennoch gerade hier vom Kernthema dieser Partei her interessante Antworten zu erwarten und zu erhoffen, etwa zu den Gefahren des Cyberwar, von bewaffneten selbstgesteuerten Drohnen¹⁶ und einer totalen Kontrolle und Überwachung in militärischem Zusammenhang. Gegenwärtig bleiben die Piraten allerdings noch hinter einem Problembewusstsein zurück, das die Friedensbewegung der achtziger Jahre – z. B. vor 30 Jahren die »Informatikerinnen und Informatiker für den Frieden« – schon einmal erreicht hatte.

Als genuine Piraten-Aufgaben innerhalb des Embedded Neoliberalism könnten demnach bleiben:

1. Einbringung von digitalem Know How in die Regulierung des Stoffhaushalts und
2. in eine neue internationale Sicherheitspolitik,
3. Wahrung der Rechte des Individuums gegen staatliche Kontrolle,
4. Senkung der Transaktionskosten der Informationsbeschaffung.

Diese einerseits relevante, andererseits selektive Agenda kann auf die Dauer die Fortexistenz dieser Partei wahrscheinlich nicht garantieren. Ob diese erweitert werden kann, ist noch unsicher. Für den Fall, dass die Piraten die Begrenztheit ihres bisherigen Kanons nicht überwin-

16 Vgl. www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/krieg-mit-drohnen-das-gesicht-unserer-gegner-von-morgen-11897252.html

den können, müssten die Themen ihrer Kernkompetenz von anderen Parteien glaubhaft vertreten werden. Ob diese dazu imstande wären, ist eine offene Frage. Mit einem etwaigen und beklagenswerten Verschwinden der Piraten sollte die Chance einer Entfaltung des humanen und sozialen Potentials mit Hilfe neuer Technologien, auf die sie hinweisen, nicht untergehen.

HORST KAHRS

Eine neue soziale Idee aus der Mitte der »digitalen Gesellschaft«?

Die Berliner Piratenpartei stellte in ihrem Wahlkampf im September 2011 in besonderer, zugespitzter und zugleich prototypischer Weise neben demokratiepolitischen Themen sozial- und gesellschaftspolitische Themen in den Mittelpunkt. Grundeinkommen, Mindestlohn, bezahlbarer Wohnraum und fahrscheinloser Nahverkehr bildeten dafür die plakativen Stichworte. Offensichtlich, so lautete die These dieses Beitrages, wurden sie von den Wählerinnen und Wählern als Chiffren für eine neue, postneoliberale Sozialstaatlichkeit verstanden und unterstützt – gerade weil sie bestimmt und unpräzise zugleich waren. »Fahrscheinloser Nahverkehr« spricht in einer Großstadt das Bedürfnis nach komfortabler und unkomplizierter Mobilität an, lässt aber auch Verwechslung mit »kostenlosem Nahverkehr« zu. Den »Mindestlohn« durch das Wort »Brückentechnologie« mit dem »Grundeinkommen« auf einem Plakat zu verbinden, spricht den Zusammenhang von Arbeitseinkommen und Bürgereinkommen direkt an, ohne ihn präzise zu quantifizieren. Der attraktive Kern dieses Herangehens besteht rückblickend darin, in Zeiten großer Unsicherheit in den persönlichen Lebensumständen einen gesicherten Zugang zu den minimalen Voraussetzungen des individuellen Lebens in Gesellschaft zu reklamieren: Einkommen, Wohnen, Mobilität in Verbindung mit freiem Internet-Zugang, erweiterbar um Energie, Wasser. Die reklamierten Güter sind nicht beliebig, sondern die notwendige

Voraussetzung für die individuelle Handlungsfähigkeit, wenn es um die Herstellung befristeter und zugleich vielfältiger Kooperation, Vernetzung, Gemeinschaftsbildung in den digitalisierten Arbeits- und Lebenswelten geht. Was braucht das Individuum, um sich vernetzen, kooperieren zu können? Die soziale Frage wird aus der Perspektive liberalen und libertären Denkens zu ihrem sozial-liberalen Ende gedacht: Es geht um das »Vorbereiten eines ebenen Spielfelds« (John E. Roemer) durch die Gesellschaft, auf dem jeder mit gleichen Chancen sein Spiel machen kann.

Es waren vor allem Wählerinnen und Wähler aus dem modernen Prekariat, die sich bei der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl für die Piratenpartei entschieden haben. Für den Wahlerfolg der Piratenpartei spielte sicherlich das Thema »Transparenz« vor dem Hintergrund des erfolgreichen Volksbegehrens zur Offenlegung der Verträge zur Wasserprivatisierung 1999 eine wichtige Rolle. Die Zusammensetzung der Wählerschaft der Piratenpartei spricht dafür, dass die Partei zugleich als politische Projektionsfläche für ein verbreitetes Verlangen nach einer Neukonstitution von Sozialstaatlichkeit diene. Für diese These, dass die Wahlerfolge der Piratenpartei auch einen hohen sozialstaatlich geprägten Anstoß besitzen, gibt es bislang keine ausreichend erhärteten empirischen Belege, wohl aber eine Reihe von Hinweisen aus der Wahlforschung.

Alexander Hensel (Hensel 2012) deutet die Piratenpartei vor dem Hintergrund der Entwicklung der Hacker-, Gamer- und open-source-Kulturen seit den 1980er Jahren und politischen Zusammenschlüssen wie dem Chaos Computer Club oder dem AK Vorratsdatenspeicherung »als politischer Ausdruck eines neuen Milieus, dessen gemeinsamer Nenner in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Potentialen einer Wissens- und Informationsgesellschaft liegt«, als Ausdruck derjenigen Gruppe, »die vom digitalen Wandel in voller Breite erfasst worden ist und deren alltägliches Leben von der Emergenz des Internets und dessen Kultur in besonderer Weise geprägt wird«. »Entscheidend für die Entstehung eines Milieus ist dabei die Entwicklung einer bewussten Wahrnehmung von gemeinsamen Lebenslagen, Erfahrungen, Interessen und Wertvorstellungen sowie

eine daraus erwachsende kollektive Identität.« (Hensel 2012: 42) Tatsächlich spricht einiges dafür, die Entstehung der Piratenpartei unter dem Blickwinkel einer subkulturellen Milieupartei zu betrachten. Ungeklärt bleibt jedoch das Verhältnis zur wachsenden Gruppe derjenigen, die das Internet und seine Kulturtechniken als integralen Bestandteil ihres Lebens begreifen, aber offensichtlich nicht Teil jenes kulturellen Milieus sind. Schließlich setzt der Gebrauch des Begriffs »Milieupartei« eine stabile Beziehung zwischen dem Milieu und »seiner« Partei voraus, wovon bezüglich des Großteils der Wählerschaft der Partei nicht, vielleicht: noch nicht, die Rede sein kann.

Dieser Beitrag trägt im Sinne einer Skizze für weitere Untersuchungen für die Metropole Berlin einige sozialstrukturelle Daten und Aspekte zusammen, die darauf hindeuten, dass die Piratenpartei in Berlin weniger als politischer Ausdruck einer Internet-Subkultur gewählt wurde, sondern, neben demokratiepolitischen Motiven vor allem auch als politischer Ausdruck einer neuen sozialen Idee von Gesellschaftlichkeit.

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Herbst 2011 erreichte die Piratenpartei 8,9%, im ehemaligen Westteil der Stadt 8,1% und im ehemaligen Ostteil 10,1% der gültigen Zweitstimmen. Mit 19,5% und 17% wurden die beiden herausragenden Ergebnisse in zwei Friedrichshainer Wahlkreisen, im ehemaligen Ostteil Berlins, erzielt. In drei von zwölf Stadtbezirken und in 22 von 78 Wahlkreisen erreichte die Partei ein zweistelliges Ergebnis. Was kennzeichnet diese Gebiete?

Mit Ausnahme von zwei Wahlkreisen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf im äußersten Osten der Stadt umschließen die Hochburgen der Piratenpartei das alte Ostberliner Stadtzentrum und den neuen Regierungsbezirk im Norden, Osten und Süden. Sie liegen alle im inneren Stadtgebiet. Zu ihnen zählen die Viertel, die gemeinhin unter jüngeren Stadtbewohnern und Touristen als »angesagt« gelten, in denen sich die Erwerbstätigen der »creative industries« wiederfinden, in denen massive sozialräumliche Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse stattgefunden haben, stattfinden oder sich vehement ankündigen. Diese Viertel unterscheiden sich in ihrer Alters- und Sozialstruk-

tur erkennbar von den meisten Stadtbezirken im ehemaligen Westteil der Stadt und den Peripherie-Bezirken im Osten.

Ein knappes Drittel aller Berliner Wahlberechtigten ist 60 Jahre und älter, zwei Fünftel sind zwischen 35 und 60 Jahre alte und nur ein Viertel ist jünger als 35 Jahre. Im Ostteil der Stadt ist die Wahlbevölkerung deutlich jünger als im Westteil, der Anteil der unter 35-Jährigen liegt hier bei 29,3 Prozent gegenüber 22,5 Prozent im Westteil, bei den über 60-Jährigen liegt der Westteil mit 35,9 Prozent erheblich vor dem Ostteil mit 28,5 Prozent. In der gesamten Wahlbevölkerung besitzen diejenigen, die vorwiegend unter den Bedingungen der geteilten Stadt sozialisiert wurden, also 1990 bereits 20 bis 25 Jahre alt waren noch eine 60:40 Mehrheit gegenüber den unter 40- bis 45-Jährigen. Mehr noch als in der wahlberechtigten Bevölkerung dominieren diese mittleren und älteren Generationen unter den Wählerinnen und Wählern. Die Wahlbeteiligung lag bei den unter 30-Jährigen knapp unter 50 Prozent, im Ostteil bei den unter 25-Jährigen sogar unter 45 Prozent. Bei den 30- bis 40-Jährigen betrug sie zwischen 55 und 60 Prozent, dann stieg sie schrittweise bis auf 70 Prozent bei den über 60-Jährigen an. Die Jüngeren sind aufgrund der demografischen Struktur in der Minderheit. Und zudem nahmen und nehmen sie in einem geringeren Umfang an Wahlen teil. Der Wahlerfolg der Piratenpartei erscheint daher auch als demonstratives Heraustreten jüngerer Wählerschichten aus den politischen Wahrnehmungsmustern und -ritualen der älteren. Erleichtert, vielleicht ermöglicht wurde dies durch die stadträumlichen Differenzierungen der Altersstruktur.

Die Altersstruktur in den 22 Wahlkreisen, die mit zweistelligen Wahlergebnissen als Hochburgen der Piratenpartei gelten können, ist nochmals deutlich jünger als diejenige im gesamten Ostteil der Stadt. Im Stadtbezirk Mitte (»Hauptstadtbezirk«) haben die drei Wahlkreise mit hohem Piratenanteil, die vorwiegend im Wedding liegen, einen Anteil von 18- bis 25-Jährigen von bis zu einem Sechstel, der Anteil der unter 35-Jährigen erreicht 40%. In den beiden Friedrichshainer Wahlkreisen mit dem besten Piratenpartei-Ergebnis Berlins beträgt der Anteil der unter 35-Jährigen sogar 50 bis 55 Prozent, hervorgerufen durch einen hohen Anteil von 40 Prozent der 25- bis 35-Jährigen.

Auch im Stadtbezirk Pankow/Prenzlauer Berg beträgt der Bevölkerungsanteil der Jüngeren in den Piratenpartei-Hochburgen zwischen 30 und 40 Prozent, gleiches gilt in Treptow-Köpenick und in Marzahn-Hellersdorf: Auch hier unterscheiden sich die Hochburgen der Piratenpartei von den umliegenden Wahlkreisen durch einen Anteil der unter 35-Jährigen an der Wahlbevölkerung von 33 bis 36 Prozent, während er in den umliegenden Wahlkreisen bei 20 bis 25 Prozent liegt.

Die Piratenpartei ist überall dort besonders stark, wo es keine stabilen, sozialräumlichen Strukturen, keine gewachsenen Milieus gibt. Ein weiteres Merkmal, welches unmittelbar mit der Altersstruktur zusammenhängt, ist der hohe Anteil von ledigen Wahlberechtigten. Er beträgt in Berlin knapp 40 Prozent, in den Piratenhochburgen regelmäßig über 50 Prozent, zuweilen sogar über 60 und in einem Fall über 70 Prozent.

Die starken Wahlkreise der Piratenpartei sind »junge Viertel« mit mobilen und flüchtigen sozialräumlichen Beziehungen und Strukturen. Sie sind nicht männlich dominiert, sondern der Anteil junger Frauen überwiegt. Es waren vor allen Dingen die Männer, die die Piratenpartei gewählt haben. Berlinweit erreichte sie bei unter 35-jährigen Männern einen Anteil von knapp über 20 Prozent der Stimmen, bei Frauen gleichen Alters fast zehn Prozentpunkte weniger. Dieses Geschlechterverhältnis in der Wählerschaft spiegelt sich nahezu in der Wählerschaft der Grünen: Hier, und gerade auch in Piratenhochburgen, überwiegt die Zustimmung von Frauen gegenüber Männern für die Grünen fast ebenso deutlich wie die Zustimmung bei Männern gegenüber Frauen bei der Piratenpartei. Offensichtlich fühlten sich Frauen in den Piratenhochburgen von deren Themen und Auftreten, damit auch von dem implizit vertretenen Sozialstaatsmodell, deutlich weniger angezogen als Männer.

Neben dem Zusammenhang zwischen Stadtraum – Nähe der Viertel zum imaginären Zentrum der Stadt – und Altersstruktur mit den starken Wahlkreisen der Piratenpartei in »charismatischen« Vierteln gibt es einen weiteren signifikanten Zusammenhang, nämlich die Korrelation zum Anteil derjenigen Personen, die in SGBII-Bedarfs-

gemeinschaften (»Hartz IV«) leben. In den beiden Piraten-Hochburgen in Marzahn-Hellersdorf beträgt er 23,5 bzw. 27,4 Prozent, in den Neuköllner Hochburgen 22,5 bis 27,2 Prozent, in den drei Hochburgen in Mitte 19,4 bis 26,4 Prozent. Nur in den starken »Piratenbezirken« in Pankow/Prenzlauer Berg liegt der Anteil der Hartz-IV-Beziehenden kaum über dem Berliner Durchschnitt von 12,5 Prozent. Der Zusammenhang zwischen einem hohen Anteil von Piratenpartei-Wählern und Hartz-IV-Beziehenden besteht nur dort, wo es einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil von jüngeren Wahlberechtigten gibt. So beträgt etwa im Wahlkreis Altstadt Spandau der Anteil der Hartz-IV-Beziehenden an der Wahlbevölkerung 19,9 Prozent, der Anteil der unter 35-Jährigen aber nur 26 Prozent der Wahlbevölkerung und die Piratenpartei erzielte unterdurchschnittliche 7,9%. Nicht dort, wo viele Arbeitslose leben, gibt es viele Piratenwähler. Sondern dort, wo viele Piratenwähler leben, leben meist auch viele Arbeitslose bzw. Sozialleistungsbeziehende. Eine Erklärung könnte in der besonderen wirtschaftlichen Prägung dieser Bezirke liegen.

Die Berliner Wirtschaftsverwaltung legte ab 2003 unter Senator Harald Wolf (DIE LINKE) ein systematisches Förderprogramm für die »creative industries« auf. Wirtschaftszweige der Kulturwirtschaft (Kreativwirtschaft: Buch, Film, Presse, Design, Werbung, Architektur, Software/Games u. a. m.), der Informations- und Kommunikationswirtschaft und angrenzender Distributionsbereiche (Post- und Kurierdienste, Call-Center u. a.) wurden zum Fördercluster »IKT, Medien und Kreativwirtschaft« zusammengefasst und verschiedene Förderprogramme zugeschnitten. Die Kreativwirtschaft sollte zu einem, ja zu *dem* dynamischen Wachstumssektor der Berliner Wirtschaftsstruktur ausgebaut werden. Dies ist, gemessen an den Umsatzzahlen und dem Gewicht Berlins an den gesamten bundesdeutschen »creative industries«, erfolgreich gewesen. Ende 2011 wurden in diesem Sektor über 217.000 Erwerbstätige gezählt, ein Anstieg von fast einem Drittel gegenüber dem Jahr 2000. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich allerdings nur um gerade einmal 10 Prozent. Die Expansion der Erwerbstätigkeit fand in diesen Wirtschaftszweigen durch den Aufbau von geringfügiger Arbeitnehmerbeschäftigung, vor allem

durch Aufwuchs der freien Mitarbeiter und »Solo-Selbständigen« statt. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen betrug in dem gesamten Cluster immer etwa ein Drittel der Erwerbstätigen. 2011 waren von den 217.000 Erwerbstätigen 61 % sozialversicherungspflichtig und 8 % geringfügig Beschäftigte, 31 % besaßen keinen Arbeitnehmerstatus. Während in Bereichen wie dem Architektur- oder Pressemarkt, auch bei den Call-Centern der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zunahm, sank er im Bereich der IT-Dienstleistungen und der Software-/Games-Industrie in den letzten Jahren zu Gunsten verschiedener Formen der Selbständigkeit. In letzterer verdoppelte sich die Zahl der formal Selbständigen von 2008 bis 2011.

Politisch hofiert – mit Fördergeldern, Räumlichkeiten und symbolischer öffentlicher Wertschätzung durch die Regierenden ausgestattet – wurde ein Wirtschaftskluster mit einer hohen Dynamik hin zu prekären Arbeitsverhältnissen zum Vorreiter des Berliner Wirtschaftsaufschwungs ernannt. Die den in den »creative industries« Tätigen öffentlich zugewiesene Bedeutung für Wirtschaftsleistung und Anziehungskraft Berlins stand und steht in keinem Verhältnis zu dem durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten in diesen Branchen und ihrem Einfluss auf die Berliner Politik- und Wirtschaftselite.

Gegenüber anderen Großstädten wie Hamburg, München, Bremen oder Köln hat Berlin mit rund 30 % einen doppelt so hohen Anteil an erwerbstätigen Hartz-IV-Beziehern (»Aufstocker«) an allen erwerbsfähigen SGBII-Leistungsberechtigten. Der Anteil der selbständig erwerbstätigen Aufstocker liegt mit über 17 % ebenfalls um nahezu das Zweifache über ihrem Anteil an allen Aufstockern in anderen Großstädten oder dem Bundesdurchschnitt. (Bundesagentur 2012) Bundesweit erzielten 2010 über vier Fünftel der selbständigen Aufstocker nur ein Einkommen von unter 500 Euro und für mehr als die Hälfte handelt es sich um einen bereits seit über zwei Jahren andauernden Zustand. (Koller u. a. 2012: 7) Generell erzielen die meisten Solo-Selbständigen ein Einkommen von unter 1.500 Euro, der soziale Schutz insbesondere bei der Altersvorsorge ist gering und sehr löcherig. Diese Bedingungen werden sowohl in den »klassischen« Zweigen der Solo-Selbständigkeit wie dem Einzelhandel und

Hausmeistertätigkeiten angetroffen als auch bei den modernen »kreativen« oder »digitalen« Dienstleistungen. (vgl. Gerner / Wießner 2012, Brenke 2013)

Neben der Solo-Selbständigkeit stellt vor allem atypische Beschäftigung in einem befristeten, Teilzeit-, geringfügigen oder Leiharbeits-Beschäftigungsverhältnis eine zwar nicht dominante, aber gleichwohl prägende Form der Einstiegsbeschäftigung für jüngere, insbesondere nach einer Hochschulausbildung dar. Etwa zwei Drittel der 20- bis 35-Jährigen abhängig Beschäftigten arbeiteten in einem unbefristeten Normalarbeitsverhältnis mit einer Wochenarbeitszeit von über 21 Stunden, allerdings war dem vielfach ein befristetes Arbeitsverhältnis vorausgegangen. Zu den prägenden Erfahrungen der Generation der unter 35-Jährigen dürfte zählen, dass sie, anders als die Altersgenossen noch 1999, »ihr Erwerbsleben häufiger mit instabileren Beschäftigungsverhältnissen, wie befristeter Beschäftigung und Zeitarbeit«, begannen, wie sie auch generell »deutlich häufiger in diesen Beschäftigungsformen tätig (sind) als die Erwerbstätigen insgesamt« (Wingerter 2009: 116). Eine weitere Erfahrung tritt hinzu: Für viele Jüngere, insbesondere Hochschulabsolventen aus der Mittelschicht mit akademischen Elternhäusern, hat eine massenhafte Entwertung ihrer Qualifikation stattgefunden. Einstiegsgehälter von 1.000 bis 1.500 Euro netto sind keine Seltenheit mehr. Eine Generation zuvor stufte die Arbeitsverwaltung arbeitslose Akademiker ohne Berufserfahrung durchaus noch nach BATIII oder gar BATIIa ein. Mit anderen Worten: Die Perspektive, ebenfalls den Wohlstand der Eltern erreichen zu können, ist zumindest in den ersten Berufsjahren keine selbstverständliche Statusperspektive mehr. Vielmehr kann der Start ins Erwerbsleben von fortbestehender Abhängigkeit von den Eltern und/oder während der Ausbildung angehäufter Schulden geprägt sein. »Je enger der Arbeitsmarkt wird, desto mehr versuchen wir uns mit Bildung zu qualifizieren«, schreibt Meredith Haaf und fährt fort: »und umso mehr Geld brauchen wir dafür, während die Chancen, dieses Geld selbst irgendwann zu erwirtschaften, schrumpfen. Und umso länger brauchen wir, in einer Lebensphase anzukommen, in der wir uns das Gefühl innerer Sicherheit gestatten können.« (Haaf 2011: 70)

In Berlin haben sich diese Erfahrungen eines womöglich prägenden Teils einer Generation mit dem (Eintritt in das) Erwerbsleben räumlich verdichten können. Sie sind in vielen Kiezen nicht mehr randständig, sondern prägend. In nahezu allen Vierteln, in denen die Piratenpartei 2011 überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, rüttelte sie bereits bei der Bundestagswahl 2009 an der Fünf-Prozent-Marke. Welche Einstellungen zur eigenen Lebensführung und welche Perspektiven auf Gemeinschaft, Gesellschaft und Staat dabei entstehen, ist bislang unzureichend erforschtes Terrain. Eine Selbstreflexion hat begonnen, die zumindest für eine starke Minderheit in ihrem gesellschaftspolitischen Kern auf den Bruch mit den lebensweltlichen Orientierungen und Gewissheiten der Eltern und Großeltern hinausläuft. »Meine Generation befindet sich in einer paradoxen Lage, weil sie einerseits wohlhabend wie keine Generation vor ihr aufgewachsen ist (und zwar unabhängig von der Einkommensschicht), aber schlechtere Chancen als alle Generationen vor ihr hat, diesen Wohlstand auch nur zu halten. Die intergenerationelle soziale Mobilität hat sich deutlich verringert. (...) Nur wenige von uns werden über die Verhältnisse ihrer Eltern hinauskommen. Viele von uns sind aber mit einer materiellen Sicherheit aufgewachsen, die uns zu materiell extrem anspruchsvollen Menschen gemacht hat, selbst wenn wir ohne externe Hilfe gar nicht in der Lage wären, diesen Ansprüchen zu genügen.« (Haaf 2011: 70f)

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen – stellvertretend für die Grundversorgung mit Einkommen, Wohnen, Mobilität, Energie – erscheint so als Verlängerung der materiellen Geborgenheit eines Elternhauses aus der breiten Mittelschicht. Tatsächlich geht es jedoch um viel mehr. Was Haaf als »paradoxe Lage« beschreibt, bezeichnet eine gesellschaftspolitische Bruchlinie, die politisch bisher keinen repräsentativen Ausdruck im vorhandenen Parteienspektrum gefunden hatte. »Prekarität« wird in der politischen, insbesondere auch in der linken Öffentlichkeit oftmals nur unter den Vorzeichen des Mangels an anzustrebender Normalität, des Defizitären und des Verlustes sozialstaatlicher Einbindungen angesprochen. Was aber passiert, wenn Prekarität als Zugewinn an Handlungs-

souveränität oder zumindest als Normalität erfahren und gelebt wird? Wenn prekäre Arbeitsmarktverhältnisse kein Ausnahmezustand mehr sind, denen man zu entkommen vermag oder es zumindest begründet erhoffen kann, sondern wenn sie zum Planungshorizont zumindest eines ganzen Lebensabschnitts werden? Wenn daher alle auf einer arbeiterlich-sozialdemokratischen Lebensführung in einer Leistungsgesellschaft aufbauenden Versprechen wie soziale Bürgerrechte, sozialstaatliche Absicherung und individuelle Wohlstandsmehrung außerhalb des Erreichbaren liegen wie ein Nachhall längst untergegangener Zeiten?

Politisch wurden diese Erfahrungen, die in der jungen Generation womöglich unter der »Agenda 2010« eine kritische Größe überschritten, entweder unter »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit« verbucht oder, auf der politischen Linken, mit den Ressentiments der industriellen Arbeitsgesellschaft gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen konfrontiert, während diese Linke aus der Sicht der Jüngeren etwa hinsichtlich der Verbesserung der Bedingungen für den Einstieg in das Erwachsenenleben nichts Handfestes zustande gebracht hat. Diese Linke verteidigt die Rentenansprüche der heutigen Rentner und über 50-Jährigen, die Generation der Eltern und Großeltern, die sich vielfach materiell besser stehen als ihre Kinder und Enkel, denen sich wiederum keine glaubwürdige Perspektive bietet, eine vergleichbare Kombination von hohem Sozialstatus und sozialstaatlicher Planungssicherheit zu erreichen. DIE LINKE als Partei der sozialen Ansprüche der über 45-Jährigen und die Piratenpartei als Partei der sozialen Erwartungen der unter 40-Jährigen – in diesem zweifellos zugespitzten Bild lässt sich die »paradoxe Lage« auch beschreiben.

»Die Basis der Piraten ist eine junge, gut ausgebildete Generation, die sich klar von der Elterngeneration absetzt. Sie schätzt die Freiheit, weiß aber auch um das gebrochene oder nicht erfüllte Sicherheitsversprechen, was ihre Stellung in der Gesellschaft angeht. Die soziale Spaltung nimmt zu und die guten Aussichten nehmen ab.« (Lohauß 2011: 69) Das Modell der neoliberalen Lebensführung erfordert ein hohes Maß an Selbststeuerung und Selbstmanagement der eigenen Arbeitskraft. Doch die Individualisierung kann nicht ins Bodenlo-

se getrieben werden. Die Arbeitsweise der modernen Wissens- und kreativen Berufe setzt die Fähigkeit zur Kooperation bei Wahrung individueller Autonomie voraus. Selbststeuerung setzt ein Mindestmaß an Berechenbarkeit und Planbarkeit, also Kontrolle der eigenen Lebensumstände voraus. Kooperation wiederum verlangt nach einem Mindestmaß an Gleichwertigkeit und Gleichheit. Sie bringt, ein weiterer nicht zu unterschätzender Effekt, Gemeingüter hervor, deren private Aneignung nicht selbstverständlich ist. Ein bedingungsloses Grundeinkommen – wieder *pars pro toto* verstanden – erscheint in dieser Perspektive wie ein gesellschaftlicher Lohn für die Arbeit an solchen Gemeingütern wie der »Wissensallmende« im allgemeinen oder open-source-Projekten im besonderen.

Die Piratenpartei verleihe, träfen alle diese Überlegungen halbwegs zu, einem gesellschaftlichen Umbruch vorübergehenden politischen Ausdruck. Es geht nicht darum, sich den neoliberalen, individualistischen Lebensführungsmodellen unterzuordnen. Es geht auch nicht darum, die »durch die gesellschaftlichen Verhältnisse erzwungene und ideologisch verstärkte Orientierung auf individuelle Autonomie (...) durch utopische oder kritische Entwürfe infrage« zu stellen. Es geht darum, »ihre Verwirklichungsmöglichkeit auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse« einzuklagen: »Groß geworden in den Erwartungen gleichermaßen der Spät-68er und des neoliberalen Zeitgeistes wollen sie zunächst einmal lediglich ihre Autonomie als Subjekte bewahren.« (Lohauß 2011: 71 f.)

Die gesellschaftspolitische Dimension, die von der Piratenpartei repräsentiert wird, wäre demnach eine doppelte: Zunächst handelt es sich um das Einfordern der »basics«, der Gemeinschaftsgüter, die seitens einer Gesellschaft oder Gemeinschaft den Individuen für eine selbstverantwortete Lebensführung zur Verfügung gestellt werden müssen. Es geht um den gesellschaftlichen Preis von Verfügbarkeit, Flexibilität, Mobilität, wohlverstandener Selbstverantwortung. Zugleich offenbaren sich die Zweifel an der gesellschaftlichen Integrationskraft des Arbeitsmarktes. Arbeitsmarkt und Betrieb, zumal der große Betrieb, sind nicht länger die gesellschaftlichen Institutionen, die neben Einkommen auch immaterielle Werte wie Selbstwertgefühl,

Würde, Berufsstolz vermitteln. Nicht um Zugehörigkeit geht es, sondern um freie Zugänge. Arbeitsmarkt und Beruf werden nicht länger als die großen sozialen Integrationsmaschinen wahrgenommen. Die Gründe liegen nicht nur in den prekären Bedingungen, sondern auch in der Erfahrung verschiedener sozialer Schichten in den vergangenen zwanzig Jahren, dass Einkommen nicht nur mit Erwerbsarbeit erworben werden kann. Die Piratenpartei artikuliert den Anspruch, dass die Demokratie, die gleichberechtigte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an demokratischen Entscheidungsverfahren als gleiche Bürgerin und Bürger als zentraler Integrationsmechanismus einer Gesellschaft materiell abgesichert werden muss. Sie fordern Grundversorgung und Gemeingüter als Schutz für die emanzipatorischen Potentiale der Digitalisierung der Arbeits- und Lebensweise, denn gerade das so eingebettete »Prekäre« scheint vor der vollständigen Subsumtion digitaler Arbeitsweisen unter die Mechanismen der »Selbstverwertung des Werts« bewahren zu können.

Hierbei handelt es sich selbstverständlich nicht um einen Bruch zwischen den Generationen, zwischen jung und alt, sondern um unterschiedliche soziale Erfahrungswelten auch in einer Generation und auch zwischen jungen Männern und Frauen. Möglicherweise sieht sich ein größeren Teil der unter 40-Jährigen, der mehrheitlich in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigt ist, darin nicht aufgehoben. Zweifellos gibt es die Erwerbsbiografien, wo nach der betrieblichen Ausbildung eine unbefristete Übernahme erfolgt. Doch diese Erfahrungen verdichten sich derzeit nicht zu eigenständigen politischen Repräsentationen. Die Piratenpartei schöpfte bei ihren Wahlerfolgen ein begrenztes Potential aus, welches eben nicht nur virtuell, sondern auch sozialräumlich präsent ist, sich möglicherweise spontan milieuartig verdichtet, ohne sich auf Dauer niederzulassen und feste Formen anzunehmen.

Ob hinter dem Erfolg der Piratenpartei ein kulturelles und abgrenzbares Milieu steht, welches über das Stammpotential von 2 bis 3% hinausreicht, ist sehr fraglich und seine Herausbildung ist angesichts der allgemeinen Ausbreitung digitaler Techniken zweifelhaft. Der Erfolg der Partei in Berlin zeigt: Im Übergang zur »Wissens-

gesellschaft« hat die vermeintliche kommende Berufselite, haben die jungen Wissensarbeiterinnen und -arbeiter, den etablierten gesellschaftlichen Kräften gezeigt, dass sie nicht gewillt und auch nicht in der Lage sind, sich auf die ausgetretene Pfade der Eltern und Großeltern zu machen. In den Wahlergebnissen der Piratenpartei 2011/2012 drückt sich ein sprach- und öffentlichkeitsmächtiger Teil der Jüngeren auf eine Art und Weise aus, die anschlussfähig ist in die Generation der in ihren vermeintlichen lebensweltlichen Planungssicherheiten ebenfalls erschütterten mittleren Generation. Mit der Wählbarkeit und dem Erfolg der Piratenpartei finden schichtenübergreifend »Prekäre« erstmals eine Projektionsfläche für politische Repräsentation, die ihre Lebenslage nicht als eine defizitäre anspricht, sondern gegen die soziale Desintegration auf dem Arbeitsmarkt die gesellschaftliche Integration über politische Teilhabe, über demokratische Partizipation an den öffentlichen Angelegenheiten verteidigt und ihre sozialen Verwirklichungsbedingungen einfordert. Ob daraus eine neue Idee für ein egalitäres Gesellschaftsprojekt erwächst oder nur die sozialen Aspirationen einer neuen, strategisch relevanten sozialen Schicht prolongiert werden, dies hängt nach den eruptiven Wahlerfolgen nicht mehr allein am parlamentarischen Fortkommen der Piratenpartei selbst.

Literatur

- Brenke, Karl: Allein tätige Selbständige: starkes Beschäftigungswachstum, oft nur geringes Einkommen; DIW Wochenbericht 7/2013, S. 3-16.
- Bundesagentur für Arbeit, Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher, Datenstand April 2012; unter <http://statistik.arbeitsagentur.de>.
- Gerner, Hans-Dieter/Wießner, Frank: Solo-Selbstständige – Die Förderung bewährt sich, der soziale Schutz nicht immer. IAB-Kurzbericht 23/2012.
- Haaf, Meredith: Die Apathie der TINA-Kinder; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2011, S. 68-78.
- Hensel, Alexander: Das Milieu der Piraten: Die Erben der Internetkultur; in: Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S. 41-52

Koller, Lena/Neder, Nadja/Rudolph, Helmut/Trappmann, Mark: Viel Arbeit für wenig Geld. Selbstständige in der Grundsicherung. IAB-Kurzbericht 22/2012.

Lohauß, Peter: Weshalb es Piraten gibt, Jenseits der Sicherheit – Gesellschaftswandel und politische Erosionen; in: Kommune 4/2011, 69-76.

Wingerter, Christian: Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben. Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2009; in: Wirtschaft und Statistik, Februar 2011, S.98-117.

Die Zahlenangaben zum Wahlergebnis für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011 finden sich hier:

www.wahlen-berlin.de/Wahlen/BE2011/ergebnis/karten/zweitstimmen/Ergebnis-Ueberblick.asp?sel1=1252&sel2=0651 (zuletzt abgerufen am 20.02.2013).

Die Belege für die Angaben zur Berliner »Kreativwirtschaft« finden sich hier:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung: Cluster IKT, Medien und Kreativwirtschaft. www.berlin.de/sen/wirtschaft/abisz/cluster_kmk.html (zuletzt abgerufen am 20.02.2013).

KONSTANZE KRIESE

Vom schwierigen Auszug aus dem Fordismus

Arbeit und Produktion im digitalen Zeitalter

Die Veränderungen vom Automobilbau bis zur Medizintechnik sind genauso tiefgreifend wie die Entstehung der »Creative industries«. Erst wenn die Arbeitswelten in Callcentern, der internationalen Logistikbranche, von Kaffeebäuerinnen und Textilherstellern, von Pflegekräften und Radiostationen, in Internetagenturen sowie im Café um die Ecke zusammengedacht werden, lassen sich wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Veränderungen in den sozial und strukturell zerklüfteten Arbeitswelten genauer beschreiben. Dann ist der »digitale Bohemien« einer von vielen und einer mit vielen Abhängigkeiten. Er isst bekanntlich Pizza und trinkt Kaffee. Die Pizza kann er im Netz bestellen und mit regionalen Rohstoffen herstellen lassen. Doch der Kaffee kommt aus einer anderen Welt, mit der nicht nur er digital vernetzt, sondern auch geschichtlich verbunden ist.

Arbeiten und Leben ohne Computer und Internet ist für die meisten Menschen im reichen Norden undenkbar geworden. Trotzdem fristen die damit verbundenen politischen Kämpfe innerhalb des repräsentativen Politikbetriebes ein Schattendasein. Erst die 2010 begonnene Internet-Enquete des Deutschen Bundestages war hierzulande Ausdruck des Erwachens gegenüber den umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Digitalisierung zu konstatieren sind. Zuvor fanden die Auseinandersetzungen vorrangig in einem

Unterausschuss des Kulturausschusses statt, dem Unterausschuss neue Medien.

Ende November 2012 erschien der Zwischenberichtsentswurf der Enquetearbeitsgruppe: Wirtschaft, Arbeit, Green IT (Deutscher Bundestag 2012).¹ Er ist zum einen Zeugnis eines wachsenden Problembewusstseins im politischen Raum. Zum anderen kritisieren Expertinnen und Experten, dass die Richtungen der Konfliktlösungen durch die herrschenden Parteienkonstellationen nicht offen entwickelt werden. »Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann als zweiphasiger Prozess verstanden werden, der sich in den zurückliegenden Jahren rasant beschleunigt und zu gravierenden Veränderungen geführt hat. Stand in der ersten Phase die sukzessive Ausstattung von Büros und Fabrikhallen mit programmgesteuerten, überwiegend jedoch noch ›stand-alone‹ betriebenen digitalen Arbeitsmitteln im Zentrum, so ist die zweite Entwicklungsetappe seit Mitte der 1990er Jahre durch deren fortschreitende inner- und überbetriebliche Vernetzung charakterisiert. [...] So belief sich der Anteil der Beschäftigten mit regelmäßiger Computernutzung während der Arbeitszeit im Jahr 2010 im Durchschnitt auf 63%.« So beginnt der Abschnitt Arbeit in der digitalen Welt des Enquete-Zwischenberichtes. Weiter erfahren wir, dass bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten schon 70 % mit dem Computer arbeiten, im Wirtschaftszweig »Information und Kommunikation« die Computernutzung bei 96 % und bei den »Finanz- und Versicherungsdienstleistungen« sogar darüber bei 98 % liegt (Deutscher Bundestag 2012: 105f.). Inzwischen arbeiten 10 % der Beschäftigten im Home Office, Tendenz steigend (Deutscher Bundestag: 108).

Das *eine* Internet gibt es nicht: digitale Parallelwelten

In den Boomjahren des modernen Internets, kurz vor der Dotcom-Krise im Jahre 2000/2001, lernten zwei Generationen in Beruf und

1 Am 28. Januar 2013 wurden die Zwischenberichte und der Abschlussbericht zur Enquete verabschiedet.

Freizeit diverse Webprogrammiersprachen.² Mit Editoren wie Dreamweaver, open source Manuals wie SelfHTML und SelfPHP und dem open source Datenbanksystem MySQL eroberten sich Enthusiastinnen und Umsteiger aus Kunst, Marketing und diversen fachfremden Berufen das Internet, ohne je ein Informatikstudium absolviert zu haben. Sie gerieten dabei in den Strudel einer seit den 70er Jahren geführten Debatte um diametrale Spielarten innerhalb des Internets.

Die digitalen Netze waren von Beginn an durch eine kaum überbrückbare Unversöhnlichkeit von Freiheitsversprechen und Marktförderung gekennzeichnet. Die Kämpfe für einen freien Wissenstransfer und die industriellen Widerstände, immer neue Varianten eines exklusiven Rechtemanagements zu installieren, machen dies sichtbar. Auf der einen Seite werden Hoffnungen auf eine grenzenlose digitale Kommunikation, auf einen freien Wissens- und Informationsaustausch bei gleichzeitigem Schutz persönlicher Daten formuliert. Auf der anderen Seite sammeln staatsförmige Institutionen persönliche und Geschäftsdaten, und große Unternehmen wie Google und Facebook qualifizieren ihre Suchalgorithmen und Netzwerkplattformen. Unter Verwertungsdruck verfeinern sie ihre Dienste zu Erforschungs- und Steuerungsinstrumenten von kommunikativen und konsumtiven Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer des Netzes.

Hinter den Stichworten: Netzneutralität, Urheberrecht und Datenschutz sind innerhalb der wachsenden netzpolitischen Debatten die entscheidenden Interessenkonflikte zusammengefasst. Die Janusköpfigkeit der digitalen Produktionsmittel, die zuerst die einzelnen Arbeitsplätze und später die Unternehmensstrukturen und die Reorganisation der Märkte selbst erfassten, begleitete die Entwicklung der digitalen Kommunikationsnetze – von der militärischen Geheimhaltung bis zum freien Hochschulexperiment schon seit den 70er Jahren. Wie in einer Parallelwelt entstanden Open-Source-Lösungen und entsprechende Anwendungen, bei denen der programmierte Code für die weitere öffentliche Nutzung, Bearbeitung und Weiterentwicklung

2 Wie die Text- und Objektauszeichnungssprache html, das clientseitige javascript, sowie die Programmiersprachen: Perl, PHP oder Java.

freigestellt wurde. Diesem Konzept standen immer auch die Geheimhaltung der Quellcodes gegenüber und die Schaffung verschlüsselter Formate, für deren Nutzung zwingend bestimmte Programme gekauft werden mussten, z. B. Word.

Der Aufbau, die innere Systematik, die Art der technischen Problementwicklung und -lösung waren innerhalb der offenen und der verschlüsselten Datenverarbeitung durchaus ähnlich. Doch die permanente Weiterentwicklung des wachsenden Skeletts des Internets war für Nutzerinnen und Nutzer der großen kommerziellen Anbieter und Dienste nicht nachvollziehbar. Jene blieben in der Position von Anwenderinnen und Anwendern der grafischen Oberflächen und erhielten keinen Einblick in das Funktionieren des Systems, mit dem sie arbeiteten. Die Unternehmen produzierten exklusiv und verkauften ihre Weiterentwicklung mit dem Versprechen höherer Sicherheitsstandards. Dabei konnten sich Microsoft & Co darauf stützen, dass ein Großteil der Anwenderinnen und Anwender die Betriebssysteme ihrer dienstlichen und privaten Bürocomputers gar nicht näher kennen will. So wurde schließlich nur der Zugang und die Netznutzung verkauft, die ideelle Funktionsweise des Betriebssystems blieb Eigentum von Microsoft & Co.³

Auf der Seite der Open Source-Bewegung wurden die verschlungenen Wege des kollaborierten Erarbeitens einer funktionstüchtigen

3 Die mit Einzellizenzen versehenen Betriebssysteme oder Programmpakete verloren bisweilen sogar schon ihre Gültigkeit, wenn sie nicht auf ein und derselben Hardware installiert wurden, waren also nicht (oder nur in einer bestimmten Anzahl) auf Neugeräte übertragbar. Rifkins veränderte Eigentumsstruktur in den Tauschakten des Privateigentums, vom Produktkauf zum Zugangskauf (Netz, Wohnen, Freizeit), die er in seiner Abhandlung »Access«³ umfänglich erläutert, traf gleichermaßen für die verkaufbaren Datenapplikationen, die Programme ausführen konnten, für die proprietären Softwarepakete, zu (Rifkin 2000). Cloudcomputing stellt die neueste Version dieser Entwicklung dar. Noch ehe die irreführende Begrifflichkeit der immateriellen Güter, die sich allerdings eher auf digital vermittelte Inhalte wie Musik, Text und Film bezog, in den Urheberrechtsdebatten durchsetzte, hatten die großen kommerziellen Softwarefirmen selbst geregelt, dass Kunden nur begrenzte Nutzungsrechte an den Betriebssystemen und anderen Programmen kaufen.

Internetkommunikation, die Art und Weise der Informations- und Wissensverarbeitung, der Vermittlung und Speicherung der Datenströme bewusst – eingebunden in Regelwerke – sichtbar gemacht. Konsumentinnen und Konsumenten bekamen die Chance, als potentielle (Mit-)Produzenten mit wachsenden Rechten und Pflichten zu handeln.⁴ Doch es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass das vitale Interesse an offenen Betriebssystemen und Programmanwendungen weitgehend auf Informatikerinnen und Informatiker beschränkt bleibt. Dies muss aber nicht bedeuten, dass der Kampf um den sichtbaren Quellcode von eher technologiefremden Nutzerinnen und Anwendern nicht geteilt, verstanden und unterstützt wird. Open Source und Open Access sind geeignet, ein weltweit nutzbares preiswertes und auch dadurch demokratischeres Internet zu schaffen. Sie könnten einen unmittelbaren Beitrag zur Überwindung der weltweiten digitalen Kluft leisten.⁵

Auf dem 2. Weltinformationsgipfel in Tunis 2007 wurde ein verbindliches Finanzierungsmodell zur Überwindung des digital gap abgelehnt. Immerhin kam es zu einer Kompromisslösung zwischen den 17.000 Teilnehmern aus 175 Ländern zur Zukunft der Internet Governance. Zwar wurde die US-amerikanische Aufsicht durch die ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) damals nicht aufgehoben, doch die private Institution wurde durch das Internet Governance Forum (IGF) weiter internationalisiert (Rötzer/Kleinwächter 2009). Während in Europa eher Breitbandkluft, Bildung und Alter beim ungleichen Zugang zum Internet zur Debatte stehen, musste nach zwei Weltinformationsgipfeln in Genf (2003) und Tunis

-
- 4 De facto waren und sind die offenen Systeme – auf lange Sicht – den kommerziellen Produkten überlegen, zeigten transparent ihre Erprobungsphasen in Betaversionen an und boten die Möglichkeiten der prozessualen Beseitigung von Fehlern (Bugs). Problemlösungen wurden kollektiv schneller formuliert, weil offen diskutiert – z.B. diverse Sicherheitsprobleme, Auslesbarkeit durch Suchmaschinen, Download- und Verweisfunktionen für Texte u. a.
 - 5 Monika Ermert berichtete über die Forderung Brasiliens, Open Source Programme als Lösung für Entwicklungs- und Schwellenländer durchzusetzen, die rund um den ersten Weltinformationsgipfel entstand (Ermert 2004). Heute ist vor allem das Open Source Unternehmen Firefox mit seinem Betriebssystem für Mobilfunkgeräte in den Schlagzeilen.

(2005) noch immer festgehalten werden, dass 2007 nur 4% aller Menschen in Afrika online waren, inzwischen allerdings der Mobilfunk boomt und das unausgebaute Festnetz funktionell längst hinter sich gelassen hat (Telepolis 2007, Heide.de 2007).

Von der Fließ- zur Nestfertigung: Die Ähnlichkeit der digitalen und analogen Ausbrüche aus den Arbeitswelten des Fordismus

Die Erfahrungen der offenen, transparenten und tendenziell hierarchiefreien Erarbeitungsweise funktionstüchtiger Internetstrukturen und -anwendungen durch die Open-Source-Bewegungen flossen zugleich in Utopien von einem – sich selbst durchsetzenden – freien, offenen Netz des Wissensaustauschs, der grenzenlosen Kommunikation und Kooperation ein. Die neuen Netzgemeinden verkündeten bisweilen eine Art technologisch initiierten Automatismus bei der Überwindung desayloristischen, betriebszentrierten und nationalstaatlich orientierten Fordismus. Die Arbeitsweise der auf Open Source und Access setzenden Informatikerinnen und Informatiker sei der Keim einer ökonomisch wertfreien, selbstorganisierten, global handelnden, auf Selbstentfaltung (und Gebrauchswerte) orientierten Produktionsweise. Die digitale Kopie sei dabei die technologische Grundlage für eine Gesellschaft, die die Warenform abstreifen wird (Merten, Meretz 2006).

Den Utopien der freien Softwarephilosophien haftet eine gewisse Ignoranz gegenüber den Tiefen eines Arbeitsbegriffes an, der neben den einfachen Arbeitsprozessen auch den umfassenden Stoffwechselprozess mit der Natur erfasst. Folgeproblem sind die mangelnde Unterscheidung zwischen (individuell-kooperativen) Arbeitsprozessen und den Veränderungen in der Leitungs- und Ausführungsstruktur innerhalb unmittelbarer Produktionsprozesse sowie die Vernachlässigung von Verteilungs- und Konsumtionsprozessen. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozess verschwindet damit hinter den postulierten Keimformen einer neuen Produktionsweise. Eigentums- und Machtfragen werden zwar erahnt, aber nicht konsequent diskutiert.

Überdies übersehen diese Debatten zumeist strukturell vergleichbare Veränderungen im analogen Arbeitsleben in den 70er und 80er Jahren, z. B. im Maschinenbau. Beim Übergang von der Fließ- zur Nestfertigung – die tatsächlich mit dem rationalisierenden Einsatz von Computern, aber noch nichts mit dem Internet zu tun hatte – wurde kollaboriertes Arbeiten auch zwischen den mechanisch-technischen Gewerken neu integriert. Das Sichtbarmachen von Arbeitsprozessen, das Arbeiten an Sternen oder Inseln, später in Projekten, im Unterschied zum linearen Fließband, setzte Kreativität und bessere Bedingungen für Fehleranalysen auf allen Ebenen frei. Auf diese Weise konnten Arbeitsprozesse – bei wachsender Selbstorganisation, steigenden Wissensanforderungen und entsprechend erlebtem Selbstverwirklichungspotential bezüglich der intellektuellen, organisatorischen und koordinierenden Herausforderungen – optimiert werden.

Grundlegende Hierarchien und Eigentumsverhältnisse, die die Produktionsverhältnisse als Ganzes bestimmten, änderten sich dadurch nicht. Die Unterordnung des Produktions- und Wissensmanagement unter Kennziffern, Marktabhängigkeit und Rationalisierungsdruck, um möglichst hohen Profit zu erwirtschaften, blieb nicht nur erhalten. Die unmittelbare Bindung der Unternehmen an das Marktgeschehen verschärfte sich durch die Internationalisierung sogar und fraß sich zunehmend auch in innerbetriebliche Strukturen ein. Das Arbeiten mit Budget in neuen innerbetrieblichen Austauschprozessen, die Rechtfertigung von Entwicklungsprozessen wurde unmittelbar an kaufmännische Betriebsplanungen gebunden.⁶ Der arbeitsorganisatorische Ausbruch aus der industriellen Massenproduktion erfasste nur bedingt die Managementstrukturen. Die gewachsene Kreativität innerhalb der einfachen Arbeitsprozesse wurde hingegen auch außerhalb der digitalen Welten, ja sogar außerhalb der unmittelbaren materiellen Produktion, z. B. in der staatlichen Verwal-

6 Dieser Prozess wird von Industriesoziologinnen und -soziologen unter dem Begriff der Vermarktlichung analysiert und beschrieben (Baukowitz, Andrea, u. a.: 2006).

tung, im Dienstleistungsbereich, neu integriert, (überall) verbunden mit einem Zwang zur permanenten Reorganisation.

Ein Teil der weniger anspruchsvollen Tätigkeiten wurde im Prozess der Globalisierung, die ohne die digitalen Datenströme undenkbar gewesen wäre, aus der »ersten Welt« tendenziell ausgelagert. Der Nike-Schuh wird noch immer in Südkorea, inzwischen auch in Vietnam, zumeist von Frauen genäht.⁷ Computer werden in Asien unter miesen Arbeitsbedingungen zusammengebaut. Trotzdem ist neben dem anerkannten Thema freier Software das Thema »Faire Hardware« im reichen Norden bis heute gesellschaftlich weitgehend ausgeblendet (WEED 2007). Der Stoffwechselprozess mit der Natur, der Hunger nach (noch immer fossilen) Energien und Rohstoffen ist mit der Digitalisierung nicht verschwunden.

Diese Seite der globalen Dimension einer veränderten internationalen Arbeitsteilung ist ein weiterer Aspekt, der aus den Utopien der »digital Natives« tendenziell ausgespart wird. Ohne dies hier in der Kürze des Artikels beschreiben zu können, verschwindet diese Dimension in der zumeist selbstreferenziellen Debatte, sowohl in den sozial-kritischen Versionen von Katja Kullmanns *Echtzeit* bis Hanna Engelmeiers kleiner Diskurszusammenfassung *Vermessung des Prekären* (Engelmeier 2011) bis zu den Überlegungen über Besonderheiten der »Creative Industries« – von Sascha Lobo bis zum ambitionierten Open-Source-Theoretiker Stefan Meretz (Merten/Meretz 2006).

Die eingangs skizzierten Arbeitsweisen der »digital natives« waren für die nachfordistischen unmittelbaren Produktionsprozesse in den reichen Ländern des Nordens tatsächlich die kulturelle Folie für die Reorganisation der unmittelbaren materiellen Produktion. Dem Kanon von Transparenz in den betriebsinternen Arbeitsprozessen, einer offenen, kollektiven Problemlösungsumgebung und entsprechend flacher erscheinenden Hierarchien war ein hohes Maß an Akzeptanz der Beschäftigten gewiss. Folgen wie die Verdichtung, Aufgabenaus-

7 Der Rückgriff auf dieses Beispiel ist der Betrachtungsweise der englischen Arbeitssoziologin Ursula Huws nachgezeichnet, die dies in ihrem Eingangsstatement auf einer »Kapitalismus.dot.com«-Konferenz am 29. Mai 2010 verwendete (Huws: 2010).

weitung und die Verfügbarkeit über den Arbeitstag hinaus wurden und werden zunehmend in Kauf genommen, sofern das individuelle Anforderungsprofil mit positiv erlebten beruflichen Herausforderungen verbunden bleibt.⁸

Halbierter Postfordismus in der Arbeitswelt: Permanente Reorganisation⁹ der Unternehmen

Im Prozess der Computerisierung und digitalen Informatisierung der Arbeit entstehen viele neue Berufsbilder, die die neue Etappe des materiellen Produzierens auch jenseits der unmittelbaren Netzbranchen betrifft. Während sich in den unmittelbaren Netzbranchen, bei Kommunikationsagenturen und Dienstleistern häufig das Dreigestirn: Projektmanager, Webdesigner, Programmierer/Datenbankdesigner herausbildete,¹⁰ waren längst die Systemadministratoren in alle Wirtschaftszweige und die Verwaltungen eingedrungen und konfigurierten – zum Teil in abenteuerlicher Art und Weise – die Client-Server-Strukturen ihrer Betriebe, Handelsunternehmen, Verwaltungen. Sie bauten und reorganisierten ein neues Skelett unternehmerischer Organisation, in der sie mittels PC und Netz, die Stücklisten und die

8 Luc Boltanski und Ève Chiapello beschreiben auf der Basis umfangreicher soziologischer Untersuchungen in Frankreich, wie die Kulturkritik, genährt durch eine sozial erkämpfte hohe Bildungsdurchlässigkeit in den 60er Jahren, als nur noch gebremste Kreativität von den neuen Produktionsstrukturen aufgesogen wird. Damit widerfährt ihr dasselbe »Schicksal« wie der historisch älteren sozialen Systemkritik. Die Kulturkritik wird in den ideologischen Debatten um die Legitimität kapitalistischen Produzierens einverleibt und selbst für die systeminterne Innovation genutzt (Boltanski, Chiapello 2003).

9 Dieter Sauer entwickelt diese Begrifflichkeit für die Neuorganisation der (vor allem überbetrieblichen) marktgeöffneten Unternehmensstrukturen, die sich mit der Digitalisierung entwickelt haben (Sauer 2006).

10 Ellen Ullman, über zwanzig Jahre Programmiererin und Software-Beraterin, beschrieb 1997 in ihrem Roman *Close to the machine* dieses Dreigestirn, die Arbeits- und vor allem auch neuen Lebensweisen der neuen Berufsgruppen, so dass dieses Buch zur Kulturliteratur der Jahrtausendwende im Umfeld von Agenturen und Internet-Startups avancierte (Ullmann 1999).

doppelte Buchführung des Taylorismus endgültig aus den Angeln hoben oder die Papierakte (zumeist) um die elektronische ergänzten (Baukrowitz 2006).

Nach dem Zeitalter der betrieblichen Rationalisierung begann die permanente, zugleich global und innerbetrieblich orientierte Reorganisation von mittelständischen und großen Unternehmen. »Mit Beginn der 90er Jahre setzten sich, im Anschluss an die viel diskutierten Konzepte wie Lean Production, Business Reengineering, Total Quality Management und verstärkt durch die schwierige Lage vieler Unternehmen in den Jahren 1993/94, spezifische Tendenzen der Reorganisation auf breiter Front durch. Entscheidende Merkmale dieser ›Reorganisationswelle‹ sind: erstens die Einbeziehung der Gesamtorganisation und vor allem auch die überbetriebliche Reorganisation von Wertschöpfungsketten; zweitens die zentrale Rolle von IuK-Technologien als Prozess- und Koordinationstechnologien; drittens die Gleichzeitigkeit von organisations- und arbeitsbezogenen Restrukturierungsprozessen; viertens die Entwicklung neuer Rationalisierungsformen von Arbeit, in denen sich eine wachsende ›Wertschätzung‹ qualifizierter Arbeit mit dem Fortbestand ›repetitiver‹ und ›restriktiver‹ Arbeit sowie mit wachsenden Polarisierungs- und Prekarisierungstendenzen verbindet.« (Sauer 2006:87). Es entstanden neuartige Konflikte zwischen einem verwertungsorientierten tayloristischen Management und einer großen Schar multikultureller Wissensarbeiterinnen und -arbeiter.¹¹ Das hochgebildete Informationsproletariat (Bisky 2009: 14) von heute, von der Softwareingenieurin bis zum Spieledesigner, bildet gemeinsam mit Prozessentwicklerinnen und Technologen bei Zulieferern und Dienstleistern, die aus diversen Ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Berufen kommen, *die gebremsten Expertinnen und Experten* (Vester 2004; Vester u. a. 2007: 134f.), die allesamt als Teil der Facharbeiterinnen und Facharbeiter von heute zu verstehen sind und

11 Nadine Müller führte mir ihrer Debatte um die ausgebremste kollektive Individualität durch das kapitalistische Privateigentum, das Demokratisierung und Hierarchiefreiheit in Unternehmen verhindert, ins Herz dieser konfliktären Entwicklung zwischen Management und Wissensarbeiterschaft (Müller 2010).

in unterschiedlicher Art und Weise die Konfliktlagen mit den zumeist branchenfremden börsenorientierten Managementstrukturen bewältigen. Die (technische) Intelligenz ist im globalen Norden längst eine Massenschicht geworden. Aus dem Enquetezwischenbericht wird für Deutschland festgehalten: »Die Zahl der Beschäftigten in der IT-Branche stieg zwischen 1996 und 2011 von 600.000 auf 858.000. Heute sind darüber hinaus etwa doppelt so viele IT-Spezialisten außerhalb der IT-Branche beschäftigt wie in der IT-Branche selbst. Das Beschäftigungsvolumen im digitalen Sektor in einem breiten Sinne liegt bei mehr als 2.000.000 Beschäftigten.« (Deutscher Bundestag 2012: 109).

Nadine Müller sieht mit dem Prozess der Computerisierung einen wachsenden Gegensatz zwischen kapitalistischem Wissensmanagement und einer sich herausbildenden *Kooperativen Individualität*. Die Wissensarbeiterschaft übernimmt inzwischen bis zu 30% Planung und Steuerung und arbeitet nach selbstorgansierten, sich ständig ändernden Routinen.¹² Das entscheidungsmächtige Management hingegen ist weiterhin der Ressourcenrationalität, den Kennziffern und abstrakten Rahmensetzungen, wie Renditeerwartungen, unterworfen. »Zwischen dieser im Prozess der Computerisierung entstehenden selbstorgansiert-kooperativen und der weiterhin bestehenden hierarchisch-herrschaftlichen Arbeitsteilung vermittelt derzeit in suboptimaler Weise die Matrixprojektorganisation und permanente Umstrukturierungen als praktische Bewegungsformen.« (Müller 2010: 279). Sie führt diese Zusammenfassung des Konflikts zwischen kapitalistischem Wissensmanagement und Kooperativer Individualität wie folgt aus: »Ausgangspunkt [...] ist die Erkenntnis, dass das private Kapital seine produktive Funktion, nämlich die gemäß dem Stand der Produktivkräfte notwendige Kooperation der Arbeit zu befördern, im Prozess

12 Firmenintranets spielen in diesen Zusammenhängen eine wachsende Rolle. Sie dienen zum einen dem kollaborierten Arbeiten. In ihnen wird aber auch die inner- und überbetriebliche Konkurrenz auf neuartige Weise konfiguriert. Einzelstandorte verhalten sich wie Unternehmen und Kunden zueinander. Die neuartige Marktöffnung und -orientierung der Unternehmen und die darin gewachsene Verantwortung durch Einzelabteilungen strukturiert zugleich nach innen neue Betriebsbeziehungen.

der Computerisierung nur noch suboptimal ... erfüllt. Zum einen wird das Privatkapital transnational, und die einzelnen Unternehmen gehen verschiedene instabile und prekäre Kooperationen mit externen Partnern ein. Zum anderen nehmen die ›geistigen Eigentumsrechte‹ zu, wobei vor allem Software als dominant werdendes Produktionsmittel über Patente, Urheberrechte, Geschäftsgeheimnisse, Datenschutz, sowie neue Lizenzmodelle in Kapital verwandelt wird. Die Absicherung von Privatkapital in Form digitaler Software schränkt technische und arbeitsorganisatorische Möglichkeiten ein. Es verändert sich auch die Herrschaftsstruktur in Unternehmen. Die im Prozess der Computerisierung zunehmend geistig-kreativ Arbeitenden werden durch das Arbeitnehmererfindungsgesetz und die Verschwiegenheitspflicht unter der Dominanz des Arbeitsvertrages permanent enteignet. Die Produktivität computerisierter Arbeit, bei der die Softwareentwicklung eine zentrale Bedeutung einnimmt, ist nicht nur auf eine weitreichende globale Kooperation, sondern auch auf die individuelle Verantwortung der einzelnen Arbeiter angewiesen. Kooperative Kreativität kann aber nicht ›angeordnet‹ werden.« (Müller 2010: 279).

Möglichkeiten des Internets – kulturelles Strukturmodell für Neuregelungen in der internationalen Arbeitsteilung?

Die kollaborierten Arbeitsweisen der Digital Natives haben hochkomplexe, demokratische Aushandlungsformen und interessante Regelwerke hervorgebracht (Spielkamp 2009). Die netzpolitische Bonmots vom »Internet als rechtsfreiem Raum«, die gern für die Vorratsdatenspeicherung konservativer Innenministerien oder für die Abmahnverfahren der Unterhaltungsindustrie als Begründungen ihrer Vorgehensweisen gebraucht werden, hatte nie eine reale Entsprechung. Dieser Fehlschluss über die Funktionsweisen und zumeist nationalstaatlich gedachten politischen Einhegungen digitaler Produktionszusammenhänge verdient Widerstand. Zum einen zeugt die politische Reaktion auf das Internet als »Ort der Gesetzlosigkeit« davon, dass die

internationalen Entwicklungen in den Arbeits- und gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen durch die Nutzung des Internets bisher von der Politik gar nicht erfasst werden. Zum anderen werden die mannigfaltigen Suchprozesse in einem tatsächlich neuen Betriebssystem internationaler Produktion und Kommunikation als Gefahr für die heutigen Machtkonstellationen bekämpft.

Es gibt viele offene, wichtige politische Regelungen – vom Verbraucherschutz bis zum Umgang mit unserem kulturellen Gedächtnis –, denen sich eine Bundespolitik mit europäischer und internationaler Denkdimension zu stellen hätte. Stattdessen werden die politischen Debatten von den Interessen des traditionellen Zeitungsverlags- und industriegestützten Patentwesens dominiert. Deren monopolisierte Rechteverwertung sperrt sich gegen die neuen netzbasierten Produktions- und Vervielfältigungsmodelle. Im Kampf gegen die Privatkopie und die Produktpiraterie kulminiert deren Interessensicherung gegen eine neuartige Art der Wissens- und Informationsverarbeitung, die – um nur ein Beispiel zu nennen – in der Konsequenz zur Herstellung und zum Vertrieb preiswerter Medikamente in ärmeren Ländern führen könnte. Zum anderen gilt das Mantra von der Gesetzlosigkeit des Netzes als politische Handhabe, um staatliche Kontrolle gegenüber Bürgerinnen und Bürgern – selbst digital vermittelt – ausdehnen und beherrschbar zu machen. Doch genauso wenig wie das Internet ein rechtsfreier Raum ist, kann es ein bürgerrechtsfreier Raum sein.

Die politischen Auseinandersetzungen um die Freiheit des Internets, des Wissens, der Kommunikation und des Schutzes der persönlichen Freiheit spiegeln sich – wie eingangs schon erwähnt – seit Jahren in den Debatten um Netzneutralität, Urheberrechtsdebatten und Datenschutz wider. Dass innerhalb dieser politischen Kämpfe eine eigenständige Bewegung mit einer neuartigen Parteiförmigkeit entsteht, erscheint bei der Dimension der internationalen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse durch digital vermittelte Arbeits- und Lebenswelten kaum verwunderlich. Dies vor allem deshalb, wenn mensch sich vergegenwärtigt, dass Netzpolitik zwar innerhalb der Politiksphäre als Nischenthema behandelt wird, doch real viele Bereiche einer Gesellschaft im Wandel erfasst, in der Art, wie wir arbeiten,

kommunizieren, leben und unseren heutigen und zukünftigen wirtschaftlichen und kulturellen Austausch organisieren.

Vieles, was die etablierten Parteien in den vergangenen Jahren hier rechts und links liegen gelassen haben, artikulierten die Piratenparteien, die sich zeitlich mit dem Übergang zum Web 2.0 gründeten. Sie wollten die unübersehbaren Potenzen einer neuen kulturellen Kommunikation in unseren Gesellschaften – die freie Wissensakkumulation (z.B. wikipedia) und Kommunikation (liquid democracy, blogs, Netzwerke) verteidigen und ausbauen. In diesen Parteien tummelt sich ein Gemisch aus modernen Anwenderinnen und Produzentinnen, denen bewusst ist, dass mit den großen Wissens- und Kommunikationsspeichersystemen die früheren Konsumenten längst zu Mitproduzentinnen und -produzenten im Web geworden sind. Sie wissen, dass soziale Netzwerke logistische Skelette für eine vielseitige Kommunikation und Inhaltsproduktion der Nutzerinnen und Nutzer darstellen und zugleich eine Marketingstrategie geblieben sind, um Produkte erfolgreich zu bewerben. Zu Recht ist die Frage nach den Rechten der Nutzerinnen und Nutzer der sozialen Netzwerke entstanden. Die Auseinandersetzung darüber ist Teil der Diskurse innerhalb der modernen netzpolitischen und kulturellen Debatten, ob deren Vertreterinnen und Vertreter sich dabei nun als Piraten begreifen oder nicht.¹³

Die politisierten (Netz-)Aktivistinnen und Aktivisten – egal in welcher politischen Formation – repräsentieren weltweit vor allem eine Generation, die mit unsicheren Jobs in Callcentern groß geworden ist, hierzulande Mechatroniker/in lernt, wenn es um Autos geht, Computerlinguistik¹⁴ studiert, wenn Übersetzungsprozesse der globalisierten Industrie und gesellschaftlichen Kommunikation bewältigt werden sollen, die das zum Teil prekäre und mit schlecht bezahlten

13 Die Debatten auf irights.info bieten hier einen guten Überblick, einschließlich medienpädagogischer Angebote für (jugendliche) Surfer/-innen.

14 Hier sind europäische Erfahrungen in Industrie, Forschung, Politik und Verwaltung weltweit führend, da der Kontinent der Übersetzungen allein auf europäischer Ebene in 27 Sprachen arbeitet und die Effektivierung der sprachlichen Übersetzungsprozesse als tägliche Herausforderung aktuell ist.

Praktika durchsetzte Agenturwesen der Werbe-, Unterhaltungs- und Kommunikationsbranche in und auswendig kennt und zugleich als Maschinenbauer oder Chemikerin, Krankenpfleger oder Sozialwissenschaftlerin von heute wie selbstverständlich zumeist auch Anfänge in Programmiersprachen erlernt und branchenspezifische Applikationen beherrscht.

Eine Arbeits- und Lebenswelt ohne PC und Internet ist für sie nicht mehr vorstellbar. Prekäre Jobs hingegen sind Alltag, für viele selbstverständlich und unhinterfragt. Das Gegenbild zur unsicheren Arbeitswelt ist für sie nicht die Wiederherstellung des 35-stündigen Normalarbeitstag des Familienernährers bei Opel, sondern tendenziell eher eine Art Grundsicherung und flexibles Arbeiten, welches Lebensplanung und (differente) Selbstverwirklichung aller Geschlechter ermöglicht. Das wäre auf der Basis gewachsener gesellschaftlicher Produktivität möglich, scheint aber zu würdigen Bedingungen derzeit politisch kaum durchsetzbar zu sein.¹⁵ Mit den Debatten um die Entstehung der Piraten als Bewegung und Partei werden daher auch unbewältigte Generationenerfahrungen zwischen politischen Akteuren in Gewerkschaften, Parteien, Bewegungen und NGOs thematisiert. Katja Kuhlmann schrieb 2011 ein Buch über die Alltagswelten prekarierteter Mittelschichten hierzulande. Sie setzte sich mit der Generation auseinander, die rund um die Dotcomblase zu schlecht ausgehandelten Niedriglohnjobs, fortwährenden Praktika und ähnlichem bereit war, um überhaupt Einstiege ins Berufsleben zu finden und dies trotz guter Bildungsabschlüsse. Daraus entstand innerhalb des Feuilletons der Rekurs auf den sogenannten »Kuhlmann-Effekt« als Kurzformel für »arm trotz Bildung«. Kuhlmann übersieht allerdings in ihrer beinahe heiteren Dokumentation eines anwachsenden Billiglohngefüges, dass es auch zuvor innerhalb Deutschlands und erst recht beim Blick über die Landesgrenzen, Generationen und ganze Landstriche gab,

15 Die Grundeinkommensdebatte wird schließlich auch von unterschiedlichen unternehmerischen Kräften geführt, wobei von dort damit eher die weitere Absenkung sozialer Standards beabsichtigt ist, sowie die gleichzeitige unkommentierte Verdichtung der Erwerbsarbeitsanforderungen in einer Hochleistungsgesellschaft.

die seit den 1980/90er Jahren durch degressive Arbeitsförderstrukturen, etwa beim Rundfunk (sogenannte feste Freie) oder in Dienstleistungsberufen längst die langen Abschiede aus Tarifbindungen und unbefristeter Beschäftigung erlebten, ohne dass sie von Gewerkschaften oder anderweitig kollektiv vertreten wurden oder sich selbst organisierten (Kuhlmann 2011).

Nicht von ungefähr schrieb der Feuilletonchef der *Berliner Zeitung*, Harald Jähner, der Welt der Politik, speziell der Grünen und Linken, sowie der Politikwissenschaft nach dem Triumph der Piraten bei der Berlin-Wahl 2011 ins Stammbuch: »Obwohl das Internet von Beginn an geradezu romantische Visionen einer neuen, gerechteren Welt beflügelt hat, haben sich Linke und Grüne nie mit den politischen Potenzialen des Netzes beschäftigt. Wissen für alle ist Macht für alle – solche Parolen überließen sie obskuren Hackern. Die Piraten dagegen sind Kinder von Marx und Microsoft, die sich von beiden zu emanzipieren versuchen. Es ist die einzige Partei, die auf das Faszinosum des Internets eine andere politische Antwort hat als Misstrauen und Kontrollbedürfnis.« Und er leitete ohne Umschweife zu einem Commons-Grundverständnis der nächsten Netzgeneration über, indem er erläuterte: »Der Nachteil [des Internets – K. K.]: es passt nicht in die herrschenden Eigentumsverhältnisse, entlohnt nicht die Urheber geistigen Eigentums und ist deshalb komplett illegal. Wie aufregend müsste es für die traditionelle Linke sein, sich diesem Phänomen zu widmen: Die Technik übersteigt den Begriff des Privateigentums! Karl Marx hätte seine helle Freude an dem Phänomen gehabt. Bei den Linken von heute herrscht dagegen Desinteresse an grundsätzlichen Fragen: Sie haben das Feld den Piraten überlassen und raufen sich nun die grauen Haare.« (Jähner 2011).¹⁶

Diese Sichtweise legt nahe, dass auch bei den Piraten die Debatten um gemeinnützige Eigentumsformen gar nicht geführt, sondern diese nur vorausgesetzt werden, ohne sie wirklich politisch zum Thema zu

16 An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass DIE LINKE ganz ausgezeichnete und geachtete Netzpolitikerinnen und Netzpolitiker hat, doch für die Partei insgesamt ist Harald Jähners feuilletonistisch entwickeltes Bild zutreffend.

machen. Offenbar wird die Eigentumsfrage als Machtfrage bei ihnen weiterhin links liegen gelassen. Damit rückt eine Debatte um befreite Arbeit und gesellschaftliche Kooperation politisch erneut in weite Ferne. Vielleicht ist dies ein Grund für das derzeit schwindende Interesse an der Piratenpartei.

Literatur

- Baukrowitz, Andrea (2006): Informatisierung und Reorganisation: Zur Rolle der IT jenseits der Automatisierung. In: Baukrowitz, Andrea/Berker, Thomas/Boes, Andreas/Pfeiffer, Sabine/Schmiede, Rudi, Will, Mascha (Hg.) (2006): Informatisierung der Arbeit – Gesellschaft im Umbruch. Berlin, S.98-115
- Baukrowitz, Andrea/Berker, Thomas/Boes, Andreas/Pfeiffer, Sabine/Schmiede, Rudi/Will, Mascha (Hg.) (2006): Informatisierung der Arbeit – Gesellschaft im Umbruch. Berlin
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz (französische Ausgabe 1999)
- Bisky, Lothar (2009): Was könnte Medienpolitik leisten? In: Lothar Bisky/Konstanze Kriese/Jürgen Scheele (Hg.) (2009): Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven. Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd.54
- Deutscher Bundestag (2012), Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, Ausschussdrucksache, Drucksachennummer 17(24)057, TOP 3 am 26.11.2012, 22.11.2012, www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_057_PGWAG_Zwischenbericht.pdf, letzter Zugriff 17.02.2013
- Engelmeier, Hanna (2011): Vermessung des Prekären, der Freitag, 12. August 2011, www.freitag.de/autoren/der-freitag/vermessung-des-prekaren, letzter Zugriff 06.02.2013
- Ermert, Monika (2004): »Geisel einer proprietären Lösung«. Brasilien forciert Open Source als Lösung für Entwicklungs- und Schwellenländer, der rund um den ersten Weltinformationsgipfel entstand. Siehe: www.heise.de/ct/artikel/Geisel-einer-proprietären-Loesung-289154.html, letzter Zugriff 06.02.2013
- Heise.de (2007): www.heise.de/newsticker/meldung/Digitale-Kluft-verfestigt-sich-laut-weltweiter-Umfrage-182287.html
- Huws, Ursula: Schöpfung und Enteignung. Die Dialektik von Autonomie und Kontrolle in der kreativen Arbeit, Standpunkte, rls 38/2010, www.rosalux.de/documentation/41293/kapitalismus-dot-com.html, letzter Zugriff 06.02.2013

- Jähner, Harald (2011): Die Kinder von Marx und Microsoft, In: Berliner Zeitung, 20.09.2011
www.berliner-zeitung.de/archiv/die-kinder-von-marx-und-microsoft,10810590,10954816.html – letzter Zugriff 20. April 2012
- Kuhlmann, Katja (2011): Echtleben: Warum es heute so kompliziert ist, eine Haltung zu haben. Frankfurt/Main
- Merten, Stefan/Meretz, Stefan (2006): Freie Software und Freie Gesellschaft. Die Oekonux-Thesen. Gekürzt. In: Baukrowitz, Andrea, Berker, Thomas, Boes, Andreas, Pfeiffer, Sabine, Schmiede, Rudi, Will, Mascha (Hg.) (2006): Informatisierung der Arbeit – Gesellschaft im Umbruch. Berlin 2006, S.398-404
- Müller, Nadine (2010): Reglementierte Kreativität. Arbeitsteilung und Eigentum im computerisierten Kapitalismus. Berlin
- Rötzer, Florian (2009): Interview mit Wolfgang Kleinwächter: ICANN: Weltgipfel der Internetnutzer, vom 26. Februar 2009, www.heise.de/tp/artikel/29/29796/1.html, letzter Zugriff 28.12.2012
- Rifkin, Jeremy (2000): Access – Das Verschwinden des Eigentums. Wenn alles im Leben zur bezahlten Ware wird. Frankfurt am Main
- Sauer, Dieter (2006): Von der systemischen Rationalisierung zur permanenten Reorganisation. Lange und kurze Wellen der Unternehmensorganisation. In: Baukrowitz, Andrea/Berker, Thomas/Boes, Andreas/Pfeiffer, Sabine/Schmiede, Rudi/Will, Mascha (Hg.): Informatisierung der Arbeit – Gesellschaft im Umbruch, Berlin, S. 84-97
- Spielkamp, Matthias (2009): Brüder, zur Sonne, zu freien Inhalten. Creative Commons in der Praxis. In: Bisky, Lothar u. a. (2009): Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven. Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd.54, S.377-395
- Telepolis (2007): Digitale Kluft verfestigt sich laut weltweiter Umfrage. www.heise.de/newsticker/meldung/Digitale-Kluft-verfestigt-sich-laut-weltweiter-Umfrage-182287.html
- Vester, Michael (2004): Die sozialen Milieus und die gebremste Bildungsexpansion. Plenumsbeitrag. www.die-bonn.de/doks/vester0401.pdf, letzter Zugriff 06.02.2013
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea: (2007): Die neuen Arbeitnehmer: Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg
- WEED (2007): Umweltgerechtigkeit in der globalen Computerproduktion, <https://netzpolitik.org/2007/umweltgerechtigkeit-in-der-globalen-computerproduktion>

MARTIN BECKMANN

Die Piratenpartei und die Digitalisierung der Arbeit

Neben dem Hinweis auf die Frage von Transparenz und Partizipation werden die Erfolge der Piratenpartei gemeinhin damit erklärt, dass sie mit der Netzpolitik ein Thema besetzt, auf das die anderen Parteien keine oder von der Web-Community als anachronistisch angesehene Antworten haben. Dabei wird der Internetbezug als Gemeinsamkeit der Anhängerinnen und Anhänger oft eher lebensweltlich interpretiert, etwa über die Ablehnung von Netzsperrern oder über die Forderung nach freiem Zugang zu Inhalten wie Filmen und Musik zum privaten Konsum. Den Aufstieg der Piraten stattdessen in Zusammenhang mit dem Wandel von Arbeit im Zeichen ihrer Digitalisierung zu setzen ist zwar naheliegend, geschieht aber in Veröffentlichungen zu der Partei eher selten. Inwiefern die Piratenpartei die Digitalisierung der Arbeit reflektiert und dabei auch die Widersprüche einer veränderten Arbeitswelt artikuliert, soll im Folgenden diskutiert werden.

Trends und Widersprüche der Digitalisierung der Arbeitswelt

Im postfordistischen Wandel der Erwerbstätigkeit während der letzten Jahre und Jahrzehnte ist die fortschreitende Digitalisierung der Arbeit ein wesentlicher Entwicklungstrend gewesen. Unter digitaler Arbeit wird ganz allgemein Arbeit verstanden, die erstens unter maß-

geblicher Nutzung informations- und kommunikationstechnischer Arbeitsmittel geschieht und die zweitens im Wesentlichen digitalisierte Informationen zum Arbeitsgegenstand hat. Sowohl Arbeitsmittel als auch Arbeitsgegenstand sind zunehmend beweglich, zum einen in Form von Notebooks, Tablets oder Smartphones, zum anderen über das Arbeiten in Netzwerken bzw. der Cloud. Die Mobilität und damit die Aufhebung räumlicher sowie zeitlicher Begrenzungen unterscheidet digitale Arbeit von den meisten Arbeitsverhältnissen unterfordistischen Bedingungen. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ist, dass digitale Arbeit sehr viel weniger an das Normalarbeitsverhältnis als allgemeinen Standard gebunden ist (Schwemmler 2012: 101, Schwemmler/Wedde 2012: 14ff).

Verbunden mit politischen Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt und einer marktorientierten Reorganisation unternehmerischer Steuerungsprozesse wird so ein neuer Typus von Wissensarbeit gefördert, dessen wesentliche Merkmale die Subjektivierung, Entgrenzung und Flexibilisierung von Arbeit sind. Die Zunahme von Selbständigkeit, insbesondere von Solo-Selbständigkeit – 2010 gab es in Deutschland 2,38 Millionen Solo-Selbständige, etwa 30 Prozent mehr als im Jahr 2000 – gerade in Bereichen wie der Kreativwirtschaft, bei IT-Dienstleistungen oder im publizistischen und wissenschaftlichen Bereich, in denen digitale Arbeitsformen besonders weit verbreitet sind, ist dabei nur eine Erscheinungsform dieses Wandels von Erwerbsarbeit (Mirschele 2012: 148).

Die mittels digitaler Technik mögliche Entgrenzung von Arbeit liefert Freiheitsversprechen, die für Selbständige, aber auch für abhängig Beschäftigte attraktiv sein können. Die Möglichkeit, dass die Erwerbstätigen über Ort und Zeit ihrer Arbeit selbst entscheiden, enthält für viele, gerade jüngere Erwerbstätige ein enormes Befreiungspotenzial von den Fesseln eines als monoton empfundenen, klassischen Normalarbeitsverhältnisses.

Allerdings ist es wichtig zu betonen, dass wir es mit einem Befreiungspotenzial zu tun haben, das nicht zwangsläufig, quasi im Sinne eines digitalen technischen Determinismus, verwirklicht wird. Vielmehr hängt es von den Rechten und Ressourcen der Erwerbstätigen

gen ab, inwieweit die neuen Handlungsspielräume zu ihren Gunsten gestaltet werden können. Ansonsten droht statt der Befreiung in der Arbeit ein durch die digitale Entgrenzung mögliches »Arbeiten ohne Ende«, dessen Konsequenzen Erschöpfung, Frustration und am Ende Krankheit sein können. Illustrieren lässt sich dies anhand einer repräsentativen Befragung der DGB-Index Gute Arbeit GmbH im Jahr 2011 unter Beschäftigten der Dienstleistungsbranchen. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass erstens 28 Prozent der Beschäftigten auch außerhalb ihrer regulären Arbeitszeit häufig für betriebliche Belange erreichbar sein müssen und dass zweitens, je öfter ständige Erreichbarkeit zu den Arbeitsanforderungen zählt, desto höher der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt, die sich bei der Arbeit gehetzt fühlen. (ver.di 2012).

Eine weitere Schattenseite der Digitalisierung von Arbeit liegt in einer möglichen Prekarisierung. Die digitale Vernetzung und Formen der Kooperation über Netzwerkplattformen heben Grenzen auch zwischen Belegschaften in Betrieben, Freelancern und auch Kundinnen und Kunden zunehmend auf. Hierin liegen zwar auch Chancen im Sinne von Konzepten der Open Innovation. Es zeigt sich aber, etwa beim Projekt Liquid von IBM, wie so die Konkurrenz zwischen Belegschaften und Freelancern erhöht wird und ein global betriebener Unterbietungswettbewerb in Reaktion auf die Ausschreibung von Unternehmensprojekten einsetzt (Bsirske/Stach 2012).

Positionen der Piratenpartei zum Wandel der Arbeit

Wie positionieren sich nun die Piraten zu den verschiedenen Veränderungen von Arbeit? Und gibt es dabei Überschneidungen zwischen den gewerkschaftlichen Zielsetzungen der Förderung der Prinzipien guter Arbeit?

Das Thema Arbeit nimmt bei den Piraten, wie viele üblicherweise als politische Kernthemen angesehene Fragen, bisher eine randständige Rolle ein. Lediglich zum Mindestlohn, zu Hartz IV, zur Leiharbeit und zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) gibt es bisher Be-

schlüsse, die bundesweite Gültigkeit haben und ins Parteiprogramm aufgenommen wurden. Die Piraten plädieren für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn, allerdings nur als Übergangsmodell bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Über die Höhe des Mindestlohns wie über die Höhe des Grundeinkommens werden keine Aussagen gemacht. Bezüglich Hartz IV spricht sich die Piratenpartei für die Abschaffung der Sanktionen aus. Schließlich plädiert sie für eine Begrenzung der Leiharbeit. Es wird kritisiert, dass Leiharbeit häufig als Druckmittel gegenüber der Stammbesellschaft genutzt wird. Um Lohndumping zu begegnen, soll der Einsatz von Leiharbeitskräften auf eine maximale Überlassungsdauer von sechs Monaten begrenzt, eine Höchstquote von zehn Prozent Leiharbeitskräften pro Unternehmen durchgesetzt und nach französischem Vorbild dafür gesorgt werden, dass Leiharbeitskräfte als Entschädigung für eine höhere Flexibilität einen Lohnzuschlag erhalten.

Zentrales Thema der Piratenpartei unter dem Schlagwort »Arbeit und Soziales« aber ist die Forderung nach einem BGE. Das BGE soll die »Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.« (Piratenpartei Deutschland 2011: 2)

Bewertung aus gewerkschaftspolitischer Sicht

Es bestehen zwischen den Piraten und ver.di prinzipiell Überschneidungen, was die Forderungen nach einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn – auch wenn ver.di einen solchen fordert, der bei 8,50 Euro beginnt und schnell auf 10 Euro steigt –, nach Sanktionsfreiheit bei Hartz IV sowie nach einer Regulierung der Leiharbeit betrifft.¹

1 Wesentliche ver.di-Positionen zur strikten Regulierung von Leiharbeit sind: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tage an und ein Risikozuschlag von zehn Prozent, gleiche Behandlung wie die Stammbesellschaft, Verbot des Einsatzes als Streikbrecher, arbeitsplatzbezogene Höchstüberlassungsdauer von maximal zwölf Monaten, erleichterter Zugang zur Wei-

Doch an weiteren Positionen zur Arbeit und ihrer Gestaltung mangelt es bei den Piraten. Dies gilt sowohl für den Umgang mit weiteren Formen atypischer Beschäftigung wie z. B. Befristungen und Minijobs, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben, als auch für die Frage nach der Durchsetzung der Prinzipien guter Arbeit gerade auch im Bereich digitaler Arbeit. Die Gestaltung dieser neuen Arbeitsverhältnisse stößt bei den Piraten anscheinend auf Desinteresse. Der Wandel zum flexiblen Kapitalismus, geprägt von der Auflösung des klassischen Normalarbeitsverhältnisses, scheint im Piratenselbstverständnis vornehmlich Freiräume für Autonomie und Selbstbestimmung zu schaffen und weniger Schattenseiten mit sich zu bringen. Auf die möglichen Probleme der Flexibilität und verschärften Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen, wie sie sich nicht nur in einem wachsenden Niedriglohnsektor, sondern auch in geringen Einkommen vieler, gerade mit digitaler Arbeit beschäftigter Solo-Selbständiger zeigen, haben die Piraten anscheinend nur eine Antwort, das BGE. Über dieses sollen prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgefedert werden können. Grundlegende gesellschaftliche Strukturen, etwa bezüglich einer Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nach den Prinzipien guter Arbeit oder dem Umfang und der Qualität von öffentlicher Daseinsvorsorge, werden durch ein Grundeinkommen jedoch nicht verändert.

Es zeigt sich hier, dass die Verständnisse von Freiheit zwischen Gewerkschaften und Piraten differieren. Zu einem gewerkschaftlichen Freiheitsverständnis gehört, neben der Freiheit von politischer Bevormundung – hier gibt es mit den Piraten sicherlich Übereinstimmungen –, eine Kritik an einem rein individualistisch-ökonomischen Freiheitsbegriff. Letzterer sieht den Arbeitskräfteeigentümer, jetzt in Form des digital vernetzten Wissensarbeiters, als frei an, sein Leben individuell selbstbestimmt gestalten zu können. In ihrem Selbstverständnis dürften sich viele Piraten, auch wenn viele sich derzeit in prekären Verhältnissen befinden, als künftige Aufsteiger begreifen, die sich an

terbildung über einen Weiterbildungsfonds, der von den Arbeitgebern zu finanzieren ist, Synchronisationsverbot, wirksame Überwachung sowie wirksame Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessensvertretungen der entleihenden Unternehmen.

der Spitze des technologischen Wandels wännen. Katja Kullmann (2011: 177 f.) charakterisiert dieses (mögliche) Selbstbild vieler Piraten wie folgt: »Zwar leiden all diese Leute aktuell noch unter einem gewissen Prekariats-Trauma, doch ahnen einige von ihnen sehr präzise, dass sie eines Tages zu einem erst noch zu bildenden neuen satten Mittelstand der Gesellschaft gehören könnten, womöglich gar zu den ganz großen Gewinnern der kommenden Zeit – und wenn sie selbst es zu Lebzeiten nicht mehr ganz schaffen, so doch mit einiger Gewissheit ihre tipptopp ausgebildeten Pekip-Kinder. Es ist, in Geist und Seele, dieselbe Klientel, die einst, in den 1980er Jahren, als die Automobilindustrie boomte, Kraftfahrzeugerlebnishäuser gegründet, zehn Jahre später Werbeagenturen und Marktforschungsbüros und weitere zehn Jahre später die ersten *Coffee-to-go*-Theken eröffnet hat, exakt die Schicht, die einen untrüglichen Riecher für *Chancen* hat und darauf aus ist, ihre Schäfchen alsbald ins Trockene zu bringen.«

In einem solchen Selbstbild ist kein Platz für einen Freiheitsbegriff, der kapitalistische Verhältnisse nicht nur unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten kritisiert, sondern deren Zwänge auch als Angriff auf individuelle und kollektive Freiheitsrechte begreift. Ein gewerkschaftliches Freiheitsverständnis beinhaltet ein positives Verständnis von Freiheit im Sinne der Möglichkeit individueller und kollektiver Selbstbestimmung sowie die gemeinsame Verständigung über die Ziele gesellschaftlicher Entwicklung und Wege zur Gestaltung von Lebensverhältnissen. Die Möglichkeit zu einem Leben in Freiheit ist in diesem Sinne an zu verwirklichende Vorbedingungen geknüpft. Zu diesen gehören eine ökonomische Absicherung, etwa über Mindestlöhne oder tarifliche Standards, ein Bildungssystem, das politische und kulturelle Teilhabe fördert, sowie die Stärkung der sozialen Durchlässigkeit in der Gesellschaft, etwa durch eine Korrektur der Einkommens- und Vermögensverteilung (Demirović, Allespach, Wentzel 2011).

Angesichts dieser grundlegenden Differenzen stellt sich die Frage, ob beim Thema digitale Arbeit und ihrer Gestaltung überhaupt Überschneidungen zwischen den Piraten und gewerkschaftlichen Positionen denkbar sind. Denn zentrale Herausforderungen aus gewerkschaftlicher Sicht zur humanen Gestaltung von digitaler Arbeit wie die

Minimierung von Belastungen, die sich aus dem Prinzip permanenter Erreichbarkeit ergeben, die Förderung von Qualifikationen für vernetztes Arbeiten und die Sicherung der Mitbestimmung angesichts der »Verflüssigung« des Betriebs scheinen die Piraten kaum zu interessieren bzw. sich für sie gar nicht mehr zu stellen. Letzteres betrifft etwa das Konzept der Work-Life-Balance, das angesichts der Auflösung von Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit an der Lebensrealität vieler digital vernetzter Wissensarbeiter vorbeizugehen scheint.

Inwiefern vielleicht doch auch die Piratenpartei ein arbeitspolitischer Bündnispartner sein kann, müsste durch eine Debatte zwischen Gewerkschaften und Piratenpartei zu den aktuellen Herausforderungen der Arbeitswelt geklärt werden. Denkbar und angesichts der Heterogenität der Beschäftigten und ihrer Interessen wohl auch angemessen wäre, dass die gewerkschaftliche Strategie zur regulierenden Gestaltung digitaler Arbeit differenzierter ausfällt, als es die eben skizzierten Hauptlinien unterstellen. Eine gewerkschaftliche Politik zur digitalen Arbeit müsste sich dann in einem Spannungsfeld bewegen zwischen Begrenzungen der Arbeits- und Erreichbarkeitszeit für die eine Gruppe und speziellen Angeboten für andere Gruppen, die eine solche Begrenzung als Angriff auf ihre Autonomie in der individuellen Arbeitsgestaltung begreifen könnten. Eine auf dem ver.di-Bundeskongress von 2011 verabschiedete arbeitszeitpolitische EntschlieÙung setzt sich auch mit diesem Spannungsverhältnis auseinander, wenn es zum einen heißt: »ver.di setzt sich ein gegen die Entgrenzung von Arbeitszeit und ausufernde Flexibilitätsforderungen der Arbeitgeber.« Zugleich aber kommt »stärker als in der Vergangenheit (...) der Gestaltung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen der einzelnen Beschäftigtengruppen eine wichtige Bedeutung zu« (ver.di 2011: 1).

Ein praktisches Beispiel für eine solche Differenzierungsstrategie liefert die Selbständigenarbeit von ver.di. Diese bietet der Vielzahl von Solo-Selbständigen, zu denen auch viele digitale Arbeiterinnen und Arbeiter gehören, eine spezifische Beratung, etwa bezüglich angemessener Honorare, und natürlich auch die übrigen zentralen gewerkschaftlichen Leistungen wie etwa Rechtsschutz bei beruflichen und sozialrechtlichen Fragen.

Literatur

- Bsirske, Frank/Stach, Bert (2012): eBay für Arbeitskräfte. Die Verlagerung qualifizierter IT-Arbeit in die Crowd; in: Frank Bsirske u. a. (Hrsg.), Grenzenlos vernetzt? Gewerkschaftliche Positionen zur Netzpolitik, Hamburg, S. 115-120.
- Demirovic, Alex/Allespach, Martin/Wentzel, Lothar (2011): Freiheit weiter denken. Wofür stehen die Gewerkschaften?; in: Gegenblende, November/Dezember 2011 www.gegenblende.de (letzter Zugriff: 7. Februar 2013)
- Kullmann, Katja (2011): Man *muss* sie nicht hassen; in: Friederike Schilbach (Hrsg.), Die Piratenpartei. Alles klar zum Entern?, London u. a., S. 173-183.
- Mirschel, Veronika (2012): »Digitale Bohème«, »digitales Proletariat«, »urbanes Pennertum«. Selbständigkeit und Internet; in: Frank Bsirske u. a. (Hrsg.), Grenzenlos vernetzt? Gewerkschaftliche Positionen zur Netzpolitik, Hamburg, S. 143-152.
- Piratenpartei Deutschland (2011): Arbeit und Soziales. www.piratenpartei.de/politik/gesellschaftliche-teilhabe/arbeit-und-soziales/ (letzter Zugriff: 12. November 2012)
- Schwemmler, Michael (2012): Beweglich und frei, stets erreichbar und entschert. Von den ambivalenten Realitäten vernetzter Arbeit; in: Frank Bsirske u. a. (Hrsg.), Grenzenlos vernetzt? Gewerkschaftliche Positionen zur Netzpolitik, Hamburg, S. 99-113.
- Schwemmler, Michael/Wedde, Peter (2012): Digitale Arbeit in Deutschland. Potenziale und Problemlagen, Bonn.
- ver.di (2011): Arbeitszeitpolitische Entschließung. <https://bundeskongress2011.verdi.de/antraege> (letzter Zugriff: 7. Februar 2013)
- ver.di (2012): Ständig erreichbar, dauernd gehetzt. Arbeitsberichterstattung aus der Sicht der Beschäftigten, H. 5, Berlin.

TOBIAS SCHULZE

Freies Wissen – die praktische Entknappung einer Ressource

Wissen, hier im weitesten Sinne verstanden – von Information und Daten bis zu Kreativgütern und Kunstwerken, ist eine ökonomische, politische und kulturelle Ressource. Als Werkstück – Buch, Bild, Text, Tonträger – wurde es vergesellschaftet und zum Handelsgut formiert. Die Digitalisierung, insbesondere die Vernetzung, trennt Wissen von dieser körperlichen Erscheinung eines einzelnen Werkstücks ab und macht es zu einem flüssigen Gut. Der beliebte Vergleich mit Leitungswasser hinkt jedoch, denn Wissen ist noch weniger als Wasser einzuhegen und in feste Bahnen zu lenken. Es widerstrebt der Kommodifizierung. Wissen als Eigentum war schon immer schwer vorstellbar. In Zeiten des Internets wird es zur Zahnpasta, die niemand wieder in die Tube bekommt.

Diese Eigenschaft steht in scharfem Konflikt zur zunehmenden ökonomischen und politischen Bedeutung von Wissen im renditefixierten, privatkapitalistischen Gesellschaftsmodell. Die globale Arbeitsteilung hält insbesondere für die ehemaligen westlichen Industrieökonomien die Rolle von Wissens- und Innovationsinduktoren bereit. Zudem verändern sich die Konsumansprüche in den wohlhabenderen Schichten und Regionen. Soziale Medien, Kommunikationstechnologien und wissensintensive Dienstleistungen erreichen einen Aufschwung und hohe Profite. Die Produktion weniger forschungsintensiver Güter und Teile wird mangels Renditeaussicht in sogenannte Niedriglohnstandorte verlegt.

Der Diskurs um die Befreiung von Wissen auf digitaler Grundlage wird seit langer Zeit ausgefochten und begann deutlich vor dem Aufschwung der Piraten. Die Entstehung der Partei ist eher ein Symptom von Schließungsprozessen nach einer kurzen Zeit libertärer oder gar anarchistischer Kreativität im Internet als der Neuaufbruch in die Realisierung einer Utopie. Michael Paetau macht in diesem Band überzeugend deutlich, dass traditionelle linke Enteignungs- und Verstaatlichungsphantasien kein adäquates Mittel gegen die Kommodifizierungsprozesse von Wissen sein können. Denn gegen privates Eigentum an Wissen hilft kein staatliches Eigentum. Die Prozesse zu seiner Vergesellschaftung basieren vielmehr auf der inneren Veränderung von Zugängen, Plattformen und Nutzungsrechten. So sehr jedoch hergebrachte Verknappungsstrategien etwa bei Musikdateien scheitern, so wenig ist eine politische Ökonomie freien Wissens bisher umrissen. Es verwundert daher nicht, dass die am weitesten fortgeschrittenen Konzepte von »Openess« im steuerfinanzierten öffentlichen Sektor umgesetzt werden.

Während auf der einen Seite Prozesse der Öffnung von Wissensspeichern erstritten werden, ist in vielen Bereichen auch die weitere Inbesitznahme bisher freien Wissens unter privates Eigentumsrecht umkämpft. Dazu gehören etwa die Verschärfung des Urheberrechts, die Patentierung natürlicher Ressourcen und Prozesse sowie die private Aneignung des kulturellen Erbes durch private Unternehmen, wie etwa ein zähes Ringen um die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen und Filmarchiven zeigt. Diesen Kämpfen gemeinsam sind die Ziele eines egalitären Zuganges zu Ressourcen sowie die Organisation der kollektiven Pflege und Erhaltung dieser Ressourcen.

In diesem Text sollen jedoch nicht Abwehrkämpfe gegen die Schließung, sondern vor allem konkrete Beispiele der Öffnung von Wissensressourcen vorgestellt werden.

Open Data / Open Content

Datenbestände in Verwaltungen, Forschungseinrichtungen oder Unternehmen verschwanden früher in Aktenschränken und wurden

nur für den Zweck genutzt, zu dem sie erhoben wurde. Im digitalen Zeitalter bilden sie eine unschätzbare Ressource – nicht nur aus ökonomischer Sicht, sondern auch für wissenschaftliche, kulturelle und politische Zwecke. Daten sind eine Grundlage für die gesellschaftliche Selbstverständigung. In aggregierter und maschinenlesbarer Form können sie Anwendungen und neues Wissen induzieren.

Die Öffnung dieser Datenbestände nach konkreten Standards ist eine Aufgabe, der sich weltweit Open-Data-AktivistInnen verschrieben haben. Dazu gehören etwa eine diskriminierungsfreie Lizenzierung, die Standardisierung der Dateiformate, die zeitnahe Veröffentlichung, die Kostenfreiheit, die Vollständigkeit sowie die Kompatibilität mit anderen Datenbeständen. Können Unternehmen in der herrschenden Rechtsordnung regelmäßig auf Betriebsgeheimnisse verweisen, wird eine ablehnende Haltung im öffentlichen Bereich zumeist mit organisatorischen und finanziellen Problemen, aber auch mit dem Argument des Datenschutzes begründet. Dahinter stehen jedoch häufig die Egoismen von Verwaltungen, die das Wissen zur Absicherung von Machtvorsprüngen unter Verschluss halten. So könnte längst offen liegen, wie genau das Bundesforschungsministerium Fördermittel priorisiert oder das Gesundheitsamt der Kommune Daten zur Armut und zur Kindergesundheit miteinander abgleicht. Daten werden auch im öffentlichen Nahverkehr erzeugt – etwa die Echtzeitdaten der Fahrbewegungen. Verwaltungen und öffentliche Unternehmen könnten diese Daten unkompliziert zur Verfügung stellen, müssten damit aber Einblicke in ihre eigene Tätigkeit gewähren und Fragen an diese akzeptieren.

Die Öffnung von Daten der öffentlichen Hand ist somit auch ein Akt der Herrschaftskritik und der Demokratisierung von staatlichen Organen. Unzweifelhaft ist ein solcher Prozess mit Risiken behaftet. So etwa wären Behörden und Verwaltungen keine closed shops mehr – die in ihnen arbeitenden Menschen und die Prozesse sichtbarer als bisher. Die Nachteile werden aber durch den Vorteil einer völlig neuen Verwaltungskultur aufgewogen. Bis zur Öffnung der Verwaltungsprozesse ist es von der Veröffentlichung der Daten nur ein kurzer Schritt. So ließen sich etwa Planfeststellungsverfahren partizipativer anlegen und Bürgerhaushalte auf breiter Front umsetzen.

Ebenfalls ein kleiner Schritt ist der Weg zu Open Content, also der Öffnung von Inhalten und Werken. Parlamente, Kultureinrichtungen, Behörden und Bibliotheken entwickeln große Mengen an Werken im urheberrechtlichen Sinne – Texte, Fotos, Videos, Grafiken... Bisher unterliegen diese in der Regel den Regeln des Ausschließlichkeitsrechtes – d.h. die Rechteinhaber bestimmen allein und auf Dauer über die Verwendung dieser Werke. Eine weitere Nutzung ist in der Regel nicht vorgesehen und nur auf individuelle Anfrage. Diese Werke könnten, da steuerfinanziert, auch einer freien Nutzung unter offenen Lizenzen zugeführt werden.

Open Access

Der Charakter wissenschaftlichen Publizierens hat sich durch die digitalen Verbreitungswege stark verändert. Die Rolle der Verlage schrumpft teilweise auf die Bereiche Organisation, Marketing und Infrastruktur. Trotz der immensen Kostenersparnis bei einer digitalen Publikation sind die Preise für renommierte Journale und Zeitschriften stark gestiegen. Die Verlage konnten auf der Grundlage des (unbezahlten) Peer Review eine Reputation aufbauen, die zur symbolischen Währung in der Scientific Community wurde. Diese Reputation führte einerseits zur Verknappung des Zugangs der Autorinnen und Autoren, die oft gar nicht oder nur mit großer Verzögerung publizieren konnten. Andererseits bekamen die öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zunehmende Schwierigkeiten, die gestiegenen Preise für diese Reihen zu finanzieren. Die Gegenbewegung kam prompt. Zunächst nur in einigen Zirkeln favorisiert, beschlossen 2002 Wissenschaftseinrichtungen, Fachgesellschaften und Fachministerien aus vielen Ländern in der »Budapest Open Access Initiative« das weitere Vorantreiben frei zugänglicher Wissenschaftsliteratur. Weitere Deklarationen und Vereinbarungen folgten, die jedoch nur wenig konkrete Verpflichtungen vorsahen.

Neben dem impulsgebenden Kostenargument wird zunehmend ein wissenschaftsimmanenter Vorteil von Open Access erkannt: die

Vernetzbarkeit von Texten, Daten und Quellen. Belege, Zitate und Datenmaterial können direkt eingebunden und miteinander verknüpft werden. Diskussionsstränge sind nachzuvollziehen, eigene Anteile und Zitate (oder Plagiate) quasi automatisch sichtbar. Das ermöglicht eine kollaborative Arbeitsweise, die zwar einen hergebrachten Geniebegriff konterkariert, aber der Realität heutiger Wissenschaft entspricht. Bereits der Arbeitsprozess kann in einem Open Research Web transparent und partizipativ gestaltet werden. Der Beitrag des einzelnen verliert dabei zugunsten eines größeren Gesamtnutzens an Bedeutung, was traditionelle Modelle der Leistungsbewertung und Reputationsgewinnung auf den Prüfstand stellt.

Open Access unterstützt zudem die Internationalisierung der Wissenschaft und ist ein wichtiges Mittel im Kampf gegen Informationsarmut in ärmeren Regionen. Unfreie Veröffentlichungen, die nicht in den großen internationalen Organen publiziert werden, sind bisher schwer international zu verbreiten. Zeitschriften mit national beschränkter Verbreitung werden selten in den Wissenschaftseinrichtungen im Ausland abonniert.

Nicht nur bei den knappen Budgets der deutschen Wissenschaftseinrichtungen, sondern gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern sind umfassende Abonnements von Spezialliteratur selbst dann nicht zu finanzieren, wenn klassische Wissenschaftsinfrastruktur vorhanden sein sollte. Bei einer Umstellung auf Open Access und damit einer Abkehr von für die Nutzer teuren Subskriptionsmodellen ist der Zugang für ärmere Länder zum globalen Wissensfluss leichter und bei geringerem infrastrukturellem Aufwand leistbar.

Open Access kann so nicht nur für Wissenschaft und Forschung, sondern auch im Bildungsbereich dazu beitragen, globale Ungleichheiten abzubauen. Durch den freien Zugang zu Forschungsergebnissen und Primärdaten lassen sich vor Ort regionale und lokale Herausforderungen beispielsweise im gesundheits- oder Ernährungsbereich leichter und eigenverantwortlicher angehen. Die Sichtbarkeit wissenschaftlicher Publikationen aus Entwicklungs- und Schwellenländern ist im Open-Access-Bereich signifikant höher als bei unfreien Veröffentlichungen.

Kritiker sehen jedoch hohe Kosten für die öffentliche Hand, eine Zerstörung der wissenschaftlichen Verlagslandschaft und eine Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit als zentrale Argumente gegen Open Access. Obwohl nur noch wenige Traditionalisten Open Access wirklich ablehnen, ist die Umsetzung kein Selbstläufer. Die Frage, ob die Vorteile des Konzepts realisiert werden, entscheiden viele politisch zu gestaltende Details. Dazu gehört etwa die Frage, ob über den so genannten Goldenen Weg, also die Erstpublikation im Open Modus, oder den Grünen Weg, also offene Zweitveröffentlichungen geredet wird. Schon dieser Konflikt berührt den Kern der gesellschaftspolitischen Dimension von Wissen: gehört ein wissenschaftlicher Text dem Autor/der Autorin? Denn die verschiedenen Modelle von Open Access bedürfen unterschiedlicher politischer Durchsetzungsstrategien. Der Goldene Weg etwa kann über Anreize oder Zwang durchgesetzt werden. Der Anreiz bestünde etwa in einem Zuschuss zur Publikation oder gut ausgestatteten Repositorien, der Zwang etwa in der Kopplung von Fördermitteln an eine Open-Access-Veröffentlichung oder eine Verankerung in Arbeits- oder Dienstverträgen. Von den Gegnern wird dabei das Verfassungsgut der Wissenschaftsfreiheit ins Feld geführt. Dieses sichert zwar das Recht auf die freie, möglichst unbeeinflusste wissenschaftliche Tätigkeit zu. Ob darin aber auch das Recht zur exklusiven Übertragung der Rechte an einem mit öffentlichen Mitteln erarbeiteten Werk an Dritte enthalten ist, wird bis heute heftig diskutiert. Gerichte entscheiden immer öfter anders. Ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht für die Autorinnen und Autoren würde hingegen den Grünen Weg rechtlich befördern. Damit wäre eine zeitlich unbegrenzte, exklusive Rechteübertragung von vornherein unwirksam.

Der Staat ist neben der Rechtssetzung und der Förderpolitik auch als Finanzier der Infrastruktur ein entscheidender Akteur bei der Öffnung der Wissenschaft. Wo die Wissenschaft für Open Access nicht auf Verlage als Dienstleister setzt, ist sie selbst in der Pflicht. Die Funktion von Bibliotheken hat sich verändert und geht über das Archivieren von Medien und Texten weit hinaus. Heute übernehmen sie Aufgaben der Editierung, der digitalen Langzeitarchivierung, des

Marketings und der Verknüpfung digitaler Repositorien. Für diese Aufgabe sind sie zumeist unterfinanziert. Open Access wird daher zumeist nicht billiger für die öffentliche Hand als der Erwerb von Verlagspublikationen. Aber der gesellschaftliche Nutzen erscheint ungleich höher.

Open Education

Weltweit hat sich eine junge Bewegung vor allem aus Pädagoginnen und Pädagogen gebildet, die traditionelle papierbasierte Lernformen reformieren will. Inspiriert wurden sie vor allem von den interaktiven Möglichkeiten des Internets, die traditionellere Lehrmethoden und einen engen Wissenskanon ohnehin alt aussehen lassen. Grundlage von Open Education sind kollaborativ erstellte Wissensressourcen, die online von LehrerInnen sowie WissenschaftlerInnen gemeinsam erarbeitet werden. Diese werden nicht nur als interaktives Gegenmodell zu Schulbüchern, sondern auch zu proprietären Angeboten digitaler Lernplattformen gesehen. Diese werden zunehmend nicht nur von Schulbuchverlagen angeboten, sondern auch von Hardware-Herstellern wie Apple, die ihre Geräte in die Schulen und Hochschulen bringen wollen. Die größte Hürde auf dem Weg zu offenen Bildungsressourcen stellen jedoch die restriktiven Genehmigungsverfahren der Kultusministerien dar, die oft in einer Symbiose mit den Schulbuchverlagen die Lehrplanungen entwerfen. Drei zur Wahl stehende Schulbücher lassen sich nun mal besser kontrollieren als »von unten« entwickelte Digitalressourcen. Für die Verlage sind Schulbücher eine Goldgrube, deren Geschäftserfolg sich vor allem über die Auswahl der Ministerien und in der Oberstufe über die Gunst der Fachkollegien an den Schulen entscheidet. Selbst Kopien aus Schulbüchern sind ein Gegenstand dauernder Kämpfe im urheberrechtlichen Feld. So wurde 2011 bekannt, dass Kultusministerien und Verlage den Einsatz einer Überwachungssoftware auf Schulrechnern zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen (»Schultrojaner«) vereinbart hatten.

Auf Grund der traditionell starken Stellung von Verlagen ist das

Modell der Open Educational Resources in Deutschland noch im Entwicklungsstadium. Andere Länder, die USA, Polen und Frankreich etwa, sind hier deutlich weiter. Die US-amerikanische Regierung will mehrere Milliarden Dollar in die Entwicklung offener, digitaler Lehrmaterialien investieren. 2012 wurde das Implementieren offener Lehrmaterialien sogar im Rahmen einer UNESCO-Deklaration offiziell als unterstützenswert vereinbart.

Das Modell der Open Education bedeutet faktisch eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen im Schulbereich von der staatlichen Ebene der Schulaufsichtsbehörden weg hinein in die Schulen. Bisher hat keine Landesregierung den ernsthaften Willen erkennen lassen, ihre Kompetenz zur Auswahl von Lehrmaterialien aus der Hand zu geben oder offene Materialien offiziell zuzulassen.

Dazu kommt das Problem der Hardware. Die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« hat in ihren Handlungsempfehlungen für den Bereich Bildung die Ausstattung jedes Schulkindes mit einem Laptop empfohlen. Aus linker Sicht war klar, dass dies eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingungen für interaktives und projektorientiertes Lernen auf digitaler Basis sein kann. Ohne den eigentlichen Inhalt, ohne neue Lernformen und Ressourcen kann Open Education nicht gelingen.

Open Innovation

Uns umgeben die Folgen der industriellen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts. Wir kämpfen mit den Folgen von technologiegetriebenem Fortschritt, dessen Entwicklung vor allem Betriebswirte, Techniker und Ingenieure prägten (die männliche Form ist an dieser Stelle keine Unachtsamkeit). Weder die Nutzenden, noch die Produzierenden an Bändern und in Fabriken, geschweige denn zivilgesellschaftliche Stakeholder waren in der Regel in diese Prozesse eingebunden.

Innovationsprozesse in Unternehmen, im frei-gemeinnützigen Sektor sowie in Verwaltungen und Behörden werden traditionell

häufig linear, von der entwickelnden Abteilung in die entsprechenden Bereiche umgesetzt. Dieses abgeschlossene System der Innovationsentwicklung stößt mit steigender Komplexität und Vernetzung von Gesellschaften an seine Grenzen. Mit einem wachsenden Anteil künstlicher Umwelt, die durch wissensbasierte Prozesse geschaffen wird, steigen die Risiken. Wir kämpfen weitgehend nicht mehr um die Aneignung der Natur, sondern an vielen Stellen um ihre Bewahrung und gegen die Folgen nicht nachhaltiger Innovationen und Technologien. In menschengemachten, hoch differenzierten Welten – Städten, Verkehrssystemen, sozialen Netzwerken, Unternehmen – sollten Innovationen ihre Wirkungen auf die Gesellschaft einbeziehen.

Die Akzeptanz von Innovationen, auf deren Entstehung und Gestaltung weder Nutzende noch Beschäftigte einen Einfluss hatten, stößt an Grenzen. Die Liste gescheiterter Projekte, die am Reißbrett konzipiert wurden, ist lang. Viele einstmalige neue Wundermittel sind längst wieder verschwunden.

Unter dem Begriff Open Innovation werden seit etwa zehn Jahren Modelle der Öffnung von Innovationsprozessen entwickelt. Die ersten Konzepte entstanden in der Managementtheorie, die den unternehmerischen Nutzen in den Vordergrund stellten. Dabei gilt die Grundthese, dass für das einzelne Unternehmen ein Mehrwert entsteht, wenn Prozesse der Forschung und Entwicklung im Verbund mit anderen Akteuren umgesetzt werden. Dies können sowohl Kunden als auch kleinere Forschungsfirmen, aber auch so genannte Stakeholder aus dem Bereich der Zivilgesellschaft, etwa Umweltverbände, oder auch die eigenen Beschäftigten sein. Das Ziel von Open Innovation ist, Kreativität und Ideen zu maximieren und Risiken für das Unternehmen, aber auch die Beteiligten und Betroffenen zu minimieren.

Dieses Prinzip wird zunehmend auch in die öffentliche Sphäre übertragen. Ministerien und Fraktionen etwa beginnen, Gesetzgebungsverfahren und parlamentarische Initiativen aus den Hinterzimmern in das Mitmachmedium Internet zu übertragen. Dabei sind auch Rückschlüsse zu beobachten, wenn etwa gut organisierte Interessenverbände so genannte »Bürgerdialoge« dominieren oder viele User bei komplexen Inhalten aussteigen. Je zielgerichteter ein solcher Innovationsprozess

angelegt ist, umso erfolgreicher scheint jedoch seine Öffnung zu funktionieren. Wenn etwa das Ziel einer Verwaltungsreform zu Bürgernähe definiert ist, können diese mittels geeigneter Instrumente eingebunden werden. Open Innovation ist im öffentlichen Raum als ein Projekt der Demokratisierung von Veränderungen zu verstehen und korreliert mit dem Ansatz von Open Government. Staatliches und politisches Handeln, das wurde bereits mit dem Ansatz der Governance ambivalent umschrieben, verliert zunehmend seinen hermetischen Charakter. Die Piraten haben dabei als erste ernstzunehmende politische Vereinigung wichtige Erfahrungen mit softwarebasierten Entscheidungsprozessen und Tools wie Liquid Feedback gesammelt.

Open Source Software

Software mit offenem Quellcode und freier Lizenz ist Begründer und Dauerbrenner in der Debatte um freies Wissen. Zugleich konnten in diesem Bereich auch die meisten Erfahrungen gesammelt werden. Open Source sickert Stück für Stück in die Software-Umgebungen ein – bei EndnutzerInnen wie im professionellen Umfeld. Dies geschieht jedoch anders, als es die Vorreiter in den 80er und 90er Jahren vermuteten und wünschten: während eine harte, aber kleine Szene rund um Linux und Co. an deren Entwicklung feilt, entwickeln große Unternehmen auf der Grundlage freier Software ihre eigenen angepassten Systeme – etwa das erfolgreiche mobile Betriebssystem Android von Google. Open Source Systeme haben sich im Bereich von Servern einen festen Platz erobert. Erfolg haben offene Standards auch im Bereich einzelner Anwendungen wie Browser oder Office-Suiten. Anders als Michael Paeteau in diesem Band darstellt, kann jedoch von einem »größeren Vertrauen« in die freien Alternativen zu proprietären Datenfressern keine Rede sein. Die User stimmen einfach mit ihren Nutzungsgewohnheiten anders ab. Ähnliches gilt für die Betriebssysteme auf Laptops und stationären Rechnern, wo Microsoft Windows und Apples IOS sich bisher den Markt teilen. Offenheit ist nicht an sich ein Prinzip, das sich im Bereich der Software von selbst durch-

setzt. Vielmehr sind auch hier politische Rahmensetzungen etwa in der öffentlichen Verwaltung notwendig, um die Vorteile offener Quellcodes erlebbar zu machen. Ein Konflikt besteht etwa im Bereich von IT-Infrastrukturen der Verwaltung, in der private Unternehmen wie die Bertelsmann-Tochter arvato ganze Aufgabenbereiche etwa von Kommunen übernehmen. Bei solch einem Outsourcing hat die Behörde in der Regel keine Möglichkeit mehr, die Abläufe der geschlossenen Software nachzuvollziehen und gibt damit Verwaltungshandeln in private Hoheit ab. Nur quelloffene Systeme bieten im öffentlichen Raum eine Grundlage für transparentes Verwaltungshandeln.

Wir erleben insgesamt einen Wettbewerb zwischen offenen und proprietären Systemen und gleichzeitig ihre Verschränkung. Das gilt auch für die Akteure: große Unternehmen gehen »Open«, genauso wie ehemalige Open-Source-Aktivist*innen ihr Wissen in eigene Firmen und proprietäre Software stecken. Obwohl offene Software in den 90er Jahren auch im Umfeld der PDS als Vorreiter einer offeneren Gesellschaftspolitik gekennzeichnet wurde, sind heute andere Bereiche der Wissenspolitik mit der Umsetzung des Commons-Gedankens weiter. Dies liegt durchaus in der Natur der Sache, sind doch bei der Gestaltung von Software Spezialkenntnisse notwendig. Sprachenbasierte Wissensspeicher wie die Wikipedia, Open-Access-Repositoryen oder soziale Netzwerke sind zwar weniger voraussetzungsreich als die Programmierung, bieten allerdings auch keinen Zugang zu den technischen Gerüsten der Informationsgesellschaft.

Fazit: Change a system, which is not running!

Wie hier gezeigt werden sollte, stößt die Verknappung der Ressource Wissen auf Widersprüche. Sie muss sich angesichts der technischen Möglichkeiten legitimieren. Es wird nicht mehr gefragt, warum Daten und Content offen und zumeist auch kostenlos zugänglich sein sollten. Vielmehr diskutiert man, was denn gegen die Öffnung spricht. Dieser Mentalitätswandel erschüttert gesellschaftliche Institutionen – Verwaltungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, die Wissenschaft,

den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die private Medienindustrie gleichermaßen.

Die Auseinandersetzungen rund um das freie Wissen charakterisiert, dass ihr Ziel nicht die Ablösung einer herrschenden Gruppierung durch eine andere ist. Vielmehr stehen alte Spielregeln, ökonomische Modelle und gesellschaftliche Strukturen zur Disposition. Häufig wird an dieser Stelle eingewandt, dass es bei dieser Auseinandersetzung vor allem um den Kampf zweier Kapitalfraktionen um Vorherrschaft ginge: der »alten« Medien-, Wissens- und Technologieindustrie gegen digitale Anbieter wie Microsoft, Google, Apple oder Facebook. Die Geschäftsmodelle dieser Unternehmen stellen jedoch eher eine Gefahr für die Entknappungsprozesse dar und werden in der Regel von AktivistInnen der Open-Bewegung entsprechend kritisch gesehen. Anders als immer wieder argumentiert, steht die netzpolitische Szene den Big Playern der Internetökonomie nicht unkritisch gegenüber. Im Gegenteil: wer nicht versteht, was diese Unternehmen tun, kann sie kaum qualifiziert bewerten. Der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen problematisches Geschäftsgebaren von Google und Co. kommt denn auch eher von denjenigen, die zugleich auch die Leistungen dieser Innovatoren zu schätzen wissen.

Dementsprechend lassen sich die Akteure der Auseinandersetzung um freies Wissen auch nur schwer in traditionellen Schemata von sozialer Schichtung fassen. Nicht das Einkommen oder Vermögen allein bestimmt über die individuelle Rolle in einer digital durchdrungenen Gesellschaft. Technisches Verständnis, Kommunikationsverhalten und soziale Intelligenz sind mindestens ähnlich gewichtige Kriterien. Diese Werte entscheiden nicht nur über Reputation in der Öffentlichkeit, sondern – und das ist das Neue – auch über politische und ökonomische Durchsetzungsfähigkeit. ProtagonistInnen der Bewegung um freies Wissen können daher im Google-finanzierten Symposium genauso sitzen wie erwerbslos am heimischen Rechner, in einer Programmierbude, bei Wikimedia oder in einer Universitätsbibliothek. Wie die extrem jungen AktivistInnen der Anti-ACTA-Proteste bewiesen, wächst in den Schulen eine Generation heran, die ihren Freiraum Internet als zivilisatorische Selbstverständlichkeit ansieht. Insofern hebt die digi-

tale Gesellschaft soziale Unterschiede nicht auf, eröffnet jedoch eine neue Angriffsfläche für politische Entmachtungsprozesse und die Demokratisierung von gesellschaftlichen Gütern.

Eine erste Aktivistengeneration sowie ein sympathisierendes Umfeld der Piraten haben dieses Potenzial gesehen und versucht, die Partei auf diese Angriffsfläche hin zu orientieren. Als das mobile Potenzial an Wechsel- und ProtestwählerInnen im Laufe des Jahres 2011 einen unerwarteten Boom an Zustimmung brachte, wurde hingegen die Begrenzung dieses Ansatzes deutlich. Es gelang ihnen nicht, die Widersprüche in anderen Politikfeldern zu überbrücken. Auch wenn die wandelnde politische Ökonomie von Wissen gravierende Veränderungen in allen Lebensbereichen nach sich zieht, bleibt sie eben doch nur *ein* strukturierendes Moment moderner Gesellschaften unter anderen.

Linke Politik wird hingegen herausgefordert, sich dem Gemeingüterdiskurs nicht nur abstrakt und analytisch zu widmen, sondern eigene Konzeptionen programmatisch zu entwickeln und ganz praktisch in die Auseinandersetzungen einzusteigen.

Literatur

- Frank, Sabine/Ludwig, Luise/Narr, Kristin/Staemmler, Daniel (Hg.): Lernen in der digitalen Gesellschaft. o.O. 2013. Online unter http://dl.collaboratory.de/reports/Ini7_preview.pdf
- Helfrich, Silke (Hg.): Commons – Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Berlin 2012. Online unter www.boell.de/downloads/2012-04-buch-2012-04-buch-commons.pdf
- Herb, Ulrich (Hg.): Open Initiatives. Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft. Saarbrücken 2012. Online unter http://universaar.uni-saarland.de/monographien/volltexte/2012/87/pdf/Onlineversion_Open_Initiatives_Ulrich_Herb.pdf
- Krempf, Stefan/Poltermann, Andreas/Drossou, Olga (Hg.): Die wunderbare Wissensvermehrung: Wie Open Innovation unsere Welt revolutioniert. Hannover 2006. Online unter www.wissensgesellschaft.org/themen/wissensoekonomie/openinnovation.html
- Suber, Peter: Open Access. Massachusetts 2012. Online unter [http://cyber.law.harvard.edu/hoap/Open_Access_\(the_book\)](http://cyber.law.harvard.edu/hoap/Open_Access_(the_book))

MICHAEL PAETAU

Freiheit und Wissensordnung

In den folgenden Überlegungen möchte ich mich der Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen für das Entstehen von Piratenparteien in mittlerweile mehr als 60 Ländern der Welt¹ aus einer kultursoziologischen, die *Wissensordnung* der Gesellschaft fokussierenden Perspektive nähern. Unter Wissensordnung verstehe ich ein System kultureller Schemata bzw. symbolischer Codes, durch das der Umgang mit Wissen in einer Gesellschaft geregelt ist.² In ihr zeigt sich, in welcher Weise die *Produktion* von Wissen gesellschaftlich bestimmt ist, wie eine Gesellschaft darüber entscheidet, welches Wissen durch welche Institutionen und in welcher Form *gespeichert* wird, wie welches Wissen durch wen *verbreitet* wird (werden darf) und wie der *Zugang* zum Wissen geregelt ist. Foucault bezeichnet die Wissensordnung als einen spezifisch historischen Raum für das, was zu wissen und zu kommunizieren möglich ist. Diese Räume beeinflussen die Art und Weise, in der die gesellschaftlichen Individuen sich als Subjekte formen. Und deshalb wird die Produktion der in diesen Räumen stattfindenden Diskurse immer versucht zu kontrollieren, zu selektieren, zu organisieren und zu kanalisieren. Sie sind Ausdruck einer Vielfältigkeit von sozialen Kräfteverhältnissen, entstanden in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen (Foucault 1991). Wir können davon ausgehen, dass

1 Quelle: PP-International: www.pp-international.net (20.02.2013)

2 Vgl. hierzu auch A. Reckwitz 2000, 147 ff. H. Spinner (1994) spricht von der Wissensordnung als einer dritten Grundordnung der Gesellschaft, neben der Wirtschaftsordnung und der Rechtsordnung.

wir es dabei immer mit einer Heterogenität und Pluralität von Formen der kognitiv-symbolischen Organisation der Wirklichkeit zu tun haben, die aufgrund ihrer Kopplung an kulturelle Sinnmuster sozialer Kollektive auch als *Wissenskulturen* bezeichnet werden können.³

I.

Ich möchte mit meinen Überlegungen anknüpfen an die Beobachtungen, die Horst Kahrs (in diesem Band) zur sozialen Basis der Piraten dargestellt hat. Er verweist auf Solo-Selbständigkeit, instabile und zum Teil prekäre Beschäftigungsverhältnisse der jungen Generation und macht auf die damit verbundenen veränderten Erwartungen an die Gesellschaft aufmerksam. Wenn Prekarität als Normalität erfahren wird und damit »alle auf einer arbeiterlich-sozialdemokratischen Lebensführung in einer Leistungsgesellschaft aufbauenden Versprechen, wie soziale Bürgerrechte, sozialstaatliche Absicherung und individuelle Wohlstandsmehrung außerhalb des Erreichbaren liegen« (S.69), sieht eine junge, gut ausgebildete Generation ihre Zukunft darin, auf die Autonomie des Subjektes zu setzen und aus dieser Perspektive funktionale Anforderungen an die Gesellschaft zu stellen. Man versucht die Subsumtion unter ein gesellschaftliches System, welches einem keine sichere Entwicklungsmöglichkeit mehr gewähren kann, zu durchbrechen und die Lebensführung stärker in die eigene Hand zu nehmen.

Aus der Kybernetik wissen wir, dass die Steigerung von Autonomie zwar einerseits mehr operationale *Independenz* der betreffenden Systeme im Verhältnis zu ihrer Umwelt bedeutet, gleichzeitig jedoch eine Steigerung der *Interdependenz* impliziert, ohne die autonome Systeme keinen Zugang zu ihrer heterarchischen Umwelt herstellen und ihre Reproduktion sichern können. Die *Durchlässigkeit* der Strukturen, in denen verteiltes Wissen produziert und zugänglich gemacht wird, in denen Information als organisierender Faktor für (soziale) Systeme erzeugt wird, wird somit zur Existenzbedingung autonomer Subjekte oder sozialer Kollektive, die nicht mehr auf die Einlösung wohl-

3 Vgl. Paetau 2009: www.wissenskulturen.de

fahrtstaatlicher Versprechen, weder bürgerlicher noch sozialistischer Provinienz, vertrauen. Aus dieser Einstellung heraus ergibt sich eine bestimmte Selektionshaltung hinsichtlich der Suche nach gesellschaftlichen Utopien und die Ablehnung einer Einordnung in das traditionelle Rechts/Links-Schema. Es ist durchaus möglich, ja sogar sehr plausibel, dass die Art und Weise, wie die Piraten die Frage der sozialen Vernetzung und der damit verbundenen Erweiterungen oder Einschränkungen der Handlungsmöglichkeiten zum zentralen Gegenstand ihrer Politik gemacht haben, durch die präkere Beschäftigungssituation eines Großteils der jungen Generation motiviert ist. In der Tat ist es offensichtlich, dass der Netzwerkgedanke, also die lose gekoppelte Verbindung autonomer Subjekte oder Systeme eine Art Leitbildfunktion für nahezu alle Programmpunkte der Piraten darstellt, angefangen bei den Fragen der Gestaltung der digitalen Infrastruktur, des Urheberrechts, der Geschlechter- und Familienpolitik bis hin zur Frage der zukünftigen Ausgestaltung der politischen Institutionen (Stichwort: Liquid Democracy). Allerdings – und darauf gehe ich anderer Stelle (in diesem Band) noch genauer ein – impliziert dieser besondere Blickwinkel einige grundlegende epistemologische Positionen, die in der Piratenpartei zwar eine große – möglicherweise sogar dominante – Rolle spielen, aber noch lange nicht durchgängig als bewusste theoretische Basis ihrer Politik verstanden sind.

Es ist Kahrs also durchaus zuzustimmen, wenn er mit dem Hinweis auf die Reproduktionsverhältnisse der sozialen Basis der Piraten einerseits deren Wählerpotential erklärt, zum andern aber auch – mehr implizit als explizit – auf eine besondere *Beobachtungsweise* verweist, mit der ein sich seit längerer Zeit vollziehender gesellschaftlicher Transitionsprozess von den Piraten zum politischen Gegenstand gemacht wird. Gesellschaftliche Transitionen sind hochkomplexe historische Ereignisse, in denen Gesellschaften in ihrer Gesamtheit von einem Zustand in einen anderen übergehen. Diese Zustandsveränderungen sind aufgrund ihrer Komplexität nicht immer eindeutig zu bezeichnen. Wichtig ist aber, dass sie derart grundlegend sind, dass spätere Beobachter davon sprechen werden, dass es sich nicht mehr um dieselbe Gesellschaft wie zuvor handelt. Ein solcher Fall wird auch

als »Revolution« bezeichnet. Ein Begriff, der allerdings nur dann sinnvoll scheint, wenn man eindeutige Kriterien an der Hand hat, was als *revolutionär* zu verstehen ist und was nicht. Hält man an dem transzendierenden Charakter des Revolutionsbegriffs, wie wir ihn etwa bei Marx finden, fest, und bezeichnet nicht bereits jeden Sturz eines Diktators oder einer bestimmten Regierung als Revolution, kommt ein weiterer Begriff hinzu, dem für die Bewertung gesellschaftlicher Transitionen eine Schlüsselrolle zukommt, der Begriff der Emanzipation. Hierbei geht es immer um Veränderungen grundlegender gesellschaftlicher Einflussmöglichkeiten der Subjekte auf ihre Lebensumstände und damit auf sich selbst. Für Marx ist dies der zentrale Punkt seiner Freiheitsauffassung. »Alle Emanzipation ist die Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst (...), erst wenn der Mensch seine ›forces propres‹ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht« (Marx: Zur Judenfrage, MEW 1, 370).

Inwieweit die Piratenparteien, die sich als politischer Arm einer weltweiten sozialen Bewegung mit netzpolitischem Charakter verstehen, Teil einer *emanzipatorischen* Bewegung sind, ist unstritten. Interessanterweise sind es v. a. Kritiker von links, die dies – zum Teil mit Vehemenz – bestreiten und ihr ihren Liberalismus vorhalten.⁴ Dieser Frage möchte ich im Folgenden nachgehen.

II.

Dem Freiheitsbegriff der Liberalen haftet der Makel an, als philosophisches, ökonomisches und politisches Konzept in erster Linie die Interessen einer besonderen Klasse von Besitzenden zu transportieren, mit dem diese seit Beginn des 18. Jahrhunderts ihre politischen Machtansprüche gegen die damals noch dominierende Aristokratie durchsetzen wollten. Er bedient sich der Vorstellung eines individuell-selbstbestimmten Interesses, um Politik abzukoppeln von den sozia-

4 Vgl. beispielsweise Nuss 2006 und 2012, oder Kullmann 2012

len Determinanten des menschlichen Subjektes, gelangt dabei jedoch »nicht zu Kriterien, die allen Menschen, wenn sie nur ihre Vernunft befragen, einleuchten müssen« (Luhmann 1997, 1023). Es handele sich – so die Kritik – somit um ein *ideologisches* Konzept und keineswegs um eine allgemeine, die Menschheit umfassende Freiheitsauffassung. Es ist vor allem der Bezug zwischen der Freiheit des Individuums, eingebettet in bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsstrukturen und der damit verbundenen eigentumsorientierten Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produkte (jeglicher Art), was den Freiheitsbegriff des Liberalismus von Anfang an belastet und ein Spannungsfeld erzeugt, das bis heute ungelöst ist. Denn mit ihm werden zwei andere wichtige Gedanken der Aufklärung, die seit den Tagen der französischen Revolution mit den Begriffen der Gleichheit und der Solidarität verbunden sind, zurückgedrängt.

Bereits im Verlauf einer der ersten erfolgreichen Umwälzungen der politischen Machtverhältnisse zu Gunsten des Bürgertums, der nordamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, erzeugte dieses Spannungsverhältnis eine beträchtliche publizistische Aktivität. Die Tatsache, dass die wichtigsten Protagonisten der nordamerikanischen Unabhängigkeit, unter ihnen Washington, Jefferson und Madison,⁵ sich zum Liberalismus bekannten, gleichzeitig aber kein Problem damit hatten, Sklavenbesitzer zu sein, setzte sie der zum Teil scharfen Kritik von Intellektuellen im englischen Mutterland aus. Eine Kritik, die man in England aber nicht nur moralisch verstand, sondern politisch gegen die Selbstständigkeitsbestrebungen der Kolonie wenden konnte. »Die Sklaverei, so [Adam] Smith, könne leichter unterdrückt werden unter einer ›despotischen Regierung«, als unter einer ›freien Regierung«, deren Repräsentationsorgane ausschließlich weißen Eigentümern vorbehalten sind.« (Losurdo 2010, 15).⁶ Die nordamerikanische

5 Vgl. Morgan 1995, zit. bei Losurdo 2010, 23

6 Allerdings wird hier scharf differenziert: kritisiert wird die erbliche und rassistische Sklaverei, nicht aber die Strafsklaverei für »nichtsnutzige Vagabunden« und die Schuldnechtschaft. Für John Locke (1642–1704), der allgemein als Vater des Liberalismus gewürdigt wird, war die Sklaverei in den Kolonien noch selbstverständlich und vollkommen natürlich.

Antwort bestand in der Brandmarkung der »politischen Sklaverei«, der der freie amerikanische Bürger durch die britische Monarchie ausgesetzt sei, und beklagte ihrerseits die Tyrannei der Krone und des englischen Parlaments gegenüber den freien Bürgern der nordamerikanischen Kolonien (insbesondere die ungerechte Besteuerung, ebd., S. 20). Benjamin Franklin warf den Engländern Heuchelei vor, da diese zwar die *Sklavenhaltung* kritisierten, selbst jedoch die weltweit führende Rolle beim *Handel* mit Sklaven einnahmen.

Dieser hier an einem historischen Beispiel nur sehr verkürzt skizzierte Grundkonflikt hinsichtlich der Steuerung bzw. Selbststeuerung sozialer Systeme nach »vernünftigen Zielen« ist dem Liberalismus inhärent und kann auf der Basis seiner eigenen theoretischen Fundamente nicht gelöst werden. Auch die Piratenpartei kann ihm nicht entgehen. Allerdings hat sie – wie ich im Folgenden zeigen möchte – eine Form des Umgangs damit gefunden, der die alte Unterscheidung, Liberale würden vom Individuum her denken, Konservative und Sozialisten dagegen vom Gemeinwesen (Staat, korporative Verbände, Klassenzugehörigkeit etc.),⁷ dekonstruiert. Die Piratenparteien machen *beides* zum Ausgangspunkt ihrer Politik, weshalb die Bezeichnung ihrer Politik als *liberal* zwar nicht ganz falsch, die mit einer solchen Bezeichnung üblicherweise verbundene Konnotation aber fragwürdig geworden ist.

III.

Ausgehend von der Einsicht, dass weder die Verwertungsbedingungen des »Kapitals im allgemeinen«⁸ noch die soziale Absicherung gegenüber Krankheit, Arbeitslosigkeit oder eine allgemeine gesellschaftliche Wohlfahrt über die Mechanismen des kapitalistischen Systems der Wirtschaft allein möglich ist, haben auch Liberale niemals die Notwendigkeit des Staates als regulativer Instanz gelehrt. Um-

7 Vgl zu dieser Gegenüberstellung Langewiesche 2003, 232 f.

8 Der von Marx verwendete Begriff des »Kapital im Allgemeinen« ist keine bloße Abstraktion, sondern insofern eine empirische Größe, als es die Summe der individuellen Kapitale darstellt und damit das gesellschaftliche Kapital (Marx, Grundrisse, 735).

stritten war jedoch immer das Ausmaß der regulativen Eingriffe. Und das nicht nur von Seiten des Kapitals, sondern auch von Seiten einer am politischen Emanzipationsgedanken orientierten Arbeiterbewegung und von marxistisch inspirierten Theoretikern. So hat bereits Adorno davor gewarnt, staatliche Steuerung könne Integrationsmechanismen und Macht einsetzen, um »einem unvernünftigen Zustand der Gesellschaft Raum zu lassen« (Adorno 1972, 45 f.). Foucault hat die wohlfahrtsstaatliche Ausweitung der regulativen Befugnisse bekanntlich anhand des Begriffs der *Pastoralmacht* analysiert. In Form des Sozialstaates wird in neuer Form eine alte Machttechnik aufgegriffen, die ursprünglich in den christlichen Institutionen entstanden war und darauf ausgerichtet war, das Seelenheil der christlichen Gemeinde zu sichern, im modernen Sozialstaat jedoch durch »irdische« Ziele ersetzt wurde: Gesundheit, Wohlergehen, Sicherheit und Schutz vor Unfällen aller Art und deren Folgen. (Foucault 2005, 247 f.). Foucault sieht das Besondere dieser institutionellen Macht darin, dass es sich nicht nur um eine ordnende Macht handelt, sondern auch um eine aufopferungsvolle Tätigkeit des Hegens und Pflegens.⁹ Diese Form der Macht kümmert sich nicht nur um die Gemeinschaft als Ganzes, sondern um jeden Einzelnen. Und sie lässt sich nur ausüben, wenn man weiß, was in den Köpfen der Menschen vor sich geht, wenn man »ihre Seele erforscht, wenn man sie zwingt, ihre intimsten Geheimnisse preiszugeben. Pastoralmacht setzt also voraus, dass man das Bewußtsein des Einzelnen kennt und zu lenken vermag.« (248).

Wenn man – wie anfangs thematisiert – der gesellschaftlichen Integrationskraft des Arbeitsmarktes misstrauend in der Gewinnung und Wahrung von Autonomie die einzig sinnvolle Möglichkeit für eine einigermaßen stabile und perspektivisch Erfolg versprechende materielle Lebensabsicherung sieht, muss eine derartige Macht als Bedrohung erscheinen, der man sich zu widersetzen bestrebt ist. Wenngleich dies zunächst einmal nichts anderes bedeutet als ein Festhalten an der »regulativen Idee« der Aufklärung, dem menschlichen Subjekt

9 Bekanntlich wird im Christentum hierfür die Metapher des Hirtens verwendet, der seine Herde (=Gemeinde) umsorgt, pflegt und leitet.

ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu ermöglichen, so gerät über die Frage, wie der für die Vernetzung der autonomen Subjekte erforderliche Zugang zu den informationellen Ressourcen geregelt werden kann, auch das Problem des Verhältnisses von Eigentum und gleichen Entwicklungschancen aller auf die politische Tagesordnung. Zumindest hinsichtlich der Problematik der sogenannten »intellektuellen Eigentumsrechte«.

IV.

Die Vision einer freien Wissensordnung, wie sie von der Piratenpartei vertreten wird, ist zweifellos insofern ein *liberales* Konzept, als sie sich an der regulativen Idee des freien selbstbestimmten Subjekts orientiert und dies als Leitlinie für die transitorische Gestaltung der sogenannten »Wissensgesellschaft« politisch einklagt.

So wurde (und wird weiterhin) den Plänen der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung, zu Internetsperren, zum ACTA-Abkommen, zum »Elektronischen Entgeltnachweis« (ELENA), zum SWIFT-Abkommen der EU mit den USA u. a. m. Widerstand entgegengesetzt. In allen Fällen wurde und wird die massenhafte Speicherung von personenbezogenen Daten durch staatliche Behörden kritisiert, welche heutzutage mit Hilfe moderner Data-Mining-Verfahren zur Erstellung unterschiedlichster Profile von einzelnen Personen oder Gruppen ausgewertet und zu einer weitreichenden Kontrolle des einzelnen Bürgers verwendet werden könnten. Bei (fast) allem, was Menschen im Netz (aber auch außerhalb) tun, werden Daten erzeugt. Teils geschieht dies freiwillig (beispielsweise in den diversen Social-Web Anwendungen), teils unfreiwillig (beispielsweise Video-Aufzeichnungen oder Internet-Logfiles). Data-Mining-Verfahren ermöglichen es, einmal erhobene Daten mit relativ geringem Aufwand in von ihrem ursprünglichen Entstehungskontext abweichende Zusammenhänge zu bringen. Doch was in bestimmten Anwendungsfeldern sinnvoll ist (z. B. zur Einschätzung komplexer Wechselwirkungen im Hinblick auf Strategien nachhaltiger Entwicklung), kann hinsichtlich des politischen Machtgefüges in massiver Weise die informationelle Selbstbestimmung gefährden. Die Individuen werden mit – häufig

lange zurückreichenden – Ereignissen konfrontiert, die ihnen in bestimmten Situationen Nachteile bringen können. Die Möglichkeit, Daten in einer vom handelnden Individuum nicht intendierten Weise zu nutzen und Personen auf vergangenes Handeln festzulegen, trägt dazu bei, das Machtgefälle zwischen den betroffenen Individuen und den staatlichen oder privaten Kontrollinstanzen zu vergrößern.

Aus diesen und anderen Abwehrkämpfen haben die Piraten programmatische Forderungen entwickelt, die an liberalen Werten und Bürgerrechten orientiert sind:

- Schutz der Privatsphäre als Fundament einer demokratischen Gesellschaft, Schutz der Meinungsfreiheit und persönlichen Entfaltung jedes Individuums,
- Informationelle Selbstbestimmung,
- Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung
- Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens, die der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird,
- Migration und Integration (Vielfalt des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft als Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens, gegenseitiger Einfluss im Sinne einer »Interkultur«).

Um diese politischen Forderungen in die Parlamente zu tragen, hätte es allerdings der Gründung einer Piratenpartei nicht bedurft. Diese Ziele werden in ähnlicher Weise auch von den Linken, den Grünen und z. T. auch von der FDP vertreten. Erst im Zusammenspiel mit weiteren Forderungen erhält die politische Vision der Piraten ihre transitorische Kraft. Denn betrachtet man die oben genannten Punkte, wie freier Zugang zu Wissen und Kultur, informationelle Selbstbestimmung sowie die Wahrung der Privatsphäre und von Bürgerrechten, die als Grundpfeiler einer emanzipativ verstandenen Informations- oder Wissensgesellschaft verstanden werden, fällt auf, dass sie sich immer wieder mit einer grundlegenden Unterscheidung auseinandersetzen, nämlich der Unterscheidung von Offenheit und Geschlossenheit im Umgang mit gesellschaftlichen Wissen. Dabei spielt die Frage des *Wissenszugangs* eine zwar wesentliche Rolle, ist aber nur eine der

vier zentralen Dimensionen, die zu Beginn dieser Ausführungen als charakteristisch für eine Wissensordnung bezeichnet wurden. Ebenso wichtig sind die Fragen der *Wissensproduktion*, also der Frage, in welcher Weise Wissen entsteht (Wer ist überhaupt in der Lage welches Wissen, wann und wo zu kreieren? Welche Mittel hat er/sie hierfür zur Verfügung und welchen Einflüssen, Erlaubnissen, Verboten, Kontrollen durch staatliche oder sonstige Stellen ist er/sie dabei ausgesetzt?), der *Wissensspeicherung* (Wer entscheidet aufgrund welcher Legitimation, welches Wissen erhalten und welches dem Vergessen überantwortet wird? Welche Rolle spielt dabei ökonomische oder politische Macht? Welche materiellen und organisatorischen Formen dominieren hierbei?), und der *Wissensverbreitung* (Wer hat das Recht und die Möglichkeiten, welche Art von Wissen über welche Kanäle zu verbreiten?).

Erst aus der Gesamtheit dieser vier Dimensionen einer gesellschaftlichen Wissensordnung lässt sich die Frage beantworten, ob sich mit der weiteren Entwicklung eine auf proprietären Prinzipien beruhende und der Warenform unterliegende Regulierung der Wissensordnung durchsetzen wird, die in der Kontinuität traditioneller Modellvorstellungen einer Wissensordnung der Industriegesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts steht. Oder – das wäre die andere Möglichkeit – als ein Umbruch, der einer freien gemeinschaftlichen Verfügung des gesellschaftlichen Wissens den Vorrang einräumt, wie es in den diversen Initiativen von Netzwerkaktivisten, »Free Software«, »Open Access«, »Open Data«, »Creative Commons« u. a. m. gefordert wird?

Die weltweite Gründung von Piratenparteien ist auf den Widerstand gegen eine Entwicklung zurückzuführen, die James Boyle¹⁰ in einem Aufsatz aus dem Jahr 2003 »The Second Enclosure« genannt hat (Boyle 2003). Mit dieser auf die historische Überführung von Gemeindeland in privaten Großgrundbesitz in England während der

10 James Boyle lehrt Rechtswissenschaft in Durham, North Carolina, und ist Mitbegründer der »Creative Commons«; vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons (10.10.2010). Vgl. hierzu auch Lessig 2004.

ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation¹¹ anspielenden Wortwahl bringt Boyle ziemlich treffsicher zum Ausdruck, worum es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Wissensordnung geht.

Die historische Überführung der »Commons« bzw. der »Allmende« in privaten Großgrundbesitz während der ursprünglichen Akkumulation des 18. Jahrhunderts veränderte nicht nur die Besitz- und Eigentumsverhältnisse, sondern in deren Folge auch die gesamte Lebensweise der Menschen. Sozialbeziehungen aller Art wurden nun in einem Ausmaß durch die Logik des Marktes bestimmt, wie es vorher so nicht der Fall gewesen war. Sie wurden jetzt auch auf diejenigen sozialen Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Individuen ausgedehnt, die vorher noch am Prinzip der Gemeinschaftlichkeit orientiert waren. Und genau dies geschieht gegenwärtig in Bezug auf den gesellschaftlichen Umgang mit Wissen. Gesellschaftliches Wissen wird schrittweise den proprietären Verwertungsinteressen des Kapitals unterworfen und die kapitalistische Warenform – ginge es nach dem Willen einflussreicher Unternehmen der Medien- und Unterhaltungsbranche – zur dominanten Form der gesellschaftlichen Aneignung von Wissen erhoben werden.

11 Marx beschreibt diese Auseinandersetzung im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation (»Das Kapital«, Band I, 24. Kapitel, 744 ff.). Zwar hatte dieser Prozess der Auflösung des Gemeindelandes (im Deutschen spricht man von »Allmende«) schon im 15. Jahrhundert eingesetzt, zunächst aber nur als am Rande der Legalität operierende »individuelle Gewalttat« durch Großgrundbesitzer (S. 752), die zunächst auch von der Krone und dem englischen Parlament angeprangert und durch entsprechende Gesetzgebungen einzudämmen versucht wurden. Im 18. Jahrhundert, im Zusammenhang mit der industriellen Revolution, drehte sich jetzt der Wind. Nun wurden allgemeine rechtliche Voraussetzungen geschaffen, damit der »systematisch betriebene Diebstahl des Gemeindeigentums jene großen Pachten anschwellen (ließ), die man im 18. Jahrhundert Kapital-Pachten oder Kaufmanns-Pachten nannte, und das Landvolk als Proletariat für die Industrie »freisetzen« (MEW 23, 753). Marx notiert: »Es war nicht nur brachliegendes, sondern oft (...) gemeinschaftlich, bebautes Land, das unter dem Vorwand der Einhegung vom angrenzenden Landlord annexiert wurde. (...) Die parlamentarische Form des Raubs ist die der Bill for Inclosure of Commons« (MEW 23, 753). Karl Polanyi spricht in diesem Zusammenhang von einer »revolution against the poor« (Polanyi 1957, 315).

Diesem Bestreben widersetzen sich nicht nur die Piraten, sondern soziale Bewegungen weltweit. Mit Verweis auf die durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien gegebenen Möglichkeiten fordern sie eine grundlegende Neuordnung der Wissensordnung im Sinne eines freien Zugangs. Die »Wissensallmende« soll dort, wo sie existiert, nicht nur gegen die Privatisierungsansprüche der Verwertungsindustrie geschützt, sondern darüber hinaus zum Leitbild der zukünftigen Gestaltung der Wissensordnung gemacht werden. Der Widerstand gegen die Pläne der Unterhaltungs- und Medienunternehmen wird von diesen scharf attackiert und zum Teil kriminalisiert. In der Forderung der Piraten nach einem freien Fluss von Informationen wird ein Angriff auf die »freie Grundordnung der Gesellschaft« gesehen, »Daten-Piraterie« wird in einen Topf mit organisiertem Verbrechen und Terrorismus geworfen. Mit markigen Werbekampagnen versuchte die Verwertungsindustrie in die Offensive zu gehen und überschüttete die Gesellschaft mit Massenanzeigen wegen Urheberrechtsverletzungen. An ihrer Seite haben sich regelrechte Verwertungsketten zwischen Rechteinhabern, Rechtsanwälten und Recherche-Unternehmen gebildet, so dass bereits von einer organisierten »Abmahnindustrie« gesprochen wird, deren Aktivitäten zum großen Teil im Dunkeln liegen, die aber keinerlei Irritationen verspürt, wenn ihre Aktivitäten zu einer Kriminalisierung eines immer größeren Teil der Bevölkerung führen (vgl. Bleich 2010). Die Kreativen selbst, also die wirklichen Urheber der Werke, um deren Rechte hier gestritten wird, sehen sich selbst in ihrer großen Mehrheit als diejenigen, die bei diesem Geschäft ohnehin leer ausgehen. Sie sehen in den Musikverlagen eine Art »Gatekeeper, die ihre Macht aus ihrer Kontrolle über die begrenzte Produktion, die knappe Sendezeit der Radios, die knappe Stellfläche in den Musikgeschäften, kurz über den Zugang zur Öffentlichkeit beziehen« (Grassmuck 2002, 74). Und diejenigen Künstler der Netzkultur, die mit Mashups, Remix und Collagen arbeiten, ein Genre, das in den vergangenen Jahren einen enormen Zuwachs erlebt hat, beklagen seit langem die hemmende Wirkung der restriktiven Rechtsvorschriften.

Die Tatsache, dass der netzpolitische Widerstand ohne Enteignungsforderungen auskommt und sich stattdessen auf die Flankierung politischer Forderungen durch kreative sozio-technische Gestaltungen konzentriert, in denen die Visionen einer zukünftigen Wissensordnung modellhaft, wenngleich partiell, demonstriert werden, hat sozialwissenschaftliche Beobachter, deren politische Leitunterscheidung im Rechts/Links-Schema verwurzelt sind, offensichtlich zutiefst irritiert. So beispielsweise Leggewie, dem »eine Enteignungsforderung gegen Marc Zuckerberg (...) nicht zu Ohren gekommen« ist (2012, 237), und der deshalb schlussfolgert, die Piraten würden privaten Organisationen mehr vertrauen als staatlichen und dem so genannten »medien-industriellen Komplex in privaten Händen« unkritisch begegnen. Man wehre sich gegen ACTA, aber nicht gegen Facebook und Google (235). Das ist eine sonderbare Behauptung mit einer noch sonderbareren Begründung. Als könne man den Kampf um eine freie Wissensordnung mit den Rezepten der industriellen Arbeiterbewegung ausfechten. Wer auf Enteignungsforderungen programmiert ist, um Gesellschaftskritisches in politischen Auseinandersetzungen zu entdecken,¹² hat Schwierigkeiten, die gesellschaftskritische Flanke der politischen Strategie der Piratenpartei überhaupt wahrzunehmen.

V.

Die ersten Widerstände im Zusammenhang mit der Privatisierung und Abschottung von Softwareprodukten sind Anfang der 80er Jahre entstanden, woraus sich die »Freie-Software-Bewegung« entwickelt hat. Es wurden Initiativen wie »Free Culture« (Lessig 2004) und

12 Dass in einer bestimmten Situation Enteignungsforderungen auf der Tagesordnung stehen können, ist nicht auszuschließen. Aber das ist nicht die Haupt-Kampfform, und hierin wird nicht die Lösung gesehen. Was wäre die Konsequenz? Wie ginge es denn weiter? Der Staat als Verwalter? Was würde das beispielsweise im Falle Google bedeuten? Bei einem Unternehmen, das eine weltweite Infrastruktur für den Zugang zum Wissen zur Verfügung stellt. Die Übernahme einer Suchmaschine durch die Staaten wäre sicherlich keine gute Idee, ebensowenig wie die staatliche Kontrolle des Internet.

»Open Access« gegründet.¹³ Der Versuch der Kultur-Verwertungsindustrie, private Eigentumsrechte auf einen Bereich auszudehnen, der sich bislang durch einen hohen Anteil an gemeinschaftlichen Verfügungsrechten auszeichnete, führte zunächst zum Widerstand einer sozialen Gruppe, die hiervon unmittelbar betroffen war, erstreckte sich dann aber bald auf die Bereiche der Gesellschaft, in denen man dabei war, die neuen Möglichkeiten, die sich aus dem Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien boten, zu nutzen. Und wie so oft, wenn es um Nutzung von Erfindungen geht, entwickelte sich eine gesellschaftliche Praxis, die bei der Erfindung nicht vorhersehbar war. Die großen Musikverlage reagierten zunächst mit dem Einsatz technischer Mittel (z.B. über Rights Control Systems – RCS – bzw. Digital Rights Management – DRM), um dann, als sich diese als unwirksam erwiesen, vom Staat zu verlangen, über internationale Regierungsverhandlungen immer restriktivere rechtliche Bestimmungen im Umgang mit Wissen weltweit durchzusetzen. Dagegen wandten sich die nun überall aufkeimenden sozialen Bewegungen, die eine grundlegende Revision der Wissensordnung forderten, eine Anpassung an die veränderten Kommunikationsverhältnisse der Gesellschaft.

Eine sehr wichtige Waffe der netzpolitischen Bewegung gegen die »zweite Landnahme« war von Anfang an die Frage des »Codes«. Adriana Sanchez und Silke Helfrich haben den Code als »Saatgut der Software« bezeichnet (Sanchez & Helfrich 2012). Nur aus der Offenlegung des Codes kann Vertrauen entstehen. Deshalb wird Linux mehr vertraut als Apple oder Microsoft, Sipgate und Mumble mehr als Skype, Identica mehr als Twitter, Diaspora mehr als Facebook oder Google-Plus.

Dass diese innerhalb sozialer Bewegungen entstandenen technischen und organisatorischen Mittel von vielen politikwissenschaftlichen Beobachtern nicht als Kampfformen gegen eine proprietäre, privatkapitalistische, auf die Warenförmigkeit der Information ab-

13 Vgl. www.open-access.net (deutsch) und http://oad.simmons.edu/oadwiki/Main_Page (engl.)

zielende neoliberale Strategie identifiziert werden, ist verwunderlich. Zweifellos stellen sie keinen grundlegenden Angriff auf die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dar, aber es bleibt festzuhalten, dass die Piraten sowohl gegen das ausufernde Überwachungs- und Kontrollbestreben der Informations- und Kommunikationsdaten durch den Staat opponieren als auch – und das betrifft private Akteure nicht minder als staatliche – gegen jede Art von Monopolisierungsbestrebungen hinsichtlich der Erzeugung, der Speicherung, der Verbreitung und des Zugangs zum gesellschaftlichen Wissen.

Die Frage einer am Gemeinschaftsgedanken orientierten versus einer proprietären Prinzipien folgenden und an monetären Interessen ausgerichteten Politik stellt sich aber nicht nur im Bereich des Internet. Was wir gegenwärtig erleben, ist der Versuch, die Warenform auf alle Bereiche von »Natur und Gesellschaft voranzutreiben. Uralte Pflanzen- und Saatgutkenntnisse werden vom Kapital angeeignet, Teile des menschlichen Genoms patentiert, universitäre Forschung dem Profitstreben untergeordnet.« (Jessop 2004) Dementsprechend lassen sich auch in den Bereichen der Bildung, der Genetik und der Biologie, der gesellschaftlichen Infrastrukturen (Eisenbahnen, Autobahnen, Müllabfuhr, Energie- und Wasserversorgung) in allen europäischen Ländern heftige Auseinandersetzungen beobachten.¹⁴ »So lange das Marktparadigma als einzig legaler Ansatz für eine zukünftige Informations- und Kreativitätsumgebung gilt, so lange werden die entscheidenden Fragen nicht gestellt werden. Die Rede über die Commons hilft uns jedoch, einen neuen Dialog und eine breit angelegte Bewegung zur Verteidigung der Gemeinschaftlichkeit zu initiieren.«

Im Parteiprogramm der Piraten zeigt sich diese Hinwendung u. a. an folgenden Punkten:

- Freier Zugang zum gesellschaftlichen Wissen (betrifft v. a. die Fragen der sozialen, finanziellen und rechtlichen Schranken im Bildungsbereich, Verurteilung von DRM zur künstlichen Verknappung von Lehrmaterialien etc.)

14 Ausverkauft. Wie das Gemeinwohl zur Privatsache wird. Edition Le Monde Diplomatique 2009, Sonderheft No. 6

- Freier Zugang zur digitalen Kommunikation
- Einführung eines »fahrlos öffentlichen Nahverkehrs«
- Ablehnung von Patenten auf Lebewesen und Gene
- Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens

Dass es sich bei Auseinandersetzungen um die Wissensordnung nicht nur um einen reinen Abwehrkampf handelt, sondern dass sich aus der antagonistischen Formulierung des Problems gleichzeitig eine gesellschaftspolitische Utopie herauskristallisieren kann, die ich hier als *Utopie einer freien Wissensordnung* bezeichnen möchte, symbolisiert Eben Moglen recht einprägsam in seiner Remix-Version des kommunistischen Manifests: »Ein Gespenst geht um im multinationalen Kapitalismus. Alle Mächte der Globalisierung haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet. Microsoft und Disney, die Welt-Handels-Organisation, der Kongress der Vereinigten Staaten und die Europäische Kommission. Wo sind die Fürsprecher der Freiheit in der neuen digitalen Gesellschaft, die nicht von ihren Gegnern als Piraten, Anarchisten, Kommunisten verschrien worden wären. (...) Weltweit verkündet die Bewegung für freie Information die Ankunft eines neuen Sozialgefüges, geboren aus der Transformation der bürgerlichen Industriegesellschaft durch die von ihr selbst hervorgebrachte digitale Technologie.« (Moglen 2003, Übersetzung: M. P.).

Literatur

- Boyle, James: The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain. In: Law and Contemporary Problems. 66 (Winter/Spring 2003), 2003, S. 33-74.
- Foucault, Michel: Analytik der Macht. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2005.
- Fülberth, Georg: Piraten im historischen Kontinuum. In diesem Band.
- Grassmuck, Volker: Freie Software. Zwischen Privat und Gemeineigentum. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2002.
- Grassmuck, Volker: The Planet of Free Knowledge. Telepolis, 2004, [www.heise.de (10.10.2010)]

- Jessop, Bob: Intellektuelle Eigentumsrechte. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus. 6 II, Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Berliner Institut für kritische Theorie e.V. (InkriT), 2004, S. 1287-1296.
- Kullmann, Katja: Man muss die Piraten nicht hassen. In: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis. 571, 2012.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Marxismus in Deutschland: Gegensätze und Gemeinsamkeiten in historischer Perspektive. In: Langewiesche, Dieter (Hg.): Liberalismus und Sozialismus. Bonn: 2003, S. 232-245.
- Leggewie, Claus: Den Laptop auch mal zuklappen. Zur Kritik der Distributionsmittel einer politischen Bewegung – eine skeptische Nachbetrachtung. In: Bieber, Christoph; Leggewie, Claus (Hg.): Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena. transcript, 2012, S. 233-240.
- Lessig, Lawrence: Free Culture. How Big Media uses technology and The Law to lock down Culture and Control Creativity. New York: Penguin Press, 2004.
- Losurdo, Domenico: Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus. Köln: PapyRossa, 2010.
- Luhmann, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1997.
- Marx, Karl: Grundrisse der politischen Ökonomie (Rohentwurf) (1858). 2. Aufl., Berlin: Dietz, 1974.
- Marx, Karl: Zur Judenfrage (1844). Marx-Engels-Werke Band 1 (MEW 1). Berlin: Dietz Verlag, 1974, S. 347-377.
- Marx, Karl und Friedrich Engels, »Manifest der Kommunistischen Partei« (1848). In: Marx-Engels Werke, Band 4. Berlin 1972: Dietz, S. 459-493.
- Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1890): Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: Marx-Engels Werke, Band 23. Berlin 1968: Dietz.
- Moglen, Eben: The dotCommunist Manifesto. (<http://emoglen.law.columbia.edu/publications/dcm.html>).
- Morgan, Edmund S.: American Slavery, American Freedom. The Ordeal of Colonial Virginia. New York: Norton & Company, 1995.
- Nuss, Sabine/Stützle, Ingo: Modernisierung statt Meuterei. In: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis. 573, 2012.
- Nuss, Sabine: Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2006.

- Polanyi, Karl: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973.
- Reckwitz, Andreas: *Die Transformation der Kulturtheorien. Zur Entwicklung eines Theorieprogramms*. Weilerswist: Velbrück, 2000.
- Sanchez, Adriana & Helfrich, Silke: *Der Code ist das Saatgut der Software*. In: Helfrich, Silke & Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: transcript, 2012, S. 344-347.
- Smith, Adam: *Lectures on Jurisprudence (1762–63 and 1766)*. Indianapolis: Liberty Classics, 1982 (zitiert bei Losurdo 2010).
- Spinner, Helmut F.: *Die Wissensordnung. Ein Leitkonzept für die dritte Grundordnung des Informationszeitalters*. Opladen: Leske + Budrich, 1994.

JÜRGEN SCHEELE

Das Netz, die Eigentumsfrage und digitale Commons¹

Die Kämpfe um ökonomische Vorherrschaft und Kontrolle im Internet haben in einer Intensität zugenommen, die über das bislang Bekannte weit hinausreichen. Mit ihnen werden die Grundlagen eines Systems der offenen Informationsbereitstellung zur Disposition gestellt. Im Folgenden sollen zunächst ausgewählte wirtschaftliche und technologische Determinanten dieser Entwicklung aufgezeigt werden. Abschließend erfolgt eine Verortung der Piratenpartei in diesen Auseinandersetzungen.

I.

Netzförmige Infrastrukturen und immaterielle Information gelten der neoklassischen ökonomischen Theorie als öffentliche Güter (Kollektivgüter). Im Unterschied zu privaten Gütern, die als uneingeschränkt marktfähig bewertet werden, wird die Inanspruchnahme von Kollektivgütern nicht durch einen Knappheitspreis gesteuert. Mit Hilfe der Klassifikationskriterien Ausschließbarkeit vom Konsum und Rivalität im Konsum ist es in Fortschreibung dieses Ansatzes möglich, unterschiedliche Arten von Kollektivgütern zu unterscheiden und gegenüber privaten Gütern abzugrenzen (Hess/Ostrom 2007: 8/9). Während die Netzinfrastruktur ein *unreines* öffentliches Gut darstellt –

1 Der Text steht unter der Creative Commons-Lizenz CC BY-SA 3.0.

spricht: das Ausschließen eines Nutzers vom Konsum ist nicht oder nur bedingt möglich, gleichwohl wird der Nutzen des Gutes ab einer kritischen Größe durch weitere Nutzer eingeschränkt –, handelt es sich im Falle von digitalen Informationen um *reine* öffentliche Güter. Sie besitzen im Konsum die Prinzipien Nicht-Ausschließbarkeit und Nicht-Rivalität. In Differenz zum Konsum eines privaten Gutes, für das der Merksatz gilt: *Ein Apfel kann nur einmal gegessen werden*, werden zusätzliche Nutzer weder ausgeschlossen, noch wird der Konsum eines solchen Gutes durch weitere Konsumenten beschränkt. Aus diesen Gründen betragen die Grenzkosten des Konsums reiner öffentlicher Güter ebenso wie deren Marktpreis Null (Boyle 2003: 42, Benkler 2006: 36). Kosten fallen lediglich für das Erstellen des ersten Gutes (First Copy) an. Im Falle unreiner öffentlicher Güter ist es ähnlich, hier sind die Grenzkosten niedrig, die Fixkosten zur Erstellung der Infrastruktur enorm. Markt- oder Wettbewerbsversagen ergibt sich zudem aus den Eigenschaften eines natürlichen Monopols. Das Verlegen paralleler Netze führte in der Regel dazu, dass die relevante Nachfragemenge zu volkswirtschaftlich höheren Kosten produziert würde.

Folglich können Märkte öffentliche Güter aus Sicht der Neoklassik nicht effizient bereitstellen. Es bedarf daher in der Praxis einer Fülle von Regulierungsmaßnahmen, um für den privaten Betrieb von Netzinfrastrukturen wettbewerbliche Marktbedingungen zu schaffen (Fischbach 2009: 126). Zugleich sind Strategien des Ausschlusses vom Konsum durch Kopplung an stoffliche Träger oder Verschlüsselung in Verbund mit der Errichtung ausschließlicher Nutzungsmöglichkeiten durch Rechte des geistigen Eigentums zu entwickeln oder ist komplementär die Refinanzierung durch Datenhandel und Werbung sicherzustellen, um Informationsgüter marktfähig zu machen (Goldhammer 2006: 87, 102). In der Vergangenheit waren solche informationellen Verwertungsstrategien durchaus erfolgreich. In Form von – um nur einige zu nennen – Kopplung an stoffliche Träger bei Print-Medien, CDs und DVDs, Verschlüsselung im Pay-TV sowie Werbung im Privat-TV gelang es der Medien- und Unterhaltungsindustrie, für sie praktikable Geschäftsmodelle zu etablieren. Unter den Bedingungen einer netzwerkbasierter Informationsökonomie allerdings stellt sich

die Frage nach der Etablierung von Geschäftsmodellen neu: Einerseits bestehen Verschlüsselung, Datenhandel und Werbung als Strategien zur Kommodifizierung reiner öffentlicher Güter fort, andererseits bereitet die Bindung von Informationen an das materielle Trägermedium fortgesetzte Schwierigkeiten. Proprietäre Hard- und Software, Clouds und andere *Walled Garden*-Geschäftsmodelle bilden hier den Pol zur Inwertsetzung auf der einen, der Zugriff bis hinein in die Kommunikationsprotokolle und die Ebene des Datentransports jenen auf der anderen Seite.

Wie tiefgreifend der Kontrollzugriff auf der Ebene der Protokolle und des Transports aus der Perspektive gesellschaftlicher Organisation und Teilhabe tatsächlich ist, wird deutlich unter Betrachtung des zugrunde liegenden Systems in dem Verhältnis von Wissen, Information und Daten. In ihm bezeichnen Daten kodierte Informationen in Form roher Bits (Einsen und Nullen), Informationen die strukturierte Anordnung von Daten in einem Kontext sowie Wissen die Aufnahme und das Verstehen von Informationen (Hess/Ostrom 2007: 8). Entsprechend gilt die Korrelation: »Wissen entstammt Information, so wie Information Daten entstammt.« (Davenport/Prusak 1998: 6) Aus der wechselseitigen Beziehung Wissen–Information–Daten resultiert im digitalen Umfeld unmittelbar zweierlei: Erstens erfolgt der ökonomisch getriebene Kontrollzugriff nicht allein zur Unterbindung der Zirkulation des noch letzten *freigesetzten* Werkes, sondern auch im Wettbewerb und Konkurrenzkampf um erweiterte Akkumulationsressourcen. Zu benennen sind Bestrebungen zur Patentierung von Datenanordnungen etwa im Falle von Gensequenzen oder des Schutzes in der Zusammenstellung von ausgestalteten Bit-Folgen zur Kontrolle noch kleinster, verwertbarer Informationseinheiten (Boyle 2003: 39). Zweitens ist der Kontrollzugriff auf der Ebene der Datenübertragung unabdingbar verbunden mit einem Eingriff in die Freiheit von Kommunikation selbst. Denn: »Kommunikation ist der Austausch von Bedeutungsgehalten durch den Austausch von Informationen.« (Castells 2009: 54) Die Prozesse der Kommunikation werden entsprechend durch die Technologie der Kommunikation und ihrer Einbettung in den Kontext der sozialen Beziehungen definiert.

II.

Einen ersten Ansatzpunkt von Strategien zur Kontrolle des Internet bildet der Zugriff auf die physische Transportinfrastruktur (Goldsmith/Wu 2008: 73). Provider und Netzbetreiber sind als Gatekeeper und Intermediäre von Kommunikation vorrangiges Ziel staatlicher wie privater Bestrebungen zur Durchsetzung von Kontroll- und Verwertungsinteressen. Zunehmend im Besitz der entsprechenden Steuerungstechnologien verfügen sie über ein Werkzeug, das es erlaubt, Datenpakete potentiell nach Inhalt, Quelle oder Ziel zu differenzieren, und eben auch, missliebige Datenverkehre zu unterbinden. Maßgebende Akteure der Medien- und Unterhaltungsindustrie suchen daher seit geraumer Zeit, das eigene Agenda-Setting in die Debatte um Netzneutralität hineinzutragen und in die Prozesse administrativer Entscheidungsfindung zu inkludieren. Bereits im März des Jahres 2010 hatte sich in den USA ein Bündnis aus Medienindustrie und neokorporatistisch agierenden Gewerkschaften mit einem weitreichenden Forderungskatalog an die US-Regierung gewandt. Darin enthalten war die Aufforderung, die Intermediäre im Kampf gegen Urheberrechtsverletzungen einzubinden und die Thematik in die von der Federal Communications Commission (FCC) geleiteten Verhandlungen zur Netzneutralität aufzunehmen (AFTRA et al. 2010: 9).

Das strategische Ziel der Unterhaltungsindustrie, über die Provider Rechtzugriff auf die Infrastruktur zu erlangen, wird ebenso in einer Verlautbarung des Verbands der US-Regisseure Directors Guild of America (DGA), zugleich Mitglied dieses Bündnisses, benannt. Die Debatte um Netzneutralität, so heißt es dort in realistischer wie einliniger Einschätzung der Situation, werde letztendlich darüber geführt, »wer das wertvollste und leistungsfähigste Transportsystem des 21. Jahrhunderts kontrolliert« (Keen 2009/2010: 26). Zur Überwachung des Netzes empfohlen wird der Einsatz der Technik der tiefen Paketinspektion (Keen 2010: 30). Auch UNI Europa, die europäische Sektion des internationalen Dachverbands der Gewerkschaften des Medien- und Unterhaltungssektors UNI-MEI, deren deutsches Mitglied die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist, hat sich gegenüber der Europäischen Kommission für die Durchleuchtung jeglichen Netzver-

kehrs ausgesprochen. Laut gewerkschaftlicher Stellungnahme zum offenen Internet und zur Netzneutralität sollen zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen nicht nur die Technologien des Netzwerkmanagements zum Einsatz kommen, sondern auf deren Basis auch Nutzerinnen und Nutzer illegaler Angebote im Vorfeld auf die Rechtswidrigkeit des Abrufs hingewiesen werden sowie »geeignete Schritte« für ein Access-Blocking solcher Inhalte ergriffen werden (UNI Europa 2010: 4).

Die Auswirkungen des Einsatzes von Netzwerktechnologien zur Rechtsdurchsetzung auf die Kommunikations- und Meinungsfreiheit allerdings sind bekannt. So ermöglicht es Deep Packet Inspection (DPI), sowohl den Header eines Datenpaketes auszulesen als auch das dazugehörige Datenfeld selbst (Bedner 2009: 6). Letzteres beinhaltet die eigentlichen Nutzinformationen. Verglichen mit der Beförderung eines Postbriefes wird beim Durchlaufen von (digitalen) Inspektionsstellen zusätzlich zu den Absender- und Empfängeradressen auf dem Umschlag (Header) ebenfalls der Inhalt des Briefes (Datenfeld) ausgewertet. Ein entsprechend ausgestatteter Router ermittelte also nicht nur, wohin das Datenpaket unterwegs ist, sondern ebenso, welche Art von Daten transportiert und welche Inhalte befördert werden. Im Falle der klassischen Briefpost käme das dem Öffnen und Sichten eines jeden Briefes gleich. Zwar bekunden Anbieter von DPI-Systemen, dass auf Basis der Technologie nur das gefunden werden könne, was auch gesucht werde, und dass die Kosten für ein tatsächliches Erfassen aller Datenpakete unverhältnismäßig seien, daher nur einige Pakete eines Datenstroms nach bestimmten Markern (Bit-Mustern) gerastert würden (Mochalski/Schulze 2009: 3).

Doch erweisen sich solche Einwände nicht nur vor dem Hintergrund einer beständigen Leistungssteigerung in der digitalen Datenverarbeitung als wenig stichhaltig. Schließlich muss, wie im Falle aller Filtertechnologien eine Indizierungsliste (Blacklist) mit vom Transport auszuschließenden Inhalten angelegt werden. Da Kontrollen auf Basis von Markern durch Manipulationen an Dateiformaten zu umgehen sind, käme es, neben der Entscheidung darüber, welche Inhalte generell zu indizieren wären, allein aus diesem Grund bereits zu einem

raschen, letztlich unkontrollierbaren Anwachsen der Blacklist. Ferner wäre auch verschlüsselte Kommunikation vor DPI-Kontrollen nicht grundsätzlich gefeit (Bedner 2009: 11, Mochalski/Schulze 2009: 5). Statistische und verhaltensbasierte Erkennungsverfahren etwa ermöglichen es, die Anwendung und Existenz von Verschlüsselung aufzudecken, um anschließend den Weitertransport solcher Datenpakete zu unterbinden oder diese für Versuche der Entschlüsselung zu spiegeln.

Bereits diese wenigen Beispiele zeigen: Der Einstieg in die Überwachung der Inhalte des Netzverkehrs enthielte schon die Bedingungen seiner Ausweitung. Bekannte und neu ersonnene Umgehungsformen stießen, sobald in größerem Maße zur Anwendung gebracht, auf stets weitreichendere Überwachungsforderungen. In einer Art Katz-und-Maus-Spiel träte eine technische Aufrüstungsspirale hin zu immer ausgefeilteren Überwachungstechnologien in Gang. Eine Konsequenz übrigens, die nicht technologieimmanent aufzulösen ist. Entgegen weit verbreiteter Meinung laufen Zensurmaßnahmen im Netz nicht aufgrund seines technischen Aufbaus ins Leere. Vielmehr ist es das Ausmaß an Technologie, das die Effektivität von Zensur bestimmt. Grundlegend gilt: je größer der technische Kontrolleinsatz, desto besser das zu erzielende Überwachungsergebnis. Dass ein solches Szenario den Bedingungen des digitalen Überwachungsstaates im Iran oder in China nahe käme, in denen DPI-Analysen des Netz-Traffics bereits heute erfolgen, bildet keineswegs eine im Kontext differierender gesellschaftlicher Normen und Verfassungen zu vernachlässigende Petitesse. Überwachungsinfrastrukturen folgen als technologische Kontrolleinrichtungen grundlegend eigenen Systemeigenschaften. Ihre Differenz zu den sie einsetzenden Gesellschaften, ob demokratisch oder autoritär, ist nachgelagerter Art.

III.

In dem sich herausbildenden Internet-Kontrollregime stehen die Vertreter der klassischen Medien- und Unterhaltungsindustrie »in der ersten Reihe« (Schiller 2007: 116). Sie sind nicht die einzigen Akteure. Auch die Netzbetreiber und die Hersteller von Netztechnologien haben ein ökonomisches Interesse an Kontrolle. Beispielsweise beliefert

Router-Weltmarktführer Cisco nicht nur Chinas Zensurinfrastruktur mit seinen Standardprodukten, sondern sucht mit seiner Technik auch an einem verbesserten Renditestrom der Netzbetreiber teilzuhaben (Fischbach 2009: 129-131). Zwar zeigten die Carrier in den 1990er Jahren – gleichsam in einer ersten Phase nach der Privatisierung der Telefondienste in den meisten OECD-Staaten – »inhaltliche Zurückhaltung« (Coy 1998: 141) und wahrten Neutralität gegenüber den transportierten Inhalten. Doch gehen die Konzerne mit der Marktreife und Marktdurchdringung von jüngeren Technologien des DPI-basierten Netzwerkmanagements nun dazu über, erweiterte Renditequellen zu erschließen. Künftig sollen Datenströme gegen Aufpreis auf der Grundlage einer Klassifizierung nach Herkunft, Anwendung und Inhalt priorisiert behandelt werden. Der diskriminierungsfreie Informationsfluss im Netz wäre aufgehoben. Ein Geflecht aus Vorzugsbehandlung und Bevormundung von Anwendungen, Diensten und Inhalten in Abhängigkeit von Geschäftsinteressen, Finanzkraft und Einkommen träte an seine Stelle. Zugleich entstünden neue Interessenskonvergenzen: Die durch unterschiedliche Ausgangssituationen geprägten Geschäftskonstellationen von Netzbetreibern und Rechteverwertern näherten sich einander an.

Ähnliche Tendenzen zeichnen sich auf dem Feld des jüngsten Expansionspfads des Netzes ab. Marktführer Apple setzt bei Smartphones, Tablet-Computern und Apps für das mobile Internet auf proprietäre Lösungen – sprich: eigentumsrechtlich abgesicherte Hard- und Softwaretechnologien. Über den Zugang zu den Inhalten wacht der Konzern selbst. Die Regeln, wer welche Programme über den App Store und entsprechende Hardware verbreiten darf, sind strikt und nach den unternehmenseigenen Geschäftsbedingungen grundsätzlich variabel (Kurz/Rieger 2011: 106). Sie folgen in den Augen von Beobachtern wahlweise den rigiden Moralvorgaben des Konzerns oder aber den Verwertungsinteressen aus der engen Geschäftsverbindung von Apples langjährigem Vorstandsvorsitzenden mit Hollywoods Walt Disney Company. Nach dem Motto: *We sell, and you buy*, ist es zunehmend Ein-Weg-Kommunikation, die den Nutzerinnen und Nutzern hier begegnet. Digital eingezäunt darf vom Produkt nur kosten,

wer Einlass erhält in die kapitalistisch eingehegten Architekturen. Der Geschäftsstrategie eines *Walled Garden* folgt ebenso der Social Network-Riese Facebook. Information und Kommunikation werden in dessen »Universum« innerhalb eines weitgehend geschlossenen Systems abgewickelt – mit dem kommoden Nebeneffekt, das »Online-Dasein« außerhalb desselben tendenziell überflüssig zu machen (ebd.: 94). Im Gegensatz dazu setzt Google demonstrativ auf die Offenheit des Netzes und auf offene Systemplattformen.

Das Geschäftsmodell des vielkritisierten mächtigsten Internet-Konzerns der Welt, der wie kein anderer die Idee des Netzes zu verkörpern scheint, kann im Kern als in Äquidistanz zu den Polen von Content und Transport stehend analysiert werden (Wu 2010: 283/284). Sein Erfolg basiert darauf, das Chaos im World Wide Web zu organisieren und für den Einzelnen nutzbar zu machen. Doch was sich lange als Vorteil bewährte, wird zunehmend zu Googles wunden Punkt. Der Verzicht auf den Betrieb von Transportinfrastruktur und die Produktion von Content macht den Konzern unter den Bedingungen eines verschärften Wettbewerbs mit kaum weniger mächtigen Akteuren angreifbar. Infrastruktur-, Urheberrechts- und Geräteindustrie bilden in einer fortgeschrittenen Informationsökonomie mit Monopolisierungstendenzen »natürliche Verbündete« (ebd.: 290). Ein vertikales Konglomerat aus Hollywoods Inhalten, AT&Ts Netzen und Apples Maschinen setzte verlockende Aussichten auf erweiterte Revenuen frei und vollzöge im 21. Jahrhundert lediglich jene Prozesse von Konzentration und Zentralisation nach, die Film-, Radio- und Telefonindustrie jeweils für sich im Rahmen des ökonomischen Zyklus bereits im 20. Jahrhundert durchliefen (ebd.: 296/297). Inwieweit Googles Einstieg in den Aufbau eines eigenen Glasfasernetzes, das Abkommen mit dem Netzbetreiber Verizon (beide 2010), die Übernahme von Motorola Mobility sowie die Einführung des Facebook-Doubles Google+ (beide 2011) im Rahmen einer konkurrenzgetriebenen Entwicklung bereits das stillschweigende Eingeständnis beinhalten, die Offenheit des Netzes nicht auf Dauer behaupten zu können, verbleibt bis auf weiteres in der strategischen Verantwortung des Konzerns und zugleich nicht umstandslos abzuwarten.

Auch andernorts wird konzediert, dass sich der maßgebende Entwicklungspfad des Netzes im Rahmen des regulären ökonomischen Verwertungszyklus von einer freien, prinzipiell offenen Plattform hin zu einem geschlossenen, proprietären Medium vollzieht und mit ihm die »Medienmogule alten Stils« (Anderson / Wolff 2010) in neuem Gewand zurückkehrten. Die fortschreitende Kommerzialisierung von digitaler Information und Kommunikation lässt die Trennung vormals gesonderter Mediengattungen und Branchen erodieren. In einem Prozess sich herausbildender Konglomerate einer digitalen Kulturindustrie aus Content-Verwertern, Netzbetreibern, Technologie- und Diensteanbietern steht das Netz »an der Schwelle zu einer weiteren institutionellen Metamorphose« (Schiller 2007: 144), seiner Entwicklung hin zu einem allgegenwärtigen Verkaufs- und Kontrollraum.

IV.

Tatsächlich muss die praktizierte und noch bestehende Offenheit des Netzes als »kontingent« (Goldsmith / Wu 2008: 184) angesehen werden. Obgleich sie nicht als Wesensnotwendigkeit zu begründen ist, bleibt sie politisch möglich. Darauf reflektiert in besonderer Dringlichkeit ebenfalls ein Mahnruf von Tim Berners-Lee. Die konkreten Bedrohungen auflistend – Einzäunung und Abschottung von Informationen in Sozialen Netzwerken, Smartphones und Pads; Drosselung und Unterbindung des Zugangs zu rivalisierenden Diensten im mobilen Internet; fortschreitende Überwachungszugriffe auf die Informationsinfrastruktur durch autoritäre ebenso wie durch demokratische Regierungen –, konstatiert er: »Sollten wir, die Nutzer des Netzes, diese und andere Tendenzen weiterhin ungehindert an uns vorbeiziehen lassen, zerbricht das Netz in fragmentierte Inseln. Wir verlören die Freiheit zur Vernetzung mit den Webseiten unserer Wahl.« (Berners-Lee 2010) Auf die Frage, warum das die Nutzerinnen und Nutzer tangieren sollte, antwortet der Begründer des World Wide Web: »Weil das Netz euch gehört. Es ist eine öffentliche Ressource, auf die ihr, eure Wirtschaft, euer Gemeinwesen und eure Regierung angewiesen seid. Das Netz ist ebenso unverzichtbar für die Demokratie – ein Kommunikationskanal, der ein kontinuierliches weltweites Gespräch ermöglicht.« (ebd.)

Bereinigt vom emphatischen Überhang und idealistischen Impetus verbleibt in Berners-Lees Aussagen der Hinweis auf das Netz als öffentliche Ressource, die implizite Aufforderung zur Revitalisierung und Zurückgewinnung des öffentlichen Raums Internet.

Nicht grundlos scheint an dieser Stelle die Eigentumsfrage auf. Die ausgreifende Landnahme auf dem Gebiet der Kommunikations- und künftigen Akkumulationsressource Wissen–Information–Daten wird von den Vertretern des aus dem kritischen Teil eines grundlegend offeneren US-Wissenschaftsmilieus entstammenden, in Europa weitgehend noch randständigen Diskurses über *Digital Commons* als »zweite Einhegungsbewegung« (Boyle 2003: 37) benannt. Nach der Einhegung und gewaltsamen Umwandlung von Gemeindeland in Privateigentum im Vorlauf zur industriellen Revolution erfolgt diesem Befund zufolge heute die »Einhegung der immateriellen Gemeingüter des Geistes« (ebd.). Die Gemeingüter der Kommunikationsrevolution des Netzes werden zur erweiterten Profitgenerierung und zur Verwandlung persönlicher Freiheiten in Waren durch die Unterhaltungsindustrie angeeignet, die sozialen Subjekte gleichsam »*expropriert*«, heißt es an anderer Stelle (Castells 2009: 414). Auch wird aus dieser Denkrichtung darauf verwiesen, dass es aus wohlfahrtsökonomischer Sicht effizienter wäre, digitale Informationen allen potenziellen Nutzerinnen und Nutzern unentgeltlich – oder allenfalls zu Kosten, die ihre Erstellung verursachen – zur Verfügung zu stellen (Benkler 2006: 37). Im Fokus des Commons-Diskurses stehen neue institutionelle Formen nicht-marktvermittelter Produktion und Distribution im digitalen Umfeld. Konträr zum Prozess der Privatisierung und Inwertsetzung von Gemeingütern werden das Recht auf Zugang, Nutzen und Teilen, die Bewahrung des Gemeinguts Wissen und der Erhalt des Gemeinguts Kommunikation proklamiert (Benkler 2006: 60, Hess/Ostrom 2007: 8, Castells 2009: 431).

Das Netz im Sinne einer *Public Domain* oder einer *Common-Pool Resource* als handlungs- und nutzungsoffenen Raum zu gestalten, bedarf neuer institutioneller Formen gesellschaftlicher Teilhabe. Forschungsarbeiten zu Regulationsmodellen von Gemeinressourcen jenseits von Markt und Staat liegen vor, konkretisierende Überlegungen zur institutionellen Gestaltung des komplexen Systems Internet allerdings

befinden sich noch in den Anfängen. Andere Gestaltungsoptionen jenseits von Überwachung und Inwertsetzung bestehen nicht. Eine Revitalisierung und Zurückgewinnung des Netzes als öffentlicher Raum kann angesichts eines globalen Informationsraums nicht über eine Wiederherstellung überlieferter Formen von Staatseigentum bewerkstelligt werden. Neue institutionelle Formen von nicht-marktvermittelter Produktion und Distribution bedürfen ferner neuer Vergütungsmodelle für Wissens-, Kultur- und Informationsproduzenten. Auch hier liegen erste Hervorbringungen zur Ausgestaltung von sozialen Ökonomien im Digitalzeitalter vor. Sie reichen von Beteiligungsmodellen an der Vorfinanzierung neuer Werke mittels *Crowdfunding* bis hin zu unterschiedlichen Vorschlägen zu Systemen der Pauschalvergütung mit individualisierten Verteilungsmechanismen, um eine Anerkennung und Vergütung kreativer Leistungen mit einem Recht auf nicht-kommerzielles Teilen zu vereinbaren. Es sind zugleich Gestaltungsentwürfe in Form einer alternativen Eigentumspolitik. Diese steht konträr zu einem sich herausbildenden informationellen Akkumulationsregime des »digitalen Kapitalismus« (Schiller 2007: 144), dessen Voraussetzungen auf der proprietären und verknappenden Aneignung von Gemeingütern sowie deren Verrechtlichung durch die Schaffung informationeller Eigentumsrechte beruhen. Die Auseinandersetzungen um digitale Commons und die Kämpfe gegen die Überwachung des Netzes sind, ob bewusst oder nicht, folglich zugleich globale Gegenbewegungen zu einer Politik der Privatisierung im Rahmen des sogenannten *Washington Consensus* (Boyle 2003: 51, Castells 2009: 339). Mit ihm wird seit den 1990er Jahren die neoliberale Globalisierung betrieben und mit ihm wurden die kulturellen und informationellen Ressourcen im Prozess fortschreitender Digitalisierung zu gewichtigen Sektoren der Kapitalakkumulation.

V.

Daher stellt sich die Frage: Wo stehen die Piraten im Kampf gegen die informationellen Verwertungsinteressen der Konzerne und um digitale Commons? Die Antwort fällt ambivalent aus. Unzweifelhaft sind sie Teil einer größeren Gegenbewegung zur Errichtung einer informationellen Eigentumsordnung, wie sie paradigmatisch in den weltweiten

Protesten gegen das internationale Handelsabkommen ACTA oder den US-Gesetzesbestrebungen zur Verankerung eines verschärften Urheberrechtsregimes im Netz SOPA (Stop Online Piracy Act) und PIPA (Protect IP Act) im Januar und Februar 2012 hervortrat. Die Eigentumsfrage selbst allerdings wird durch die Piraten nicht gestellt. Außenstehende Beobachter konstatieren zu Recht, dass »Analysen der Funktionsweise von Märkten, auch von kulturellen Märkten, und der sie beherrschenden Kräfte« eine Leerstelle in der politischen Programmatik bilden (Smiers/Schijndel 2012: 56). »Generell«, so heißt es denn auch im Grundsatzprogramm, »sind ein zunehmender Abbau von Monopolen und eine Öffnung der Märkte erklärtes politisches Ziel unserer Partei« (Piratenpartei Deutschland 2013: 13). In der Außenpolitik kämpfen die Piraten seit dem Bochumer Programmparteitag von November 2012 »für offene Märkte und freien Informationsaustausch« (ebd.: 73). »Ferner werden Dumpinglöhne mit der Begründung abgelehnt, sie »verzerren [...] die Wettbewerbsbedingungen innerhalb und zwischen freien Märkten« (ebd.: 67). Freie Konkurrenz, bedeutet das, verwandelt alles in eitel Harmonie. Letztendlich wird die innere Struktur des marktwirtschaftlichen Konkurrenzsystems nicht angetastet und die wirtschaftliche Ordnung als freie Verkehrswirtschaft gerechtfertigt. Differenzen zwischen dem (sozialen) Liberalismus der Piraten und der Ideologie des freien Marktes im Neoliberalismus, insbesondere in seiner deutschen Variante des Ordoliberalismus, sind folglich nicht erkennbar. Entsprechend waren auf dem Parteitag Positionierungen zum generellen Verhältnis zwischen Markt und Staat sowie zur Eigentumsordnung nicht mehrheitsfähig.

Aus diesem Grund finden sich im Programm der Piratenpartei auch keine Hinweise zur Ausgestaltung und Finanzierung von nicht-marktvermittelten, sozialen Ökonomien im Digitalzeitalter – zu Regulationsmodellen von Gemeinressourcen jenseits von Markt und Staat. Zwar wurde an anderer Stelle analytisch der Versuch unternommen, Strukturähnlichkeiten zwischen parteipolitischen Grundsatzpositionen und Prinzipien der Commons herauszuarbeiten. Doch gelang das eben nur unter dem Rubrum: »Auch wenn nicht Commons draufsteht, sind Commons drin« (Constein/Helfrich 2012: 120).

Forderungen nach einem diskriminierungsfreien Zugang zu digitaler Kommunikation, der Gewährleistung der Netzneutralität oder einem Verbot von Deep Packet Inspection allerdings sind auf Basis rein staatlicher Regulierungseingriffe möglich und finden sich in dieser Form im Grundsatzprogramm. Auch im Bereich der Bereitstellung einer Wissens- und Informationsallmende bleibt die Grundidee freier Verfügbarkeit allein auf Entnahmen aus bereits jetzt steuerfinanzierten öffentlichen Mitteln beschränkt. Durch beides wird der Dualismus von Markt und Staat nicht aufgebrochen.

Literatur

Zitationen aus dem Englischen wurden im Text stillschweigend übersetzt und durch Kursivsetzung in Anführungszeichen kenntlich gemacht. Auf den technischen Unterschied zwischen Internet und World Wide Web wurde nicht näher Bezug genommen. Der synonym gebrauchte Begriff »Netz« bezieht sich in Zweifelsfällen auf ersteres. Die Abschnitte I.–IV. basieren auf einer abgewandelten und bearbeiteten Fassung aus: Bisky/Scheele 2013 (CC BY-SA 3.0). Letztes Abfrüdatum für Online-Dokumente in der nachfolgend benannten herangezogenen Literatur war 31. Januar 2013.

AFTRA et al. 2010: Comments of Creative Community Organizations. American Federation of Television and Radio Artists (AFTRA), Directors Guild of America (DGA), International Alliance of Theatrical Stage Employees (IATSE), Motion Picture Association of America (MPAA), National Music Publishers' Association (NMPA), Recording Industry Association of America (RIAA), Screen Actors Guild (SAG) to the United States Intellectual Property Enforcement Coordinator (IPEC). In the Matter of Request for Submissions Regarding Development of a Federal Effort Against Intellectual Property Infringement, March 24. URL: www.mpaa.org/Resources/

Anderson, Chris/Wolff, Michael 2010: The Web Is Dead. Long Live the Internet. Wired, August 17. URL: www.wired.com/magazine/2010/08/ff_webrip/all/1.

Bedner, Mark 2009: Rechtmäßigkeit der »Deep Packet Inspection«. Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet), Universität Kassel. URL: <http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de>

Benkler, Yochai 2006: The Wealth of Networks. How social production transforms markets and freedom, New Haven, London. URL: www.benkler.org/Benkler_Wealth_Of_Networks.pdf.

- Berners-Lee, Tim 2010: Long Live the Web: A Call for Continued Open Standards and Neutrality. *Scientific American*, November 22. URL: www.scientificamerican.com/article.cfm?id=long-live-the-web.
- Bisky, Lothar/Scheele, Jürgen 2013: Vorwort. Kontroll- und Verwertungsinteressen vs. Freiheit und Gleichheit im Netz. In: Jörg Becker: *Die Digitalisierung von Medien und Kultur*, Wiesbaden, S. 7-25. URL: http://blog.die-linke.de/digitalelinke/wp-content/uploads/LB_JS_Kontrollinteressen_final.pdf
- Boyle, James 2003: The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain. In: *Law and Contemporary Problems*, Vol. 66, Winter/Spring, S. 33–74. URL: www.law.duke.edu/pd/papers/boyle.pdf.
- Castells, Manuel 2009: *Communication Power*, New York. URL: www.ufab-cdigital.blog.br/wp-content/uploads/2012/02/Castells-Manuel-Communication-Power-2009.pdf.
- Constein, Daniel/Helfrich, Silke 2012: Commons und Piraten. Eine programmatische Schatzsuche. In: Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.): *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld, S. 113-126.
- Coy, Wolfgang 1998: Media Control – Wer kontrolliert das Internet? Vortrag an der Freien Universität Berlin im Rahmen der Ringvorlesung »Medien – Computer – Realität« am 12.12.1996. In: Sybille Krämer (Hrsg.): *Medien, Computer, Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und Neue Medien*, Frankfurt a. M., S. 133-151. URL: http://waste.informatik.hu-berlin.de/coy/Media_Control_4_97.html.
- Davenport, Thomas H./Prusak, Laurence 1998: *Working Knowledge: How Organizations manage what they Know*, Boston/Mass.
- Fischbach, Rainer 2009: Zensur, technische Kontrolle und Verwertungsinteressen. In: Lothar Bisky/Konstanze Kriese/Jürgen Scheele (Hrsg.): *Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven*, Berlin, S. 109-133. URL: www.rosaluxemburgstiftung.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte-54.pdf.
- Goldhammer, Klaus 2006: Wissensgesellschaft und Informationsgüter aus ökonomischer Sicht. In: Jeanette Hofmann (Hrsg.): *Wissen und Eigentum. Geschichte, Recht und Ökonomie stoffloser Güter*, Bonn, S. 81-106. URL: www.bpb.de/files/MJPQ2J.pdf.
- Goldsmith, Jack/Wu, Tim 2008: *Who Controls the Internet? Illusions of a Borderless World*. With a new Preface, New York, Oxford.
- Hess, Charlotte/Ostrom, Elinor 2007: Introduction: An Overview of the Knowledge Commons. In: Charlotte Hess, Elinor Ostrom (eds.): *Understanding Knowledge as a Commons: From Theory to Practice*, London, S. 3-26. URL: <http://mitpress.mit.edu/books/chapters/0262083574intro1.pdf>.

- Keen, Andrew 2009/2010: What Price Internet? DGA Quarterly, Winter, S.24-27, 76-77. In: Internet Theft. A Collection of Nine Articles from the DGA Quarterly on Issues of Digital Piracy. URL: www.directorsguild.org/internet-theft/DGA-Piracy-Articles.pdf.
- Keen, Andrew 2010: Keeping the Internet Safe. DGA Quarterly, Spring, S.28-30. In: Internet Theft. A Collection of Nine Articles from the DGA Quarterly on Issues of Digital Piracy. URL: www.directorsguild.org/internet-theft/DGA-Piracy-Articles.pdf.
- Kurz, Constanze / Rieger, Frank 2011: Die Datenfresser. Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurückerlangen, Frankfurt a. M.
- Mochalski, Klaus / Schulze, Hendrik 2009: Deep Packet Inspection. Technology, Applications & Net Neutrality. Ipoque White Paper. URL: www.ipoque.com/sites/default/files/mediafiles/documents/white-paper-deep-packet-inspection.pdf.
- Piratenpartei Deutschland 2013: Grundsatzprogramm. 2. Aufl., Berlin. URL: www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2013/01/Piratenpartei_Grundsatzprogramm_Dezember_2012.pdf
- Schiller, Dan 2007: How to Think about Information, Urbana, Chicago.
- Smiers, Joost / Schijndel, Marieke van 2012: Kein Copyright. Vom Machtkampf der Kulturkonzerne um das Urheberrecht, Berlin, Köln.
- UNI Europa 2010: Response to the Public Consultation on the Open Internet and Net Neutrality in Europe, Brussels, September 29. URL: http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomms/doc/library/public_consult/net_neutrality/comments/08industry_social_consumer_orgs_ngos_etc/uni.pdf.
- Wu, Tim 2010: The Master Switch. The Rise and Fall of Information Empires, New York.

MICHAEL WEBER

Neue Chancen für Transparenz und Bürgerbeteiligung durch Einsatz moderner Kommunikationsmethoden

Demokratie in der BRD – Einige Zahlen

Angesichts einer Wahlbeteiligung von ca. 70% bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2009 schien bereits etwa ein Drittel der Wahlberechtigten der Ansicht zu sein, es lohne sich nicht, an dieser Wahl teilzunehmen. Bei den letzten Landtagswahlen fiel das Ergebnis in allen Bundesländern noch deutlich schlechter aus, in einigen Fällen ging die Wahlbeteiligung fast bis auf die Hälfte der Wahlberechtigten zurück, und bei der letzten Europawahl lag sie mit ca. 43% noch einmal darunter.

Handelt es sich bei dieser Entwicklung um Politikverdrossenheit? Gegen eine solche Interpretation spricht, dass sich Bürgerinnen und Bürger immer wieder einmal in außerparlamentarischen Bewegungen lautstark zu Wort melden – oft unter deutlicher Ablehnung der gängigen Politikroutine. Deren Überwindung haben sich die PIRATEN zum Ziel gesetzt, und sie bieten dafür konkrete technische Möglichkeiten an. Ihre Vorschläge ergeben sich u.a. aus der Kritik an Transparenz- und Mitwirkungsdefiziten bisheriger Politik.

Vertrauen und Handlungsspielräume

Repräsentative Demokratie beruht auf der zeitweiligen Delegation von Befugnissen an gewählte Vertreterinnen und Vertreter, die in der Regel von Parteien gestellt werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler sind während der Legislaturperioden eingeschränkt. Ihnen wird also eine Art Vertrauensvorschuss in Kompetenz und Integrität der von ihnen Gewählten abverlangt. Umso schlimmer ist es, wenn dieses Vertrauen enttäuscht wird und in Argwohn umschlägt. In Zeiten des Internets, mit all seinen Möglichkeiten einer allumfassenden Informationsbeschaffung und einer realisierbaren globalen Vernetzung aller Individuen miteinander, bleiben politische Fehlentscheidungen, unlautere Einflussnahmen und andere Fehlleistungen immer seltener unentdeckt. Versuche – nicht nur in der Bundesrepublik – die Netzfreiheit einzuschränken, sind ein Anschlag auf diese neue Chance der Transparenz und weitere grundlegende Informations- und Meinungsfreiheitsrechte. Der Zusammenstoß zwischen neuen Möglichkeiten und deren Behinderung gehörte zu den Gründungsanlässen der Piratenparteien weltweit.

Unter den Bedingungen der Stellvertretung in der repräsentativen Demokratie zählen nicht Millionen Individuen, sondern von ihnen auszuwählende Delegierte, die ihrerseits noch einmal in Parteien sortiert sowie in der Bundesrepublik durch die Fünfprozent-Klausel gefiltert werden und deren Wirkungsmöglichkeiten durch so genannte Sachzwänge eingeengt sind. Dadurch stellt sich Uniformität ein, die polemisch vereinfachend zuweilen als Einparteienherrschaft dargestellt wird.

Eine solche Entwicklung der repräsentativen Demokratie ist geeignet, diese selbst in Frage zu stellen, und es ergibt sich die Frage: Ist das verfügbare Parteienspektrum überhaupt noch repräsentativ für die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger? Die gewachsene gesellschaftliche Bedeutung moderner Kommunikationstechnologien im Zusammenhang mit der rasanten Entwicklung des Internet könnte dem Begriff der Repräsentanz in der Demokratie neue Bedeutung geben: Selbstvertretung statt Stellvertretung.

Diese Möglichkeiten von Alternativen betreffen nicht nur die Verfahren, sondern auch die Inhalte von Politik. Wenn Menschen sich nicht – oder nicht mehr – vertreten fühlen, macht sich dies in der Regel an konkreten Interessen fest, die sie verletzt oder deren Realisierung sie verhindert sehen. Diese Anlässe bezeichne ich im Folgenden als »Steine des Anstoßes«.

Steine des Anstoßes

Ökonomie als Masterplan

Zunehmendes Unbehagen weckt die scheinbare Alternativlosigkeit einer ausschließlich an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientierten Gesellschaft. In dem Maße, in dem die meisten Parteien sich deren Postulaten unterworfen haben, werden ihre programmatischen Inhalte einförmiger. Dies alles findet statt vor dem Hintergrund eines oft fehlinterpretierten und dann auf Sozialsysteme übertragenen Darwinismusverständnisses, bei dem der Begriff Konkurrenz angesichts eines globalen Wettbewerbs in unverhältnismäßiger Weise überbewertet wird, obwohl längst klar ist, dass das Prinzip übergeordneter Kooperation und Symbiose in der Natur langfristig die treibende Entwicklungskraft ist. Immer weniger beachtet wird die Tatsache, dass eine Vielzahl gesellschaftlicher Errungenschaften per Definition nicht im monetären Sinne profitabel sein kann. Eindeutige Beispiele sind das Bildungssystem, die wissenschaftliche Forschung und das Gesundheitssystem. Sollen wir alle diesbezüglichen Aktivitäten auf Sparflamme zurückschrauben, bloß weil sie dem Masterplan einer betriebswirtschaftlich verkürzten Gesellschaftsvorstellung widersprechen? Das Gemeinwohl wird zunehmend auf dem Altar einer Kostenreduktion oder der Gewinnmaximierung von Großunternehmen geopfert – stets mit der Begründung eines Vorteils für die Gesamtwirtschaft. Privatisierungen der Energieerzeugung, gesundheitlicher Einrichtungen, des Post- und Transportwesens haben hinlänglich gezeigt, wohin dies hinsichtlich Preis- und Qualitätsentwicklung langfristig führt.

Indem der Politikbetrieb sich auf diese Alternativlosigkeit eingestellt hat, fordert er aufgrund der sich abzeichnenden verheerenden Folgen Alternativen ungewollt geradezu selber heraus – jenseits seines bisherigen Rahmens.

Parteien als Lobbyvereine

Wo eine Vielzahl von Lösungen gefragt und möglich ist, erscheint die bisherige Einengung von Interessenvertretungen auf Parteien, Verbände und Interessenkartelle nicht zielführend. Die viel beschriebene »Individualisierung« könnte auch eine Entgrenzung der politischen Phantasie, in der sachdienliches Expertenwissen besser zur Geltung kommen kann, bedeuten. Hier setzen die PIRATEN an: sie haben sich bislang erfolgreich einer Schubladen-Vereinfachung beispielsweise vom Typ »Links, Mitte, Rechts« entzogen – ein Hinweis auf ihr Ansinnen, tatsächlich anders zu sein und generell zu fundierten Sachentscheidungen kommen zu wollen. (www.lobbycontrol.de/)

Hinterzimmerpolitik, Geheimverträge, »Beraterpöstchen«

Nichtöffentliche Sitzungen, Geheimverträge zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft (vgl. Verkauf des hessischen Universitätsklinikums Giessen-Marburg an die Rhön AG), bezahlte Tätigkeiten von Mandatsträgern in Berater- oder gar Aufsichtsratspositionen von Großunternehmen – die Liste an Transparenzdefizit lässt sich beliebig ergänzen. Angesichts dieser Verhältnisse muten die Organisationsstrukturen der PIRATEN geradezu exotisch an: Vorstandsämter werden nicht bezahlt, und so manches »Piraten Pad« gibt öffentlich über die Tätigkeiten kommunaler Mandatsträger minutiösen Aufschluss. (www.transparency.de)

Hierarchische Strukturen, Mangel an Mitbestimmung

Zentrale Vorgaben des Parteiengesetzes (PartG) stehen in Widerspruch zu Bestrebungen, eine nicht strikt hierarchisch aufgebaute Parteistruktur etablieren zu wollen. So impliziert §2 Abs. 3, Satz 1 des PartG einen besonderen Führungsanspruch des Vorstandes: »Politische Vereinigungen sind nicht Parteien, wenn [...] die Mitglieder ihres

Vorstandes in der Mehrheit Ausländer sind ...«. §6 Abs. 1 desselben Gesetzes ordnet niedrigere Gebietsverbände den darüberstehenden generell unter: »Die Gebietsverbände regeln ihre Angelegenheiten [...] soweit die Satzung des jeweils nächsthöheren Gebietsverbandes hierüber keine Vorschriften enthält.« In §8 Abs. 1 des PartG wird die Einrichtung des »Führungsorgans Vorstand« generell vorgeschrieben: dieser gehöre zu den »[...] notwendige[n] Organe[n] der Partei [...]«. §9 Abs. 4 legt schließlich eindeutig fest, wie dieser auszusehen hat, es soll nämlich *eine* Person an der Spitze stehen: »Der Parteitag wählt den Vorsitzenden ..., seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes«. Diese Bestimmung scheint immerhin so weit interpretierbar, das »Bündnis 90/Die Grünen« sowie die Partei »Die Linke« Doppelspitzen haben – aber es bleiben »Spitzen« im Sinne einer gewissen Hierarchisierung. (www.gesetze-im-internet.de/partg)

Solche Vorgaben machen es generell schwierig, alternative Organisationsformen zu entwickeln, die ein höheres Maß an Mitbestimmung ermöglichen könnten, ohne sich in einen nicht rechtskonformen Raum zu begeben. Auch die PIRATEN haben hier bislang kein Patentrezept gefunden, deklarieren aber ihre Vorstände als reine Verwaltungs- und nicht als Führungssämer und bemühen sich auch sonst um möglichst flache Hierarchien und den Erhalt eines Maximums an direkter Entscheidungsbefugnis des Individuums. Deutlich sichtbar wird dies beispielsweise an der Abschaffung des in anderen Parteien existierenden Delegiertensystems für überörtliche Parteitage.

Andere Partizipationsmängel, zu finden vornehmlich auf Landes- bzw. Kommunenebene, betreffen die Gesetze zu Volks- und Bürgerbegehren, also gerade diejenigen Mechanismen, die eine direkte Einflussnahme ermöglichen sollen. Hier sind erstens die Themen beschränkt, auf die die Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen können. So ist es beispielsweise oft untersagt, haushaltsrelevante Änderungen vorzuschlagen, dabei ist doch gerade der Finanzhaushalt von zentraler Bedeutung. Zweitens sind die Erfolgshürden in den meisten Fällen so hoch angesetzt, dass das entsprechende Begehren kaum Aussicht auf Erfolg hat. Es entsteht daher der unangenehme Eindruck, diese von der Idee her äußerst mächtigen basisdemokratischen Einfügungen in die Rechts-

ordnung seien eher aus kosmetischen Gründen integriert worden und nicht, um tatsächlich in der täglichen demokratischen Praxis eingesetzt zu werden. Sie böten nämlich durchaus die Chance, dass Bürgerinnen und Bürger korrigierend und sogar vorgehend in die Aktivitäten »ihrer« Politiker eingriffen. (www.mehr-demokratie.de/5972.html)

Reglementierung der Kommunikations- und Informationsfreiheit

Von zentraler Bedeutung für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ist ein für alle Menschen gleichberechtigt verfügbarer und unkontrollierter Zugang zu Informationen und Wissen. Jeglicher Versuch, diesen Zugang zu reglementieren – unter welchem Vorwand auch immer –, wird zwangsläufig zu Protest führen. Solche Vorstöße hat es mehrfach in der Vergangenheit gegeben, wodurch breiter Unmut provoziert wurde.

Der demokratische Kern der angeblichen Politikverdrossenheit

Zusammengefasst kann man zu dem Schluss kommen, dass in der Bundesrepublik nicht etwa eine *Politikverdrossenheit* im Sinne eines Desinteresses an politischen Entscheidungen besteht, sondern vielmehr die tägliche Praxis der Demokratie durch die Parteien bzw. ihre Vertreterinnen und Vertreter zu einer *Parteienverdrossenheit* geführt hat. Wenn dies korrekt ist, dann wird die Nichtwählerschaft nur durch eine Partei zu mobilisieren sein, die völlig andere Organisationsstrukturen aufweist, ein Maximum an Transparenz bietet und es versteht, wirklich allen eine Mitgestaltung zu ermöglichen.

Einige Lösungsansätze

Umfassende Transparenz und breite Mitgestaltungsmöglichkeiten bei allen politischen Entscheidungsprozessen stehen bei den PIRATEN im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Der in der aktuellen Politiklandschaft bestehende Mangel an diesen beiden einfach nachvollziehbaren Kernzielen wird von ihnen als primäre Ursache des Gesamtproblems identifiziert. Zur Lösung dieser Missstände haben die PIRATEN eine

Reihe relativ einfacher Schlüsseltechnologien entweder aus externen Quellen übernommen, oftmals weiterentwickelt oder selbst *de novo* an den Start gebracht und deren alltägliche Praktizierung weitgehend perfektioniert. Im Folgenden wird eine kurze Übersicht der eingesetzten Techniken zusammengestellt, in der Hoffnung, dass sie breitest mögliche Nachahmung finden mögen. Dabei sollte keinesfalls aus den Augen verloren werden, dass es nicht etwa um Technik als Selbstzweck geht, sondern um ihre gezielte Nutzung als Mittel zur Erreichung eines gesellschaftspolitischen Ziels. Dieses besteht darin, zunächst im Rahmen der existierenden Verfassungsvorgaben einer repräsentativen Demokratie möglichst rasch mehr Möglichkeiten für direktdemokratische Beteiligungen auf Ebene des Individuums zu schaffen, d. h. ohne dies primär über umfangreiche, möglicherweise sogar problematische Verfassungsänderungen herbeizuführen. Man könnte also als Anspruch den Versuch einer Harmonisierung der Vorteile beider Systeme, des repräsentativen und des plebiszitären Ansatzes, formulieren.

Online VideoStreaming

Die Teilnahme an Parteitag, Workshops und anderen Versammlungen und Veranstaltungen ist eine grundsätzliche Voraussetzung für die demokratische Teilhabe an politischen Prozessen. Räumlichkeiten, um solche Versammlungen insbesondere mit vielen Teilnehmern durchführen zu können, sind schwer zu finden, kostspielig und oft weit entfernt vom eigenen Lebensmittelpunkt. Durch diese Rahmenbedingungen findet bereits eine Vorauswahl derjenigen statt, die teilnehmen können: Nur wer mobil ist, Zeit hat und finanziell einigermaßen gut ausgestattet ist, wird durch unmittelbare Präsenz partizipieren können. Und selbst dann bliebe das grundsätzliche Problem des Platzmangels in dem praktisch undenkbar Fall, dass alle Parteimitglieder körperlich anwesend sein könnten, ungelöst. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Parteiengesetz in §9 Abs. 3 vorschreibt, dass rechtsgültige Parteibeschlüsse ausschließlich auf Parteitag gefasst werden können, ist dies ein ernsthaftes Problem. Oder anders formuliert: bereits unsere Gesetzgebung schließt durch seine formalen Vorgaben eine umfassende demokratische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger praktisch aus.

Um diesen Randbedingungen entgegenzuwirken, ermöglichen die PIRATEN ganz im Sinne ihres Transparenz- und Basisbeteiligungsanspruches zumindest eine beobachtende Teilnahme, indem sie weltweit möglichst flächendeckend all ihre Parteitage, Tagungen, Workshops, Kandidateninterviews und sonstigen Versammlungen per Online VideoStream z. B. unter folgenden URLs zur Verfügung stellen: www.piraten-streaming.de, www.youtube.com/user/Piratenpartei

Auch wenn dieses Angebot in seiner zusätzlichen Breitenwirkung wiederum auf diejenigen beschränkt ist, die Zugang zum Internet haben, so erreicht es insgesamt sicherlich wesentlich mehr Menschen als ein klassischer Parteitag oder eine Betrachtung durch die informationsfilternden oder gar -modulierenden Augen retrospektiver Presseberichte. Ein eindeutiger erster Schritt also in Richtung mehr Transparenz und Teilhabe. Hinzu kommen aktuelle Überlegungen innerhalb der PIRATEN, einen ständigen Parteitag zu etablieren.

Doodle und PiratenPad

Ebenso wie der Besuch öffentlicher Veranstaltungen ist auch das Schreiben von Texten, beispielsweise Parlamentsanträgen, Presseerklärungen etc. Problemen ausgesetzt, wie etwa der simplen Koordination zur Terminfindung oder der grundsätzlichen Unmöglichkeit, weit voneinander entfernt lebende Menschen zur selben Zeit an einen Tisch zu bekommen – insbesondere, wenn es derer viele sind. Zur Lösung dieser beiden Schwierigkeiten bedienen sich die PIRATEN zweier Internetwerkzeuge: des völlig PIRATEN-unabhängigen »Doodles« zur Terminfindung und des ursprünglich auf der externen Entwicklung »EtherPad« basierenden »PiratenPads« zur Simultanbearbeitung von Texten durch Menschen, die sich problemlos an unterschiedlichen Orten der Welt – auch in anderen Zeitzonen – aufhalten können. Jeder Koautor eines Textes, ob anonym oder personalisiert teilnehmend, erhält im »PiratenPad« eine andere Schriftfarbe, die es ermöglicht, mit vielen Menschen gleichzeitig einen Text zu entwerfen und zeitgleich zu verfolgen, wie sich dieser entwickelt: ein essentielles Werkzeug moderner Demokratie, das aus dem PIRATEN-Alltag nicht mehr wegzudenken ist und inzwischen die Grundlage für die Mehr-

zahl offizieller Antragstexte darstellt. Zwischenstände sind analog zu Wikipedia abspeicherbar und können jederzeit wieder hergestellt werden. Aus diesem Grund ist es auch unproblematisch, ja im Sinne transparenter Mitgestaltung geradezu erwünscht, »PiratenPads« öffentlich zugänglich anzulegen, da auf diese Weise die Zahl der Beteiligten weiter erhöht werden kann. Diese Praxis steht in krassem Gegensatz zur Hinterzimmerpolitik etablierter Altparteien. (www.doodle.com, <http://etherpad.org>, www.piratenpad.de)

Virtuelles Meinungsbild (»vMB«)

Demokratie lebt nicht nur von der gleichberechtigten Formulierung gemeinsamer Konzepte, sondern erfordert letztlich eine offizielle Legitimation derselben durch Zustimmung einer Mehrheit möglichst aller Betroffenen. In Zeiten des Internets haben wir die technischen Hürden zur Befragung und Vernetzung aller Bürgerinnen und Bürger prinzipiell überwunden, auch wenn es bezüglich Datenübertragungssicherheit und -manipulierbarkeit sicherlich noch etliche offene Fragen gibt. Diese neuen Kommunikationsmöglichkeiten sind einer der Gründe, warum sich die PIRATEN konsequent dafür einsetzen, dass der freie Zugang zu einem freien, unmanipulierten Internet ein Grundrecht aller Menschen werden muss, wie es beispielsweise in Finnland längst der Fall ist. Um diese Möglichkeiten konsequent im Sinne einer breiten, demokratischen Basisbeteiligung an politischen Entscheidungsfindungen einsetzen zu können, haben die PIRATEN ein Online-Umfragesystem zur Einholung virtueller Meinungsbilder entworfen. Das »vMB« basiert auf einer Weiterentwicklung der Software »LimeSurvey«, welche bei Online-Umfragen sehr häufig eingesetzt wird. Die Weiterentwicklung beruht dabei auf einem eigenen Design und einer Vereinfachung der Administrationsschnittstelle, vor allem aber auf der Anonymisierung jedes individuellen Teilnehmersvotums und der Möglichkeit, das Votum im Verlauf einer Umfragedauer beliebig ändern zu können. In der Praxis versendet beispielsweise eine Person mit Zugriff auf die eMail-Adressen eines PIRATEN-Kreisverbandes im Rahmen eines »vMBs« eine Umfrage an alle Adressaten. Jede als Mitglied registrierte eMail-Adresse erhält

in der Folge eine eMail mit einem einzigartigen Internet-Token, d.h. einer Webadresse, die nach Anklicken die Teilnahme an der Umfrage ermöglicht. Die ursprünglichen eMail-Adressen und der jeweils versandte Token werden dabei im Gegensatz zum »LimeSurvey«-System so entkoppelt, dass eine spätere Zuordnung, welcher Token wie abgestimmt hat, nicht mehr auf einen eMail-Adressaten zurückzuführen ist. Als Ergebnis dieses Prozesses kann jeder Registrierte an Umfragen beteiligt werden und erhält abschließend eine Webadresse mit einer statistischen Auswertung nebst grafischer Aufbereitung. Natürlich werden diese »vMBs« nicht etwa »von oben herab«, also aus der Vorstandsebene heraus, durchgeführt, sondern können von jedem initiiert werden. (<https://github.com/Piratenpartei/vmb>, <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Meinungsbild-Tool>, www.limesurvey.org)

Mumble und TELKO

Gemeinsame Konzeptentwicklungen, beispielsweise in Form von Antragstextentwürfen auf Basis des oben skizzierten »Piraten Pads«, lassen sich erheblich beschleunigen und auch inhaltlich verbessern, wenn die dezentral lokalisierten Beteiligten noch während der Textbearbeitung von zu Hause aus untereinander verbal kommunizieren können. Zu diesem Zweck setzen die PIRATEN routinemäßig die freie und kostenlose Sprachkonferenzsoftware »Mumble« ein und betreiben als zusätzliche Alternative eigene Telekommunikationsserver, auf die man sich entweder über einen SIP-Client per Computer oder mit einem klassischen Telefon einwählen kann. Bei Verwendung von computerverbundenen Headsets bleiben mit Hilfe dieser Technologien beide Hände frei für ein bequemes Arbeiten an Tastatur und Bildschirm. Die klassische Telekommunikation (»TELKO«) wurde gezielt etabliert, um auch Interessenten ohne Computer bzw. Internetzugang eine Mitwirkung zu ermöglichen. Selbstverständlich werden »TELKO« und »Mumble« routinemäßig auch für andere Zwecke eingesetzt, wie beispielsweise für Vorstandssitzungen oder sonstige Besprechungen, für die das Vereinbaren eines Treffens schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist. Auf diese Weise ist es unter PIRATEN eine Selbstverständlichkeit, dass man sich als reguläres Parteimitglied problemlos in die

Besprechungen des Bundesvorstands in Berlin einschalten kann, auch wenn man selbst in Frankfurt wohnt. Da die Termine für »TELKOS« bzw. »Mumble«-Diskussionen hier ganz im Sinne einer breiten Transparenz ebenfalls öffentlich, nämlich im Internet, bekannt gegeben werden, ist auch die Teilnahme von Nichtparteimitgliedern möglich – und übrigens auch erwünscht. Danach wird man bei den etablierten Parteien bislang vergeblich suchen. (<http://mumble.sourceforge.net>, <http://wiki.piratenpartei.de/Mumble>, <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Telefonkonferenz>)

LiquidFeedback

Ein Kernproblem in der öffentlichen Wahrnehmung des demokratischen Systems der BRD liegt in den dramatisch unterbelichteten Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten: »Die da oben machen sowieso, was sie wollen« ist landläufiger Tenor. Zur Behebung dieses Missstandes wäre in der Konsequenz entweder eine Verbesserung der bestehenden (Volks- und Bürgerbegehrengesetze) oder die Einführung neuer rechtlicher Regelungen in Richtung Direktdemokratie zu erwarten, wie sie beispielsweise in der Schweiz praktiziert werden. Die PIRATEN haben in diesem Kontext eine Software entwickelt, die sie »LiquidFeedback« (fließende Rückmeldung) nennen und zu der jedes Parteimitglied Zugang erhalten soll. Hierbei handelt es sich um ein Meinungsbildungswerkzeug, dem das Konzept der »Liquid Democracy« zugrunde liegt, also einer Mischform aus repräsentativer und direkter Demokratie, dessen Ziel es ist, die Vorteile beider Ansätze zu vereinen. Im Gegensatz zum virtuellen Meinungsbild kommt beim »LiquidFeedback« nicht etwa eine statische Textvorlage zur Abstimmung, sondern den Teilnehmern wird ermöglicht, Änderungen des ursprünglichen Antragstextes vorzuschlagen. Der Verfasser oder die Verfasserin des Konzeptes hat dann die Möglichkeit, die Änderungsvorschläge in den Entwurf einzuarbeiten und bekommt durch diesen Rückmeldeprozess die Chance, seine bzw. ihre Idee zu verfeinern und weitere Unterstützer für die Initiative zu sammeln, bevor sie schließlich abgestimmt wird. Ein weiteres Element dieses Systems ist die Möglichkeit der Stimmendelegation. Jedem Menschen rein technisch

die Chance zur direkten Mitbestimmung einzuräumen, löst nicht das Problem fehlender Sachkompetenz oder fehlender Zeit, sich in ein Thema detailliert einzuarbeiten. Gerade diese beiden Aspekte sind ernstzunehmende Kontraindikatoren für die Verfechter eines radikal-demokratischen Verfassungsanspruches. »LiquidFeedback« setzt deshalb darauf, dass seine Benutzer ihre Stimme dynamisch auf andere Personen ihres Vertrauens übertragen können. Dynamisch bedeutet, dass eine zeitlich frei wählbare und auch themenbezogene Übertragung der eigenen Abstimmungsbefugnis möglich ist, um beispielsweise Zeitmangel und Sachkenntnisdefizite in Einzelfragen zu kompensieren, ohne dabei zu riskieren, dass die »eigene« Stimme verloren geht. Kritiker bemängeln derzeit die noch gewöhnungsbedürftige Benutzerschnittstelle und Effekte, die durch Kettendelegationen von Stimmen entstehen können und einzelnen eine übermäßig hohe Stimmenzahl übertragen. Inzwischen wird »LiquidFeedback« unter der Bezeichnung »LiquidFriesland« erfolgreich im Landkreis Friesland eingesetzt, womit erste Denkansätze der PIRATEN praktischen Einzug in unser demokratisches System gehalten haben. (<http://liquidfeedback.org>, www.liquid-friesland.de, www.friesland.de/internet)

Neben den rein technischen Hilfswerkzeugen haben die PIRATEN auch andere Arbeitsprinzipien zu bieten, von denen – abgesehen von der oben schon erwähnten Abschaffung eines Delegiertensystems zugunsten des Erhalts direkter anstelle rein repräsentativer (und damit manipulierbarer) Entscheidungskompetenz – hier abschließend noch zwei kurz angesprochen werden sollen.

Wahlmodus

Zurückgehend auf einen Vorschlag aus Marburg setzen die PIRATEN das Prinzip der »Wahl durch Zustimmung« ein. Bei diesem Verfahren besteht die Möglichkeit, für beliebig viele Kandidaten zu stimmen. Es wird nicht mehr ein Kandidat bzw. eine Kandidatin oberster Präferenz gewählt, sondern alle, die akzeptabel erscheinen. Der- bzw. diejenige mit den meisten Stimmen ist dann gewählt. Bei der sonst üblichen Möglichkeit, nur einen Kandidaten wählen zu können, kann durch die Wahlarithmetik der am meisten polarisierende gewinnen, während bei

der Wahl durch Zustimmung eher der beliebteste gewinnt. Das System ist bemerkenswert taktikresistent. (http://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_durch_Zustimmung, www.wissenschaft-online.de/statisch/praesident.php)

Schwarmintelligenz

Hinter dem radikaldemokratischen Anspruch einer Basisdemokratie, also dem Verlangen nach gleichberechtigter Befragung und Mitbestimmung aller, steht neben dem grundlegenden Gleichheitsverständnis zusätzlich die Hoffnung auf ein Prinzip, das in den letzten Jahren oft etwas salopp mit dem Begriff »Schwarmintelligenz« oder »Weisheit der Vielen« umschrieben wird. Diesem unterliegt die einfache mathematische Gewissheit, dass die Wahrscheinlichkeit, auf eine Frage die korrekte Antwort zu bekommen, schlicht mit der Zahl der Befragten steigt. Leider wirft dieses Prinzip in der Praxis u. a. das Problem des Herausfilterns der korrekten Antwort aus dem Pulk auf. Gelöst werden kann diese Schwierigkeit durch untereinander vernetzte Informationsrückkopplungs- und -begutachtungsmechanismen. Zusammen genommen ergibt sich dann ein Gesamtsystem, dessen Fähigkeiten ohne jede Form einer zentralisierten Oberaufsicht besser sind als die Summe seiner Teile.

Fazit

Wer Privilegien und real bestehende Mängel rechtfertigen will, beruft sich oft auf so genannte Sachzwänge. Zum Beispiel: In der Demokratie müsse notwendig eine Art Stellvertreterprinzip gelten, da Kompetenz eben ungleich verteilt sei und nicht alle Menschen gleichermaßen am politischen Prozess teilnehmen können. Es mag andere – gute und weniger gute – Argumente für eine vorwiegend repräsentative Demokratie geben. Doch ihre Befürworterinnen und Befürworter sollten sich nicht hinter technischen Vorwänden verstecken.

Bis heute stehen sich zwei Auffassungen gegenüber: Repräsentative und eher plebiszitäre Demokratie. Ihre Vorzüge und Nachteile müssen

tatsächlich in erster Linie in der politischen Debatte geklärt werden. Die oben stehenden Überlegungen sehen sich dem Prinzip einer radikalen Demokratie verpflichtet, bei dem Menschen sich möglichst wenig durch andere vertreten lassen, sondern sich selbst vertreten. Von dieser Vorentscheidung ausgehend, sie aber nicht noch einmal *in extenso* begründend, habe ich versucht, eine Auswahl der Innovationen vorzustellen, vermittels derer die PIRATEN den Vorwand, der gegenwärtige, nämlich in erster Linie am Repräsentationsprinzip orientierte Zustand der Demokratie sei alternativlos, zumindest von der technischen Seite zu entkräften unternehmen.

Durch den kreativen und systematischen Einsatz der oben skizzierten internetbasierten Kommunikationstechnologien haben die PIRATEN und ihre Wegbereiter bereits heute deutliche Spuren bezüglich praktischer Möglichkeiten zur Weiterentwicklung unseres demokratischen Systems hin zu mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten in der BRD hinterlassen. Ein ganz wesentlicher Aspekt hierbei ist in dieser schnelllebigen Zeit die Befähigung des Einzelnen zur vernetzten Teilnahme an politischer Willensbildung von zu Hause aus und mit relativ geringem technischem Aufwand.

Die Tatsache, dass plötzlich vermittels neuerer Technologien, wie z. B. »Twitter«, jede Stimme des »Superorganismus Internet« hörbar wird, enthält selbstverständlich durchaus auch unangenehme Facetten politischen Agierens. So wurde beispielsweise die Diskussionskultur der PIRATEN sowohl auf den Mailinglisten als auch bei »Twitter« immer wieder bemängelt. Soll man diese nun wegen des gelegentlich harschen Tones reglementieren? Ich bin der Ansicht, dass jeder für sich selbst in der Lage sein dürfte, sinnvolle Information von Pöbelei zu unterscheiden. Auch ist der bemängelte Diskussionsstil nach meinen Erfahrungen nicht spezifisch für die PIRATEN, sondern eher ein generelles Phänomen dieser Kommunikationstechnologien. Vor allem aber sollte man einen Aspekt nicht unterschätzen: Es gibt durchaus Menschen, die sich nur im Schutz der vermeintlichen Anonymität des Netzes trauen, Dinge auszusprechen oder sich überhaupt zu beteiligen – oft mit interessanten Ansätzen und ganz im Sinne des oben angesprochenen Schlagwortes »Schwarmintelligenz«.

Ausblick – Wohin kann die Reise gehen?

Unser demokratisches System ist nicht statisch. Es kann geändert werden und bedarf der Verbesserung. Sind wir aber wirklich *ad hoc* reif für eine gleichberechtigte, direkte Mitbestimmung aller? Ich denke, wir sollten zunächst praktische Erfahrungen mit den vielen neuen und interessanten Werkzeugen sammeln, die oben skizziert wurden, und damit ohne die sonst notwendigen Verfassungsänderungen mehr Transparenz und Basisdemokratie in der täglichen Praxis etablieren. Um zu illustrieren, wie so etwas in der praktischen Umsetzung von Kommunalpolitik implementiert werden kann, mag die folgende URL hilfreich sein: <http://wiki.piratenpartei.de/HE:Marburg/StVV-Marburg>

Gleichzeitig wäre es wünschenswert, die direktdemokratischen Elemente, für die unsere jetzige Verfassung teils schon Raum gibt, teils durch künftige Ausweitung noch offener werden kann, zu stärken und dann auch diese im großen Stil einzusetzen, um sozusagen von der Basis der Wählerinnen und Wähler her neue Denkipulse zu geben. Sobald damit genügend Erfahrungen gesammelt wurden und es für uns gleichsam eine Selbstverständlichkeit geworden ist, auch deutlich mehr Zeit in politische Prozesse zu investieren, wäre es eine Überlegung wert, den Ansatz der »Liquid Democracy« tatsächlich auf breiter Ebene zu implementieren. Dazu kann im Vorfeld, wie es ja schon heute geschieht, mit »LiquidFeedback« experimentiert werden, um seine Schwächen zu erkennen und zu beheben. Am Ende steht dann aber eben nicht der einfache Einsatz eines EDV-Werkzeuges, sondern ein tatsächlicher konzeptioneller Paradigmenwechsel in der Politik, bei dem als vordringliche Motive die Etablierung von Themenparlamenten, Bürgern anstelle von Berufspolitikern, sachlich-inhaltliche Interessen statt Machtkalküle, u. v. m. im Vordergrund stehen.

Internetseiten

http://de.wikipedia.org/wiki/Liquid_democracy

[www.bpb.de/apuz/149620/fluessige-betriebssysteme-liquid-democracy-als-demokratische-machtstechnologie,](http://www.bpb.de/apuz/149620/fluessige-betriebssysteme-liquid-democracy-als-demokratische-machtstechnologie)

<https://liqd.net/schwerpunkte/theoretische-grundlagen/liquid-democracy>

DETLEF KANNAPIN

Die »Fix-it-Ideologie« und ihre gesellschaftlichen Grenzen

Im Sommer 2012 hat Jürgen Scheele in einem Beitrag auf »Digitale Linke. Politik in der digitalen Welt!« dankenswerterweise auf einige Punkte aufmerksam gemacht, die in der gesellschaftlichen Diskussion über die Piratenpartei in der Regel kaum reflektiert werden (vgl. Scheele 2012). Es ist zwar oft darüber geredet worden, dass mit den Piraten eine Art »neuer Stil« oder »neues Gefühl« in die Politik eingezogen wäre, ansonsten aber seien ihr Gesellschaftsbegriff nebulös und die Praktikabilität ihrer Vorstellungen bislang unbewiesen. Scheeles Artikel zielt hingegen auf Aspekte, die durchaus im Sinne einer konzeptionellen politischen Strategie verstanden werden können: Zum einen als Anschlusskommunikation für ein Bewegungselbstbewusstsein, das von Netzvordenkern wie Lawrence Lessig über Pseudoquerfrontentwürfe – zwischen Occupy Wall Street und Tea Party Patriots – bis hin zur Technikfaszination aufgrund von Netzaffinität reicht. Zum anderen geht dies einher mit einer kaum kaschierten ideologischen Neutralitätsbekundung. So betont Scheele zum Beispiel zu Recht, dass die Piraten zumindest an ihrer Spitze eine Verortung der Partei im Links-Rechts-Schema ablehnen.

Konkret schreibt Scheele: »Das Binärschema sei nicht mehr zeitgemäß, heißt es entsprechend immer wieder gleichlautend aus der Parteiführung. Sebastian Nerz, von Mai 2011 bis April 2012 Bundesvorsitzender, betrachtete es als ›überkommen‹ (*Deutschlandfunk*,

26.03.2012), sein Nachfolger Bernd Schlömer hält es – zuletzt in einer Diskussionsveranstaltung mit Katja Kipping – für »sinnlos« (*Tagesspiegel*, 04.08.2012). Ihnen allerdings geht es nicht um eine Korrektur des Links-Rechts-Schemas oder eine möglicherweise wissenschaftlich angezeigte Ersetzung durch ein komplexeres Kategoriensystem. Verdeckt werden sollen vielmehr Leerstellen in der eigenen Programmatik und daraus resultierende Differenzen in der Mitgliedschaft.«

Er gibt außerdem zu bedenken: »Die Piraten reflektieren mit ihrer »weder-rechts-noch-links«-Weltanschauung durchaus ein relevantes Unbehagen der Bevölkerung an politischen Entscheidungen. Solche werden als unsachgemäß, weil ideologisch borniert oder eigenmotiviert, wahrgenommen. Die Rechnung über die Finanzkrise aber wird zeigen, wie gerecht die politischen Großströmungen deren Lasten verteilen. Auf der einen – rechten – Seite stehen diejenigen Parteien, die große Kapitalvermögen schützen wollen und dafür die Staatsausgaben und Löhne senken wollen, auf der anderen – linken – Seite jene, die eine Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse anstreben und die Krisenprofiteure zur Verantwortung ziehen wollen. Bildlich gesprochen steht die Piratenpartei vor der Grundsatzentscheidung, ob sie ihre Politik zur Unterstützung der Macht von 1 Prozent oder von 99 Prozent ausrichten will.« (Scheele 2012)

Man muss allerdings festhalten, dass die ideologische Aufweichung des Rechts-Links-Schemas so neu nicht ist. Sie setzte genau zu dem Zeitpunkt ein, als die Automation zur entscheidenden Triebfeder der neuen Produktivkraftentwicklung des fortgeschrittenen Kapitalismus wurde. Erster Ausdruck davon waren bereits Ende der 1960er Jahre Überlegungen zur sogenannten »Technetronic Era«, wie sie beispielhaft von Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter und »graue Eminenz« unter US-Geostrategen, in seinem Buch »Between Two Ages« angestellt worden sind. Darin führte Brzezinski unter anderem aus, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihre technologische Innovationsfähigkeit dafür nutzen sollten, um auf friedlichem Wege und unter Umgehung einer direkten ideologischen Konfrontation mit der Sowjetunion den Vorteil der größeren Flexibilität ihrer Wertegemeinschaft auf dem Gebiet der

wirtschaftlichen Entwicklung zur Geltung zu bringen. Entscheidend war für ihn nicht mehr die ideelle Überzeugungskraft des eigenen Systems, sondern die Schaffung vollendeter Tatsachen durch effizienteren Durchsatz der ökonomischen Ordnung. Er ging richtigerweise davon aus, dass das Mitspielen auf dem gleichen Terrain der Weltmarktaus-einandersetzung die sozialistische Staatengemeinschaft zunächst ins wirtschaftliche Hintertreffen und dann auch in Legitimationsprobleme zwingen würde. Technologische Innovation durch Computerisierung und Kommunikation war dafür das wichtigste Kriterium (vgl. Brzezinski 1970).

Zur erklärten Auflösung des Rechts-Links-Gegensatzes trugen in der Folgezeit weitere Theoreme bei. Zu nennen wären hier der seit mindestens vierzig Jahren andauernde Diskurs über sogenannte »postindustrielle Gesellschaften«, vor allem aber die Herausbildung und Fortschreibung der dezentralen, horizontalen Machtanalytik im Anschluss an Michel Foucault (vgl. zuletzt Foucault 2013). Das Problem beider Theoriestränge ist nicht, dass sie in toto falsch wären, sondern dass sie den Schwerpunkt der Herrschaftskritik verlagert haben: weg von zentralen Ausbeutungskategorien wie lebendiger Arbeitskraft und privater Aneignung von Mehrwert, hin zur Auffächerung und Ausdifferenzierung von Machttechniken, die eine zentrale Lokalisierung von Macht und Herrschaft nicht mehr zulassen (wollen). Der technologische Apparat dient hier als Rahmen (und Begründung) für die Auflösung traditioneller Arbeits- und Lebensbedingungen. Leitfähig konnte dieser Diskurs nur deshalb werden, weil die Grenzen der Kapitalakkumulation durch die elektronische Rationalisierung der Arbeitsabläufe und Arbeitszusammenhänge erneut zugunsten des Kapitals verschoben wurden und es im Gegensatz zur Phase der industriellen Massenproduktion immer weniger durchschnittlich qualifizierter Arbeitskräfte im Fertigungsbereich bedarf. Der Machtfaktor soll sich danach in sogenannte »enthierarchisierte« Strukturen verzogen haben. Globale und soziale Probleme sind, so die Wunschvorstellungen der Postindustrialisten, Postoperaisten und Diskursanalytiker etc., auf dem Wege der möglichst perfekten und nachhaltigen Anwendung technologischer Parameter lösbar.

Unweigerlich wird man hier auf das Phänomen einer »Fix-it-Ideologie« gestoßen. Damit ist, grob gesagt, gemeint, dass alles, was (zeitweise) nicht funktioniert, gestört oder unterbrochen worden ist, durch angepasste technische Lösungen wieder repariert werden kann. »Fix-it« ist eigentlich das Endresultat der Behebung von Programmierfehlern im Softwarebereich, der Verlauf des Behebens selbst wird »bugfixing« genannt. Man unterscheidet dabei Fehlhandlungen, Fehlzustände und Fehlwirkungen, die durch Test und Experiment bereinigt werden. »Fix-it-Ideologie« bezeichnet dann die eindimensionale Übertragung des Reparaturgedankens von der Computeranwendung auf gesellschaftliche Prozesse schlechthin. Der Gedanke ist natürlich verlockend. Je ausgreifender virtuelle Realitäten die soziale Außenwelt beeinflussen oder sogar zum Teil konditionieren, um so tragfähiger sollen virtuelle Lösungen auch im gesellschaftlichen Zusammenleben werden. Warum es sich dabei lediglich um eine zeitgemäße Form von gesellschaftlich notwendigem falschen Bewusstsein handelt, ist zwar relativ leicht durch Deduktion und rationale Interpretation zu durchschauen, verleitet aber dennoch immer wieder zu Fehleinschätzungen über die Funktionsweise von Gesellschaften, wenn zum Beispiel aus der synthetischen Machbarkeit auf die Selbstorganisation von Zielfunktionen, die nur vom Menschen, und zwar ausschließlich, definiert werden können, geschlossen wird.

Nun ist spätestens seit dem »Manifest der Kommunistischen Partei« von Marx und Engels bekannt, dass das wesentliche Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise in der ständigen Revolutionierung der Produktivkräfte (und damit auch der Technik) besteht. Sämtliche Erfindungen für Industrie, Militär und Zivilgesellschaft, die sich als langlebig und Einfluss erheischend erwiesen haben, wurden schon immer von Technikskeptizismus, Kulturpessimismus und Angstsoziologie begleitet, die Erfindung der Eisenbahn genauso wie die Kommunikation per Telefon oder die Raketentechnik. Auf der anderen Seite gab es auch immer die Technikenthusiasten, die jede Neuheit als Offenbarung feierten und von da an das goldene Zeitalter anbrechen sahen. Beide Wege waren in ihrer Absolutheit seit jeher falsch, jedoch hatten die Enthusiasten immer den technologischen

Fortschritt als Bündnispartner im Gepäck und damit in der Öffentlichkeit meist die besseren Karten. Interessant ist, dass die heutige Revolutionierung der Produktivkräfte durch die Industrialisierung der Kommunikation mittels Computer, Digitalisierung und Internet zwar auch ihre Skeptiker beheimatet (von Joseph Weizenbaum bis zu den Germanisten der alten Schule), es jedoch keine substantiellen Aufrufe zum Komplettausstieg aus der sich neu ordnenden Massenkommunikation per Mausclick und 0-1-Dichotomie gibt wie weiland zu Zeiten der Frankfurter Schule. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Erstens erleichtern und erweitern Digitalisierung und Internet das Informationsspektrum derart, dass eine abstrakte Ablehnung dieser Prozesse einfach nur lächerlich wirkt. Zweitens hat die Ideologiekritik der traditionellen Massenmedien wie Presse, Film, Hörfunk und Fernsehen in ihrer spätkapitalistischen Ausprägung (die Massenmedien des Ostens harren bezüglich ihrer Kritik am Informationssystem des Westens weiterhin der Untersuchung) die unkritische Begrüßung der Informationserweiterung im Netz bereits über Jahrzehnte weitläufig vorbereitet, so dass der Versuch (so dringend er wäre), die Kritik wieder an Medieninhalten anzusetzen, mit herkömmlichen Methoden zum Scheitern verurteilt ist. Drittens gibt es eine denkwürdige Parallele von Politik und Technologie durch die Gleichzeitigkeit des Zusammenbruchs der sozialistischen Staatenwelt und der Systematisierung der Internettechnologie am Anfang der 1990er Jahre, just in dem Moment, als der Reformbedarf der kapitalistischen Länder ebenso evident war (wenn auch auf andere Weise) wie im vormals sowjetischen Machtbereich. Zwanzig Jahre nach »Between Two Ages« hatte Brzezinski gewonnen und mit ihm der gesamte Ideologietransport der vorgeblichen Entideologisierung, wodurch, aufgrund des nicht zu übersehenden Wegfalls einer staatlich organisierten Systemalternative zum Kapitalismus, nunmehr ohne Widerspruch das Zeitalter »jenseits von links und rechts« (Anthony Giddens) ausgerufen werden konnte.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es einigermaßen erstaunlich, dass die Gründung der Piratenpartei europaweit erst im Jahre 2006 erfolgte, ist sie doch diejenige politische Gruppierung, die am deut-

lichsten den Entideologisierungsanspruch des Kapitalismus in seiner jetzigen Form verkörpert. Es gibt weder in der Programmatik noch in der politischen Praxis Anklänge an irgendwie begrifflich abgesicherte Bausteine zu Strategien oder Zielen, wie eine Gesellschaft der Zukunft einmal aussehen und auf welchen geistigen und sozialen Traditionen diese basieren soll. Prägend ist eher ein gewisser Spontanpragmatismus, der sich an Gegenwartsbedürfnissen orientiert und darin den Gesamttrend spätkapitalistischer Gesellschaften zu »immerwährender Gegenwart« (Guy Debord) und behaupteter Alternativlosigkeit widerspiegelt (beides soziale Zerfallskriterien, die in der modernen Geschichte schon öfter vorkamen). Die meiste Aufmerksamkeit erreichen die Piraten bislang durch die Befürwortung des technologischen Determinismus der Computerisierung sowie durch die Forderung nach Transparenz in einer radikalen Demokratie.

Die Technikdiskussion verläuft im Prinzip nach dem Schema des historischen Enthusiasmus. Jede neue Möglichkeit der Erleichterung von Tätigkeitsabläufen im Kommunikationsuniversum wird nicht nur einhellig begrüßt, sondern nicht selten als wesentlicher Schritt zur qualitativen Veränderung des sozialen Zusammenlebens hochstilisiert. Rainer Fischbach hat bereits 2005 darauf hingewiesen, dass sich in diesem Diskurs, bezogen auf das Internet als neuer informationeller Infrastruktur, »alte und neue Futuristen« treffen, die bei allen historischen Unterschieden eines einigt, nämlich die unkritische Verwendung des Technikbegriffes als Sturmgeschütz der Problembeseitigung und als Mobilmacher (im Sinne von Ernst Jüngers »totaler Mobilmachung«) der selbstbestimmten Zwangsrekrutierung für die Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft (vgl. Fischbach 2005: 21-66). Dass die Piraten auch zu jenen »neuen Futuristen« gerechnet werden können, ist schwer in Zweifel zu ziehen, wenn man in ihr Grundsatprogramm schaut. Alle bedeutenden Politikfelder sind allein von der Sichtweise der »digitalen Revolution aller Lebensbereiche« und der »rasanten technischen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte« geprägt (vgl. Piratenpartei Deutschland 2013: 7, 11 und passim), ohne den Kontext ihrer Entstehung, die materielle (industrielle) Grundlage der Technologie selbst und die handfesten Verteilungs- und Macht-

konflikte um die soziale Bedeutung von Information und Kommunikation auch nur ansatzweise zu beleuchten, geschweige denn zu durchdringen.

Insofern ist auch nicht unerheblich, dass in den Medien- und Sozialwissenschaften seit einiger Zeit erneut eine Debatte entfacht worden ist, die sich an konservativen bis reaktionären Technikphilosophien in der Nachfolge Heideggers und der französischen Poststrukturalisten abarbeitet, ohne den dialektischen Zusammenhang zwischen Technik und Gesellschaft überhaupt in den Blick zu bekommen (vgl. Hörl 2011). Auch diese Diskussion ist alles andere als neu, vielmehr erscheint sie immer dann am Horizont, wenn der Gesellschaft in einer Umbruchphase die Orientierung verloren geht und die herrschaftskonforme Aufrechterhaltung der Ordnung zum Alpha und Omega der sozialen Gesamtorganisation erklärt wird (vgl. dazu Tiqqun 2007). Es ist davon auszugehen, dass die Pragmatik der Piraten von den Wucherungen einer solchen wissenschaftlichen Reflexion kaum berührt wird.

Vielmehr kann vermutet werden, dass eine naive populärwissenschaftliche Variante des Technikheils Eingang in die Grundsätze der Piraten finden dürfte, wie sie z. B. seit einiger Zeit in dem Buch von Mercedes Bunz zur »Weltveränderung« durch Algorithmen vorliegt (vgl. Bunz 2012). In dieser Abhandlung steht nichts, was auf einen ernsthaften Versuch zur gesellschaftlichen Klassifikation und Einordnung von Digitalisierung und Internet hindeuten würde. Ganz im Gegenteil vermischen sich hier bekannte Fakten mit Behauptungen, in denen die Angstsoziologie durch naturwissenschaftliche Beweishäufung ausgetrieben werden soll. Neu ist allenfalls, dass die Verteilung von Netzwerken auch zur Verteilung der Aufzeichnung von Ereignissen geführt hat (ebd.: 96), was immerhin Konsequenzen für die generelle Vermittlung von Informationsleistungen nach sich zieht. Wie Bunz aber schließlich dazu kommt, die digitale Öffentlichkeit (ob sie bereits realisiert, im Werden oder nur schlicht gesetzt ist, bleibt bei ihr offen) als Ursache für einen angeblich schon in Gang gekommenen fundamentalen Wandel von der repräsentativen zu einer eher partizipatorischen Demokratie zu bezeichnen, ist kaum nachvollzieh-

bar (ebd.: 153). Denn, wie Geert Lovink völlig richtig dagegenhält, muss konstatiert werden, dass digitale Öffentlichkeit in ihren bislang bekannten Formen noch nicht einmal rudimentär die Erosion existierender Machtstrukturen in Angriff genommen hat (vgl. Lovink 2012: 67). Ist es wirklich nötig, mit Rainer Fischbach auf die offenkundige Trivialität hinzuweisen, dass Technik gesellschaftliche Ordnung nicht determiniert, sondern einen gewichtigen Teil der gesellschaftlichen Ordnung darstellt und Resultat gesellschaftlicher Prozesse ist (vgl. Fischbach 2012: 5)? Zumal die Technikerfahrung der meisten Menschen im Anwendungsbereich liegt und daher gar nicht verallgemeinerbar ist (ebd.: 23). Das technologische Bewusstsein der Piraten mag vielleicht über die reine Anwendung hinausreichen, zum Fetisch gerinnt die Technik jedoch gerade dann, wenn allein der »freie Informationsfluss« Mündigkeit schaffen soll (vgl. Piratenpartei Deutschland 2013: 17).

Eine der wesentlichen Forderungen der Piraten ist die »Transparenz des Staatswesens« (ebd.: 23-25). Einmal abgesehen davon, dass der Staatsbegriff keinerlei Konkretisierung hinsichtlich seines inhaltlichen Charakters erfährt und damit auch unklar bleibt, welche Funktionen dem Staat im Kapitalismus zugeschrieben sind, wird Transparenz im Piratendiskurs in der Regel mit Beteiligung und Bürgerrechten gleichgesetzt, was einige problematische Implikationen des Transparenzgedankens verdeckt. Damit stehen die Piraten jedoch nicht allein, da inzwischen nahezu alle politischen Parteien in der Bundesrepublik mit dem Transparenzgebot zu punkten versuchen. Transparenz ist jedoch, wie Meinungsvielfalt, Innovationseffizienz, Kommunikationsfreiheit usw., kein Wert an sich, sondern muss in den gesellschaftlichen Kontext eingebettet werden, in dem Dinge und Verfahren auf die Stichhaltigkeit sozialer Verträglichkeit hin zu prüfen sind. Transparenz im Sinne von Durchsichtigkeit oder Durchlässigkeit hat danach mindestens zwei generelle Schwachstellen, mit denen aber gerade das kapitalistische System sehr gut leben kann: reine Positivität und soziale Fehlverantwortung.

Wie der konservative Medienphilosoph Byung-Chul Han verdeutlicht, erscheint Transparenz inzwischen als »systemischer

Zwang«, der sämtliche gesellschaftlichen Vorgänge erfasst. Weil Transparenz dazu tendiert, gesellschaftliche Prozesse zu beschleunigen und zu operationalisieren, geht damit einerseits ein Abbau von Negativität einher, der eine radikale Infragestellung des politisch-ökonomischen Systems unmöglich werden lässt (Han 2012: 6-7, 16). Andererseits ist Transparenz sozial verantwortungslos, da sie keine Gemeinschaftlichkeit erzeugt, die in der Lage wäre, auf gesellschaftliche Probleme mit sozial ausgleichenden Lösungen zu antworten. Es entstehen hingegen im Fahrwasser transparenter Konstellationen Ansammlungen oder Vielheiten isolierter Individuen, die kaum über spontane Organisationsformen hinausgelangen und daher langfristige Zielsetzungen oder durchdachte Strategien gar nicht mehr artikulieren können (ebd.: 80/81). Wenn nun der Transparenzbefund als abstrakte Forderung erhoben wird, so verstärkt dies den Hang zur Abschließung von Politik, denn eine öffentliche Verhandlung sozialer Probleme wird in dem Moment überflüssig, wo Glaube, Meinung und Diskursneutralität in vollster Transparenz die politische Entscheidung ersetzen (und die dann exakt dort stattfindet, wo kleinste elitäre Exklusivität vorherrscht). Nicht umsonst beschreibt Han die Piraten als unpolitische Partei: »Die Piraten-Partei als Partei der Transparenz setzt die Entwicklung zur *Post-Politik* fort, die einer Entpolitisierung gleichkommt. Sie ist eine Anti-Partei, ja die *erste Partei ohne Farbe*. Die Transparenz hat keine Farbe. Farben sind dort nicht als Ideologien, sondern nur als ideologiefreie *Meinungen* zugelassen. Meinungen sind folgenlos. Sie sind nicht so durchgreifend und durchdringend wie die Ideologien. Ihnen fehlt die durchschlagende Negativität. So lässt die heutige *Meinungsgesellschaft* das bereits Existierende unangetastet. Die Flexibilität der »Liquid Democracy« besteht darin, situativ Farben zu wechseln. Die Piraten-Partei ist eine *farblose Meinungspartei*. Die Politik weicht der Verwaltung gesellschaftlicher Bedürfnisse, die den Rahmen bereits vorhandener sozioökonomischer Verhältnisse unverändert lässt und darin verharrt. Als Anti-Partei ist die Piraten-Partei nicht in der Lage, einen *politischen Willen* zu artikulieren und *neue gesellschaftliche Koordinaten* herzustellen.« (ebd.: 15/16 – Hervorhebungen von Han, D. K.)

Warum sogar die viel gerühmte und als Vorzeigemerkmale ausstellte »Liquid Democracy« allerdings auch aus sich heraus kaum funktionsfähig ist, lässt sich bereits organisationstheoretisch ableiten. Aus kybernetischer Sicht handelt es sich nämlich bei der Basisorientierung auf die Verarbeitung sämtlicher Mitteilungen um ein Rückkopplungsproblem. Georg Klaus formulierte dazu schon 1974: »Ein besonderes Problem ergibt sich bei den informationellen Rückkopplungen. Es ist selbstverständlich unmöglich, alle derartigen Rückkopplungen zur Zentrale hinzuführen und sie zu einer informationellen Einwirkung auf diese leitende Zentrale werden zu lassen. Die Fülle der Informationen würde zu groß und die operative Beweglichkeit der Leitung dadurch entscheidend beeinträchtigt werden. Es muß vielmehr der Vorgang stattfinden, den wir aus der Neurokybernetik sehr wohl kennen, der Vorgang, den wir Informationseinengung nennen.« (Klaus 1974: 295) Die umfassende und vor allem unlimitierte Beteiligung der Basis an allen Entscheidungsprozessen hat eine natürliche Grenze, die nur um den Preis kaum abwägbarer Meinungsanhäufung verschoben oder aber mit dem Ausfall wesentlicher Teilsysteme der Organisation erkaufte werden kann. Ohne jedoch eine entsprechende Ordnungsgröße einzuschalten, die Informationen bündelt und aufbereitet, verhält der Anteil der Basis resonanzlos.

Offenbar auch deshalb mehren sich unterdessen bei den Piraten die Stimmen, die angesichts des schwindenden Einflusses der Partei in der Öffentlichkeit und bei Wahlen ein Umdenken fordern. Die Parteispitze setzte sich zwischenzeitlich für mehr Professionalität und die Konzentration auf Persönlichkeiten ein. Ganz im Sinne der Positivität der »Fix-it-Ideologie« hält der Parteivorsitzende Bernd Schlömer die Politik der Piratenpartei weiterhin für einen »Liberalismus neuerer Art«, zusammengesetzt aus Freiheit, Individualität, Selbstbestimmtheit und »grundsätzlicher Staatsskepsis«, dessen nebulöse Gemeinwohlorientierung er selbst als »Sozialliberalismus« bezeichnet (*Süddeutsche Zeitung*, 1.2.2013). Was daran sozial sein soll, dürfte sein Geheimnis bleiben, ist aber nur konsequent, wenn man bedenkt, in welcher begrifflicher Konfusion sich die Sprache der Politik inzwischen befindet.

Jenseits aller falschen Prämissen der »Fix-it-Ideologie« bliebe noch zu sagen, dass sich im Bereich der informationellen Netzinfrastruktur aus kommunikationsrelevanter Sicht zwei Tagesaufgaben ergeben: Erstens ist mit Geert Lovink darauf zu bestehen, dass eine tragfähige Netzwerktheorie erarbeitet wird, die verteilte Netzwerke als institutionelle Bedingung für »neue gesellschaftliche Koordinaten« begreift (vgl. Lovink 2012: 34/35), ohne allerdings deren organisatorische Ausformung zu vergessen. Zweitens geht es auch darum, theoretische und praktische Verbindungslinien zwischen den traditionellen Massenmedien und den digitalen Medien herzustellen, denn es werden weiterhin alle Kommunikationswege als Herrschafts- bzw. potentielle Emanzipationsinstrumente dahingehend analysiert werden müssen, welchen Stellenwert sie für eine progressive und vernünftige oder regressive und reaktionäre Weiterentwicklung der Gesellschaft haben. Wenn exponentielle Informationsanhäufung und die Beschleunigung der Informationsübertragung sozusagen die phänotypischen (technologischen) Kennzeichen des digitalen Zeitalters sind, dann ist die Kombination von Informationsstress und privatwirtschaftlichem Konkurrenzdruck (vgl. ebd.: 41/42) das genotypische Merkmal der gegenwärtigen Phase des Spätkapitalismus, das sicher nicht durch Entideologisierung, Technikgläubigkeit und Transparenz überwunden werden kann.

Literatur

- Brzezinski 1970 – Zbigniew Brzezinski: *Between Two Ages. America's Role in the Technetronic Era*, New York 1970.
- Bunz 2012 – Mercedes Bunz: *Die stille Revolution. Wie Algorithmen Wissen, Arbeit, Öffentlichkeit und Politik verändern, ohne dabei viel Lärm zu machen*, Berlin 2012.
- Fischbach 2005 – Rainer Fischbach: *Mythos Netz. Kommunikation jenseits von Raum und Zeit?*, Zürich 2005.
- Fischbach 2012 – Rainer Fischbach: *Schöne neue Technikwelt. Ermächtigung oder Überwältigung?*, in: *Humanitas. Beiträge der Geisteswissenschaften*. Vol. 1/2012, S. 1-32.

- Foucault 2013 – Michel Foucault: Schriften zur Medientheorie, Berlin 2013.
- Han 2012 – Byung-Chul Han: Transparenzgesellschaft, Berlin 2012.
- Hörl 2011 – Erich Hörl (Hg.): Die technologische Bedingung. Beiträge zur Beschreibung der technischen Welt, Berlin 2011.
- Klaus 1974 – Georg Klaus: Rationalität – Integration – Information. Entwicklungsgesetze der Wissenschaft in unserer Zeit, Berlin 1974.
- Lovink 2012 – Geert Lovink: Das halbwegs Soziale. Eine Kritik der Vernetzungskultur, Bielefeld 2012.
- Piratenpartei Deutschland 2013 – Grundsatzprogramm Piratenpartei Deutschland, Berlin 2013. www.piratenpartei.de/wp-content/uploads/2013/01/Piratenpartei_Grundsatzprogramm_Dezember_2012.pdf (letzter Zugriff: 28.2.2013).
- Scheele 2012 – Jürgen Scheele: Lawrence Lessig, die Tea Party Patriots und die Piraten. <http://blog.die-linke.de/digitalelinke> (geschrieben 14.8.2012, letzter Zugriff: 5.2.2013).
- Tiqqun 2007 – Tiqqun: Kybernetik und Revolte (2001), Zürich 2007.

MICHAEL PAETAU

Kybernetik und flüssige Demokratie

An anderer Stelle in diesem Band habe ich die Behauptung aufgestellt, dass das für die Piraten in nahezu allen politischen Fragen als richtungsweisend begriffene Zusammenspiel von *Autonomie* und *sozialem Netzwerk*, also das Verhältnis zwischen Independenz und Interdependenz gesellschaftlicher Subjekte und Kollektive, auf ein epistemologisches Feld verweist, das – so meine These – eine ebenso große Rolle für das Verständnis der politischen Strategie der Piraten spielt wie die bereits diskutierten sozio-ökonomischen und wissenskulturellen Faktoren. Ob es sich um Kernthemen der digitalen Kommunikation, Bildung, Geschlechter- und Familienpolitik, Migration oder Demokratie handelt, nahezu überall lassen sich ein Wirklichkeitsverständnis und ein Erkenntnistyp identifizieren, welche starke Parallelen aufweisen zu Denkmustern, die im Diskurs der *Kybernetik* geläufig sind. Diese Art zu denken, die Welt zu beobachten und Kriterien dafür zu entwerfen, was wichtig und was unwichtig, was als wünschenswert oder was als kritikwürdig angesehen wird oder – wenn man will – was als emanzipativ und was als oppressiv bewertet wird, hat – so meine These – als Resultat bestimmter sozio-ökonomischer und wissenskultureller Faktoren innerhalb der parteiinternen Kommunikationen einen hegemonialen Status erlangt und bestimmt als

grundlegendes Muster die Herangehensweise der Piraten an politische Fragen.¹

Sieht man sich die relevanten Dokumente der Piratenpartei an, so fällt auf, dass es ja weder der Entwurf einer zukünftig anzustrebenden idealen Gesellschaft ist, der als politischer Orientierungspunkt fungiert, noch eine gesellschaftstheoretische Analyse, mit deren Hilfe man die Entwicklungswidersprüche der sogenannten digitalen Revolution kohärent analysieren könnte. Stattdessen wird zunächst sehr vorsichtig und relativ indifferent von einem *Gefährdungspotenzial* gesprochen, das die »Würde und Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise« bedroht (Präambel des Grundsatzprogramms 2013). Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre werden als politische Eckpfeiler genannt, mit denen diese Gefährdungen bekämpft werden sollen.

Es ist aber keinesfalls das Lied einer zwanglos nebeneinander existierenden Pluralität unterschiedlicher Lebensformen und Subjektpositionen, das hier von den Piraten gesungen wird, sondern – ganz im Gegenteil – es werden dominante gesellschaftliche Festlegungen dafür verantwortlich gemacht, dass die Entfaltungsrealität der Subjekte hinter dem zurückbleibt, was sozial, ökonomisch und technisch möglich wäre. Und dabei wird auch nicht übersehen, dass es nicht (nur) gesellschaftliche Zwangseffekte sind, die diese Situation erzeugen, sondern auch (und möglicherweise vor allem) *hegemoniale* Positionen, die den Menschen suggerieren, was erstrebenswert ist und was nicht. Das heißt, die Pluralität der Lebensweisen muss erst noch durchgesetzt werden.

Wie dies geschehen soll, ist eingebettet in bestimmte Vorstellungen über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, was ich

1 Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass jedes einzelne Mitglied der Partei eine bewusste erkenntnistheoretische Entscheidung trifft, sich in dieser Weise mit der Welt auseinanderzusetzen. Und es bedeutet auch nicht, dass dies für jede einzelne politische Frage relevant ist, aber als generell wirkende Leitlinie der Partei als soziales System betrachtet, lässt sich dies wohl behaupten.

mit dem Rekurs auf die Kybernetik zu beschreiben versuchen werde. In der Kybernetik manifestiert sich ein bestimmtes Wirklichkeitsverständnis, das in die politische Selbstbeschreibung der Piraten Eingang gefunden und in mehrfacher Hinsicht in der Öffentlichkeit für Irritationen gesorgt hat. Erstens erhebt es den Anspruch, jenseits der traditionellen Verortung von Rechts und Links Position zu beziehen. Diese Positionsbestimmung ist für die an das traditionelle politische Koordinatensystem gewöhnte Öffentlichkeit bis heute nur schwer nachvollziehbar. Die zweite Irritation betrifft das Verhältnis von Technik und Gesellschaft. Dass die Piraten gut auf der Klaviatur der I+K-Technik spielen können, wird zwar im Allgemeinen konzediert, dass dies aber eine kritische Haltung zu dieser Technik nicht ausschließt, können Kommentatoren oft nicht nachvollziehen.

Kybernetik

Verschiedene Autoren – nicht nur in diesem Band – haben den Piraten vorgeworfen, sie würden ein technokratisches Konzept verfolgen, Technik als Fetisch begreifen, von dem das Heil in der Welt erwartet wird und nahezu im Alleingang den mündigen Bürger hervorbringen soll. Sie werden als Technikenthusiasten, deren Technikaffinität sich über das Politische stellt, in die Nähe des italienischen *Futurismus* gerückt (vgl. den Beitrag von Detlef Kannapin in diesem Band).

Derartige Behauptungen ignorieren, dass es wohl kaum eine andere Partei gibt, die so wie die Piraten auf die soziale *Gestaltbarkeit* von Technik verweist, die immer wieder auf das Gefährdungspotenzial einer Technik hinweist, in denen proprietäres kapitalistisches Denken inkorporiert ist und die stattdessen auf die Möglichkeiten von zugangsfreien, quelloffenen und gemeinfreien Alternativen aufmerksam macht und dies auch praktiziert. Dieses Einmischen in den technischen Prozess und die Praxis seiner Nutzung wird ihnen jedoch als »Technikenthusiasmus«, »naiver Technikgläubigkeit« u. a. m. vorgehalten, von Leuten, die Technik offenbar als eine gegeben Größe ansehen, die man entweder begrüßen oder ablehnen kann, auf die man aber selbst

keinen Einfluss hat. Technik im Verständnis der Piraten – da gibt es keinen Zweifel – ist eine soziale Konstruktion, mit der Gesellschaft beeinflusst werden kann, kein Sachzwang und kein unausweichlicher technischer Determinismus, sondern politische Aktion.

Dass dies nicht zur Kenntnis genommen wird und die Piraten unverdrossen dem Verdacht eines Technikdeterminismus' ausgesetzt werden, mag auch an der Unkenntnis über den Gegenstand und die Inhalte der *Kybernetik* liegen. Ein Problem, an dem bereits vor einigen Jahren die Gruppe »tiqqun« mit Ihrem Manifest »L'hypothèse cybernétique« (2001) gescheitert war. Ihre Kritik gibt sich zufrieden mit der »Entlarvung« der Kybernetik als »Herrschaftstechnologie«, als »polizeiliches Denken des Empire« und – ebenso wie das Internet – als »Kriegsmaschine« (tiqqun 2007, 13).

Und allen Ernstes wird dort behauptet, die Kybernetik würde vorschlagen, »die biologischen, physischen und sozialen Verhaltensweisen als voll und ganz programmiert und neu programmierbar zu betrachten. Genauer gesagt, »sie stellt sich jedes Verhalten so vor, als ob es in letzter Instanz ›gesteuert‹ würde durch die Notwendigkeit des Überlebens eines ›Systems‹, das sie möglich macht und zu dem sie beitragen muss« (13) Um zu zeigen, dass eine solche Behauptung nichts mit der Realität des kybernetischen Diskurses zu tun hat, genügt ein Blick auf Heinz von Foersters Definition von *nicht-trivialen* Systemen (dazu zählen alle sozialen Systeme), die er von *trivialen* Systemen (dazu zählen v. a. alle mechanischen Systeme) unterscheidet: »Eine einmal beobachtete Reaktion auf einen gegebenen Stimulus muss in einem späteren Zeitpunkt nicht wieder auftreten, wenn der gleiche Stimulus auftritt.« (von Foerster 1993, 248) Da das Input-Output-Verhalten eines Systems maßgeblich durch seine internen Zustände bestimmt wird, sind nicht-triviale Systeme zwar synthetisch deterministisch, aber geschichtsabhängig, analytisch indeterminierbar und unvorhersehbar. (251) Mit dieser Aussage formuliert von Foerster nicht mehr und nicht weniger als die radikale Abkehr der Kybernetik von einem kausalorientierten Denken.

Zweifellos herrschten in den Pionierjahren der Kybernetik *technische* Anwendungszusammenhänge hinsichtlich ihrer Regelung und

Steuerung vor. Infolgedessen ist es nachvollziehbar, dass die Anwendung ihrer Prinzipien auf soziale Phänomene oft als *Übertragung* von *technischen* Prinzipien auf *nicht-technische* Zusammenhänge missverstanden und kritisiert wurde. Von Beginn ihrer Entwicklung an war es jedoch der Anspruch der Kybernetik, einen *interdisziplinären* Ansatz bereit zu stellen, der sich auf natürliche oder soziale Phänomene als *differentia specifica* eines bestimmten Wirklichkeitsverständnisses beziehen kann. Bezogen auf Gesellschaft entstand die *Soziokybernetik* als Anwendung systemischen Denkens und kybernetischer Prinzipien in der Analyse und dem Umgang mit sozialen Phänomenen hinsichtlich ihrer *Komplexität* und *Dynamik*. Sich in der soziologischen Forschung eines kybernetischen Ansatzes zu bedienen, impliziert, sich auf einige grundlegende Prinzipien einzulassen, die von den Klassikern der Systemtheorie und Kybernetik durchaus unterschiedlich akzentuiert worden waren. Der Mathematiker Norbert Wiener hebt die Aspekte der Steuerung und Kommunikation in naturwissenschaftlichen und humanwissenschaftlichen Zusammenhängen hervor. Stafford Beer sieht die Kybernetik als Wissenschaft von der Organisation komplexer sozialer und natürlicher Systeme. Für Ludwig von Bertalanffy sind kybernetische Systeme ein Spezialfall von Systemen, die sich von anderen Systemen durch das Prinzip der Selbstregulation unterscheiden. Walter Buckley möchte die Kybernetik weniger als Theorie verstanden sehen, sondern eher als einen theoretischen Rahmen und ein Set von methodologischen Werkzeugen, die in verschiedenen Forschungsfeldern angewandt werden können. William Ross Ashby hebt den prozessorientierten Charakter der Kybernetik hervor. Ihr geht es nicht um Gegenstände, sondern um das Verhalten komplexer Systeme. »It does not ask ›what is this thing‹ but ›what does it do?‹« (Ashby 1957). Nicht die Beschaffenheit, die Eigenschaft, die Materialität von Objekten steht im Zentrum des Interesses, sondern ihre Operationsformen (vgl. auch G. Klaus 1965). Der Philosoph Georg Klaus sieht in der Kybernetik eine fruchtbare epistemologische Provokation. Für Niklas Luhmann besteht die Faszination der Kybernetik darin, dass das Problem der Konstanz und Invarianz von Systemen in einer äußerst komplexen, veränderlichen Welt aufgegriffen und durch Pro-

zesse der Information und Kommunikation erklärt wird. Für Heinz von Foerster ist Selbstbezüglichkeit das fundamentale Prinzip kybernetischen Denkens. Er spricht von Zirkularität und meint damit alle Konzepte, die auf sich selbst angewandt werden können, Prozesse, in denen letztendlich ein Zustand sich selbst reproduziert.

Ein Durchbruch in den Sozialwissenschaften lässt sich erst in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, nach drei äußerst wichtigen theoretischen Modifikationen feststellen. Es handelt sich dabei *erstens* um eine neue Einschätzung zum Verhältnis von *Stabilität und Störung* und ihrer Behandlung im kybernetischen Gleichgewichtsmodell, *zweitens* um eine Neuformulierung der für jedes System konstituierenden *System-Umwelt-Beziehung*, und *drittens* um eine Neueinschätzung der Möglichkeiten zur *Steuerung* komplexer dynamischer Systeme.

Stabilität und Störung

Im Gegensatz zu den traditionellen naturwissenschaftlichen und ökonomischen Erklärungsmustern, die die Stabilität von Systemen mit ihrem Gleichgewichtszustand identifizieren, wurde in der kybernetischen Forschung bezweifelt, dass man überhaupt von Gleichgewicht als einem stabilen Zustand sprechen könnte. Diese Frage stellt sich insbesondere dann, wenn man ökonomische oder organisatorische Systeme im Auge hat, die sich durch eine hohe Dynamik auszeichnen. Hieran schloss sich die Überlegungen an, ob es nicht gerade umgekehrt sinnvoll wäre, *Ungleichgewicht* als eine Stabilitätsbedingung zu betrachten (Luhmann 2002, 44).

System-Umwelt-Beziehung

Die Reformulierung des kybernetischen Stabilitätsverständnisses ist verbunden mit einer Neuinterpretation des theoretischen Grundverständnisses über das Verhältnis von System und Umwelt. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Sichtweise, komplexe und differenzierte Systeme nicht mehr als Teile eines übergeordneten Ganzen zu verstehen. Die Relation zwischen Systemen lässt sich dementsprechend nicht mehr in Form von hierarchischen Über- und Unter-

ordnungsbeziehungen beschreiben, sondern muss mit Heterarchie und der Vielfalt von operativ verwendeten System/Umwelt-Differenzen rechnen.² Diese Heterarchie signalisiert nun aber keineswegs einen Umstand von Unordnung. Im Gegenteil, aus der Sichtweise jedes einzelnen Systems unterliegen die Beziehungen zu den anderen Systemen einer eigenen Ordnung, die dem Primat der eigenen Beobachtung und der eigenen Rolle bzw. Funktion im Wechselspiel zwischen den Systemen unterliegt. Hieraus ergibt sich ein enormer Kontingenzzuwachs. Dass daraus kein Zusammenbruch der Orientierung und Ordnung entsteht, dafür sorgt eine besondere Form der Beobachtung: *Beobachtung der Beobachtung*, eine wechselseitige, sich gegenseitig überprüfende und korrigierende Form der Beobachtung, die in der Kybernetik als »Beobachtung zweiter Ordnung« bezeichnet wird. »Im Unterschied zum subjektiven Irrweg des Idealismus ist das empirische Beobachten von empirischen Beobachtern wesentlich für das, was letztlich als Realität akzeptiert wird« (Luhmann, 1993, 230).

Steuerung und Rückkoppelung

Steuerungstheoretisch impliziert die Umstellung des Systembegriffs auf Autonomie, dass sich in sozialen Systemen keine Instanz finden lässt, die über eine bessere, wahrheitsgetreuere, ausführlichere oder genauere Beschreibung des Ganzen, einzelner Teile oder der Beziehung zwischen ihnen verfügt. Jede Beobachtung stellt lediglich eine *andere* Sichtweise dar, was eine Absage an selbst ernannte Avantgarde und Eliten impliziert. Im kybernetischen Zusammenhang bedeutet Steuerung nicht, dass man den künftigen Zustand eines Systems bestimmen kann. Dies ist weder »in den Wesenszügen, wenn man es alteuropäisch ausdrücken will, noch in allen konkreten Details möglich« (Luhmann 2002, S. 54). Möglich ist lediglich, sich an bestimmten Differenzen zu orientieren, die durch die Kommunikation mit der Systemumwelt signalisiert werden. Entscheidend ist dabei, eine Varie-

2 Wie radikal der von der Kybernetik zweiter Ordnung eingeleitete steuerungstheoretische Wandel tatsächlich ist, lässt sich an dieser Stelle nicht sorgfältig genug erörtern. Ich möchte stattdessen verweisen auf Paetau 2006.

tät von derartigen Rückkoppelungsmöglichkeiten zuzulassen bzw. zu schaffen, aus dem ein steuerndes System die relevanten Informationen generieren kann.

Ein System, dessen Operationen auf die Erfüllung bestimmter Zwecke ausgerichtet ist (beispielsweise eine politische Institution), und das sein Verhalten an der ständigen Rückmeldung der Umwelt und anderer in der Umwelt existierender Systeme ausrichtet, kann auf diese Weise auch mit hoher, *unbekannter* Komplexität umgehen. So kann das steuernde System auch eine Dauerwirkung konstant erzeugen trotz verschiedener und ständig wechselnder Umwelteinwirkungen. »Es braucht diese Umweltänderungen nicht vorauszusehen und vorher einzuplanen. Es erfährt sie nachträglich (aber möglichst sofort) durch Rückmeldung des Ergebnisses der eigenen Wirksamkeit und ändert daraufhin die eigene Leistung entsprechend.« (Luhmann 1968, S. 108) Diese Fähigkeit zur zwar selektiven aber raschen Reaktion wird in der einschlägigen Literatur auch als »Resonanzfähigkeit« bezeichnet.

Alle drei hier genannten Modifikationen waren äußerst folgenreich in Bezug auf die Vorstellung von komplexen Wirkungszusammenhängen, die nicht mehr hinreichend als »Input-Output-Beziehungen« beschrieben werden können, sondern als hochkomplexe autonome selbststeuernde Prozesse. Umwelteinflüsse lösen zwar Reaktionen eines Systems aus, determinieren diese aber nicht! Wie sich das System (bzw. das Teilsystem) verändert, liegt primär an den Eigenschaften, dem Systemzustand, seiner aktuellen Struktur und den internen Referenzen des Systems selbst. Das System legt selbst fest, was überhaupt zu einem bestimmten Zeitpunkt und in einer bestimmten Situation als »Input« wirken kann. Damit konstruiert das System selbst seine Reaktionen auf Umwelteinflüsse. Sein Verhalten ist damit weder vorhersehbar noch programmierbar. Jede Bezugnahme eines Systems zu seiner Umwelt besteht in einer spezifischen Selektionsleitung: Auf was soll reagiert werden, auf was nicht. Diese spezielle Selektionsleistung wird als *Information* bezeichnet. Auf dieser Basis hat Niklas Luhmann seinen Kommunikationsbegriff entwickelt. »Kommunikation entsteht ja nur unter der Voraussetzung wechselseitiger Intransparenz,

die auch Intransparenz der Systeme für sich selbst einschließt. Man kennt sich mit sich selbst und den anderen nicht aus, deshalb wird geredet, geschrieben, gedruckt, gefunkt.« (Luhmann 2000, 377). Aus der Fülle von Mitteilungen, die auf uns einwirken, entscheiden wir selbst, welche davon für uns informativ ist, welche wir für weitere Kommunikation verwenden wollen und welche nicht.

Welche Kapriolen die ideologische Voreingenommenheit³ gegenüber der Kybernetik zuweilen schlägt, lässt sich bei Tiquun zeigen, der glaubt, mit Habermas gegen Luhmann argumentieren zu können, indem er »die Unvorhersehbarkeit des Dialogs« betont, also von »Argumentationen, die nicht auf schlichten *Informationsaustausch* reduziert werden« können (Tiquun 2007, 63; Hervorhebung M.P.). Doch er verfehlt sein Ziel. Denn es ist nicht Habermas, sondern Luhmann selbst, der schreibt: »Die Übertragungsmetapher ist unbrauchbar, weil sie zu viel Ontologie impliziert. Sie suggeriert, dass der Absender etwas übergibt, was der Empfänger enthält. Das trifft schon deshalb nicht zu, weil der Absender nichts weggibt in dem Sinne, dass er selbst es verliert. Die gesamte Metaphorik des Besitzens, Habens, Gebens und Erhaltens, die gesamte Dingmetaphorik ist ungeeignet für ein Verständnis von Kommunikation.« (Luhmann 1984, S. 193)

Dezentrierung der Politik und flüssige Demokratie

Die hier nur sehr verkürzt dargestellten Prinzipien kybernetischen Denkens lassen Inhalt und Form politischer Arbeit in einem spezifischen Licht erscheinen. Vor allem zwei Punkte sind in diesem Zusammenhang zu nennen: Erstens die Erzeugung von *Varietät*,⁴ um einen angemessenen kommunikativen Zusammenhang der wechselseitigen

3 Die ideologische Borniertheit dieses Textes zeigt sich auch in den wiederholten Diffamierungen gegenüber dem früheren Résistance-Kämpfer und Kommunisten und späteren Direktor des »Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS)« Edgar Morin als »Speichellecker«.

4 Zur Bedeutung von Varietät im kybernetischen Feedbackprozess komplexer Systeme vgl. Ashby 1958

Beobachtung (Beobachtung der Beobachtung) zu erzeugen; und zweitens die Sicherstellung von Resonanzfähigkeit des politischen Systems gegenüber dem, was in der Gesellschaft geschieht. Im Grundsatzprogramm der Piraten finden sich Anschlüsse an beide Punkte, sowohl in inhaltlicher als auch formeller Hinsicht.

Die spezifische Organisationsstruktur und -kultur, die die Piraten aufgebaut haben, ist für viele außenstehende Beobachter irritierend und zweifellos funktioniert sie bislang nicht immer zufriedenstellend. Inwieweit sie wirklich tragfähig ist, werden die nächsten Jahre zeigen müssen. Um Varietät zu gewährleisten, hat sich eine Organisations- und Kommunikationskultur entwickelt, die verbunden ist mit der Ablehnung von Organisationskonzepten, die bestimmten Organen eine besondere Rolle hinsichtlich des Anspruchs auf eine bessere oder vollständigere Erkenntnis der Welt einräumen. Niemand, kein Vorstand, auf welcher Ebene auch immer, kann für sich in Anspruch nehmen, genauer, fundierter oder umfangreicher wissen zu können, was in der Welt passiert und wie darauf zu reagieren sei. Er kann lediglich auf eine andere Form der Beobachtung, auf andere Präferenzen für das, was als wichtig oder unwichtig gehalten wird, als vorrangig oder nachrangig, verweisen. Und auf der Suche nach der richtigen politischen Strategie bleibt dann nichts anderes übrig, als diese jeweils spezifischen Formen der Beobachtung aufeinander zu beziehen, mit anderen Worten: zu beobachten, wie, d. h. mit welchen erkenntnisleitenden Mitteln, Theorien, Methoden, Codes usw. die jeweils anderen Akteure den Gegenstand der Auseinandersetzung beobachten. Die durch ein derartiges Vorgehen zweifellos enorm gesteigerte Komplexität und Kontingenz lässt sich nicht mehr mit dem Hinweis auf angebliche »Notwendigkeiten«, »Alternativlosigkeit« oder »Sachzwänge« eingrenzen, sondern bedarf politischer »Entscheidungen«. Entscheidungen sind nur dann Entscheidungen, wenn sie nicht determiniert sind. D. h. im Grunde lassen sich nur Fragen entscheiden, die eigentlich als »unentscheidbar« gelten, weil es kein Argument gibt, das sie determiniert. Hier betreten wir das Feld des Politischen und der Macht. Verfahren können nichts weiter als die Spielregeln festlegen.

Da, wie wir gesehen haben, der Zustand und das Verhalten von sozialen Systemen nicht vorhersehbar sind, muss auf Verfahren gesetzt werden, die ein hohes Maß an Modifizierbarkeit und ggf. auch Reversibilität erlauben. Damit verbunden ist ein anti-essenzialistisches Politikverständnis, was sich einerseits in einer bestimmten innerparteilichen Praxis ausdrückt, aus der sich aber andererseits auch eine Vision für den Umbau des parlamentarischen Systems in Deutschland ergibt.

Dieser von den Piraten geforderte Umbau greift die seit vielen Jahren – v. a. im post-strukturalistischen Diskurs – geübte Kritik an Identität und Repräsentation auf. Eine Kritik, die sich bekanntlich auf die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einsetzende soziale Entwicklung stützt, in der sich die soziale Verortung der gesellschaftlichen Individuen in Klassen, Ethnien, Nationalitäten, aber auch Geschlecht und Sexualität immer mehr aufgelöst hat. Aus ihr folgt, dass die Vorstellung, Parteien könnten die politischen Interessen einer relativ fest umrissenen Bevölkerungsgruppe mehr oder weniger in ihrer Gesamtheit abbilden, keine Überzeugungskraft mehr besitzt. Und in der Tat dürfte es heutzutage unstrittig sein, dass Wähler ihre eigenen politischen Vorstellungen nicht mehr nur bei einer einzigen Partei aufgehoben fühlen. Sie mögen ihre friedenspolitischen Einstellungen bei den Linken, ihre ökologischen Ansichten bei den Grünen, ihre Menschenrechtsauffassungen bei den Liberalen und ihre netzpolitischen Interessen bei den Piraten aufgehoben sehen, dennoch sind sie bei einer Wahl gezwungen sich zu entscheiden und einem politischen Gesamtpaket ihre Stimme zu geben, das Forderungen enthält, denen sie vielleicht gar nicht zustimmen würden, wenn sie eine andere Möglichkeit der Entscheidung hätten.

Das Konzept der »Liquid Democracy« will diese totalisierende Praxis durchbrechen, in dem es eine Reihe von sogenannten *Themenparlamenten* vorsieht. D. h. anstatt – wie heute üblich – der Zuständigkeit eines einzigen Parlaments für alle die Gesellschaft betreffenden Themen, sollte es zu jedem Politikfeld ein eigenes Themenparlament geben. Themenparlamente können von jedem Bürger gegründet werden, wenn ein bestimmtes Gründungsquorum erfüllt ist. Die Mitglieder dieser Themenparlamente werden nicht über Parteilisten gewählt,

sondern sind offen für jeden interessierten Bürger. Von einem solchen »Politikfeldparlamentarismus« verspricht man sich eine Wiederbelebung parlamentarischer Debatten über gesellschaftsrelevante Sachthemen. Und auch die Tatsache, dass es nun Bürger wären, die sich mit einem inhaltlichen Interesse an den zu verhandelnden Themen einmischen, anstatt Berufspolitiker, die in ihrer Rolle als Repräsentanten für wahlkampforientierte Parteien auftreten, könnte einen positiven Effekt haben.

Im Konzept des Politikfeld-Parlamentarismus ist es – zumindest bislang – nicht vorgesehen, die bestehenden Bundes-, Landes und Kommunal-Parlamente zu ersetzen. Sie sollen lediglich durch Themenparlamente bzw. Politikfeldparlamente ergänzt werden. Allerdings, und das unterscheidet sie von gegenwärtigen Beteiligungsformen wie Runden Tischen, Bürgerinitiativen, Petitionsverfahren oder verschiedenen Partizipationsmodellen, sollen die verfassungsmäßig bereits existierenden Parlamente verpflichtet werden, Beschlüsse der Themenparlamente zu behandeln. Eine solche Praxis würde auch die starren vier- oder fünfjährigen Zeitintervalle von Wahl zu Wahl, in denen der Bürger sich bislang als Souverän ins Spiel bringen konnte, auflösen und ihm jederzeit die Möglichkeit geben, eine parlamentarische Debatte zu einem relevanten Thema zu initiieren.

An dieser Stelle kann nicht detailliert auf das Konzept der Liquid Democracy eingegangen werden.⁵ Aber klar ist, dass die gegenwärtig dominante Stellung der politischen Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland relativiert werden würde. Auch die Piraten als politische Partei steuern somit auf ein Ziel hin, dass ihre Rolle zukünftig schmälern, ja möglicherweise einmal überflüssig machen wird. Zumindest würde die Umwandlung einer an Identität und Repräsentation orientierten Parteiendemokratie in ein System, das die existierende Verfasstheit der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch direktdemokratische Einflussmöglichkeiten der Bürger erweitert, eingeleitet werden.

5 Es sei hier verwiesen auf die Website des Vereins »LiquidDemocracy e.V.«: <https://liqd.net/> (25.02.2013), sowie auf Paetsch/Reichert 2012.

Hinsichtlich der Steigerung von innerparteilicher Partizipation und Transparenz wird das Konzept der »flüssigen Demokratie« in der Piratenpartei im Grunde seit ihrer Gründung praktisch erprobt. Das ist grundsätzlich nicht an ein bestimmtes technisches Verfahren gebunden. Aber es ist evident, dass es ohne die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken nur schwer praktikierbar ist. Die Piratenpartei setzt dabei auf ein ganzes Bündel von unterschiedlichen technischen Unterstützungsformen, von denen jedoch »Liquid Feedback« sicherlich die prominenteste ist.

Jedes Parteimitglied ist berechtigt, zu einem bestimmten Thema Mitstreiter zu suchen und beispielsweise einen Arbeitskreis zu gründen, der sich die Aufgabe stellt, zu dem betreffenden Thema einen Antrag für einen der nächsten Parteitage (sei es auf Bundes-, Landes- oder Kreisebene) auszuarbeiten. Die technische Infrastruktur macht es möglich, dies orts- und regionsübergreifend zu praktizieren. Was die Piratenpartei sicherlich von anderen Parteien – abgesehen von den politischen Inhalten – unterscheidet, ist ihre Struktur, die sich um die netzwerkartigen Kommunikationsprozesse, welche durch die neuen Medien erleichtert werden, herum aufgebaut ist und nicht umgekehrt, wie bei anderen Parteien. D.h. es wurde von vornherein darauf angelegt, Vielfalt zu erzeugen und hierarchischen Verfestigungen zu widerstehen. Es gibt auch keine Delegierten, sondern jedes Mitglied hat das Recht, an allen politischen Beratungen auf welcher Ebene und in welcher Region auch immer, teilzunehmen. Mit Hilfe einer Vielzahl von unterschiedlichen Medien soll dieses Recht auch von jedem Parteimitglied eingelöst werden können.⁶

6 Das beginnt bei ganz traditionellen Email-Listen, web-basierten Diskussionsforen, setzt sich fort beim Piraten-Wiki, das nach wie vor das wichtigste Tool in der Planung, kollaborativen Entwicklung und Kommunikation der politischen Arbeit darstellt. Für Arbeitskreistreffen, Vorstandssitzungen oder sonstige Diskussionsrunden wird Mumble eingesetzt, eine freie, also quelloffene, und plattformübergreifende Sprachkonferenzsoftware, die ursprünglich für interaktive Videospiele erfunden wurde, die sich wegen niedriger Latenzzeit und guter Audioqualität aber hervorragend für Online-Konferenzen eignet, ohne auf teure Telekonferenzsysteme zurückgreifen zu müssen. Wegen ihrer vollständigen Ver-

Aber, um das noch einmal zu bekräftigen, nicht die elektronischen Systeme sind entscheidend, um zu verstehen, was sich die Piratenpartei unter »mehr Demokratie« vorstellt. Wichtiger ist das ihm zu Grunde liegende politische und epistemologische Konzept, und der daraus abgeleitete Anspruch, die existierende Verfasstheit der repräsentativen parlamentarischen Demokratie durch direktdemokratische Elemente zu ergänzen, in der das politische Handeln nicht für die Dauer einer Legislaturperiode an Repräsentanten abgegeben wird, sondern in einer abgestuften Form vom Staatsbürger selbst wahrgenommen werden kann.

Dieses Konzept eines *direkten Parlamentarismus* stellt zwei Prämissen unseres Parteiensystems in Frage, die zwar seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland unhinterfragt wirksam sind, sich aber möglicherweise als historisch begrenztes Modell erweisen könnten. Gemeint ist zum einen das Modell von Parteien, die in der Lage sind, die gemeinsamen Interessen ganzer Bevölkerungsschichten (Klassen oder gar das ganze Volk) zu repräsentieren, und zum andern das Modell einer identitären Organisation, die die Vielfalt der politischen Handlungsfelder unter ein einheitliches Programm möglichst widerspruchsfrei integriert. Im Gegensatz zu den traditionellen, durch hierarchische Delegationsformen gefilterte Entscheidungsprozesse in politischen Parteien setzen die Piraten auf eine hohe Varietät von Meinungen und die netzwerkartige wechselseitige Beobachtung. So ist es vielleicht gar nicht so übertrieben, von einer *Partei neuen Typus* zu sprechen, nämlich einer *poststrukturalistischen Partei*.

schlüsselung genügt sie außerdem den Ansprüchen der Piratenpartei an Datenschutz. Im Verbund mit anderen Systemen, insbesondere dem Piraten-PAD können so auf sehr einfache Weise Texte kollaborativ verfasst werden. Nicht zu vergessen ist Twitter bzw. Identi.ca für schnelle Mitteilungen. Facebook spielt so gut wie keine Rolle, eher schon die freie Facebook-Alternative Diaspora. Liquid Feedback ist sicherlich das in der Öffentlich meist diskutierte Tool. Auf seiner Basis werden Parteitagsanträge, Gesetzesvorlagen, etc. parteiöffentlich diskutiert und abgestimmt (Abstimmungen nur parteiintern, Themendiskussionen jedoch öffentlich).

Literatur

- Ashby, W. Ross: *An Introduction to Cybernetics*. London: Chapman & Hall, 1957 (deutsch: *Einführung in die Kybernetik*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1974)
- Ashby, W. Ross: *Requisite variety and its implications for the control of complex systems*. In: *Cybernetica*. 1:2, 1958, S.83-99
- Beer, Stafford: *Cybernetics and Management*. London: English Universities Press, 1959
- Bertalanffy, Ludwig von: *General System Theory*. Revised Edition. New York: George Braziller Inc., 1975
- Buckley, Walter: *Society – A Complex Adaptive System*. *Essays in Social Theory*. New York, London, Tokyo: Gordon and Breach Science Publishers, 1998
- Klaus, Georg: *Kybernetik und Gesellschaft*. Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1965,
- Luhmann, Niklas: *Zweckbegriff und Systemrationalität. Über Funktion von Zwecken in sozialen Systemen*. Tübingen: Mohr (Siebeck), 1968
- Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984
- Luhmann, Niklas: *Organisation und Entscheidung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 2000
- Luhmann, Niklas: *Einführung in die Systemtheorie*. Herausgegeben von Dirk Baecker. Heidelberg: Carl-Auer-Verlag, 2002
- Paetau, Michael: *Niklas Luhmann y la Cibernetica*. In: Marcuello Servos, Chaimé (Hg.): *Sociocibernetica: Lineamientos de un paradigma*. Madrid y Mexico Ciudad: Institucion Fernando El Catolico, Zaragoza, en cooperacion con el Lab Complexa de la Universidad Nacional Autonoma de Mexico, Ciudad de Mexico, 2006, S. 149-176
- Paetsch, Jennifer/Reichert, Daniel: *Liquid democracy*. *Neue Wege der politischen Partizipation*. In: *Vorgänge*. 2012 (Heft 4), S. 15-22
- Stonier, Tom: *Information and the Internal Structure of the Universe. An Exploration into Information Physics*. Berlin – Heidelberg – New York: Springer, 1990
- Tiqun: *L'hypothèse cybernétique*. Paris 2001 (deutsch: *Kybernetik und Revolte*, Zürich und Berlin: Diaphanes, 2007)
- von Foerster, Heinz: *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1993
- Wiener, Norbert: *Cybernetics or Control and Communication in the Animal and the Machine*. New York, J. Wiley, 1948

Was bleibt?

Während der Arbeit an diesem Buch hat sich die politische Situation für die Piratenpartei Deutschland deutlich verändert. Die Landtagswahl in Niedersachsen brachte eine heftige Wahlschlappe, die bundesweiten Umfragen bewerten die Partei für die bevorstehenden Bundestagswahlen deutlich unter der Sperrklausel, die Medien berichten vor allem über verletzte »Personalquerelen«, die Partei gönnt sich zu Beginn des Bundestagswahlkampfes eine Mitgliederbefragung, die bei einer Beteiligung von 16 % vorgezogene Vorstandswahlen ablehnt und die Arbeit des bisherigen Politischen Geschäftsführers Ponader zu über 50 Prozent mit der Schulnote »sechs«, die des Parteivorsitzende Schlömer mit 3,2 bewertet. Eine Partei sucht ihren Platz und ihren Weg. Die Zukunft der Piratenpartei ist offen. Sicher ist: der Grundtenor der medialen Berichterstattung hat sich umgekehrt, statt Erstaunen über die Attraktivität des Neuen steht nun ein Enttäuschung vorspiegelndes, aber im Grund erleichtertes »Die machen es auch nicht besser«. Jenseits der Mechanik der medialen Aufmerksamkeitsökonomie gilt: die Partei ist in den Mühen der Ebene angekommen, wo die Erfolge, das Wachstum und die Reaktionen der Konkurrenten verarbeitet werden müssen. Vielleicht erweisen sich diejenigen Nachrufe als zutreffend, die davon ausgehen, dass andere Fragen und Themen als die von der Piratenpartei aufgeworfenen bei den kommenden Wahlentscheidungen den Ausschlag geben werden. Vielleicht bewältigt die Partei ihre aktuelle politische Baisse aber besser und schneller als von den meisten professionellen Beobachtern erwartet.

Unter den Autorinnen und Autoren dieses Bandes sind die Auffassungen zur Zukunft der Piratenpartei erkennbar geteilt. Einigkeit be-

steht aber darin, dass die Bedingungen der Möglichkeit einer erfolgreichen Piratenpartei fortbestehen. Keines der mit ihren Wahlerfolgen auf die politische Agenda gesetzten Netz-Themen ist abgearbeitet oder von einer anderen Partei erfolgreich adoptiert worden. Dafür ermangelt es den im Bundestag vertretenen Parteien schlicht an digitaler Authentizität. Die Veränderung, wenn nicht sogar Umwälzung der Produktionsweise mit Hilfe digitaler Technologien erfasst die gesellschaftliche Arbeitsteilung in ihrer Gesamtheit, die Kooperationsbeziehungen und sozialen Hierarchisierungen, die Wertschöpfungsketten wie die Arbeits- und Lebensweise. Es handelt sich um einen globalen Vorgang, dessen weitere Dynamik und dessen Ende noch nicht abzusehen sind. Sicher ist nur: die bisherigen Teilungen der Welt greifen nicht mehr hinreichend, um Ordnung und Stabilität zu gewährleisten.

Ähnlich wie mit der Entdeckung Amerikas beginnt mit der Entdeckung des Internets die Erschließung und Vermessung einer neuen Welt. Diese Auseinandersetzung wurde in der Frühphase der kapitalistischen Welt über ein paar Jahrhunderte vor allem auf den Meeren ausgetragen. Piraten spielten dabei eine wichtige Rolle, stellten sie doch die Herrschaftsansprüche über die Weltmeere in Frage. Oftmals traten sie als Kombattanten aufstrebender Mächte, ausgestattet mit »Kaperbriefen« in Erscheinung, um vor allem der spanischen Krone amerikanisches Gold abzujauchen. Erst mit der Internationalen Seerechtskonvention von 1856 verständigten sich die Staaten darauf, dass die Sicherheit auf den überseeischen Handelswegen im wechselseitigen eigenen Interesse liege und gemeinsam gewährleistet und gegen die Piraterie durchgesetzt werden müsse. Seitdem führt der See-Pirat ein geächtetes Dasein. Dass es sich mit dem »Netzpiraten« anders verhält, dass Piratenparteien international auftreten und erfolgreich sein können, verweist darauf, dass viele Aneignungs- und Eigentumsfragen in der neuen Netzwelt noch ungeregelt sind, die als Konflikte um freien Verkehr und Zugang ausgetragen werden, aber auch zwischen alten und neuen Kapitalfraktionen. Trotz aller bisherigen zwischenstaatlichen und internationalen Regelungsversuche ist eine Übereinkunft für die modernen Netztechnologien, die Staaten und mächtige private Akteure verpflichtet und der umwälzenden technologischen Entwick-

lung standhält, noch lange nicht in Sicht. Der Kampf gegen staatliche wie monopolartige private Einhegungsversuche und um eine digitale Allmende bleibt virulent und bringt immer wieder Möglichkeitsbedingungen für »politische Piraterie« hervor.

Fragen der staatlichen Kontrolle und Überwachung, der Transparenz staatlichen Verwaltungshandelns, der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten/Partizipation und des Urheberrechts haben den kometenhaften Aufstieg der neuen Partei begünstigt. In ihrer Gesamtheit und angesichts der konkreten politischen Konstellationen vor Ort trugen sie zum wahlpolitischen Durchbruch in Berlin 2011 bei, doch der letzte Punkt verweist auf einen weitaus tiefer und breiter angelegten Prozess. In der öffentlichen Wahrnehmung gilt die Piratenpartei, trotz aller Dementis, immer noch als Partei, die »das Urheberrecht abschaffen« und damit den kostenlosen Download ermöglichen wolle. Die digitale Eigentumsfrage hat mit der Ausbreitung des Internets eine Massenbasis bekommen, die sich in »illegalen« Downloads einerseits und einer florierenden Abmahnindustrie andererseits ausdrückt. Die Piraten, habituell getragen von einer antiproprietären »opensource«-Kultur, boten eine Möglichkeit an, diese offenen Fragen und Brüche mit der tradierten Ordnung der Eigentums- und Nutzungsrechte zu einer tagespolitischen Frage zu machen. Ihr Überleben wäre allerdings nicht allein mit der politischen Bedeutung »ihres« Themas, der Urheberrechtsfrage, verknüpft, eine Bedeutung, die immer nur als relationale Gewichtung im Verhältnis zu anderen Themen existiert. Entscheidend wäre, ob die Piratenpartei als eine Art Partei neuen Typs auf lange Sicht Produktionsinstrumente von Politik zur Verfügung stellen kann, mit denen es immer wieder sozialen Schichten und Kräften gelingt, politische Fragen zu produzieren, soziale Anliegen und gesellschaftliche Veränderungen als politische Probleme zu formulieren: Dann wären ihre »Tools« nicht nur Techniken, sondern sie stünden im Zusammenhang eines Kampfes um Teilhabe, die mehr ist als eine Einladung zu kostenfreiem kulturellem Konsum.

Liquid democracy stellt eine Technologie zur Verfügung, die – zumindest idealtypisch – das verkarstete Verhältnis von Experten und Laien unterlaufen kann. Die sozialen Eintrittsschwellen in die politi-

sche Partizipation werden gesenkt, indem eine digital-soziale Form von Öffentlichkeit, eine hybride politische Arena geschaffen wird. Ob und wie dieser neue öffentliche Raum letztlich, nach Überwindung der Kinderkrankheiten wie z. B. naivem und unreflektiertem Kommunikationsverhalten, demokratisch und emanzipatorisch genutzt wird, bleibt auszutragen, nicht zuletzt gegen die erkennbaren Tendenzen zur Umfrage- und Wahlomat-Demokratie als herrschaftsförmiger politischer Technologie. Das Verdienst der Piratenpartei bleibt die demonstrative Offenlegung solcher demokratisch emanzipatorischer Potentiale. Dazu gehört auch, dass sie schon jetzt – wenngleich wohl oft gegen den eigenen Willen – deren Grenzen unter den aktuellen Bedingungen erkennbar gemacht haben: die Routinen bestimmter Kommunikationsformen und -stile, die begrenzte, da eben doch nicht allen zugängliche, mithin nach wie vor privilegierte Verfügung über ausreichend freie Zeit und Kompetenz, aus der »chaotischen Transparenz« nützliche Information generieren und in politisches Handlungswissen übersetzen zu können.

Die Piratenpartei lässt sich betrachten als das politische Projekt einer neuen sozialen Schicht, die das Potential hat, zur strategischen Klasse zu werden. Im Produktionsprozess in den hochentwickelten Volkswirtschaften haben sich die Gewichte zu Gunsten der Wissens- oder Informationsarbeiter verschoben. Die Auseinandersetzungen um die Organisation und Kontrolle dieser modernen Formen vernetzten und kreativen Arbeitens werden voraussichtlich zunehmen, damit auch die öffentliche Wertschätzung und das Selbstwertgefühl dieser digitalen Arbeiter. Die Hardware- und Software-Ingenieure verschiedenster Couleur drängen in den politischen Raum, die naturwissenschaftlich-ingenieurwissenschaftliche Herangehensweise, manche sagen: das kybernetische Denken, macht der geistes- und sozialwissenschaftlichen Sicht auf die Welt die Rolle im politischen Diskurs und die Plätze im politischen System streitig, nicht zuletzt befördert durch ihre strukturelle Nähe zur Faszination der mathematischen Modelle in Volks- und Betriebswirtschaft.

Ungeklärt sind die Antworten auf die offenen sozialen Fragen, die die Veränderungen in der Arbeitswelt, der Arbeitsinhalte, -formen

und -beziehungen aufgeworfen haben. Dabei geht es vor allem um die zukünftigen sozialstaatlichen Formate, in denen eine neue Balance gefunden werden muss:

- einerseits Individualisierung, Persönlichkeitsentfaltung und Selbstmanagement der eigenen Leistungskraft mit den damit einhergehenden Unsicherheiten und sozialen Instabilitäten,
- auf der anderen Seite Einbettung in institutionelle tarifvertragliche und sozialstaatliche Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht einschließlich der damit verbundenen Sicherheiten und sozialen Stabilitäten.

Die Erfolge der Piratenpartei haben deutlich gemacht, dass angemessene Antworten auf die politische Agenda gehören. Vor dem Hintergrund der digitalen Revolution haben sie die Auswirkungen auf Demokratie, Transparenz staatlichen Handelns, Partizipation und auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft aktualisiert. Diese Themen werden unabhängig von der parlamentarisch-politischen Existenz der Piratenpartei bedeutsam bleiben und für linke emanzipatorische Politik eine nicht hintergehbare Herausforderung, aber auch Möglichkeit darstellen:

- Wie lässt sich die repräsentative Demokratie in Staat und Parteien durch technikgestützte Formen expressiver Demokratie ergänzen, die eben nicht auf der Annahme der Stellvertretung von vorgefundenen Interessen fußt, sondern die demokratischen Verfahren selbst als Hervorbringung von politischen Fragestellungen und Entscheidungen begreift, also weit mehr an »freier Assoziation«, an Verwandlung der Konsumenten in Produzenten von politischen Entscheidungen erreichen will und sich nicht damit begnügt, die parlamentarisch-repräsentative Demokratie hier und da direktdemokratisch zu ergänzen?
- Wie lässt sich die vollständige privatkapitalistische Einhegung der informationellen »commons« verhindern und unterlaufen und eine neue globale Wissensordnung etablieren, die die technischen Möglichkeiten des Teilens von Wissen global zur Verfügung stellt, also das Gemeineigentum als Alternative zum Privateigentum und Staatseigentum stärkt?

- Wie werden in einer neuen Wissensordnung die Fragen der Vergütung der Produzenten geregelt, aber auch der Schutz vor staatlicher Überwachung, vor ausbordender Kontrolle am Arbeitsplatz und privater Wertschöpfung mit den »Spuren im Netz«, besonders in den Sozialen Medien wie Facebook & Co?
- Wenig politisch beachtet und bearbeitet sind die neuen Dimensionen der Krieg- und Friedensfrage, Stichwort Cyberwar. Wie sind völkerrechtlich die unbemannten Kampfdrohnen zu bewerten, die in den USA gesteuert werden, um u. a. in Pakistan zu töten?

Die größte Herausforderung für die politische und gesellschaftliche Linke stellt die soziale Zusammensetzung der Piratenpartei wie aber auch der jüngeren Protestbewegungen in Deutschland dar. Eine aktuelle Untersuchung des Göttinger Zentrums für Demokratieforschung (Franz Walter u. a. (Hrsg.), *Die neue Macht der Bürger*, Reinbek 2013) stellt fest, dass im Gegensatz zu den Oppositionsbewegungen der sechziger und siebziger Jahre typischerweise heute nicht mehr sozialwissenschaftliche Intellektuelle tonangebend agieren, sondern Angehörige der eher technisch geprägten Berufe. Wo es um Infrastrukturvorhaben, Energiewendeprojekte oder Stadtentwicklung gehe, seien zu großen Teilen Ingenieure, Techniker, Informatiker und Biologen anzutreffen. In den meist auf ein Anliegen fokussierten Protesten könnten sie in der Rolle von objektiven Experten auftreten, auf selbstbewusste Weise präzise Gegenvorschläge erarbeiten oder schlicht vermeintliche Tatsachen sprechen lassen. Das Genuine von Politik sei ihnen fremd, nämlich dass Politik nicht objektiv sein kann. In den Protesten seien die »kleinen Leute« (Walter) kaum mehr vertreten. »Bürger« trügen ihre Kontroversen und Konflikte mit- und gegeneinander aus. Betrachtet man die Zusammensetzung der Wählerschaft der Piratenpartei, so scheint es bei den »kleinen Leuten« durchaus eine hohe Bereitschaft zu geben, solche modernen Experten bei Wahlen zu delegieren. Das Verhältnis von Spezialisten und Laien in der Politik ordnet sich neu. Für die intellektuelle Linke heißt das: Wie lässt sich ihre bisherige Beschränkung auf die Geistes- und Sozialwissenschaften überwinden? Leider ist diese andere, vor einem natur- und ingenieurwissenschaftlichen Hintergrund entwickelte Sicht auf und

Herangehensweise an elementare Fragen von Demokratie und Beteiligung in diesem Band nur durch einen Beitrag vertreten.

Im selben historischen Moment, in dem die Umfrage-Ergebnisse der Piraten in Deutschland nach unten gingen, feierte in Italien eine von Beppe Grillo angeführte Partei des Protests, des Misstrauens, zwar des Spaßes, aber auch der Forderung nach radikaler Demokratie und Transparenz einen großen Wahlerfolg. Ihre Mitglieder und Abgeordneten sind jung, unter ihnen ist ebenfalls Experten-Intelligenz stark vertreten, während ihre Anhängerschaft darüber hinaus reicht. Mit diesem sich von Zeit zu Zeit wiederholenden Phänomen stellt sich eine Frage neu, die seit dem Aufstieg der Grünen vor einer Generation aktuell wurde und bislang nicht beantwortet werden konnte. Wir haben sie bereits in der Vorbemerkung zu diesem Buch gestellt, nämlich:

Wie ist eine Verstetigung dieses Potentials (das offensichtlich das Ergebnis jener sozialen Umbrüche ist, in deren Kontext auch die zentrale Stellung des Internet steht) jenseits zweier Gefahren:

- einerseits des alsbaldigen Versinkens in Bedeutungslosigkeit,
- andererseits der alternativlosen Integration in die vorgefundenen medialen und institutionellen Strukturen

möglich?

Die Antwort auf diese letzte Frage wird, das ist unser vorläufiges Ergebnis, darin bestehen müssen, dass die ihr vorangehend genannten inhaltlichen Probleme gelöst werden.

Die Autorinnen und Autoren

Autorinnen und Autoren

Martin Beckmann, Dr. phil., geb. 1977. Gewerkschaftssekretär im Bereich Politik und Planung der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Georg Fülberth, geb. 1939. Professor für Politikwissenschaft in Marburg 1972–2004. Mitglied der DKP. Veröffentlichte zuletzt: »Das Kapital« kompakt, 2. Aufl. Köln 2012.

Conny Hildebrandt, Dipl.-Philosophin, geb. 1962. Mitglied der Partei DIE LINKE; stellvertretende Leiterin des Institutes für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkt Parteien und soziale Bewegungen. Publikationen zusammen mit Birgit Daiber und Anna Striethorst: Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Texte 52, Berlin, 2010; englische Ausgabe: From Revolution to Coalition – Radical Left Parties in Europe, englische Reihe, Manuskripte 2, Berlin 2012.

Horst Kahrs, geb. 1956. Sozialwissenschaftler; Mitglied der Partei Die Linke; seit 2012 Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Sozialstrukturanalyse, Wahlanalysen und Politik des Öffentlichen. Jüngste Publikationen: »Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung«, RLS-Studien, Berlin 2012; »Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen«, RLS Manuskripte Neue Folge, Berlin 2013. www.horstkahrs.de.

Detlef Kannapin, Dr. phil., geb. 1969. Filmhistoriker und Medienwissenschaftler, Publikationen zur deutschen und internationalen Filmgeschichte, zu Philosophie und Staatstheorie. Letzte Veröffentlichungen: Der dialektische Materialismus steht vor der Tür – und da bleibt er stehen! Indikatoren des Machbaren in der spätimperialistischen Philosophie, Berlin 2010; Die Gegenwärtigen. Versuch, die Verfehlung am Witz der Sache zu erklären, in: Das Argument 295/2011; Kapitel »Bild« und »Musik« in: Jörg Becker: Die Digitalisierung von Medien und Kultur, Wiesbaden 2013.

Konstanze Kriese, Dr. phil., geb. 1960. Kulturwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied von Förderband e.V., stell. Vorsitzende der Kulturinitiative '89; Vorstandsreferentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE; Zusammen mit Lothar Bisky und Jürgen Scheele Herausgeberin von »Medien – Macht – Demokratie. Neue Perspektiven«, RLS-Texte Bd. 54, Berlin 2009; zuletzt: »Du bist wie Anarchismus für mich ...« – Eine Emma-Goldman-Referenz. In: Schritt für Schritt ins Paradies: Handbuch zur Freiheit, Karsten Krampitz und Klaus Lederer (Hrsg.), Berlin 2013, weitere Texte auf www.kasonze.de.

Michael Paetau, geb. 1947. Vorsitzender des Vereins »Wissenskulturen e.V.«, Leiter des »Zentrum für Soziokybernetische Studien Bonn«, Mitglied im Leitungsgremium des »Research Committee on Sociocybernetics (RC51)« der International Sociological Association (ISA), lehrte Mediensoziologie und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Siegen und Duisburg-Essen; seit 2009 Mitglied der Piratenpartei. Aktuelle Publikationen unter anderem in den »Blättern für deutsche und internationale Politik«.

Dr. Jürgen Scheele, geb. 1963. Politikwissenschaftler, Referent für Medien- und Netzpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zuvor langjährige Tätigkeit als Editor, Trainer und Berater im Bereich Broadcast & New Media.

Tobias Schulze, geb. 1976. Hat Literatur-, Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert; Referent der Linksfraktion im Bundestag für Politik rund um Wissen und Technologien, Mitglied der netzpolitischen AG der LINKEN; bloggt unter anderem auf digitale.linke.de. Zur Piratenpartei zusammen mit Helge Meves: »Betriebssysteme und die Krise der Demokratie: Was lernen wir aus dem Aufstieg der Piraten?«, rls-Standpunkte 13/2012. Berlin 2012.

Dr. Wolfgang Storz, geb. 1954. Arbeitet als Medien- und Kommunikationsberater, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel, hat Bücher und zusammen mit Hans-Jürgen Arlt Studien über BILD und die Berichterstattung von Qualitätsmedien über die Finanzmarkt-Krise veröffentlicht, zuvor Medienberater und Chefredakteur von »metall« beim Vorstand der IG Metall und stellvertretender Chefredakteur (2000–2002) und Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« (2002–2006). www.wolfgangstorz.de

Michael H. W. Weber, geb. 1969. Promovierter Chemiker; gründete und leitet seit 2005 den gemeinnützigen Verein Rechenkraft.net e.V., war 2005/2006 maßgeblich an einem Volksbegehren gegen die Privatisierung des hessischen Universitätsklinikums Gießen-Marburg beteiligt, seit 2009 Mitglied der Piratenpartei und Mandatsträger der Stadtverordnetenversammlung Marburg; bemüht sich aktuell um den Aufbau einer Forschungsstelle für Bakteriophagen und zelluläre Stressantworten am Botanischen Garten der Philipps-Universität Marburg.

Nelli Tügel, geb. 1984. B. A. Skandinavistik und Geschichte, studiert Neuere und Neueste Geschichte (M. A.) an der Freien Universität Berlin.